

Simon Franzmann

**The Change of Ideology:  
How the Left-Right Cleavage transforms into Issue  
Competition.**

*An Analysis of Party Systems using Party Manifesto Data.*

**Der Wandel der Ideologien:  
Die Transformation des Links-Rechts-Gegensatzes in  
einen themenbasierten Parteienwettbewerb.**

*Eine Analyse von Parteiensystemen auf der Basis von  
Wahlprogrammdateien.*

Inauguraldissertation  
zur  
Erlangung des Doktorgrades  
der  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät  
der  
Universität zu Köln

2009

vorgelegt

von

Diplom-Volksw. Simon Tobias Franzmann

aus Köln

Referent: Prof. Dr. André Kaiser

Korreferent: Prof. Dr. Wolfgang Wessels

Tag der Promotion: 23.06.2009

Prädikat: summa cum laude (0.0)

## Summary

Half a century ago, Daniel Bell and other social scientists announced the end of ideology. Nevertheless, several investigations on the voter-level have shown since then that voters still feel able to position themselves on a left-right-continuum. However, these terms of ideological direction are decreasingly connected with economic classes.

This dissertation focuses on the supply side of politics, which has been neglected for a long time by researchers: how do parties use ideologies and programs strategically? Has a de-ideologization indeed taken place?

The theoretical framework of this dissertation picks up lines of argumentation both by economics and political science and combines them to a new theory of issue market competition. Within this framework the main focus of analysis is placed on the creation of responsiveness and innovation. Political institutions set different incentives for policy seeking, i.e. for pursuing issue-ownership, and hence as well for the supply of programmatic innovation within party competition.

The main finding of this dissertation is: rather than the end of ideologies, change has occurred. We more and more reach the limits of how ideologies can be analyzed with the directional terms „Left“ and „Right“ only. These limits are twofold: On the one hand, in the young democracies in central east Europe the terms left and right are used similarly, but slightly differently compared to the established democracies in Western Europe. On the other hand, the notion that ideology is strictly connected to rigid contents that are universal across time and countries simply cannot be supported empirically. This is demonstrated with reference to the saliency theory of party competition which points at the parties' issue-ownership. Methodologically, these theoretical assumptions find expression in a new procedure of gathering left-right-positional data, in the development of a programmatic similarity index, in an analysis of a party competition model that considers issue-ownership, and in a proposal for a new party system typology. Along with the dissertation a data set is published that contains confrontational and non-confrontational issues of 36 party systems. The empirical analyses are based on party manifesto data provided by the Comparative Manifestos Project.

## Zusammenfassung:

Vor einem halben Jahrhundert rief Daniel Bell zusammen mit anderen Sozialwissenschaftlern das Ende der Ideologien aus. Seitdem haben Untersuchungen auf der Wählerebene gezeigt, dass die Wähler sich weiterhin in der Lage sehen, sich auf einem Links-Rechts-Kontinuum selbst zu verorten. Jedoch sind die beiden Richtungsbegriffe in der Wählermeinung zunehmend weniger eng mit ökonomischen Klassen verbunden. Die vorliegende Dissertation konzentriert sich auf die in der Forschung lange vernachlässigte Angebotsseite von Politik: Wie nutzen Parteien Ideologien und Programmatik instrumentell? Ist es tatsächlich zu einer Ent-Ideologisierung gekommen? Die theoretische Basis dieser Arbeit nimmt Argumentationsstränge sowohl der Ökonomie als auch der Politikwissenschaft auf, und verknüpft diese zu einer neuen Wettbewerbstheorie des Issue-Marktes. Im Rahmen dieser Theorie liegt der Analyseschwerpunkt auf der Herstellung von Responsivität und Innovation. Politische Institutionen setzen unterschiedliche Anreize zum *Policy-Seeking*, also der Besetzung von neuen Themen oder der Verteidigung der alten Kernthemen, und somit auch für die Erbringung von programmatischen Innovationen im Rahmen des Parteienwettbewerbs.

Das wesentliche Ergebnis der Dissertation lautet: Nicht das *Ende* der Ideologien ist eingetreten, sondern ein Wandel. Wir gelangen immer mehr an die Grenzen dessen, wie Ideologien allein mit den Richtungsbegriffen „Links“ und „Rechts“ analysiert werden können. Diese Grenzen sind zweifacher Natur. Zum einen pflegen die jungen Demokratien Mittelosteuropas ein ähnliches, jedoch abweichendes Verständnis von links und rechts verglichen mit den etablierten Demokratien Westeuropas. Zum anderen ist die Vorstellung, dass Ideologie zwangsläufig mit einem festen, über alle Länder und Zeitgrenzen hinweg gültigen Bedeutungsinhalt verknüpft ist, empirisch schlicht nicht haltbar. Gezeigt wird dies unter Bezugnahme auf die Salienztheorie des Parteienwettbewerbs, die die Themenführerschaft (*Issue-Ownership*) von Parteien hervorhebt. Methodisch schlagen sich diese theoretischen Annahmen nieder in einem neuen Verfahren zur Erhebung von Links-Rechts-Positionsdaten, in der Entwicklung eines programmatischen Ähnlichkeitsindex, in der Analyse eines Parteienwettbewerbmodells, das Issue-Ownership einbezieht, sowie in einem Vorschlag für eine neue Parteiensystemtypologie. Zusammen mit der Dissertation wird ein Datensatz, der konfrontative und nicht-konfrontative Issues für 36 Parteiensysteme enthält, veröffentlicht. Die empirischen Analysen erfolgen auf der Basis von Wahlprogrammdateien des *Comparative Manifestos Project*.

## Vorwort und Danksagung

Als ich im Frühjahr des Jahres 2004 meine Dissertation begann, war die Welt noch eine andere. Dissertationen hatten bis dahin im Fach Politikwissenschaft vor allem dicke Bücher zu sein. Promoviert wurde in Deutschland fast ausschließlich nur, wer sich auf wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen für einen Lehrstuhl verdient machte. Graduiertenkollege, die heute wie Pilze aus dem Boden sprießen, waren im Fach Politikwissenschaft so gut wie nicht existent. Gelegentlich gab es Stipendiaten oder komplett eigenfinanzierte externe Doktoranden. Etwas häufiger existierten schon so genannte Drittmittelstellen, also Stellen, die nicht aus dem regulären Universitätsetat, sondern aus extern eingeworbenen Forschungsmitteln bezahlt wurden.

Ich habe noch „klassisch“ als wissenschaftlicher Mitarbeiter promoviert. Der Besoldungstarif hieß damals BAT und nicht TVL. Bei hervorragender Promotion und entsprechender Stellenlage bekam man in Aussicht gestellt, später als wissenschaftlicher Assistent eine mit C1-besoldete Stelle zu erhalten. Heute gibt es kein C1 mehr, genauso wenig wie Professoren nach C3 oder C4 bezahlt werden. Ich hatte als Studienabschluss ein Diplom, viele meiner Kolleginnen und Kollegen einen Magister. Unsere Studierenden, die wir 2004 unterrichteten, belegten dieselben Studiengänge wie wir zuvor. Klausuren und Prüfungen gab es nur alle sechs Monate. Zum Ende meiner Promotionszeit unterrichtete ich hingegen Bachelor- und Masterstudierende. Jeden Klausurtermin gab es jetzt doppelt, und die Anzahl der Prüfungen insgesamt hatte sich nicht nur für die Studierenden deutlich erhöht.

An dem Lehrstuhl, an dem ich promoviert habe, werden heute mehr Angehörige von Graduiertenkollegen betreut als es wissenschaftliche Mitarbeiterstellen gibt. Die Veröffentlichung erster Fachzeitschriftenartikel gilt diesen Doktoranden heute als selbstverständlich. Häufig werden Alternativen zu einer kumulativen Dissertation schon gar nicht mehr in Erwägung gezogen. Als meine Kollegin Anita Breuer und ich uns auf Anraten unseres Betreuers André Kaiser für eine (teil-)kumulative Dissertation entschieden, gingen wir damit ein großes Wagnis ein. Die Promotionsordnung war nicht fertig gestellt, und die Anforderungen änderten sich vierteljährlich, je nach Meinungsbildung in den maßgebenden Fakultätsgremien. Wir waren praktisch die ersten, die diesen Prozess durchlaufen mussten. Nicht nur einmal stand ich kurz davor, das ohnehin ursprünglich als Buch konzipierte Dissertationsvorhaben nicht in Artikel aufzuteilen. Als Ergebnis entstand der Hybrid, der heute vor Ihnen liegt. Er erfüllt sowohl die aktuellen Anforderungen an eine kumulative Dissertation, als auch weitgehend diejenigen für eine klassische Buchdissertation. Diesem Umstand ist es auch zu verdanken, dass ich mich für eine Online-Publikation bei dem Kölner Universitätspublikationssystem (KUPS) entschieden habe. Hierdurch kann die Hybridform unter Berücksichtigung aller urheberrechtlichen Bestimmungen beibehalten werden.

Der Arbeit sieht man diesen Entstehungsprozess an einigen Stellen an. Das mit 50 Seiten für eine kumulative Dissertation vergleichsweise lange Einleitungskapitel ist ein spätes Echo der ursprünglich reinen Buchkonzeption. Den Besonderheiten des kumulativen Prozesses ist es zu verdanken, dass der erste Teil der Dissertation dann eher technischer Natur ist, während der zweite Teil mit den zeitlich davor verfassten theoretischen Überlegungen beginnt. Der zeitliche Entstehungsprozess war also ein anderer, als es die Abfolge der Kapitel suggeriert. Im Grunde basiert die technische Auswertung der Daten des *Comparative Manifestos Projects* auf den später in Kapteil 5 vorgestellten theoretischen Überlegungen. Die Kapitel 6 und 7 hingegen testen die Teile der Hypothesen aus Kapitel 5, benötigen aber für die empirische Untersuchung die Technik aus den Kapiteln 2 bis 4. Zudem ist dieser Aufbau auch den Eigenheiten des modernen *peer-review*-Verfahren geschuldet, dem sich eine kumulative Dissertation ausgesetzt sieht. Die erste Runde des Begutachtungsverfahrens des in Kapitel 5 vorgestellten Theorieartikels war erst zwei Tage nach (!) meiner Disputation im Juni 2009 abgeschlossen, während der Vorschlag zur Gewinnung von Links-Rechts-Parteipositionen auf

Basis des *Comparative Manifestos Project*-Datensatzes innerhalb weniger Monate das komplette Begutachtungsverfahren durchlaufen hatte. Dem (teil-) kumulativen Entstehungsprozess ist es weiterhin geschuldet, dass die Dissertation englisch- wie deutschsprachige Beiträge enthält. Ursprünglich sollte der schon an anderen Stellen vorgestellte Heterogenitätsindex ebenfalls Teil der Dissertation werden. Auf Grund der ohnehin schon großen Materialfülle und der Zeitrestriktion wurden die Schriften zu diesem Index jedoch nicht mehr integriert, zumal mein wissenschaftliches Leben nach derzeitiger Planung nicht mit dieser Dissertation enden soll. Ich hoffe dennoch ein lesenswertes und kohärentes Werk vorgelegt zu haben. Die jeweiligen Leser mögen sich ihr eigenes Urteil dazu bilden.

Wenn ich heute auf die Anfangszeit meiner Dissertation zurückblicke, so wird mir deutlich, dass ich inmitten revolutionärer Zeiten promoviert habe. Ein wesentlicher Teil meiner Lebenszeit im vergangenen halben Jahrzehnt musste ich der Bewältigung, aber auch der Mitwirkung an dieser Revolution widmen. Die administrative Umstellung des kompletten Lehrprogramms auf Bachelor und Master, die Mitwirkung an der Einrichtung eines Graduiertenkollegs sowie das Einwerben von Drittmitteln lenkte – zusätzlich zu den alltäglichen Lehrstuhlaufgaben – einen Großteil meiner Arbeitskraft zwangsweise auf andere Dinge als auf meine Dissertation.

Ohne die Hilfe vieler guter Freunde, Kollegen und Betreuer hätte ich im Zuge dieses revolutionären Prozesses meine Dissertation sicherlich nicht in dieser Qualität fertig stellen können.

An erster Stelle ist hier mein Betreuer und Chef der vergangenen Jahre, Prof. Dr. André Kaiser, zu nennen. Er hat mich behutsam an die Standards der internationalen Politikwissenschaft herangeführt. Dafür bin ich ihm sehr zu Dank verpflichtet. An seinem Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität zu Köln habe ich während meiner Promotionszeit gearbeitet. Soweit wie möglich hielt er mir den Rücken zur Erfüllung wissenschaftlicher Aufgaben frei, was angesichts des oben beschriebenen revolutionären Wandels des universitären Systems nicht immer einfach war. Schon früh hat Prof. Dr. André Kaiser die künftige Entwicklung des Wissenschaftsbetriebes richtig vorhergesehen und als Betreuer meiner Arbeit die nicht unwichtige Weichenstellung zugunsten einer kumulativen Dissertation eingeleitet. Von seinen Anregungen und Kommentaren konnte ich inhaltlich sehr profitieren. Zudem hatte ich in ihm stets einen kompetenten Diskussionspartner in aktuellen Fragen des deutschen und kölnischen Fußballs.

Sehr zu danken habe ich auch Herrn Prof. Dr. Wolfgang Wessels, der mich als engagierter Koreferent der Arbeit in der Schlussphase der Dissertation immer wieder auf die Anschlussfähigkeit der Arbeit an andere Forschungsstränge hinwies und richtigerweise auf die Wahl eines neuen Titels für die Veröffentlichung insistierte. Herr Prof. Wessels hatte meinen ursprünglichen Titel – „Die Analyse von Parteiensystemen auf der Basis von Wahlprogrammdateien“ mit dem Kompliment kommentiert, dass in meiner Arbeit viel mehr stecken würde, als es der Titel suggeriere. Häufig sei das ja leider umgekehrt. Ich solle aber einen werbewirksameren Titel wählen. Ich hoffe dies mit „Der Wandel der Ideologien. Die Transformation des Links-Rechts-Gegensatzes in einen themenbasierten Parteienwettbewerb“ geschafft zu haben ohne dem Publikum zu viel zu versprechen.

Bedanken möchte ich mich auch herzlich bei meiner Kollegin Dr. Anita Breuer. Sie hat wenige Wochen vor mir ihre Tätigkeit am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft aufgenommen und über vier Jahre lang die Stelle sowie das Büro und den Dienstcomputer mit mir geteilt. Die Teilung des Büros erfolgte dabei in der vierten Dimension – nämlich zeitlich. Die eine Hälfte der Woche war sie anwesend, die andere ich. Anders ließ sich auf Grund der Ressourcenknappheit die Arbeit am Lehrstuhl nicht organisieren. Die Absprachen verliefen vollkommen unkompliziert und im Nachhinein erscheint es mir fast wie ein kleines Wunder, dass es im Grunde niemals zu einem ernsthaften Konflikt über die Büroaufteilung gekommen

ist. Für ihre unkomplizierte Art, viele anregende Gespräche sowie wertvolle Hinweise zu englischsprachigen Formulierungen möchte ich mich bei ihr bedanken. Im letzten Jahr meiner Dissertation habe ich das Büro je ein halbes Jahr lang mit Saskia Ruth und mit Annika Hennl geteilt. Auch hier verlief die Büroaufteilung reibungslos, und auch hier möchte ich mich für den kollegialen Umgang und Anregungen für meine Dissertation sehr bedanken.

Einen ganz besondern Dank möchte ich Herrn Dr. Ulrich Glassmann aussprechen. Er war mir in dieser Zeit nicht nur ein Kollege, sondern ein guter Freund und Berater. Häufig diskutierten wir abends, wenn die meisten Büros schon nicht mehr besetzt waren, die neueren Entwicklungen des Universitätsbetriebes und des Weltgeschehens. Für die Bodenständigkeit dieses intellektuellen Austausches sorgten nicht nur einmal Leberkäse, Kölsch und Bratkartoffeln. Die Arbeitsverdichtung brachte es aber mit sich, dass wir deutlich häufiger mit einem Heidesandtaler des Butterbäckers auf der Dürener Straße vorlieb nahmen und während des Abendessens im Büro noch ein paar organisatorische Dinge des Lehrstuhllalltags regelten. Es soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass durch einen biographischen Zufall Ulrich Glassmann im Jahre 1997 als Tutor derjenige war, der schon in meiner allerersten Universitätsveranstaltung meine Begeisterung für Vergleichende Politikwissenschaft weckte, die in Köln damals noch Vergleichende Systemlehre hieß. Meinem sozialwissenschaftlichen Interesse zum Durchbruch verholfen haben mir in den späteren Studienjahren Frau Dr. Andrea Szukala, Frau Prof. Dr. Susanne Lütz, mit vielen mir vorher unbekanntem Fremdwörtern garniert Prof. Dr. Frank Schulz-Nieswandt und natürlich im besonderen Maße mein späterer Betreuer Prof. Dr. André Kaiser. Ihnen allen, sowie vielen hier ungenannten engagierten Lehrenden, gilt mein aufrechter Dank, mir eine solch gute, gemischte Basis aus Begeisterung und Fachwissen für eine Promotion gelegt zu haben. An eines habe ich nämlich in all den Jahren niemals gedacht: Nicht zu promovieren oder die Promotion gar aufzugeben. Bei einem solch langen Projekt bleibt es nicht aus, dass durch Gespräche und Vorträge vielerlei Anregungen in die Arbeit einfließen. Das war auch bei meiner Arbeit der Fall. Ich bedanke mich sehr bei allen Teilnehmern der ECPR Summer School on Parties, die im Jahre 2005 in Rijs (Friesland, Niederlande) stattfand und dankenswerterweise von Hans Keman und Jaap Woldendorp organisiert wurde. Meine Dissertation hat sehr von dieser Veranstaltung profitiert. Zu nennen sind auch die Teilnehmer des volkswirtschaftlichen Forschungskolloquiums der RWTH Aachen, des Forschungskolloquiums des MZES in Mannheim, des Forschungskolloquiums des Zentralarchivs für empirische Sozialforschung in Köln sowie den Oberseminarteilnehmern des Lehrstuhls von Herr Prof. Wessels sowie von Herrn Prof. Kaiser.

Oftmals profitierte ich in den vergangenen Jahren auch von bilateralem Austausch via Email oder in einem direkten, freundschaftlichen Gespräch. Hier möchte ich mich neben den schon genannten Personen besonders bei Jan Biela, Holger Döring, Jörn Fischer, Oliver Franzmann, Timotheus Frey, Melanie Haas, Imke Harbers, Johann Hellström, Andrea Herrmann, Katrin Hohmeyer, Christoph Hönnige, Martin Höpner, Daniela Jäger, Michael Koß, Matthias Lehnert, Ingo Rohlfing, Jan Sauermann, Eric Seils, Sebastian Sewerin, Pascal Siegers, Pieter Vanhuyse und Christina Zuber bedanken.

Schließlich brachte die Arbeit am Lehrstuhl nicht nur Ablenkung von meinem Dissertationsvorhaben. Die umfangreichen Datenauswertungen wären ohne Rückgriff auf den Hilfskraftpool des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft nicht in diesem Zeitrahmen zu bewältigen gewesen. Bedanken möchte ich mich auch herzlich bei Frau Dr. Andrea Volkens, die mir frühzeitig die Daten aus *Mapping Policy Preferences II* zur Verfügung stellte und somit das Vorhaben deutlich beschleunigte.

Der Arbeitsaufwand für die Berechnungen der Links-Rechts-Werte, die für 36 Parteiensysteme auf der Homepage [www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html](http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html) eingesehen werden können, war enorm. Den Zahlen am Ende kann man leider die Mühe nicht ansehen, die es mir machte, mich in jedes einzelne dieser 36 Parteiensysteme zu vertiefen.



Herrn Prof. Dr. André Kaiser sei auch hierfür noch einmal Dank ausgesprochen, dass er die Vorbereitungen dieser Auswertungen durch die Hilfskräfte ermöglicht hat. Der Aufbau der Homepage mit den Links-Rechts-Werten wurde im Wesentlichen von Jan Sauermann gestaltet, dem ich hierfür noch einmal herzlich danken möchte. Auch habe ich in den vergangenen Jahren auf die Hilfe von Freunden und Kollegen beim Korrekturlesen meiner Arbeiten bauen können. Mein aufrechter Dank – sofern noch nicht weiter oben aufgeführt - gelten Volker Bauchhenß, Marc Chantelauze, Iskander Chemli, Benjamin Düvel, Johannes Eisenbarth, Julian Garritzmann, Stefanie Korte, Bernd Kramer, Andrea Kuhn, Lisa Ludwig, Martin Lulic, Berenike Oesterle, Alexandra Patin, Natalie Ruppert, Karen Schaefer, Thilo Schaefer, Marie-Luise Schmitz, Philipp Seisler, Dennis Spies, Dr. Ingeborg Strohmeyer, Daniel Taras, Jaclyn Verghis, Daniel Weber und Gregor Zons. Sofern sich jemand bei dieser Aufstellung übergangen fühlen möge, so sei ihm versichert, dass dies aus Versehen und nicht aus Undankbarkeit geschehen ist.

Ein zusätzlicher Dank geht an Julian Garritzmann und Gregor Zons. Beide haben mir bei der Vereinheitlichung des Layouts in den vergangenen Wochen unschätzbare Hilfe geleistet.

Schließlich möchte ich mich bei meiner Ehefrau Monika für ihre Liebe und Geduld, die sie mir während der Promotionszeit entgegengebracht hat, herzlich bedanken. Die Endfassung dieser Arbeit sowie die Disputation fielen genau in die Phase unserer Hochzeitsvorbereitungen. Sie hat dies alles mit wunderbarem Gleichmut ertragen, ebenso wie meine wechselnden Launen, wenn ich mit der Dissertation einmal nicht so gut vorankam.

Bonn, Rosenmontag den 15. Februar 2010

# Gliederung

Kapitel 1: Einleitung

## **Teil I: Linke, Rechte und Nicht-Konfrontative Issues**

Kapitel 2: Locating Political Parties in Policy Space: A Reanalysis of Party Manifesto Data (with André Kaiser)

Kapitel 3: Position, Consensus, and Valence Issues and the Mechanics of Party Competition. A Proposal for a New Party System Typology

Kapitel 4: Discussing the Validity of the Results of the Dummy-Regression Method

## **Teil II: Der Issue-Markt**

Kapitel 5: Competition, Contest, and Cooperation. The Analytical Framework of the Issue-Market

Kapitel 6: Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten. Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatik in Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden

Kapitel 7: Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Partiefamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa.

Kapitel 8: Schluss

Anhang

Literaturverzeichnis

# Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	
Vorwort und Danksagung	I
Gliederung	V
Inhaltsverzeichnis	VI
Abbildungsverzeichnis	X
Tabellenverzeichnis	XII

## **Kapitel 1: Einleitung**

Die These vom Ende der Ideologien	3
Die Analyse von Wahlprogrammen im Vergleich zu anderen Datensätzen und die Besonderheiten von CMP/MRG	9
Die Verwirrung um das Begriffspaar Links-Rechts	17
Die unterschiedlichen Konzeptionen des politischen Wettbewerbsraums	22
Der Aufbau der Arbeit	39

## **Teil I: Linke, Rechte und Nicht-Konfrontative Issues**

### **Kapitel 2: Locating Political Parties in Policy Space: A Reanalysis of Party Manifesto Data (with André Kaiser)**

Introduction	54
The CMP Approach and Its Shortcomings	55
Locating Political Parties in an $n$ -Dimensional Policy Space with CMP Data	57
Applying the New Approach to West European Party Systems	66
Further Options for Research	73
Conclusions	74

### **Kapitel 3: Position, Consensus, and Valence Issues and the Mechanics of Party Competition. A Proposal for a New Party System Typology**

Introduction	77
Theoretical Consideration and Hypothesis about Consensus-, Valence- and Position-Issues	79
The Development of a New Typology	82
The Empirical Determination of the Types	86
Summary and further research	95
Appendix	97

### **Kapitel 4: Discussing the Validity of the Results of the Dummy-Regression Method**

1. Introduction	102
2. What Is Measured and What Is Not	103
2.1 The Pros and Cons of RILE and Factor-Analytical Approaches	103
2.2 Applying the Dummy Regression Method to the CEE Countries	108
2.3 Discussing Critiques of Additive Scaling and the CMP Data in General	114
3. The Validity of the Left-Right-Measurement	118
3.1 The Face-Validity of the Two-Dimensional Map	118
3.2 The Construct Validity of the CEE-Estimates	124
4. The Validity of the Issue-Characterization	126
4.1 Comparing the Results of the RILE-Scheme with those of the Dummy-Regression Method	127
4.2 Analyzing the Indicator concerning the Extens of Programmatic Confrontation as Explanatory Variable	132
5. Conclusion	138
Appendix	140

## **Teil II: Der Issue-Markt**

### **Kapitel 5: Competition, Contest, and Cooperation. The Analytical Framework of the Issue-Market**

1. Introduction	146
2. Defining Party Competition	148
3. Conditions for Innovation	157
4. The Issue-Market (Market and Forum)	161
5. Institutional Constraints of (Incentives for) Innovation	167
6. Further Research	174

### **Kapitel 6: Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten. Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatik in Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden mit Hilfe des Gutenberg-Modells**

1. Einleitung	177
2. Der Handlungsspielraum der Parteien und die Struktur des oligopolistischen Issue-Marktes	180
3. Die hypothetische Erfolgsstrategie auf dem oligopolistischen Issue-Markt	185
4. Operationalisierungen	187
4.1 Bestimmung der relativen Salienzwerte und Salienzintervalle	188
4.2 Bestimmung der Kernthemen und der Abweichungen	189
4.3 Kontrollvariablen, Modellkonstruktion und Länderauswahl	190
5. Empirische Befunde	194
6. Schlussfolgerungen	200
Anhang	204

**Kapitel 7: Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteifamilien?  
Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa.**

1. Einleitung: Programmatische Konvergenz oder Divergenz in Europa?	221
2. Untersuchungsmethode	223
3. Bestimmung des programmatischen Profils anhand von Kernthemen	226
4. Programmatische Konvergenz oder Divergenz jenseits von Links und Rechts: Die Ergebnisse des Übereinstimmungsindex	231
5. Ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala	235
6. Zusammenfassung	241

**Kapitel 8: Schluss**

Die Grenzen der Analyse von Ideologie	246
Perspektiven künftiger Forschung	249
Epilog	252

<i>References-Literaturverzeichnis</i>	254
--	-----

*Appendix- Anhang*

Position, Consensus, Valence Issue in Thirty-Five Democracies	275
---	-----

# Abbildungsverzeichnis

## Kapitel 1

1. Haupteingang der Stadthalle in Bad Godesberg (Foto) 3

## Kapitel 2

2. Germany's Left-Right Party Positions, Franzmann-Kaiser 68  
3. Germany's Left-Right Party Positions, CMP Dataset 69  
4. Germany's Left-Right Party Positions, CMP Dataset Smoothed 69  
5. Italy's Left-Right Party Positions 71  
6. Sweden's Left-Right Party Positions 72  
7. United Kindom's Left-Right Party Positions 73

## Kapitel 3

8. The Identification of Issue Characters 81

## Kapitel 4

9. Germany (Unidimensional Left-Right Scale) 121  
10. Germany: Left-Right Party Positions Economic Dimension 121  
11. Germany: Left-Right Party Positions Non-Economic Dimension 122  
12. Norway (Unidimensional Left-Right Scale) 122  
13. Norway: Left-Right Party Positions Economic Dimension 123  
14. Norway: Left-Right Party Positions Non-Economic Dimension 123

## Kapitel 5

15. Interaction Streams and the Direction of Competition within Party Systems	154
16. Preconditions for a Workable Party Competition	160
17. The Issue-Market	164
18. The Theoretical Micro-Macro Link between Party Competition, Institutional Veto-Points and Innovation	169
19. Veto-Points and Their Impact on Party Goals and Incentives for Innovations	171

## Kapitel 6

20. Die Strukturierung des politischen Raumes im Issue-Markt	205
--	-----

## Kapitel 7

21a. Gemeinsame Kernthemen christdemokratischer Parteien	227
21b. Gemeinsame Kernthemen sozialdemokratischer Parteien	227
22a. Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindex in den analysierten EU-Mitgliedsstaaten	228
22b. Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindex in der Schweiz	228
23. Distanzen zwischen Christ- und Sozialdemokraten	236
24a. Standardabweichung der ideologischen Positionen innerhalb der christdemokratischen Parteienfamilie in den EU-Ländern	240
24b. Standardabweichung der ideologischen Positionen innerhalb der Sozialdemokratischen Parteifamilie in den EU-Ländern	240

## Kapitel 8

25. Stadthalle Bad Godesberg, Eingang Kurpark (Foto)	253
--	-----



# Tabellenverzeichnis

## Kapitel 1

1. Der Erkennungswert der Links-Rechts-Dichotomie in der Bevölkerung 23

## Kapitel 2

2. Regression for Welfare State Expansion (per 504) in Germany 60
3. Regression for Environmental Protection (per 501) in Germany 1949-98 60
4. Regression for Environmental Protection (per 501) in Germany 1949-80 61
5. Regression for Environmental Protection (per 501) in Germany 1983-98 61
6. Issue Character of the German Party System 67
7. Correlations of the Left-Right Scales with CMP Dataset and Mass Surveys in Germany 1976-98 70

## Kapitel 3

8. The Four Types and Their Relationship to the Direction of Party Competition 84
9. The Typology 86
10. The Empirical Typologization of Party Systems 91
- 11a. Left, Right, Consensus and Valence Issues in 2003: (OECD countries) 97
- 11b. Left, Right, Consensus and Valence Issues in 2003: (Non-OECD countries) 98
12. Extent of Class-Based Competition (Congruence between RILE and Dummy-Regression) 99

## Kapitel 4

13. Replication of Gabel and Huber's (2000) Examination of Measurement Quality 107
14. Example for Overaggregation: Poland (per605: Law & Order) 111
15. Example for Disaggregation: Poland (per605: Law & Order) 111

16. Correlations for Estonia	125
17. Correlations for Czech Republic	126
18. Comparison of RILE and Dummy-Regression's Issue Structures I	130
19. Comparison of RILE and Dummy-Regression's Issue Structures II	131
20. Correlations with Effective Number of Parties	134
21. Regression on ENEP	136
22. Regression on ENPP	136
23. Left-Right Estimations for Estonia	140
24. Left-Right Estimations for Czech Republic	141
25a. Issue Dimensions, Effective Number of Parties and Effective Threshold in 25 OECD Countries	142
25b. Issue Dimensions, Effective Number of Parties and Effective Threshold in 10 CEE countries	143

## Kapitel 5

keine

## Kapitel 6

26. Ergebnisse der Panelregressionen	196
27. Ergebnisse der Panelregressionen für die Partiefamilien Sozialdemokraten und Christdemokraten	197

## Kapitel 7

28a. Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Christdemokraten	228
28b. Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Sozialdemokraten	229
29. Die Entwicklung der Links-Rechts-Positionen für die christ- und sozialdemokratische Partiefamilie	238

## Kapitel 8

keine

## Appendix-Anhang

Position, Consensus, Valence Issue in Thirty-Five Democracies

275 bis 310

# Einleitung

# Kapitel 1: Einleitung: Die These vom Ende der Ideologien

## Kapitelverzeichnis

1. Die These vom Ende der Ideologien	3
2. Die Analyse von Wahlprogrammen im Vergleich zu anderen Datensätzen und die Besonderheiten von CMP/MRG	9
3. Die Verwirrung um das Begriffspaar Links-Rechts	17
4. Die unterschiedlichen Konzeptionen des politischen Wettbewerbsraums	22
5. Der Aufbau der Arbeit	39

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Haupteingang der Stadthalle in Bad Godesberg (Foto)	3
--	---

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Der Erkennungswert der Links-Rechts-Dichotomie in der Bevölkerung	23
--	----

## 1. Die These vom Ende der Ideologien



Haupteingang der Stadthalle in Bad Godesberg, erbaut 1955. Veranstaltungsort des außerordentlichen Parteitages der SPD zur Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms vom 13. bis 15. November 1959 sowie der Wahlparty der „Grünen“ am 6. März 1983 anlässlich des erstmaligen Einzugs in den deutschen Bundestag.

Quelle: Eigenes Foto.

Zur selben Zeit, als die deutsche SPD ihr in die Geschichte eingegangenes „Godesberger Programm“ verfasste, bereitete der amerikanische Soziologe Daniel Bell (1960) die Veröffentlichung seiner nicht minder bekannten soziologischen Aufsatzsammlung „The End of Ideology“ vor. Der Untertitel von Bells Werk erhellt sein eigentliches Anliegen: „On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties“. Bell legte resümierend dar, dass die 1950er Jahre – im Gegensatz zu den vorangegangenen Dekaden – eine Epoche der politischen Apathie gewesen seien. Er dachte hierbei vor allem an die amerikanische Linke, die sich endgültig von der marxistischen Ideologie und den Grundsätzen des Klassenkampfes verabschiedet habe. Als eine wesentliche Ursache führte er die Schwäche der organisierten amerikanischen Arbeiterklasse an, die ohnehin für die (Links-)Intellektuellen in den USA niemals die gleiche emotionale Heimat geboten habe wie für ihre europäischen Kollegen. Angesichts der Konfrontation mit dem Stalinismus seien diese Intellektuellen zunehmend skeptischer gegenüber dem sozialistischen Versprechen geworden, dass mit der Abschaffung der ökonomischen Basis der Ausbeutung alle sozialen Probleme gelöst seien. Vielmehr hätten sie neue positive Seiten an den Vereinigten Staaten entdeckt: „its pluralism, the acceptance of the

Welfare State, the spread of education, and the expanding opportunities for intellectual employment” (Bell 1960: 297). Mit diesem Einverständnis in die politisch-gesellschaftliche Realität der kapitalistisch organisierten Vereinigten Staaten von Amerika sei jede wirkliche Auseinandersetzung um eine neue gesellschaftliche Ordnung gestorben. Die politische Debatte finde von nun an ohne Ideologien und ohne die Generierung neuer politischer Ideen statt – oder wie es Seymour Martin Lipset (1960: 406) in seinem zeitgleich erschienenen Werk „Political Man: The Social Bases of Politics“ in ganz ähnlicher Weise auf den Punkt brachte: „Politics is now boring”.<sup>1</sup>

Diese Arbeit wird sich der Frage widmen, ob tatsächlich ein Ende der Ideologien zu konstatieren ist oder ob nicht vielmehr ein Wandel der Ideologien in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat. Den sechs Kapiteln des Hauptteils wird diese gemeinsame Leitfrage zu Grunde liegen. Tatsächlich wird die Hypothese vertreten werden, dass ein Wandel stattgefunden hat. Im Fokus stehen dabei Parteien. Als Ausdruckskanäle gesellschaftlicher Bedürfnisse sind Parteien Träger von Ideologien (Sartori 1976: 28). Sie bündeln einzelne Themen zu kompletten Programmen, werben mit diesen Programmen um Wählerstimmen und tragen als politische Akteure dazu bei, dass gesellschaftliche Spaltungen zu politischen Konflikten werden oder nicht (McDonald/Budge 2005). Eine umfassende und autoritative Darstellung wie diese Programmatik in politisches Handeln umgesetzt werden soll, enthalten Wahlprogramme (Strøm/Leipart 1989). Sie dienen daher als Basis für die empirischen Untersuchungen in dieser Arbeit. Die inhaltliche Frage nach der Rolle der Ideologien impliziert methodische Fragen, wie diese Ideologien erhoben, gemessen, verglichen und analysiert werden können. Ein wesentlicher Teil dieser Arbeit wird sich diesen methodischen Fragen widmen.

Richten wir den Blick noch einmal kurz ein halbes Jahrhundert zurück und schauen, warum die SPD ihre Programmatik in Godesberg so dramatisch änderte. Bells Analyse der amerikanischen Linken in den 1950er Jahren scheint nämlich auf den ersten Blick auch auf die parallel verlaufende Programmentwicklung der deutschen Sozialdemokraten zuzutreffen.

---

<sup>1</sup> Laut Lipset (1960: 403) habe Edward Shils auf einer Konferenz in Mailand im Jahre 1955 als Erster explizit die Frage nach dem Ende der Ideologien gestellt. Das im Fließtext verwendete Zitat hat sich Lipset wiederum bei einem nicht namentlich gekennzeichneten schwedischen Zeitungsverleger ausgeliehen. Es heißt vollständig (Lipset 1960: 406): „Politics is now boring. The only issues are whether the metal workers should get a nickel more an hour, the price of milk should be raised, or old-age pensions extended.”

Das vor einem halben Jahrhundert verabschiedete Godesberger Programm<sup>2</sup> verzichtete weitgehend auf weltanschauliche oder theoriegeschichtliche Festlegungen. Stattdessen war es geprägt von Grundsätzen wie dem „Bekennnis zur parlamentarischen Demokratie, Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus, Schutz der Freiheitsrechte des Individuums, Streben nach sozialer Gerechtigkeit, Solidarität gegenüber den Schwachen, Förderung von Wissenschaft und Bildung“ (Potthoff/Miller 2002: 211-12), also von ganz ähnlichen Grundsätzen, wie sie Bell für die Vereinigten Staaten als Symptom für das Ende der ideologischen Auseinandersetzungen anführte.

Die Umstände waren allerdings andere: In Deutschland gab es eine gut organisierte Arbeiterbewegung, die in den 1950er Jahren das Rückgrat der sozialdemokratischen Parteiorganisation bildete. Es waren vielmehr die im Vergleich zur neu gegründeten CDU desaströsen SPD-Wahlergebnisse 1953 und 1957, die den Impuls für das neue Grundsatzprogramm brachten. Die ersten Entwürfe wurden 1954 präsentiert und gingen im Wesentlichen auf Initiativen der Partielite zurück, ohne dass die Mitglieder davon groß Kenntnis nahmen. Erst mit der erneuten Niederlage bei den Bundestagswahlen gegen Adenauers CDU erfasste die Programmdiskussion die gesamte Partei und wurde Teil einer nicht nur inhaltlichen, sondern auch personellen wie organisatorischen Neuformierung der SPD (Potthoff/Miller 2002: 208-215).

Das Godesberger Programm war der bewusste Abschied der SPD von einer marxistischen Weltanschauungspartei hin zu einer alle gesellschaftlichen Klassen und Schichten ansprechenden Volkspartei. In der Terminologie der heutigen Politikwissenschaft repräsentiert das Programm somit eine innere strategische Neuausrichtung der SPD weg vom Policy-seeking (Streben nach Programmverwirklichung) hin zu einer stärkeren Gewichtung von Office- und Vote-seeking (Regierungsteilhabe und Stimmenmaximierung). Noch vierzig Jahre zuvor hatte Max Weber (1992 [1919]: 56-57) in der Ausarbeitung seines Vortrags „Politik als Beruf“ sowohl Zentrum als auch SPD mit leicht spöttischem Unterton als „geborene Minoritätsparteien, und zwar nach ihrer eigenen Absicht“ bezeichnet. Der weltanschauliche Grund bei der SPD sei, dass sie sich „mit der gegebenen politisch-bürgerlichen Ordnung nicht beflecken wollte“. Mit dem Godesberger Programm ging die SPD erstmals eine sehr offensive Befleckung mit der politisch-bürgerlichen Ordnung ein, die sich zwar zunächst nur verbal, doch bald in der großen Koalition ab 1966 in realer Regierungsverantwortung ausdrücken sollte. Die SPD formulierte von nun an den Anspruch, Mehrheitspartei sein zu wollen.

---

<sup>2</sup> Der außerordentliche Parteitag zur Beschlussfassung des damals neuen Grundsatzprogramms fand in der Bad Godesberger Stadthalle vom 13. bis 15. November 1959 statt.



Der vor dem nationalsozialistischen Regime in die USA emigrierte Staatstheoretiker Otto Kirchheimer (1965: 29) beurteilte diese Entwicklung der SPD als „Entideologisierung“, die die SPD zur „Allerweltpartei“ mache. Ähnlich wie Bell sah Kirchheimer solche Allerweltparteien nicht mehr in der Lage, die wirklich interessanten Debatten über die Gesellschaftsordnung zu führen. Mit dem Ziel, möglichst viele gesellschaftliche Gruppen auf einmal anzusprechen, würden sich die ehemaligen Weltanschauungsparteien nur noch einer „*Catch-all*“-Strategie verpflichtet fühlen, mit der sie weder fähig noch willens seien, eine klare Opposition gegen die jeweils amtierende Regierung zu führen, die ebenfalls von einer Allerweltpartei bzw. *Catch-all-Party* geführt würde (Kirchheimer 1965).<sup>3</sup> Die Allerweltparteien könnten nicht auf die gewachsenen Parteiapparate sowie die traditionell gewachsenen Bindungen verzichten, würden jedoch zunehmend zu anderen Interessengruppen Verbindungen aufbauen und entsprechend ideologisch flexibel agieren. Insofern billigte er einerseits die Veränderung der Parteienlandschaft und sieht sie als notwendige Konsequenz des gesellschaftlichen Wandels und des Wettbewerbsdrucks an (Kirchheimer 1965: 30). Andererseits sah er aber eine gefährliche Schwächung der innerparteilichen Demokratie und gesellschaftlichen Integrationsfunktion von Parteien heraufziehen, die zu Apathie und politischer Verstumpfung der Massen führen könnte: „In diesem Fall werden wir vielleicht noch mal bedauern, dass die Massenpartei auf Klassen- oder Konfessionsbasis verschwunden ist – selbst wenn das unvermeidlich war – so wie wir bereits anderen Dingen der westlichen Zivilisation von gestern nachtrauern“ (Kirchheimer 1965: 41).

Wenig später haben Lipset und Rokkan (1967) mit ihrer „freezing hypothesis“ in ähnlicher Weise argumentiert, dass die damals zeitgenössischen Parteiensysteme gesellschaftliche Spaltungsstrukturen repräsentieren würden, die für die Zeit um 1920 herum typisch gewesen seien. Mit der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts seien keine großen Veränderungen mehr zu erwarten.

Das Eigentümliche dieser Debatten um politische Ideologie ist, dass im Fokus der Diskussion immer eine Analyse linker Parteien stand, aber bis auf ganz wenige Ausnahmen rechte, konservative oder christdemokratische Parteien nicht behandelt wurden (van Kersbergen 1999; Ignazi 2003; Frey 2009).

---

<sup>3</sup> Kirchheimer spricht in der deutschen Fassung von Allerweltpartei, in der englischen Version (1966) von „*Catch-all-Party*“. Er verwendet zwar auch den im allgemeinen Sprachgebrauch üblichen Begriff „Volkspartei“ (ebd., S. 27), sieht ihn aber nicht als Typen bildend an. Er begründet dies damit, dass eine regionale Partei wie die Südtiroler Volkspartei niemals einen *Catch-all*-Status erlangen könne und der Begriff Volkspartei für seine Typenbildung somit irreführend sei.

Bald ein halbes Jahrhundert nach Bells Ausruf eines Endes der Ideologien wissen wir, dass die politischen Auseinandersetzungen nach 1960 nicht vollkommen ideologiefrei geführt wurden. Auch haben sich neue Parteifamilien wie ökologische Parteien etablieren können, was an der These des „Gefrorenenseins“ der Parteiensysteme Zweifel aufkommen lässt. Bell selbst hat später seine Thesen modifiziert, indem er die Entwicklung hin zur post-industriellen Gesellschaft skizzierte und dort auch den nicht zu stillenden Hunger junger Generationen nach Ideologien beschrieb. Er hielt allerdings daran fest, dass auf Grund der veränderten ökonomischen Basis und der gestiegenen gesellschaftlichen Komplexität der post-industriellen Informationsgesellschaft für ideologische Auseinandersetzung kein Nährboden mehr existiere (Bell 1973).

Eine der wichtigsten Gegenpositionen speiste sich aus der Beobachtung Ronald Ingleharts (1971), dass eine „stille Revolution“ in der westlichen Industriegesellschaft vonstatten ginge, die sowohl zu einem grundlegenden gesellschaftlichen Wandel sowie einer Revitalisierung der politischen Auseinandersetzung führen werde. Als Ursache identifizierte er einen grundlegenden Wertewandel der heranwachsenden Generationen gegenüber ihren Eltern – weg vom Materialismus, hin zum Postmaterialismus. Vor Augen gehabt haben dürfte er die neuen sozialen Bewegungen in Folge der (praktisch globalen) Studentenunruhen 1968. Entsprechend finde kein Wandel hin zu weniger Ideologie statt, sondern Wandel dessen, was inhaltlich unter Ideologie und insbesondere unter „links“ und „rechts“ zu verstehen sei (Inglehart/Klingemann 1976; Inglehart 1984; Fuchs/Klingmann 1989). So sehr die Begriffe Postmaterialismus sowie post-industrielle Gesellschaft auch umstritten sind, so sehr herrscht doch Einigkeit, dass seit den 1960er Jahren politische Sachthemen wie die Gleichberechtigung bislang benachteiligter gesellschaftlicher Gruppen, Umweltschutz, Bürgerbeteiligung und Multikulturalismus in ihrer Bedeutung für die politische Agenda deutlich gestiegen sind (stellvertretend Flanagan/Lee 2003).

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die Grünen als politische Repräsentanten dieser neuen Themen in Deutschland genau an demselben Ort die Etablierung auf parlamentarischer Ebene feierten, wo Jahre zuvor die SPD ihren „ideologischen Ballast“ (Carlo Schmid zitiert nach Potthoff/Millner 2002: 208) abgeworfen hatte. Nicht minder ironisch ist, dass die SPD diesen Ballastabwurf mit den folgenden Worten eingeleitet hat:

„Das ist der Widerspruch unserer Zeit, dass der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselte, und sich jetzt vor den Folgen fürchtet; (...) Aber das ist auch die H o f f n u n g dieser Zeit, dass der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt“ SPD 1959: 2; Hervorhebung im Original).

Ausgerechnet die Grünen – gespeist aus Skepsis gegenüber dieser Hoffnung, unter anderem aus der Anti-Atomkraftbewegung hervorgegangen und angetreten, das atomare Zeitalter zu beenden – hielten nun eben dort 1983 ihre Wahlparty in der Godesberger Stadthalle ab. Ein und derselbe Ort diente demnach zur Besiegelung der Grundlagen für die beiden umfassendsten Veränderungen des Parteiensystems in der alten Bundesrepublik Deutschland. Beide betrafen die politische Linke, und während die erste Veränderung als Ende der Ideologien interpretiert wurde, wird die zweite Veränderung häufig als eine Manifestation des Wandels der politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung weg von sozio-ökonomischen hin zu gesellschaftlichen Themen interpretiert (Niedermayer 2007).

Ein halbes Jahrhundert nach Ausrufung des Endes der Ideologien und bald zwanzig Jahre nach Fall der Berliner Mauer erscheinen die ursprünglichen Argumentationen von Bell (1960) und Lipset (1960) anachronistisch. Die Debatte über die Diagnose ist hingegen weiterhin im vollen Gange. Für die empirisch arbeitende Vergleichende Politikwissenschaft hat die Debatte um das Ende der Ideologien bis heute eine ganz konkrete Bedeutung. Bei der Auswertung von Wahlprogrammen im Rahmen der *Manifesto Research Group* (MRG) und ihrem Nachfolger, den *Comparative Manifestos Project* (CMP), wurde von den Forschergruppen zugleich eine Links-Rechts-Skala entwickelt. Diese berücksichtigt bis auf zwei Ausnahmen nur Themen (Issues), die sich für die linke Seite explizit und ausschließlich auf marxistisches Schrifttum zurückführen lassen (Budge/Klingemann 2001: 21-22). Für die rechte Seite werden in ähnlicher Weise Theoretiker des 19. und frühen 20. Jahrhunderts angeführt, so dass die vom CMP vorgeschlagene Links-Rechts-Skala erklärtermaßen die ideologische Debatte des Jahres 1900 widerspiegelt (Budge/Pennings 2007: 130). Folglich werden Issues jenseits dieser marxistisch inspirierten Skala implizit als unideologisch interpretiert, so wie es Bell (1960) in seinem Essay auch suggerierte.

Doch ist diese Position wirklich haltbar? Tragen nicht-marxistische Themen wirklich nicht zur Ideologisierung bei? Falls doch, inwieweit verändern dann die „neuen“ Issues das Begriffsverständnis von Links und Rechts? In dieser Dissertation wird die Angebotsseite des politischen Wettbewerbs und die Rolle von Parteien als Träger von Ideologien untersucht. Auf der Basis von Wahlprogrammdateien, die die *Manifesto Research Group*<sup>4</sup> erstellt hat, lassen sich die vorgestellten Hypothesen anhand von Zeitreihen, die bis in die 1940er Jahre zurückreichen, überprüfen. Dies geschieht in insgesamt sechs Kapiteln, die überwiegend

---

<sup>4</sup> Sofern nicht ganz detailliert auf eine der Projektphasen eingegangen wird und nur vom allgemeinen Forschungsprojekt gesprochen wird, werden *Manifesto Research Group* (MRG) und *Comparative Manifestos Project* (CMP) synonym verwendet.

jeweils eigenständige Artikel repräsentieren, die entweder in Zeitschriften mit anonymen Begutachtungsverfahren publiziert wurden oder sich noch im Begutachtungsprozess befinden. Hier in der Einleitung wird zunächst erörtert, warum sich Wahlprogrammdata zur Analyse von Parteiideologien besser eignen als andere Datenquellen. Daraufhin folgt eine Bestandsaufnahme der Begriffsverwirrung um die politischen Richtungsbegriffe links und rechts sowie ein Vorschlag, wie sich diese Verwirrung durch konzeptionelle und begriffliche Klarheit vermeiden lässt. Anhand eines komprimierten Literaturüberblicks werden unterschiedliche Thesen sowie neuere empirische Befunde zur Analyse des politischen Raumes vorgestellt und erläutert, inwiefern diese Erkenntnisse in die Dissertation eingeflossen sind.

Schließlich wird ein Überblick über den Aufbau der Arbeit gegeben und die wichtigsten Thesen und Erkenntnisse aus den einzelnen Kapiteln zusammengefasst.

## **2. Die Analyse von Wahlprogrammen im Vergleich zu anderen Datensätzen und die Besonderheiten von CMP/MRG**

In den vergangenen Jahren hat es einen wahren Boom sowohl bei der Erstellung neuer Datensätze als auch bei der Entwicklung neuer Methoden zur Erhebung von Parteipositionen gegeben (vgl. stellvertretend Laver 2001; Marks 2007). Das *Manifesto Project* gehört eher zu den älteren Projekten, dessen Anfänge bis in die 1960er Jahre zurückreichen. Der britische Politikwissenschaftler David Robertson (1976) wollte ursprünglich die Dimensionalität des politischen Raumes in Großbritannien untersuchen und inspizierte hierzu die britischen Wahlprogramme. Er verwendete dabei ein Kodierungsschema, das auch für die heute noch gültigen Handkodierungsschemata von CMP als Basis dient. Sein intensives Studium des britischen Parteienwettbewerbs ließen in ihm zunehmend Zweifel aufkommen, ob Parteien tatsächlich wie von Vertretern der räumlichen Politiktheorie suggeriert (Downs 1957; Black 1958) sich auf einer einheitlichen Politikdimension verorten lassen. Die Parteien, so war seine Beobachtung, sprächen gar nicht über dieselben Themen. Sie würden in der Realität vielmehr aneinander vorbei reden (Robertson 1976).<sup>5</sup> Diese Beobachtung stellt den Ausgangspunkt der so genannten Salienztheorie dar, die als Messtheorie dem CMP Datensatz zu Grunde liegt. Als Grundannahmen dieser Theorie können nach Budge (2001: 82; Table 3.3) folgende fünf Punkte gelten:

---

<sup>5</sup> McLean (2006) hat darauf hingewiesen, dass Riker (1982) in einer Analyse der amerikanischen Verfassungsdebatte gegen Ende des 18. Jahrhunderts vollkommen unabhängig von Robertson zu derselben Schlussfolgerung kam.

- (1) Die Parteistrategen gehen davon aus, dass die Wähler in den meisten Issues dieselben Handlungen favorisieren. Ergo vertreten alle Parteien bis auf kleine Ausnahmen dieselben Positionen.
- (2) Die Parteistrategen gehen davon aus, dass die Wähler es *einer* Partei eher zutrauen, diesen Handlungsweg glaubwürdig zu verfolgen, als den anderen Parteien.
- (3) Daher „besitzt“ jede Partei ein Set an Issues mit der Konsequenz, dass je bedeutender die Issues im Wahlkampf sind, desto mehr Stimmen die jeweilige „besitzende“ Partei bekommt.
- (4) Eine Partei wird daher immer ihre eigenen Issues im Wahlprogramm in den Vordergrund stellen, um einen Bedeutungszuwachs „ihrer“ Issues bei den Wählern zu erreichen. Die gegnerischen Issues werden nach Möglichkeit ignoriert.
- (5) Die Unterschiede in den Policies zwischen den Parteien beruhen entsprechend dieser Theorie auf unterschiedlichen Hervorhebungen verschiedener Politikfelder.

Als Konsequenz enthält der Datensatz so genannte Salienzen, d. h. Hervorhebungen eines bestimmten Themas. Für die Erhebung inhaltsanalytischer Daten ist die Definition einer grundlegenden Kodierungseinheit notwendig. Die *Manifesto Group* beschloss auf Grund mehrerer Versuche, so genannte ‚Quasi-Sätze‘ („*Quasi-Sentences*“) der quantitativen Analyse zu Grunde zu legen. Ein Quasi-Satz ist definiert als ein einzelner, argumentativer Ausdruck einer politischen Idee oder Streitfrage. Einem grammatischen Satz können dabei mehrere Quasi-Sätze zugeordnet werden. Solche Quasi-Sätze sind in der Regel durch die Einteilung in Haupt- und Nebensätze qua Interpunktion einfach zu identifizieren (Volkens 2001: 96).

Diese Quasi-Sätze wurden bei den Untersuchungen der OECD-Staaten in 56 verschiedene Kategorien einsortiert. Für die Untersuchungen osteuropäischer und lateinamerikanischer Wahlprogramme wurden weitere Subkategorien gebildet, so dass in dem gesamten Projekt mehr als 80 Kategorien herangezogen werden (Volkens 2001: 98; Klingemann et al 2006). Die Kategorienwerte entsprechen den Prozentanteilen, den die Summe an Quasi-Sätzen einer Kategorie an einem Wahlprogramm einer bestimmten Partei zu einem bestimmten Zeitpunkt einnimmt. Durch die prozentuale Verknüpfung aller Kategorien miteinander muss daher die Erhöhung des Anteils eines Themas am Wahlprogramm c. p. mit einer Verminderung der Salienz der anderen Themen einhergehen.

Das Kodierungsschema Robertsons (1976) umfasste ursprünglich lediglich 21 Kategorien. Die Ausweitung des Schemas resultierte zum einen aus der Ausweitung der betrachteten

Länder und zum anderen aus Bedenken verschiedener Wissenschaftler gegen einen rein salienztheoretischen Ansatz. Ein solcher Ansatz hätte Politikfelder nicht in Pro und Kontra aufgeteilt, wie es aber die Theorien der Parteienkonfrontation anhand von *Positions-Issues* nahe legen (Volkens 2001: 98). Als Kompromiss wurden sowohl Pro- und Kontrakategorien zu einzelnen Politikfeldern sowie reine Salienzkategorien in anderen Politikfeldern erhoben<sup>6</sup>. Als Grundannahmen der Konfrontationstheorie des Parteienwettbewerbs können in Abgrenzung zur Salienztheorie nach Budge (2001: 86; Table 3.5) folgende vier Punkte gelten:

- (1) Issues sind grundsätzlich konfrontativ und niemals nicht-konfrontativ. Parteien nehmen eine explizite Position in jedem Issue ein, irgendwo zwischen einer vollkommenen Befürwortung oder vollkommenen Ablehnung.
- (2) Daher können Parteipositionen für jedes Issue getrennt und unabhängig voneinander erhoben werden, je nach den jeweiligen Pro- und Kontra-Argumenten, die eine Partei anführt.
- (3) Die Unterschiede zwischen den Parteipositionen sind unabhängig von dem Ausmaß ihrer Betonungen in der Öffentlichkeit.
- (4) Relative Betonungen von Issues spielen in der Messung von Parteipositionen lediglich in der Gewichtung der vorher ermittelten Pro- und Kontra-Unterschiede eine Rolle.

Einschränkend muss hier angemerkt werden, dass Budge (2001) die idealtypische Position einer orthodoxen Interpretation der Konfrontationstheorie anführt. Er bezieht sich explizit auf Downs (1957a), womit er sicherlich insofern richtig liegt, als dass sich praktisch alle Anhänger der räumlichen Politiktheorie und insbesondere derer, die zur Konfrontationstheorie neigen, sich auf Downs berufen. Nun sind einige Jahre seit der Veröffentlichung der „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ vergangen, und die Theorie ist stellenweise ergänzt, weiterentwickelt oder sogar verfremdet worden. Am stärksten aus dem Blick verloren ging dabei vielleicht, dass Downs seine Theorie als eine Theorie des politischen Handelns verstand (Kaiser 2006). Dieser Aspekt wurde von ihm in einem zeitgleich zur Dissertation veröffentlichten Aufsatz besonders hervorgehoben (Downs 1957b). Seine Beobachtung eines „mehr oder weniger“ innerhalb eines fest definierten Intervalls war ganz konkret vor dem Hinterrund einer zeitlichen, räumlichen und an ökonomischen Ressourcen begrenzten Realität

---

<sup>6</sup> Als *Positions-Issue* wurde z. B. ‚PER504 Ausbau des Sozialstaates‘ der Kategorie ‚PER505 Einschränkung des Sozialstaates‘ gegenübergestellt, während es zur Kategorie ‚PER503 Soziale Gerechtigkeit‘ kein entsprechendes Gegenstück gibt. Es muss zur Verdeutlichung festgehalten werden, dass jeder Quasi-Satz nur einmal zugeordnet werden kann. Somit ist es nicht möglich, einen Quasi-Satz sowohl der sozialen Gerechtigkeit als auch dem Ausbau des Wohlfahrtsstaates zuzusprechen. Im Anhang befindet sich eine Übersicht zu den einzelnen Kategorien und eine kurze Erläuterung ihrer inhaltlichen Bestimmung.

zu verstehen. Konkrete politische Entscheidungen würden innerhalb dieser Realität getroffen. Die in den letzten Jahren häufig zu findende Annahme eines Euklidischen Raumes (z. B. Kitschelt 1994; Schofield 2003; Elff 2006) kann sich nicht auf Downs stützen und hat eher einen philosophischen Wert. Zur Analyse konkreter Politikpositionen innerhalb bestimmter Policies scheint mir diese Annahme wenig geeignet. Immerhin – so argumentierte auch Downs als Grundlegung seines rein polit-ökonomischen Raumes – kann nicht mehr als alles verstaatlicht werden oder mehr als alles Privateigentum sein. Übertragen auf programmatische Aussagen könnte auch formuliert werden: Mehr als vollkommen für eine Position kann ein politischer Akteur nicht sein, und mehr als vollkommen dagegen auch nicht. Innerhalb dieses von den realen zeitlichen wie räumlichen Umständen geprägten Politikraums können aber selbstverständlich Analysen mit Hilfe Euklidischer Geometrie durchgeführt werden (Tsebelis 2002).

Der erste Punkt der oben aufgeführten Grundannahmen wirft die Frage der Existenz von konfrontativen und nicht-konfrontativen Issues auf. Diese geht zurück auf eine frühe Kritik der Downsianischen Wettbewerbskonzeption, die Donald Stokes (1963) formuliert hat. Als einen von vier kritischen Punkten betrachtet er nämlich, dass so genannte Valenz-Issues bei Downs nicht berücksichtigt seien. Er charakterisiert die unterschiedlichen Issues wie folgt:

„I distinguished *position* issues, on which parties or leaders are differentiated by their advocacy of alternative positions on an ordered dimension, from *valence* issues, on which parties or leaders are differentiated not by what they advocate but by the degree to which they are linked in the public's mind with conditions or goals or symbols of which almost everyone approves or disapproves.“ (Stokes 1992: 143).

Er begründet die Existenz von Valenz-Issues damit, dass es in liberalen Demokratien keine Partei gebe, die für gute Zeiten ist, und als Gegner eine Partei hat, die für schlechte Zeiten eintritt. Alle Parteien – bis auf extreme Ausnahmen – streben nach guten Zeiten. Als konkrete Beispiele für solche zwischen den wetteifernden Parteien hoch-konsensualen Ziele nennt er die Bekämpfung von Korruption, wirtschaftliche Prosperität, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie die erfolgreiche Beendigung einer militärischen Auseinandersetzung. Nicht das Ziel an sich sei umstritten, jedoch die Methode, wie dieses Ziel erreicht wird. Positions-Issues bezögen sich nur auf Letzteres (Stokes 1992: 144-149). Unterschiedliche Positionen seien häufig dichotom kodiert, aber nicht zwangsläufig mit links und rechts. Mit Bezugnahme auf den Vietnamkrieg identifiziert er in den USA eine „Falken“ vs. „Tauben“-Dichotomie. Als weitere Kritikpunkte nennt Stokes die Annahme der Eindimensionalität, die Annahme einer fixen Struktur der politisch-inhaltlichen Auseinandersetzung sowie die Annahme, dass Wähler und Parteieliten den politischen „Raum“ identisch wahrnehmen und interpretieren (Stokes 1992: 142). Die Annahme der Eindimensionalität ist tatsächlich bei

Downs ohne Ausnahme zu finden. Jedoch konnte sich im Verlauf seiner Rezeptionsgeschichte problemlos eine Erweiterung in den multidimensionalen Raum entwickeln lassen (Kaiser 2006). Budge (2001) nimmt für das Manifesto Projekt in Anspruch, den Valenz-Gedanken integriert zu haben. Ironischerweise ignoriert ausgerechnet die RILE-Skala zur Bestimmung von Parteipositionen die mit dem Valenz-Gedanken verknüpften Ideen der Mehrdimensionalität und der inhaltlichen Flexibilität des politischen Raumes.

Zum Verständnis dieser Arbeit ist der Valenz-Gedanke von größter Bedeutung. Praktisch alle Analysen nehmen in der einen oder anderen Form Bezug auf den von Stokes eingebrachten Gedanken. Die oben angeführte Definition wird daher noch häufiger Verwendung finden. In Kapitel zwei dient sie der Unterscheidung von konfrontativen und nicht-konfrontativen Issues bei der Ermittlung von Politikpositionen. In Kapitel drei wird die Idee der Valenz-Issues mit der Linz'schen (1967) Konzeption von Konsens-Issues erweitert. Bei den Analysen im dritten Teil dieser Arbeit wird in der Konzeption des Parteienwettbewerbs neben dieser Unterscheidung verschiedenartiger Issues zusätzlich die Konsequenz daraus gezogen, dass Wähler und Parteieliten den politischen Wettbewerbsraum nicht zwingend in gleicher Weise wahrnehmen und interpretieren.

Solche empirischen Analysen sind aber nur mit einem Datensatz möglich, der sich nicht von vornherein ausschließlich der konfrontativen Theorie oder der Salienztheorie verpflichtet fühlt. Der CMP-Datensatz entspringt zwar der Tradition der Salienztheorie, ist aber in seinem Kodierungsschema für beide Ansätze offen. Stokes (1992: 154) monierte schon am Vorläuferprojekt von Robertson (1976), dass dieser auf Grund seiner großen Begeisterung für die räumliche Politiktheorie „sein“ Valenzkonzept nicht richtig umgesetzt habe. Budge (2001: 85-87) verkauft die Salienztheorie als quasi gleichrangig mit dem Valenzkonzept, was aber nicht ganz korrekt ist und sich auch in keinster Weise in den weiteren Schriften Budes niederschlägt.<sup>7</sup> Zu Recht weist er allerdings die Kritik von Kitschelt (1994; 2000) zurück, dass auf Grund der zusätzlichen Erhebung von Pro- und Kontra-Kategorien die CMP-Daten von nun an nicht mehr salienztheoretisch zu analysieren seien. Tatsächlich lassen sich auch diese Kategorien salienztheoretisch erheben und interpretieren – nämlich als prozentuale Hervorhebung eben dieser Pro- oder Kontra-Kategorie.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass das *Manifesto Projekt* von einer Vielzahl an Kritik und Skepsis begleitet wurde und wird. Die Kritik lässt sich dabei in drei verschiedene Aspekte aufteilen:

---

<sup>7</sup> Auf die Unstimmigkeiten des von Budge favorisierten RILE-Schemas mit der Kritik von Stokes (1992) an der Downsianischen Wettbewerbstheorie wurde schon hingewiesen. In seinem enzyklopädischen Eintrag im „Handbook of Party Politics“ (Budge 2006) zum Wettbewerbsraum findet sich dieser Gedanke ebenfalls nicht.



(1) Allgemein wird bezweifelt, ob Wahlprogramme überhaupt politisch relevant seien.

(2) Sehr häufig wird konkret die Reabilität der handkodierte Daten angezweifelt.

(3) Andere Datenquellen werden als zuverlässiger erachtet.

Die Verwendung von handkodierte Wahlprogrammdateien bedarf offenkundig der Begründung und Verteidigung. Der zuerst angeführte Einwand – meist vorgetragen in der Form „Wahlprogramme liest doch keiner“ – geht von falschen Voraussetzungen aus. Wie eingangs gesehen, hatte das Godesberger Programm für die SPD eine enorme Bedeutung. Es war noch nicht einmal ein Wahlprogramm. Es war ein Grundsatzprogramm, von dem man besonders viel Realitätsferne hätte erwarten können. Tatsächlich wurde es bewusst nach der bitteren Erfahrung von Wahlniederlagen geschrieben, um den Erfolg bei kommenden Wahlen zu verbessern. Wahlprogramme dienen ganz ausdrücklich diesem Zweck. Sie sind ein bewusstes Zeugnis des korporativen Akteurs „Partei“ über sein Selbstverständnis im gerade aktuellen Kampf um Wählerstimmen. Wahlprogramme werden häufig Satz für Satz, Abschnitt für Abschnitt in Einzelabstimmungen auf Parteitag erstellt und spiegeln somit die realen innerparteilichen Kräfteverhältnisse wider. Das Eintreten eines Politikers für Positionen, die gegen das Wahlprogramm seiner eigenen Partei stehen, kann als recht unwahrscheinlich gelten. Sowohl seine Parteifreunde als auch die Medien würden ihn genüsslich auf Mehrheitsentscheidungen zugunsten anderer Positionen hinweisen. Zur Analyse der Parteiprogrammatik ist es somit unerheblich, ob ein, zwei, drei oder zwanzig Prozent der Wahlberechtigten das Programm gelesen haben. Entscheidend ist, dass das Wahlprogramm eine mittelbar bindende Wirkung hat und zugleich ein wissenschaftlich analysierbarer Gegenstand ist, der uns Aufschluss über die von der Partei getragene Programmatik gibt. Tatsächlich hat die empirische Forschung die Stammtischmeinung der Irrelevanz von Wahlprogrammen weitgehend widerlegen können. Rölle (2002) kann für Deutschland einen hohen Einfluss der Programmatik auf das Wahlverhalten nachweisen. International vergleichende Studien zeigen anhand der finanziellen Ausstattung der einzelnen Ressorts unter unterschiedlichen Koalitionsregierungen, dass Daten, die auf der Basis von Wahlprogrammen für Regierungshandeln generiert wurden, eine sehr gute Prognosekraft besitzen (Hoffebert/Klingemann 1990; Hoffebert/Budge/McDonald 1993; Klingemann/Hoffebert/Budge 1994).

Anhand einzelner Länderanalysen wurde die Reabilität der erhobenen Daten in Zweifel gezogen. Pelizzo (2003) beklagt ein vollkommen verzerrtes Bild der italienischen Parteienlandschaft, was von Hansen (2008) für Dänemark ebenfalls beklagt wird und ihn zur Schlussfolgerung kommen lässt, dass nichts anderes mehr helfe, als die Wahlprogramme aus

den Archiven wieder herauszuholen und noch einmal neu zu kodieren. CMP selbst berichtet über relativ hohe Reabilitätswerte und Übereinstimmungen von zwei Kodierern bei ihren Entscheidungen in Höhe eines Pearson-Korrelationskoeffizienten von 0.9. Doch auch wenn sich im Datensatz erhebliche Kodierungsfehler verbergen sollten – die Wahlprogramme sind verfügbar und könnten jederzeit aus dem Archiv geholt und rekodiert werden.

Als alternative Datensätze preisen Benoit und Laver (2006; 2007a) Expertenbefragungen, da sie angeblich weniger „Störfaktoren“ („noise“) enthalten als Wahlprogrammdateien. Ausführlicher werden einige ihrer Kritikpunkte in Kapitel vier behandelt werden. An dieser Stelle sei schon auf ein großes Dilemma von Expertenbefragungen hingewiesen: Es existieren meist keine einheitlichen Zeitreihen von Expertenmeinungen, und eine Replikation der Einstufungen ist kaum möglich (Mair 2001). Für Querschnittsvergleiche zu bestimmten Zeitpunkten liefern Expertenbefragungen insbesondere dann wertvolle Daten, wenn ansonsten wie z. B. in neu entstandenen Demokratien keine anderen Datenquellen vorhanden sind und/oder die Infrastruktur zur Erhebung solcher Daten auf anderem Wege schlicht fehlt. Ein solch anderer Weg sind Massenumfragen wie z. B. das Eurobarometer oder der World Value Survey. Dort werden Wähler entweder danach gefragt, wie sie die Positionen der Parteien auf einem Links-Rechts-Kontinuum einordnen, oder sie werden bezüglich ihrer Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum befragt. Anschließend wird von ihrer Wahlabsicht auf die Position der von ihnen favorisierten Partei geschlossen. Letzteres Vorgehen ist nicht unproblematisch. Unentschlossene Wähler gehen nicht in die Positionsbestimmung ein, und es stellt sich grundsätzlich die Frage, ob die Eigenwahrnehmung der Wähler tatsächlich auch mit der Position der von ihnen präferierten Partei übereinstimmt. Besonders problematisch wird es, wenn die Wahlabsicht eines Wählers gar nicht auf der ideologischen Links-Rechts-Nähe zu einer Partei, sondern auf einem speziellen Issue, das für den Wähler nur bei dieser einen Wahl Ausschlag gebend ist, oder auf taktischen Erwägungen z. B. in Bezug auf mögliche Koalitionen, beruht. Beide Verfahren unterstellen ferner, dass die Wähler die ihnen vorgelegte Skala einheitlich interpretieren. Diese Interpretation bezieht sich zum einen auf den inhaltlichen Gehalt der politischen Richtungsbegriffe links und rechts. Sie bezieht sich aber auch darauf, wo der Skalenmittelwert angesetzt wird. Der Schwerpunkt der im Eurobarometer verwendeten 10er-Skala, die von eins bis zehn reicht, liegt bei 5,5. Damit soll die Tendenz unterbunden werden, sich in der Mitte einzuordnen. Allerdings sind die länderübergreifend exorbitant hohen Werte für den Skalenwert „Fünf“ genau darauf zurückzuführen und nicht auf eine Dominanz einer Politikposition minimal links von der

Mitte. Viele Menschen halten schlicht und ergreifend die fünf für den Skalenmittelwert einer 10er Skala.

Den Umweg, über Wähler auf Parteipositionen zu schließen, vermeidet eine direkte Analyse des parlamentarischen Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten einer Partei. Poole (2005) hat für den US-amerikanischen Kongress mit solchen Analysen interessante Ergebnisse hervorgebracht, ebenso wie Hix et al (2006) für das Europäische Parlament. Shirling and McLean (2006) haben kritisiert, dass insbesondere in den parlamentarischen Demokratien mit ihren disziplinierten Parlamentsfraktionen auf diese Weise lediglich Opposition vs. Regierung gemessen werden könne, aber nicht links vs. rechts. Auch könne bei einer Regierung, die sich mit einer Opposition von links wie rechts außen konfrontiert sieht, weder die Regierung noch die Opposition am Ende eindeutig auf der Links-Rechts-Skala verortet werden, weil das Abstimmungsverhalten sich an der Politikagenda und den Machtverhältnissen orientiere und weniger an der Links-Rechts-Position. Für international vergleichende Studien kommt erschwerend hinzu, dass für die meisten nationalen Parlamente die Daten schlichtweg nicht verfügbar sind.

In jüngster Zeit sind die Bemühungen verstärkt worden, anhand von Mediendaten politische Positionen zu bestimmen (Kriesi et al. 2006; Kriesi et al 2008; Frey 2009). Mediendaten zur Analyse von Wahlkampagnen haben den Vorteil, dass auf ihrer Basis kurzfristige inhaltliche Schwerpunktänderungen identifiziert werden können. Wahlprogramme werden in der Regel Wochen oder Monate vor dem eigentlichen Wahltermin verfasst und spiegeln eher mittelfristige programmatische Orientierungen wider (Frey 2009: 101). Da in dieser Arbeit genau diese mittel- und langfristigen ideologischen Orientierungen analysiert werden sollen, ist das ein Argument für die Verwendung von Manifesto Daten und nicht der von Mediendaten, die eher kurzfristige Reaktionen auf plötzlich eintretende Ereignisse im Wahlkampf erfassen.

Wahlprogramme erscheinen somit als eine unverzichtbare Quelle in der Analyse von politischen Ideologien und Parteiprogrammatik.

In den letzten Jahren hat es vermehrt Anstrengungen gegeben, mit Hilfe von Computerprogrammen die Fehleranfälligkeit des menschlichen Kodierers zu umgehen. Häufig werden dabei schlicht bestimmte Wörter auf Basis eines vorher erstellten Wörterbuchs gezählt („Wordscore“; Laver et al 2003). Doch hier verbergen sich Gefahren. Wörter und Begriffe können ganz unterschiedliche Bedeutungen in unterschiedlichen Kontexten haben. Ein Wörterbuch kann daher jeweils immer nur für eine bestimmte Zeitperiode in einem bestimmten Land verwendet werden. Schließlich variiert zur selben Wahl die Bedeutung

einzelner Begriffe zwischen den Parteien. Das Wort „Kapitalismus“ mag sich ähnlich häufig bei der Linkspartei wie auch der FDP im Wahlprogramm wieder finden. Es wäre aber fahrlässig auf Grund dieser Tatsache auf eine identische Position zu schließen. Tatsächlich ist anzunehmen, dass der häufige Gebrauch in diesem Fall auf gegensätzliche Positionen verweist. Um das auszuschließen, wird die Funktionalität dieses Verfahrens mit dem Vergleich von Referenzdokumenten gewährleistet – z. B. mit den Ergebnissen auf Basis der handkodierten CMP-Daten, die ja eigentlich durch den Computereinsatz überflüssig werden sollten. Ähnlich arbeitet „Wordfish“ (Slapin/Proksch 2008), bei dem alle Wörter eines Dokuments oder eines Dokumentabschnitts gezählt werden. Der Forscher muss hier nicht mehr ein komplettes Wörterbuch entwickeln und auch nicht auf ein Referenzdokument zurückgreifen. Die Positionen werden aber nur eindimensional erhoben. Mehrdimensionale Daten können darüber generiert werden, dass der Forscher die Wahlprogramme nach Sinnabschnitten entsprechend bestimmter Politikfelder einteilt. Pappi und Seher (2009) wenden dieses Verfahren auf die deutschen Bundestagswahlprogramme an und orientieren sich bei der Einteilung der Politikdimensionen an Linhart/Shikano (2007), die ihre Einteilung wiederum von Franzmann/Kaiser (2006) entnommen haben, die wiederum ihre empirische Analyse auf den CMP-Datensatz stützen.

Die Diskussion der verschiedenen Datenerhebungsmethoden offenbart, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine vergleichbare Alternative zu den Wahlprogramm Daten des MRG/CMP existiert, sofern eine international vergleichende Studie für einen möglichst langen Zeitraum bezüglich der Programmatik von Parteien durchgeführt werden soll. Zu vermuten ist, dass in Zukunft Computer gestützte Kodierungsprozeduren, die den menschlichen Kodierer in seinen Entscheidungen unterstützen und beschleunigen, ohne ihn vollständig zu ersetzen, die dominante Verfahrensweise werden. Diese Zukunft ist noch nicht erreicht. Doch auch in dieser Zukunft muss sich jede Analyse von Parteiprogrammatik über ihre begriffliche Interpretation klar sein. Damit beschäftigt sich der nächste Abschnitt.

### ***3. Die Verwirrung um das Begriffspaar Links-Rechts***

Ein Blick in die Literatur zu den politischen Richtungsbegriffe offenbart vor allem eines: Alle glauben genau zu wissen, worüber geredet wird, doch jeder redet über etwas anderes. Im Unterschied zur öffentlichen Diskussion ergibt sich in der wissenschaftlichen Debatte die Verwirrung weniger (aber auch) aus Uneinigkeit über den konkreten Begriffsinhalt, sondern viel mehr aus unterschiedlichen Forschungsperspektiven. Diese Perspektiven sind meist unabhängig davon, ob Ideologie nun dichotomisch in links-rechts (LR), konservativ-libertär,

pazifistisch-bellizistisch o.ä. eingeteilt wird. Wenn von linken und rechten Issues gesprochen wird, so geschieht dies meist mit einem konkreten Bezug zu einer sozio-ökonomischen Gegenüberstellung von kapitalistisch versus sozialistisch. Davon unabhängig existiert eine Debatte, die sich fragt, welche Issues tatsächlich links und rechts sind und wie der politische Wettbewerbsraum interpretiert werden kann (Green-Pedersen 2007: 625). Die sprachlich-begriffliche Links-Rechts-Dichotomie wird in solchen Analysen als ein Mittel der Komplexitätsreduktion angesehen, hinter der sich verschiedene Begriffsinhalte verstecken können (Fuchs/Klingemann 1990). Mair (2007) spricht entsprechend in seinem Überblicksartikel von Links-Rechts-Orientierungen, derer sich Wähler bedienen würden. Ein detaillierter Blick offenbart allerdings, dass er wohl zumindest vier unterschiedliche Sichtweisen darunter subsumiert, die für sich genommen recht unterschiedliche Aspekte betonen. Die unterschiedlichen Verständnisse von links und rechts hängen häufig in der empirischen Forschung eng mit dem dahinter liegenden Verständnis vom Parteienwettbewerb zusammen. Begrifflich zeigt sich das gelegentlich schon daran, wenn von

- (a) einer Links-Rechts-Dimension (einheitlicher Wettbewerbsraum; konkreter Inhalt)
- (b) einer Links-Rechts-Achse (eine von mehreren ideologischen Achsen)
- (c) einem Links-Rechts-Kontinuum (generalisiertes Kommunikationsmedium; empirisch erhoben in einer Wählerumfrage)
- (d) einer Links-Rechts-Skala (Super-Issue; generalisiertes Kommunikationsmedium)

gesprochen wird. Zum Verständnis der meisten Kapitel dieser Arbeit ist ein klares Auseinanderhalten dieser vier Begriffe äußerst hilfreich.<sup>8</sup>

Am bekanntesten ist wohl die Verwendung des Begriffs Dimension. Orthodoxe Dimensionalisten legen meist ein Wettbewerbsverständnis zu Grunde, das weitestgehend der im vorigen Abschnitt skizzierten Konfrontationstheorie entspricht. Sie gehen häufig davon aus, dass sich Parteien inhaltlich eindeutig auf einer einheitlichen Wettbewerbsdimension positionieren. Anders als bei Downs (1957) kann das aber auch auf mehr als einer Dimension geschehen (Pappi 1980; Marks/Hooghe 2002).<sup>9</sup> Neben dieser Interpretation als elektoraler Raum wird „Dimension“ noch in zwei anderen Bedeutungszusammenhängen verwendet. Der

---

<sup>8</sup> Daneben existiert noch ein Vorschlag von Paul Warwick (2000) mit Hilfe der Konzeption von Politikhorizonten („policy-horizon“) mögliche Koalitionsregierungen zu analysieren. Auf Grund ihres spezifischen Anwendungsgebietes wird diese Konzeption hier nicht näher erläutert.

<sup>9</sup> An dieser Stelle muss allerdings betont werden, dass Pappi einer der ganz wenigen Autoren ist, der in seinen Schriften die unterschiedlichen Bedeutungsinhalte sehr klar voneinander trennt, einzuordnen und zu nutzen weiß.

eine beschäftigt sich überwiegend mit der governementalen Ebene von Politik. Die Links-Rechts-Dimension dient hier zur Abstraktion, um Mechanismen der Regierungsbildung oder des Gesetzgebungsprozesses zu modellieren. Häufig wird *ceteris paribus* argumentiert, dass von einer Uneinheitlichkeit des politischen Raumes oder einer Mehrdimensionalität abstrahiert wird, um auf Basis dieser Vereinfachung zu Erkenntnisgewinnen bezüglich Koalitionsbildungen zu kommen. Dieser Ansatz beschreibt somit einen der Wesenszüge moderner Sozialwissenschaft. Erkenntnisse aus dem elektoralen Raum interessieren nur insofern, wie sie zur exogenen Modellierung von Präferenzen genutzt werden können. Ob diese Erkenntnisse eher von Anhängern der Konfrontations- oder der Salienztheorie generiert wurden, ist dann vollkommen unerheblich. Der zweite Bedeutungszusammenhang erwächst einem weit verbreiteten Verfahren der multivariaten Datenanalyse, nämlich der Hauptkomponenten- oder Faktorenanalyse (Backhaus et al. 2000). Hier geht es häufig konkret um Erkenntnisse bezüglich des elektoralen Raumes auf Basis empirischer Studien. Dimension ist hier ein technischer Begriff, der beschreibt, dass „hinter“ den erhobenen Daten theoretische Konstrukte stecken, die über die genannten statistischen Verfahren erst sichtbar werden. Die Werte der Originalvariablen werden mit Hilfe von Korrelations- oder Kovarianzmatrizen zu Faktorladungen auf Dimensionen transformiert, von denen es annahmegemäß eine geringere Anzahl als Variablen gibt (Backhaus et al 2000: 284-294). Solche empirisch erhobenen Dimensionen können Annahmen der Konfrontationstheorie widerlegen, wenn wie bei Pappi/Shikano (2004) neben einer positionalen Dimension auch noch eine Valenz-Dimension ermittelt wird.

In dieser Arbeit soll immer dann von Dimension gesprochen werden, wenn ein ganz konkreter Inhalt, dem mehrere Issues zugeordnet werden können, angesprochen wird. Diese Issues wurden dann entweder auf empirischer oder theoretischer Basis als zueinander gehörig ermittelt.

Der Gegenbegriff zu Dimension ist Achse. Der Begriff Achse bezieht sich meist auf ein Universum aller denkbaren Ideologien. Die Frage der Einheitlichkeit des politischen Raumes bleibt hier offen. Verwirrenderweise ist Achse somit zugleich auch Oberbegriff von Dimension. Konkrete, empirisch ermittelte inhaltliche Dimensionen lassen sich häufig auf (imaginäre) Achsen im ideologischen Raum zurückführen. Diesen Umstand macht sich mathematisch die oben erwähnte Faktorenanalyse zunutze. Die Achsen definieren einen Raum, innerhalb derer die Dimensionen liegen. Durch Rotation der Achsen können die Faktorladungen der Ursprungsvariablen so modifiziert werden, dass sich die extrahierten

Dimensionen inhaltlich leichter interpretieren lassen. Der konkrete inhaltliche Gehalt der Dimensionen kann sich hierbei stark verändern. Die Achsen bleiben jedoch je nach gewähltem Rotationsverfahren ansonsten unverändert (Backhaus et al 2000: 312-318). Dieser technische Hinweis ist inhaltlich bedeutsam, da er anzeigt, dass sich bei einer Faktorenanalyse anhand der extrahierten Dimensionen nicht schlussfolgern lässt, dass die den politischen Raum generierenden Achsen mit den Dimensionen gleichzusetzen sind. Wir können von Achsen entweder abstrakt-logisch oder empirisch-statistisch auf die Existenz von Dimensionen schließen, aber nicht umgekehrt von den Dimensionen auf die Achsen. .

Durch die Wahl eines geeigneten Theorierahmens wird in der Praxis dieser Fehlschluss implizit oder explizit vermieden. Lijphart (1999) identifiziert insgesamt sieben Issue-Dimensionen. Diese Dimensionen sind aber nicht als einheitliche Räume zu verstehen. Vielmehr geht es ihm um die Bedeutung einzelner Politikfelder, die er nach seiner eigenen Experteneinschätzung mit niedrig, mittel und hoch bestimmt. Sowohl dieses Vorgehen als auch seine implizite salienztheoretische Fundierung erinnern an die sieben Issue-Domänen bei CMP. Lijpharts (1999) Ausführungen lassen dann auch einen klaren Bezug zur Cleavage-Theorie (Lipset/Rokkan 1967) erkennen. Er ergänzt einfach deren berühmten vier für die Genese von Parteiensystemen relevanten Spaltungsstrukturen um weitere drei. Sämtliche Spaltungsstrukturen lassen sich laut Lipset/Rokkan (1967) auf zwei Achsen zurückführen, die den universalen ideologischen Raum aufspannen würden, nämlich auf eine territoriale und eine ökonomische Achse. Die Idee der zeitlosen Achse findet sich auch bei Kitschelt (1994) und Flanagan (1987; Flanagan/Lee 2003). Bei Kitschelt ergeben sich die konkreten politikinhaltlichen Dimensionen durch Rotation innerhalb des von den Achsen aufgespannten ideologischen Universalraums. Bei Lipset und Rokkan sowie Flanagan und Lee wird keine sinnbildliche Rotation, sondern eine Bedeutungsverschiebung im Zeitverlauf diagnostiziert. Mit der inhaltlichen Interpretation dieser Achsen und Dimensionen wird sich der kommende Abschnitt beschäftigen. An dieser Stelle reicht es festzuhalten, dass in dieser Arbeit immer dann von Achse gesprochen wird, wenn damit der Universalraum an allen denkbaren ideologischen und programmatischen Festlegungen gemeint ist. Die Links-Rechts-Achse wird in diesem Sinne als ein Oberbegriff zu Dimension gebraucht.

Die Begriffe Kontinuum und Skala beziehen sich auf konkrete Messungen von Politikpositionen oder Ideologien. Kontinuum wird häufig synonym mit Dimension verwendet, oder es wird eine Identität von Kontinuum und Dimension unterstellt (stellvertretend van der Eijk et al 2005; Sartori 1976: 334-340). Der Begriff Kontinuum wird

überwiegend in Studien verwendet, die sich auf Massen- oder Expertenumfragen stützen. Dort werden die Probanden nach ihrer Selbsteinschätzung bezüglich ihrer Links-Rechts-Positionierung befragt. Dies erfolgt durch eine Einstufung auf einem Zahlenintervall oder Kontinuum von z.B. 1 bis 10. Den Forschern, die von einer Selbsteinschätzung auf einem Kontinuum und nicht von einer Dimension reden, ist gemeinsam, dass sie starke Wechselwirkungen zwischen den Parteipositionierungen und den Wählereinschätzungen unterstellen. Sie gehen jedoch nicht wie die Konfrontationstheorie zwingend von einem einheitlichen Wettbewerbsraum aus. Empirisch zeigt sich, dass eine hohe ideologische Polarisierung auf Seiten der Parteien mit einer erhöhten Bereitschaft bei den Befragten, sich eindeutig auf dem Links-Rechts-Kontinuum zu positionieren, einhergeht (stellvertretend Knutsen 1997; van der Eijk et al 2005; Freie 2008).

In dieser Arbeit soll immer dann von Kontinuum gesprochen werden, wenn damit die Einschätzung von Politikpositionen durch Dritte oder eine Eigenverortung zu einem konkreten Zeitpunkt gemeint ist. Ebenfalls wird der Begriff Kontinuum verwendet, wenn eine Partei bewusste Links-Rechts-Positionierungen vornimmt.

Der Begriff Links-Rechts-Skala ist insbesondere in den Schriften von Inglehart und Klingemann anzutreffen. Skala wird dabei in bewusster Abgrenzung zu Dimension verwendet. Auf diese Weise sollen zwei wesentliche Punkte verdeutlicht werden. Zum einen, dass der Begriffsinhalt von links und rechts über Zeit und Raum variiert, sich aus dem jeweiligen Kontext ergibt und somit eben keine fixe Dimension darstellt (Inglehart 1984), zum anderen, dass die Links-Rechts-Dichotomie als generalisiertes Kommunikationsmedium nur über konstruierte Skalen gemessen werden kann, jedoch nicht direkt beobachtbar ist (Fuchs/Klingemann 1990).

Der Begriff Skala ist aber nicht immer Ausfluss eines orthodoxen Verständnisses von Links-Rechts als eines generalisierten Kommunikationsmediums (z.B. Flanagan/Lee 2003). Die Bezeichnung Links-Rechts-Skala soll in dieser Arbeit immer dann verwendet werden, wenn die konkrete Messung ideologischer Positionen politischer Akteure gemeint ist. Eine solche Skala kann für mehrere Dimensionen, also nicht nur für Links-Rechts, zugleich erhoben werden. Als Erkenntnisgegenstand einer Skala wird in dieser Arbeit die Positionierung von politischen Akteuren aufgefasst, nicht aber die Vermessung der dahinter liegenden Dimension, die sich unter Umständen wiederum auf eine übergeordnete Achse zurückführen lässt.



Ist die Gesamtheit dieser vier Teilbegriffe betreffend Links-Rechts gemeint, so wird vereinfachend von einem Links-Rechts-Schema gesprochen. Es stellt sich nun die Frage, was inhaltlich mit einer Skala oder auf einem Kontinuum an Ideologie gemessen wird.

#### **4. Die unterschiedlichen Konzeptionen des politischen Wettbewerbsraums**

Im vorangegangenen Abschnitt diente Links-Rechts als Platzhalter für die Bezeichnung der ideologischen Sphäre, sei sie als Dimension, Achse, Kontinuum oder Skala definiert, interpretiert oder analysiert. In diesem Abschnitt wird bei einem komprimierten Durchgang durch die Literatur deutlich werden, wie diese Unterscheidung Gewinn bringend genutzt werden kann. Mit Hilfe dieses Literaturüberblicks wird auch geklärt, was unter links und rechts verstanden und wie es analysiert werden soll. In den späteren Kapiteln dieser Dissertation finden sich häufig nur kurze Verweise auf verschiedene Theorieschulen und Diskussionsstränge, die im Folgenden etwas ausführlicher dargestellt werden. Mit diesen Ausführungen sollte der theoretische Hintergrund vieler der späteren methodischen Entscheidungen deutlicher werden.

Politische Ideologie selbst kann mit Downs (1957: 96) als „verbal image of the good society and of the chief means of constructing such a society“ aufgefasst werden. Ideologien dienen dem Wähler zur Information darüber, wie die von den Parteien in ihren Wahlprogrammen propagierten Policies einzuordnen sind (Downs 1957: 102). Das Ausmaß, wie stark ideologisch oder pragmatisch die Parteien tatsächlich agieren, hängt von den kulturellen wie institutionellen Rahmenbedingungen ab (Sartori 1976: 87). Ideologien verdichten einzelne Issues so, dass sie auf einer Dimension landen. Je pragmatischer die Parteien bei ihrer Programmformulierung vorgehen und die Wähler in ihren Erwartungen an die Politik sind, desto weniger werden die einzelnen Issues durch Ideologien zu homogenen Dimensionen transformiert (Sartori 1976: 333). Ein Ende der Ideologien würde bedeuten, dass ein Ende der klaren, dimensional Unterscheidung von Parteiprogrammatik eingetreten wäre. Die Informations- und Orientierungsfunktion von Ideologien in der politischen Sphäre wäre dann erheblich eingeschränkt. Zugleich ist vorstellbar, dass nebeneinander existierende Ideologien zu mehr als einer Dimension führen. Eine Mehrdimensionalität des politischen Raumes führt nicht zwangsläufig zur Orientierungslosigkeit. Kitschelt und Hellemans (1990: 203) zeigen, dass der parteiinterne Diskurs der in den 1980er Jahren aufkommenden links-libertären Parteien zweidimensional verläuft und entgegen der Auffassung einiger Beobachter den Akteuren einen hervorragend funktionierenden ideologischen Orientierungsrahmen bietet.

Ideologien werden bis heute sowohl von Wissenschaftlern als auch der Öffentlichkeit meist mit dem Begriffspaar links und rechts umschrieben. Was steckt inhaltlich hinter diesen Begriffen? Auf den ersten Blick mag es in der Politikwissenschaft wahrscheinlich ebenso viele Interpretationen der beiden Richtungsbegriffe geben, wie es Forscher gibt, die sich an einer ebensolchen Interpretation versucht haben. Ebenso viele Auffassungen scheinen darüber zu existieren, ob die beiden Richtungsbegriffe überhaupt noch aktuell sind, durch weitere Unterscheidungen noch ergänzt werden müssen oder einfach komplett als Anachronismen ersetzt oder sogar abgeschafft gehören.

Dessen ungeachtet offenbaren die Befragungsergebnisse des *World Value Survey* sowie des *Eurobarometers*, dass ein Großteil der Öffentlichkeit in den westlichen Demokratien problemlos mit den beiden Richtungsbegriffen hantieren kann. Tabelle 1 gibt einen Überblick darüber, wie hoch der Erkennungswert der Links-Rechts-Dichotomie in den im Rahmen dieser Arbeit analysierten Demokratien ist. Die Daten basieren auf Auswertungen des *World Value Survey* durch Dalton (2006), der den Erkennungswert über den Prozentsatz derjenigen Befragten an den Gesamtbefragten nimmt, die fähig oder willens waren, sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum selbst zu platzieren.

<u>Land</u>	<u>Erkennungswert</u>	<u>Land</u>	<u>Erkennungswert</u>
Norwegen	0,97	Großbritannien	0,81
Niederlande	0,96	Österreich	0,81
Schweden	0,96	Schweiz	0,80
USA	0,95	Italien	0,79
Israel	0,93	Spanien	0,78
Türkei	0,93	Polen	0,78
Tschechien	0,92	Portugal	0,77
Island	0,91	Ungarn	0,77
Dänemark	0,90	Japan	0,75
Finnland	0,88	Luxemburg	0,74
Australien	0,88	Slowenien	0,72
Griechenland	0,88	Neuseeland	0,70
Kanada	0,86	Estland	0,69
Slowakei	0,84	Lettland	0,67
Frankreich	0,83	Bulgarien	0,67
Deutschland	0,83	Litauen	0,62
Irland	0,82	Rumänien	0,55
Belgien	0,82		

Die Werte sind Dalton (2006) entnommen. Die Auswertung basiert auf der aktuellen Erhebung des *World Value Survey*. Der Erkennungswert gibt an, wie viel Prozent der Gesamtbefragten in einem Land fähig oder willens waren, sich auf dem Links-Rechts-Kontinuum selbst zu verorten.

**Tabelle 1: Der Erkennungswert der Links-Rechts-Dichotomie in der Wahlbevölkerung**

Auffallend ist, dass insbesondere die skandinavischen Länder hohe Erkennungswerte aufweisen, während die mittelosteuropäischen Länder mit den Ausnahmen Tschechien und Slowakei vergleichsweise niedrige Werte aufweisen. Nicht in dieser Tabelle enthalten sind arabische Länder. Die Befragten dort scheinen keinen sinnvollen Nutzen aus dieser Unterscheidung ziehen zu können (Dalton 2006). Andere Studien weisen darauf hin, dass auch in China die Links-Rechts-Unterscheidung zur Bestimmung politischer Lager unbekannt ist (von Beyme 2000).

Der Erfolg der Links-Rechts-Dichotomie scheint somit ein räumlich begrenztes Phänomen zu sein. Von Beyme (1984: 312) sieht das Links-Rechts-Schema nur dort erfolgreich etabliert, wo es starke sozialistische Parteien gibt. Doch scheint die Etablierung einer sozialistischen Partei zumindest keine hinreichende Bedingung für die Geltung des Begriffspaars zu sein, wie Tabelle 1 offenbart. Die mittelosteuropäischen Staaten hatten und haben stellenweise bis heute noch relativ starke sozialistische Parteien, und trotzdem haben Links und Rechts dort nicht die gleiche Bedeutung wie in Westeuropa.

Bartolini (2000) setzt in seiner Arbeit über die Mobilisierung der politischen Linken in Westeuropa links mit sozialistisch gleich. Doch ist diese Bestimmung äußerst ahistorisch. Zum einen schließt eine solche Definition die neu entstandenen links-libertären Parteien aus, die durchaus nicht sozialistisch, sondern zumeist grün sind (Kitschelt 1988). Zum anderen vernachlässigt diese Definition, dass im 19. Jh. liberale Parteien die so genannte Linke bildeten. In Norwegen heißt heute noch die liberale Partei „*Venstre*“, was nichts anderes als Linkspartei bedeutet. Die konservative Partei heißt „*Høyre*“, die „Rechte“. Während die konservative Partei weiterhin als rechts gilt, wird die Linkspartei weder von Experten, noch von der norwegischen Bevölkerung als politisch links eingestuft, sondern als eine Partei des Zentrums. Die Zentrumspartei (Senterpartit) wiederum koalierte zuletzt mit der Arbeiterpartei sowie den Linksozialisten und kann demnach heute eher dem linken Lager zugerechnet werden. Offenkundig hat sich hier die Bezeichnung der Partei vom übergeordneten Bedeutungsrahmen der beiden Richtungsbegriffe nachhaltig gelöst. Norwegen ist sogar heute noch das Land, in dem mit 97% der Erkennungswert der Links-Rechts-Dichotomie weltweit am höchsten ist.

Die Identifikation einer einzelnen Partei oder Parteifamilie mit links oder rechts über alle Zeiten hinweg erscheint daher nicht sonderlich sinnvoll. Was ist denn nun die zeitlose Bedeutung von links und rechts? Hierauf scheint es grob zwei Antworten in der aktuellen Politikwissenschaft zu geben. Die einen legen ein statisch-substantielles Verständnis zu Grunde, das die beiden Richtungsbegriffe mit ganz bestimmten Politikgehalten verknüpft. Am

populärsten ist hierbei wohl immer noch das von Anthony Downs (1957) begründete Verständnis von links und rechts als Unterscheidung von „mehr vs. weniger Staat“ in der Wirtschaftspolitik. In Abgrenzung gegen dieses statische Verständnis gibt es Bemühungen zur Identifikation eines abstrakteren, zeitloseren Begriffsinhaltes. Bobbio (1994) identifiziert den Gegensatz von Hierarchie versus Gleichheit als eigentlichen inhaltlichen Kern des Links-Rechts-Schemas. Ein sekundäres Unterscheidungsmerkmal sei die Methode, wie die Politikziele Hierarchie oder Gleichheit erreicht werden sollen, nämlich freiheitlich oder autoritär. Inglehart (1984) diagnostizierte als erster einen Wertewandel und eine Veränderung der herkömmlichen inhaltlichen Bedeutung von links und rechts. Er definiert die Richtungsbegriffe in Abhängigkeit zum Status quo. Die Befürwortung der Veränderung des Status quo hin zu mehr Gleichheit ist für ihn links, die Befürwortung der Status quo-Erhaltung definiert er als konservativ, die Befürwortung der Erhöhung der Ungleichheit als reaktionär. Links-Rechts ist für ihn ein Super-Issue, das je nach gesellschaftlichem Kontext mit einem unterschiedlichen Bedeutungsinhalt versehen werde.

Zwar wird Ingleharts Interpretation von Links-Rechts als Super-Issue nicht von allen geteilt. Aber seine abstrakte Interpretation des begrifflichen Inhaltes der politischen Richtungsbegriffe trifft auf hohe Zustimmung in der Wissenschaftsgemeinde. Links wird mit Gleichheit, Rechts mit Ungleichheit oder Hierarchie in Verbindung gebracht (stellvertretend Inglehart 1984; Laponce 1981; Bobbio 1994; Fuchs/Klingemann 1990; Mair 2007). Die rein sozio-ökonomische Interpretation teilt diese Auffassung insofern, als dass sie das Eintreten der politischen Linken für Sozialismus und mehr Staatseingriffe in Wirtschaftsabläufe als Manifestation ihres Willens, mehr Gleichheit herzustellen, deutet (stellvertretend Sartori 1976; Kitschelt 1994; Bartolini 2000).

Die Geburtsstunde des dichotomischen Denkens in der Politik wird historisch in der Französischen Revolution verortet. Die Befürworter des Königs setzten sich zu seiner Rechten, die Gegner zu seiner Linken. Von da an seien die Konservativen immer rechts, die Progressiven auf der linken Seite des Parlaments platziert gewesen. Deren Sitzordnung sei mit der Zeit zur Orientierung über die politischen Inhalte dann in der öffentlichen Debatte auf die abstrakt-ideologische Ebene übertragen worden (Mair 2007)

Eigentlich hätte es zu Revolutionszeiten immer ein rudimentäres Fünf-Parteiensystem und nicht eine einfache Zwei-Parteien-Konfrontation gegeben, so von Beyme (1984: 313). Doch warum hatten sich die Königsanhänger sowohl während der französischen als auch der englischen Revolution zur Rechten des Königs gesetzt und nicht zu seiner Linken? War es einfach nur Zufall? Und war es ebenso Zufall, dass dieses Begriffspaar sich so schnell

erfolgreich verbreiten konnte? Immerhin geschah das zu Zeiten, als die Menschen nicht im Fernsehen sehen konnte, wer rechts und wer links im Parlament saß. Die Antwort ist eindeutig: Es kann kein Zufall gewesen sein. In der westlichen Welt lässt es sich leicht mit der christlichen Mythologie verknüpfen. Der König erhält seine Legitimation aus dem Gottesgnadentum. Zur Rechten Gottes sitzt im Himmel Jesus. Zur Linken sitzen die Sünder. Rechts ist gleichzusetzen mit oben, links mit unten. Oben sind die Mächtigen, die herrschen, unten die Gefallenen, die Sünder, die Armen oder die Gottlosen. Die französische Revolution habe nun den Oben-Unten-Gegensatz säkularisiert und in das horizontale Links-Rechts-Schema überführt (Ignazi 2003: 7). Die „Linken“ sind seitdem diejenigen, die die unteren Stände repräsentieren. Die Bevölkerung konnte die Links-Rechts-Unterscheidung auf Grund der christlichen Vorprägung intuitiv interpretieren, ohne den eigentlichen Hintergrund zu kennen. Hierin scheint die eigentliche Erfolgsgeschichte des Links-Rechts-Schemas begründet zu sein. Dies gilt aber nicht nur für christliche Gesellschaften. Von den Maori bis hin zu den Indianern auf dem amerikanischen Kontinent kennen zahlreiche Völker im Alltagsleben den Links-Rechts-Gegensatz. Und immer ist rechts mit Göttlichkeit verbunden. Die rechte Hand dient zum Vertragsabschluss. Laponce spricht daher von einer anthropologischen Fundierung der Links-Rechts-Dichotomie (1981: 38ff). Das Christentum bringe diese Dichotomie ins europäische Denken und in die europäische Alltagswelt. Zunächst sei die vertikale Trennung zwischen oben und unten, zwischen gut und böse, dem Himmel oben und der Hölle unten gewesen (Laponce 1981; Ignazi 2003). Die französische Revolution habe sich nicht nur mit Wucht gegen den Klerus gerichtet, sondern auch für eine „begriffliche“ Rotation des Dualismus weg von der vertikalen hin zur horizontalen Achse gesorgt. Links-Rechts werde zur Auseinandersetzung von Gleichheit versus Privileg. Unten und links sei von nun an die Opposition gegen hoch und mächtig. Sartori (1976: 324) findet im *Dictionnaire du politique* die Unterscheidung der rechten ‘defenders of the principles of power’ und den linken ‘defenders of the principles of liberty’. Diese historisch-geistesgeschichtliche Verortung des Links-Rechts-Schemas erhellt, warum die Debatten über das Ende der Ideologien und den Bedeutungsgehalt der politischen Richtungsbegriffe selten auf Seiten der politischen „Rechten“ geführt werden. Das, was „rechts“ ist, lässt sich deutlich leichter definieren oder in der Realität beobachten, als das, was „links“ ist. „Rechts“ steht einfach für „oben“, die Mächtigen oder diejenigen, die eine Hierarchie anführen. Warum diese Hierarchie herausgefordert wird, muss vor dem Hintergrund der realen Verhältnisse von der „Linken“ inhaltlich begründet werden. Jede fundamentale Veränderung der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Machtverhältnisse muss – sofern sich die

politischen Akteure und die Öffentlichkeit bewusst oder unbewusst nach der oben erörterten Symbolik richten – zu einer Krise des Bedeutungsinhalts dessen führen, was links ist, da der alte Inhalt nicht mehr auf die neue Realität passt.

Dichotomes Denken ist nicht zwangsläufig auf die Richtungsbegriffe links und rechts beschränkt. Carl Schmitt, für den sich das Wesen des Politischen auf den Gegensatz von Freund und Feind im Kern reduzieren lässt, identifiziert für das 19. Jh. den Gegensatz von Konservativen und Liberalen anhand bestimmter Themen. Er identifiziert liberale Politik „als polemischen Gegensatz gegen staatliche, kirchliche oder andere Beschränkungen der individuellen Freiheit, als Handelspolitik, Kirchen- und Schulpolitik, Kulturpolitik (...)“ (Schmitt 1932: 69). Er kritisiert liberales Denken dafür, dass es Staat und Politik ignoriere und stattdessen eine immer wiederkehrende „Polarität von zwei heterogenen Sphären, nämlich von Ethik und Wirtschaft, Geist und Geschäft, Bildung und Besitz“ schaffe. Als bekennender Konservativer kann Schmitt dem Liberalismus, vor allem dessen Individualismus, nicht viel abgewinnen. Doch in seiner Kritik beschreibt er pointiert, wie sich das dichotome Denken im 18. und 19. Jh. mit dem Aufkommen des industriellen Bürgertums herausbildet. Entscheidend hierfür sei die Verbindung eines „humanitär-moralischen und intellektuellen, also „geistigen“ Fortschrittsglaubens mit der wirtschaftlich-industriell-technischen Entwicklung des 19. Jahrhunderts“ gewesen. „Die Wirtschaft“ fühle sich als Träger dieser in Wahrheit sehr komplexen Größe. Wirtschaft, Handel und Industrie, technische Vervollkommnung, Freiheit und Rationalisierung seien Verbündete gegen Feudalität, Reaktion und Polizeistaat, doch im Wesen friedlich und im Gegensatz zur kriegerischen Gewalttätigkeit. So entstehen die für das 19. Jahrhundert charakteristischen Gruppierungen (Schmitt 1932: 74):

„Freiheit und Fortschritt und Vernunft	gegen	Feudalismus und Reaktion
verbunden mit		verbunden mit
Wirtschaft, Industrie und Technik	gegen	Staat, Krieg und Politik
als		als
Parlamentarismus	gegen	Diktatur“.

Schmitt (1932: 68-78) stört sich insbesondere an der Verknüpfung inhaltlich verschiedener Sphären durch den Liberalismus. Modern formuliert: Die Mehrdimensionalität des politischen Raumes sieht er als einen die politische Sphäre aushöhlenden Trick des Liberalismus an, weniger als eine Folge gesellschaftlichen Wandels und der fortschreitenden Modernisierung. Deutlich freundlicher fällt sein Urteil über den Marxismus aus. Dessen Erfolg im 19. Jh.

beruhe auf einer klaren Freund-Feindgruppierung. Der Marxismus sei seinem „liberal-bürgerlichen Gegner auf das Gebiet des Ökonomischen gefolgt“, um sich ihm dort „mit seinen eigenen Waffen“ entgegenzustellen (Schmitt 1932: 73). Modern formuliert: Der Marxismus hat sich klar in einem eindimensionalen Raum positioniert, was offenkundig auf Schmitts Sympathie trifft.<sup>10</sup>

Es dürfte hinlänglich bekannt sein, dass Schmitts Ablehnung des Liberalismus (also, das was [auch im Original] auf der linken Seite steht) ihn auf die rechte Seite beförderte und zu einem temporären Befürworter der Diktatur machte. Seine pointierten Formulierungen und analytische Schärfe öffnen trotzdem den Blick auf einige interessante Aspekte.

Zunächst sind bei ihm erstaunliche Parallelen zur Salienztheorie zu erkennen, selbst wenn er die damit einhergehenden Implikationen für Teufelswerk hält. Er bestimmt den Liberalismus nicht bloß als eine bestimmte Richtung, sondern identifiziert klar sein Programm. Und nicht nur das: Er zeigt auf, wie sich diese einzelnen Themen zu einem Pol vereinen und ein dichotomes Schema kreieren. Er benennt ferner die Themen des Liberalismus so eindeutig, dass sich sein Vorgehen zur Hypothesenbildung eignet. Falls sich nämlich die heutigen liberalen Parteien tatsächlich in der Tradition der liberalen Strömungen des 19. Jh. bewegen sollten, müssten Sie auch immer noch dieselben Kernthemen aufweisen. Dies ist insbesondere zur Klärung der Frage der Zeitgebundenheit des Links-Rechts-Schemas von Bedeutung. Sollten das norwegische Venstre und die deutsche FDP noch ähnliche Kernthemen wie im 19. Jh. aufweisen, dann muss von einem ideologischen Bedeutungswandel der Themen ausgegangen werden, der sich allein auf den gesellschaftlichen Kontext zurückführen lässt und eben nicht auf eine Umformulierung der Programmatik. Das wäre eine starke Bestätigung von Ingleharts Auffassung, Links-Rechts immer in Hinblick auf den aktuellen Status quo zu definieren.

Im Anhang zum Kapitel sechs dieser Arbeit befindet sich eine Übersicht zu den Kernthemen der deutschen FDP (Franzmann 2006). Zu Norwegen gibt es bei Strøm/Leipart (1989: 272-276) eine Aufstellung der wichtigsten Themen von Venstre (und anderen norwegischen Parteien) bis Mitte der 1980er-Jahre. Tatsächlich gibt es enorme Kongruenzen mit den von Schmitt (1932) identifizierten Themen des politischen Liberalismus, insbesondere in der Kultur- und Bildungspolitik, Staats- und Verwaltungseffizienz sowie der Betonung individueller und wirtschaftlicher Freiheit. Lediglich Fragen der Umweltpolitik scheinen als

---

<sup>10</sup> Auch umgekehrt scheint sich darauf eine gewisse Sympathie verschiedener marxistischer Theoretiker für die Analysen Schmitts zurückführen zu lassen. Vergleiche zum Einfluss von Carl Schmitt das Werk von Jan-Werner Müller (2007: 181-192).

neues Thema hinzugekommen zu sein.<sup>11</sup> Im 19. Jh. waren solche Positionen zweifelsohne „links“. Das den Liberalismus tragende Bürgertum trachtete danach, die alte „gottgegebene“ gesellschaftliche Hierarchie abzulösen. Heutzutage scheinen es nur noch die gesellschaftlichen Positionen liberaler Parteien zu sein, die als links gelten, obwohl es keinen grundlegenden Wandel der Ideologie gab. Die alte Hierarchie basierend auf Abstammung wurde mittlerweile abgelöst durch Ungleichheit basierend auf ökonomischem Erfolg. Insofern ist das Eintreten für ökonomischen Liberalismus heutzutage nicht mehr als Opposition gegen die Mächtigen zu sehen, sondern vielmehr als ein Eintreten für den Erhalt von ökonomisch bedingter Macht und somit gemäß der zeitlosen Deutung der Dichotomie ein „rechtes“ Anliegen. Geändert hat sich der Kontext und somit die ideologische Bedeutung der Issues.

Was Carl Schmitt übersah, ist die Einbettung des Gegensatzes in ein gesellschaftliches und staatliches Umfeld. In seinem Freund-Feind-Schema ist weder Platz für den Valenz-Gedanken, noch für die Idee von Konsens-Issues, die Linz (1967) als entscheidend für die erfolgreiche Etablierung der Demokratien in Österreich und Deutschland wahrnahm. Demokratischer Wettbewerb kann eine Polity vor der Unzufriedenheit seiner Bürger schützen (Lipset/Rokkan 1967; zitiert 1990: 92). Die Wähler unterscheiden zwischen der Loyalität zu einem politischen System und der Loyalität gegenüber den regierenden Amtsinhabern. Nicht das gesamte System, sondern die jeweiligen Amtsinhaber müssen sich in erster Linie der Unzufriedenheit der Bevölkerung aussetzen. In einer monolithisch organisierten Polity können die Wähler nicht zwischen diesen beiden Formen der Loyalität wählen. Kritik an den Policies der Amtsinhaber werde entsprechend mit Kritik an der Polity gleichgesetzt (Lipset/Rokkan 1967; zitiert 1990: 92). Bei Schmitt findet sich diese gedankliche Unterscheidung nicht. Der Gedanke, dass Unterschiede im Rahmen des politischen Wettbewerbs um die Regierungsämter einen demokratischen Nationalstaat stärken könnten, ja dass ein Konflikt vor dem Hintergrund von Gemeinsamkeiten grundsätzlich eine produktive gesellschaftliche Kraft sein kann (Simmel 1908), blieb ihm auf Grund des starren Festhaltens am dichotomen Freund-Feind-Schema fremd.

Solche Gemeinsamkeiten können in tieferen historischen Wurzeln begründet sein. Mit den tieferen historischen Wurzeln der westeuropäischen Parteiensysteme haben sich Lipset/Rokkan (1967) beschäftigt. Entgegen häufiger Behauptungen kann deren weltberühmte Cleavage-Theorie nicht als reines Gegenmodell zur Links-Rechts-Dichotomie gedacht werden. Das gesamte Grundmodell ist mit dichotomem Denken durchzogen. Binär verkodete

---

<sup>11</sup> Ein wesentlicher Unterschied ist, dass die norwegischen Liberalen deutlich stärker als die deutsche FDP den Ausbau und Erhalt des Sozialstaates betonen, was aber alle norwegischen Parteien (außer der Fortschrittspartei; siehe dazu auch Kapitel vier) klassischerweise in einem sehr hohem Maße tun (Strøm/Leipart 1989: 272).



Konflikte bevölkern den ideologischen Raum, innerhalb dessen der Parteienwettbewerb stattfindet. Alle historisch dokumentierten Konfliktlinien ließen sich auf zwei Achsen zurückführen, nämlich entweder auf eine territoriale oder eine funktionale (ökonomische Achse). Je nach nationaler Ausprägung lägen diese Konflikte nicht allein auf einer Achse, sondern territoriale und funktionale Aspekte würden sich überlappen. Die wichtigsten drei Konfliktlinien zur Erklärung der Unterschiede zwischen Parteiensystemen seien Zentrum-Peripherie, Staat-Kirche sowie Land-Industrie. Entsprechend sehen sie für die Parteiensysteme der 1960er-Jahre die wichtigsten Unterschiede bei den rechten und Zentrumsparteien (Lipset/Rokkan 1990: 122). Unterschiede auf der Linken, hervorgerufen durch den Klassenkonflikt, seien sekundär in dem Sinne, als dass sich die Ausprägung dieses Konflikts in jedem Land je nach Konstellation der ersten drei Konfliktlinien unterscheidet. Wichtig ist hier festzuhalten, dass die Genese eines Nationalstaates ein Set an Konflikten und Spaltungen, aber auch Gemeinsamkeiten hervorbringt, das für jedes Land spezifisch ist. Den Begriff Valenz verwenden sie hier nicht, um diese Gemeinsamkeiten zu charakterisieren. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf den Unterschieden, Spaltungen und Differenzen zwischen und innerhalb von Staaten. Sie verwenden jedoch ausdrücklich die beiden ideologischen Richtungsbegriffe rechts und links, und sprechen von ideologischen Dimensionen und Raum. Ihr politisches Denken ist nicht eindimensional, sondern zweidimensional. Ferner verweisen ihre Dimensionen nicht auf die Ideologien, sondern auf die Orte bzw. Konfliktlinien als Ursachen, aus denen die Ideologien im jeweiligen Land entstehen. Bestimmte historisch erworbene Konflikt- und Akteurskonstellationen determinieren somit die inhaltliche Bedeutung der Links-Rechts-Auseinandersetzung. Insofern ist hier Ingleharts Gedanke von Links-Rechts als Super-Issue, das eine starke absorptive Kraft auf alle Konflikte ausübt, implizit vorweggenommen. Nur geht Inglehart weniger von einer makrosoziologisch bedingten Konfliktstruktur aus, sondern er fokussiert den Wertewandel auf der individuellen Ebene. Nicht mehr die „laute“ nationale und industrielle Revolution, sondern die „stille“ Revolution basierend auf der Sozialisation der materiell saturierten Nachkriegsgeneration führe zu einer Präferenzierung postmaterialistischer Werte gegenüber materiellen Grundbedürfnissen, die ohnehin erfüllt seien (Inglehart 1971; 1977; 1984). Der Klassenkonflikt rücke somit in den Hintergrund, und die Auseinandersetzung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Politiken bestimme von nun an die Agenda. Dabei werde der Klassenkonflikt nicht vollständig verdrängt. Stattdessen vertritt Inglehart (1984) die Auffassung, dass es zu einer Symbiose aus beiden Bedeutungsgegensätzen gekommen sei, die dem Begriffspaar links und rechts eine neue, eigenständige Bedeutung gebe.

Ingleharts Beobachtung eines fundamentalen Wertewandels und einer begrifflichen Veränderung der politischen Auseinandersetzung wurde von verschiedenen Autoren in ähnlicher Weise bestätigt, jedoch unterschiedlich interpretiert. Flanagan (1987) identifiziert eine *New-Politics-Dimension*, die sich im Wesentlichen auf eine inhaltliche Libertär-Autoritär-Achse zurückführen lasse. Seine Kritik an Inglehart ist, dass dieser die Multidimensionalität des Wertewandels unterschätze (Flanagan 1987). Es sei in den westlichen Gesellschaften nicht einfach nur ein Wandel von materialistischen hin zu postmaterialistischen Werten zu beobachten, der allein einen ideologischen Wandel der „Linken“ mit sich bringe. Vielmehr identifiziert Flanagan eine Libertär-Autoritär-Achse des Wertewandels, deren historische Wurzeln viel tiefer reichen. Anhand dieser Achse beschreibt er den Wandel von theistischen zu modernistischen und schließlich postmodernistischen Werthaltungen vom Mittelalter bis hin zur Gegenwart. Kern des Wandels sei die Verlagerung von Autorität auf die interne und individuelle Ebene. In theistischen Gesellschaften sei die (göttliche) Autorität extern und transzendent und im Besitz absoluter Wahrheit, in modernistischen ist die Autorität immer noch extern, aber in der Welt, so dass der Mensch selbst universelle Wahrheiten entdecken könne. In postmodernistischen Gesellschaften schließlich sei die Relativität an die Stelle der absoluten Wahrheit getreten, und Träger der Autorität seien die inneren Beweggründe des Individuums (Flanagan/Lee 2003:237-38). Dieser Wandel der Werthaltungen erfasse die gesamte Gesellschaft und erzeuge somit nicht nur eine postmaterialistische Linke, sondern auch eine postmaterialistische Rechte. Bale (2003) bezeichnet entsprechend die neue Rechte als die „hässliche Schwester“ der grünen, links-libertären „Cinderella“.

Während Inglehart (1984) von einer Persistenz des Links-Rechts-Gegensatzes ausgeht, dessen Bedeutungsinhalt sich lediglich ändert, sieht Flanagan (1987; Flanagan/Lee 2003) die *New-Politics-Dimension* als eine eigenständige, neue bedeutende Dimension, die vollkommen unabhängig vom alten „materialistischen“ Links-Rechts-Gegensatz sei. Erst eine simultane Analyse sowohl der Werte basierten Libertär-Autoritär-Skala als auch der materialistischen Links-Rechts-Skala ermögliche auf der Grundlage von Individualdatenanalyse eine Unterscheidung, ob ein Befragter sich in seinen Einstellungen eher auf die „Old-Politics“- oder „New-Politics“-Dimension beziehe, und im zweiten Schritt, ob er im Rahmen der Libertär-Autoritär-Achse eher der Neuen Rechten oder der Neuen Linken zuzurechnen sei (Flanagan 1987: 1318). Wenn Flanagan und Lee Recht haben, darf man für die Analyse von Parteien ähnliches erwarten. Lässt sich eine (zumindest relative) Unabhängigkeit der Old- und New-Politics-Dimensionen auf der Wählerebene zeigen, sollte es auch für Parteien viel

versprechend sein, sich auf beiden Achsen ideologisch unterschiedlich zu verorten und damit um bestimmte Wählersegmente zu werben. In ihrer Programmatik müssten sich die Parteien ferner darin unterscheiden, ob sich ihr ideologischer Schwerpunkt eher auf der „alten“ materialistischen Politikdimension befindet oder eher auf der New-Politics-Dimension befindet, und in einem jeweils zweiten Schritt, ob sie innerhalb dieser Dimensionen eher links oder rechts zu verorten sind.

Trotz aller Kritik und Unterschiede verteidigt Flanagan zusammen mit Lee (2003) die Hypothese Ingleharts über die absorptive Kraft des Links-Rechts-Schemas. Diese haben in unterschiedlicher Form verschiedene andere Studien insbesondere für Umweltthemen ebenfalls bestätigt (Kitschelt/Hellemans 1990; Knutsen 1998; Dalton 2009).

Die politische Rechte wie die Linke werde somit zunehmend durch „New-Politics-Issues“ umdefiniert weg von den alten redistributiven Issues. „Libertäre“ identifizieren sich selbst meist als Linke, „Autoritäre“ als Rechte (Flanagan/Lee 2003: 250). Voraussetzung dafür sei aber, dass die ökonomischen Issues mit Etablierung des Wohlfahrtsstaates in ihrer Auseinandersetzungsschärfe abgenommen haben, zunehmend zu Valenz-Issues geworden sind und ihren Charakter als Positions-Issues verlieren:

„The old politics liberal tax-spend agenda began to run into a conservative backlash. The ultimate upshot was a stabilization of the welfare state. Most of the major welfare state legislation was firmly in place, and there was little support for a continuation of pushing the envelope further and further in the redistributive direction ad infinitum. Continuing economic growth and an ever-increasing level of prosperity for everyone has clearly remained a salient issue, which can have major effect on party fortunes in elections. **However, economic issues have increasingly shifted away from being position issues, which divided the electorate between the haves and have-nots. Instead economic issues have progressively become valence issues that simply shift the entire electorate toward or away from the party or coalition in power in response to upturns or downturns in economy.**“ (eigene Hervorhebung; Flanagan/Lee 2003: 250-251).

Hinzugekommen sei, dass mit dem Aufkommen der gesellschaftlichen Protestbewegungen in den 1960er Jahren eine Gegenkultur etabliert wurde, die wiederum eine konservative Gegenmobilisierung verursachte und dafür sorgte, dass zunehmend ökonomische Issues durch gesellschaftliche Issues von der politischen Agenda verdrängt wurden. Die Bedeutung der New-Politics-Dimension sei somit in den letzten Jahren noch weiter gestiegen (Flanagan/Lee 2003). Festzuhalten bleibt, dass Flanagan und Lee (2003) einen hinreichend leistungsfähigen Wohlfahrtsstaat als Voraussetzung dafür sehen, dass ökonomische Issues zu Valenz-Issues werden konnten. Auf Grund dieser Transformation zu Valenz-Issues kam es zu einer Aktivierung der Libertär-Autoritär-Achse in dem Sinne, dass sie zunehmend Positions-Issues hervorbringt.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Genau genommen identifizieren Flanagan und Lee (2003) drei Achsen. Neben der ökonomischen und der Werte-Achse bezeichnen sie den Kampf darum, welche konkreten Issues dieser beiden Achsen auf der politischen

Die zunehmende Dominanz der New-Politics-Dimension wurde in der Parteienforschung, der Wohlfahrtsstaatenforschung sowie der Forschung zur Europäischen Integration unterschiedlich rezipiert. In der Parteienforschung fand der Ansatz von Kitschelt (1994; 1995) schnell Verbreitung (siehe auch die Kritik daran bei Duch/Strøm 2004). Kitschelt sieht den politischen Raum seit der französischen Revolution als zweigeteilt an. Grundlegend seien die Werte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Zur Hochphase des Klassenkonfliktes wäre das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit für die politische Auseinandersetzung dominierend gewesen. Vor allem induziert durch sektoralen Wandel sei die kommunitaristische Dimension der Brüderlichkeit in den Vordergrund gerückt, an deren beiden Endpolen man libertäre und autoritäre Ansätze voneinander unterscheiden könne (Kitschelt 1994: 8-30). Für die Kommunitaristen stehe nicht so sehr das Ergebnis des Umverteilungsprozesses im Vordergrund, sondern eher die Qualität der Organisationen dieses Prozesses. Libertäre würde dabei die freiwillige und gleiche Partizipation bevorzugen und sähen als Ideal eine Gesellschaft, die sich als eine Föderation bestehend aus der lockeren Verbindung kleiner Gruppen organisiert. Autoritäre hingegen würden die Freiwilligkeit einer Mitgliedschaft zurückweisen und stattdessen die mit einer Zwangsmitgliedschaft einhergehenden Pflichten im Rahmen einer klar gegebenen gesellschaftlichen Hierarchie betonen. Nach Kitschelt konstituiert die Alltagserfahrung des Menschen seine Haltung zu Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bzw. ihre präferierte Rangfolge. Am stärksten würden dabei diejenigen Präferenzen politisiert, welche individuell bedeutungsvoll und als in der Realität am wenigsten verwirklicht angesehen würden. Der politische Wettbewerb richte sich somit immer nach dem, was im aktuellen Status quo am wenigsten implementiert erscheint (ebd.). Auf Grund von wachsendem Reichtum, größeren individuellen Bildungsfähigkeiten, sektoralem Wandel und der Etablierung des Wohlfahrtsstaates seien ökonomische Fragestellungen in den Hintergrund getreten. Entsprechend habe sich die Präferenzverteilung innerhalb des politischen Raumes von der horizontalen Links-Rechts-Auseinandersetzung über Verteilungsfragen langsam zu der vertikalen Auseinandersetzung über soziokulturelle Fragen hin aufgerichtet. Die jeweilige Verteilung der Politikpräferenzen in der Wählerschaft stellt Kitschelt mit einer Ellipse dar, die die beiden zentralen Achsen umhüllt. Den Schwerpunkt der Ellipse bildet eine Gerade, die die aktuell maßgebende Politikachse in einer vereinfachten Version darstellt. Ursprünglich war diese Achse identisch mit der (gedachten) Linie zwischen Freiheit und Gleichheit, so wie es z.B. aus dem Downsianischen Modell

---

Agenda für wichtiger erachtet werden. Wie später im Kapitel vier gezeigt wird, ist diese Überlegung auf Grund der salienztheoretische Messung in der Betrachtung der ökonomischen und nicht-ökonomischen Teilskalen von Franzmann und Kaiser (2006) implizit enthalten.

graphisch bekannt ist. In einem ersten Schritt habe die neue Politikdimension die Links-Rechts-Achse nicht in deren Mittelpunkt, sondern eher rechts durchschnitten. Dies repräsentiere den politischen Raum in den 1980er-Jahren. Der Raum und somit die Akzeptanz für sozialistische Politiken ist gesunken, so dass sich der Raum zur Debatte über ökonomische Systemfragen verkleinert hat. Eine Schrägstellung der Ellipse soll zeigen, dass libertäre und extrem sozialistische Positionen sowie autoritäre und extrem kapitalistische Positionen sich ab einem gewissen Punkt logisch ausschließen. Im Zuge der 1990er-Jahre hat sich die Ellipse dann komplett aufgerichtet (Kitschelt 1994: 32; 2003). Die politischen Präferenzen verändern sich im Rahmen dieses fest vorgegebenen Raumes. Ähnlich wie bei Flanagan konnte sich der Libertär-Autoritär-Gegensatz erst entwickeln, nachdem ökonomische Fragestellungen als zunehmend sekundär wahrgenommen wurden. Kitschelts Konzeption unterscheidet sich aber in der Interpretation des ideologischen Raumes von Flanagan und Lee. Kitschelts (1994: 114-125) Analysen des Parteienwettbewerbs sind erklärtermaßen am downsianischen Modell orientiert. Er erweitert dieses Modell nicht nur um eine weitere Dimension, sondern gesteht den Parteien einen eigenständigen Handlungsspielraum zur Gestaltung von Wählerpräferenzen zu (Kitschelt 1994: 128-30). Allerdings bleibt er explizit der Konfrontationstheorie verhaftet und ignoriert die Existenz von Valenz-Issues (Kitschelt 1994: 139). Während Flanagan (1987) den Bedeutungswandel der ideologischen Achsen analysiert in ihrer Eigenschaft, Issue-Dimensionen zu kreieren, nimmt Kitschelt die Achsen als starr an und analysiert, wie die zwei *a priori* definierten Dimensionen innerhalb dieses Achsenraumes rotieren. Die Parteien kommen auf Grund dieser Rotation unter Anpassungsdruck und müssen ihre Strategien entsprechend modifizieren (Kitschelt 1999). Duch und Strøm (2004) haben eine Kritik – um nicht zu sagen einen Verriss – von Kitschelts Konzeption verfasst, die bislang allerdings auf wenig Resonanz gestoßen ist. Insbesondere stören sich Duch und Strøm (2004: 234) an der Gegenüberstellung von links-libertär vs. rechts-autoritär. Ihrer Meinung nach sind libertäre Werte nicht zwangsläufig mit der sozio-ökonomischen Linken verknüpft, und autoritäre nicht mit der sozio-ökonomischen Rechten. In seiner quasi-downsianischen Konzeption nimmt Kitschelt (1994: 30-31) genau das an. Wie schon gesehen, kann er sich mit dieser klaren ideologischen Verankerung nicht auf die Genese der New-Politics-Dimension bei Flanagan (1987) berufen. Duch und Strøm kritisieren Kitschelt sowohl theoretisch als auch methodisch. Theoretisch sehen sie den Gegensatz von Kommunitarismus und Libertarianismus, und nicht Autoritarismus und Libertarianismus, als entscheidend an (Duch/Strom 2004: 234). Methodisch bezweifeln sie, dass Faktoren wie Alter oder Geschlecht wirklich libertäre Einstellungen messen können und schlagen vor, sich stattdessen

auf wenige Items wie ökonomische Fragen der Unterstützung von Einkommensgleichheit und politische Fragen des Glaubens an die Eigenverantwortlichkeit des Individuums zu konzentrieren (Duch/ Strøm 2004: 244). Sie können zeigen, dass die politische Rechte dem ökonomischen Libertarianismus weitaus näher steht als die Linke. Allerdings müssen sie einräumen, dass sich politischer und ökonomischer Libertarianismus in ihrer Untersuchung statistisch vollkommen unabhängig voneinander erweisen (Duch/Strøm 2004: 255-56). Problematisch ist, dass Duch und Strøm (2004) nicht zwischen den politikinhaltlichen Dimensionen und den abstrakten Achsen unterscheiden. Im Grunde haben sie nämlich nicht die Dimensionen, sondern die Achsen inhaltlich anders als Kitschelt bestimmt. Sie stellen somit seine gesamte Konzeption des Wettbewerbsraums in Frage und nicht nur die Interpretation der Dimensionen. Ohne als Anwalt einer der beiden Argumentationslager auftreten zu wollen, birgt diese Auseinandersetzung aber einen ganz konkreten Nutzen für verschiedene Artikel in dieser Dissertation. Die nachgewiesene statistische Unabhängigkeit von ökonomischen und politischen Libertarianismus in Wahlprogrammen, die Duch und Strøm (2004) nachgewiesen haben, rechtfertigt die in Kapitel zwei (Franzmann und Kaiser 2006) vorgenommene Vorgehensweise, die Issues und die Parteien, die diese Issues besetzt halten, getrennt nach ökonomischen und nicht-ökonomischen Themen zu analysieren. Ferner wird sich dort zunutze gemacht, dass sich das Issue-Ownership (die Themenführerschaft) einer Partei auf den universellen Achsenraum zurückführen lässt, die konkrete Positionsbestimmung sich dann aber auf eine oder mehrere Dimensionen innerhalb dieser Achsen bezieht. Daher können dort Issue-Charaktere und Parteiposition in getrennten Schritten voneinander erhoben werden. Diese Tatsache wird ferner in Kapitel drei zur Entwicklung einer neuen Parteiensystemtypologie genutzt.

Jjenseits dieser abstrakten Unterscheidung von Dimension und Achse und der Erörterung der Frage, ob Kitschelt in jedem einzelnen Analyseschritt korrekt geschlussfolgert hat, muss festgehalten werden, dass die Etablierung einer zweiten Politikdimension einen erheblichen analytischen Fortschritt für die Politikwissenschaft erbracht hat.

Für die Europaforschung haben Hooghe et al. (2002) einen recht pragmatischen Ansatz gewählt, der einigen Charme aufweist. Das Autorenpaar hält sich aus der Debatte über den Kern des Wandels heraus. Stattdessen fasst es die Forschungsbefunde zusammen und postuliert neben Links-Rechts die Existenz einer GAL-TAN-Dimension, wobei GAL für grün, alternativ und libertär steht, und TAN für traditionell, autoritär und national. Die Links-Rechts-Dimension weist einen klaren Bezug zur Europäischen Integration auf – nämlich eine inverse U-Kurve. Extrem linke und extrem rechte Parteien stehen der Europäischen

Integration ablehnend gegenüber, während die Parteien der Mitte zu den stärksten Befürwortern gehören (Hooghe/Marks 1999). Insbesondere Parteien der radikalen Linken sehen die Erfüllung ihrer Politikziele durch die EU bedroht. Auf der GAL-TAN-Achse strukturieren vor allem extrem autoritäre Parteien das Verhältnis zur Europäischen Integration. Während links-libertäre Parteien der Europäischen Integration zunehmend positiv gegenüberstehen, lehnen extreme TAN-Parteien sie eindeutig ab, so dass ein linearer Zusammenhang zwischen GAL-TAN und der Haltung zur Europäischen Integration existiert (Hooghe et al 2002). Der Einfluss der GAL-TAN-Dimension ist dabei stärker als der der herkömmlichen Links-Rechts-Dimension: Rechte GAL-Parteien befürworten die Europäische Integration, während linke TAN-Parteien ihr skeptisch gegenüberstehen (Marks et al. 2006; Hellstrom 2008a). Für Ost- und Westeuropa identifizieren die Autoren zwar analoge Mechanismen, die sich aber ganz unterschiedlich auf die Mechanik der Parteiensysteme auswirken. Während in Westeuropa eine enge Verbindung zwischen den Polen links und GAL sowie rechts und TAN besteht, ist es in den MOE-Staaten umgekehrt: Dort korreliert der linke Pol stark mit TAN und der rechte Pol mit GAL (Marks et al 2006). Dieser Befund ist insbesondere in Hinblick auf die Unterschiedlichkeit west- und mittelosteuropäischer Parteiensysteme von Bedeutung. Während in Westeuropa linke Parteien ihre gesellschaftlichen Kernthemen eher am GAL-Pol haben, wird dies in mittelosteuropäischen Ländern eher am TAN-Pol der Fall sein. Als Ursache wird die liberale Opposition gegen die kommunistische Planwirtschaft gesehen, aus denen die Mitte-Rechts Parteien hervorgegangen sind. Ökonomisch rechte Positionen waren somit zwangsläufig mit Kritik an den herrschenden Eliten verbunden. Prominentestes Beispiel ist wohl die polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarnocz, aus der heute praktisch alle relevanten Parteien des rechten Parteienspektrums hervorgegangen sind (Zarycki 2000).

In der Wohlfahrtsstaatenforschung tut man sich traditionell schwer mit der Anerkennung des Wertewandels. Lange Zeit dominierte die Sichtweise einer Neo-Liberalisierung der Linken, die zu einer Abkehr vom alten Klassenkampf und traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Themen geführt habe. Der Begriff „New Politics“ wird hier häufig nicht im Sinne einer soziokulturellen Werte-Achse, sondern als Kennzeichnung für eine neue wohlfahrtsstaatliche Politik des Ab- oder Umbaus sozialstaatlicher Leistungen gegenüber dem früheren Aufbau solcher Transfersysteme definiert (Pierson 1996). Die linken Parteien, allen voran sozialdemokratische Parteien, hätten im Zuge des De-Alignment und der verstärkten internationalen Integration nationaler Volkswirtschaften einen geringeren Handlungsspielraum zur Verfolgung ihrer wohlfahrtsstaatlichen Politiken. Dies gelte nicht

nur für die praktische Regierungsarbeit, sondern schon zuvor bei Erlangung dieser Regierungsämter auf Grund veränderter Wählerpräferenzen auf dem politischen Markt. Zur erfolgreichen Annäherung an den Median-Wähler sei eine klammheimliche Annäherung an neo-liberale Positionen notwendig gewesen. Linke Parteien hätten einen stärkeren Rückbau des Sozialstaates vollzogen als rechte Parteien (Ross 2000). Im Grunde ist diese Argumentation eine Abwandlung der „End of Ideology“-These in der Gestalt, als dass nicht nur der Marxismus tot sei, sondern jetzt auch noch sozialdemokratische Parteien den Sozialstaat so behandeln, wie es sonst die Absicht der neo-liberalen Widersacher war.

All diese Argumentationsstränge sind noch vom Bild des „Class-Votings“ und einer Dominanz ökonomischer Themen im Parteienwettbewerb durchzogen. Achterberg/Houtman (2006) zeigen, dass hingegen zunehmend kulturelle Themen die politische Agenda dominieren, dies aber nicht zum Ende des „Class-Votings“ führt. Stattdessen wählt die Arbeiterklasse jetzt vermehrt rechts statt links. Die beiden Autoren verharren aber nicht nur bei der empirischen Deskription, sondern schlagen ein theoretisches Erklärungsmodell vor. Aus ihrer Sicht ist das sozio-kulturelle Kapital entscheidend für das Wahlverhalten. Teile der ungelerten oder schlecht ausgebildeten Arbeiterschaft verfügen schlicht nicht über dieses Kapital und tendieren daher eher zu autoritären Wertevorstellungen. Das Bürgertum wählt ebenfalls zunehmend „unnatürlich“ links, sofern es als Träger sozio-kulturellen Kapitals stark zu libertären Werthaltung tendiert (Achterberg/Houtman 2006: 89). Selbst bei hoher Aktualität des Klassenkonfliktes gibt es kein ausgeprägtes „Class-Voting“. Die einzige Ausnahme bilden die Kleinbürger, die bei Aktualität des Klassenkonfliktes stark zum rechten Lager tendieren (Achterberg 2006: 249). Insgesamt ist allerdings die Verdrängung von klassischen, ökonomischen Themen nicht so weit fortgeschritten, wie es häufig suggeriert wird. Tatsächlich lässt sich jedoch dort, wo Issues der New-Politics-Dimension die politische Agenda dominieren, der Effekt einer „Verdrehung“ der alten Klassenzugehörigkeit von Links und Rechts bestätigen (Achterberg 2006: 254; Hellwig 2008).

Historisch ist man nun in Westeuropa unter Umständen an einem Punkt angekommen, der der Situation zu Beginn der Industrialisierung ähnelt. Wie am Anfang dieses Abschnitts aufgezeigt, war es das liberale Bürgertum, das als links galt. Wir haben heute keine Informationen darüber, was jenseits dieses Konfliktes zwischen der Elite qua Herkunft und der Elite qua Leistung vom einfachen Volk für politische Positionen vertreten wurden. Es gibt einige Hinweise darauf, dass es eher zu einem Erhalt der althergebrachten Traditionen und zur Loyalität zur traditionellen, lokal verankerten Elite (Kirche, Monarch, Fürst) tendierte, ähnlich wie heute Teile der Arbeiterklasse verstärkt zur politischen Rechten tendieren. Über



lange Zeiträume im 19. Jh. dominierten so genannte stille Wahlen – Wahlen, bei denen ein Wahlkreiskandidat sich gegen keinen Wahlkreiskandidaten durchsetzen musste (Caramani 2003). Erst mit Aufkommen der industriellen Revolution schufen Parteien zentrale, nationalstaatliche Organisationen, die den Parteienwettbewerb von der lokalen auf die nationale Ebene hoben. Zudem lieferte die industrielle Revolution mit dem Links-Rechts-Gegensatz den Rahmen für eine ideologische Auseinandersetzung, die innerhalb einer Polity einheitlich geführt werden konnte. Mit der folgenden Einführung des Verhältniswahlrechts war dann in vielen Ländern endgültig der Weg frei weg vom territorialen hin zum funktionalen Wettbewerb, den wir heute kennen (Caramani 2003: 435-437). Möglich war dies freilich erst, nachdem der Nationalstaatsbildungsprozess abgeschlossen war, oder anders formuliert: Nachdem der territoriale Konflikt innerhalb der sich stabilisierenden Polities zu einem Valenz-Issue wurde, konnten die ökonomischen Issues zu Positions-Issues werden. Flanagan/Lee (2003) verdanken wir die Einsicht, dass in den letzten Jahren die ökonomischen Issues zunehmend zu Valenz-Issues wurden. Sie gehen daher davon aus, dass Werte-Issues zu Position-Issues werden oder der politische Wettbewerb grundsätzlich stärker um Valenz-Issues geführt wird. Einige jüngere Studien bestätigen diese Auffassung (Green-Pedersen 2007; Green 2007). Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass ebenso wieder die alten territorialen Streitfragen zur ideologischen Polarisierung beitragen werden. Die jüngsten Erfahrungen in Spanien, Belgien und Italien scheinen das zu bestätigen.

Was lässt sich nach diesem Überblick über die unterschiedlichen Konzeptionen des Wettbewerbsraumes festhalten? Nun,

- (1) das Begriffspaar Rechts-Links ist immer noch aktuell,
- (2) es unterliegt einem zeitlichen wie räumlichen Wandel,
- (3) die konkrete inhaltliche Bedeutung ist von Kontextfaktoren abhängig,
- (4) es gibt aber eine abstrakte, zeitlosere Bedeutung, dass nämlich rechts für die Autoritäten, die Eliten, gesellschaftliche Hierarchie oder die Autoritätsbefürworter steht, während Links für diejenigen, die diese Eliten oder Autoritäten herausfordern wollen,
- (5) dieser abstrakte Gehalt ermöglicht, dass sich der Begriffsinhalt aktualisieren kann,
- (6) für diese Aktualisierung ist das Verhältnis zum Status quo (Veränderung hin zu mehr Gleichheit oder nicht), von wesentlicher Bedeutung,
- (7) im Zuge des Wertewandels seit den 1960er Jahren haben sich multiple Verständnisse des Begriffspaares nebeneinander etabliert, die im wesentlichen auf zwei voneinander

unabhängige Dimensionen zurückgehen, nämlich einer materialistischen Dimension wie einer libertär-autoritären Wertedimension,

- (8) dieser Wertewandel beschleunigte sich in den westlichen Industrienationen, je eher die Auseinandersetzung über die Wirtschafts- und Sozialordnung zu einem Valenz-Issue wurde und New-Politics-Issues zu einem Position-Issue wurden,
- (9) in den mittelosteuropäischen Parteiensystemen sind ökonomische und soziokulturelle Fragen ohnehin anders miteinander verknüpft,
- (10) die Herausbildung jeder ideologischen Dichotomie, sei es links-rechts oder libertär-autoritär, wird immer erst vor dem Hintergrund eines Sets von Gemeinsamkeiten wirksam, die von Valenz-Issues definiert werden.

Zur zeitlosen Bestimmung linker oder rechter Politik scheint die Identifikation mit einer Klasse, einem Milieu und einer bestimmten Ideologie nicht besonders gut geeignet. Sie scheinen immer deren Haltung zum Status quo zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte zu reflektieren. Zur Bestimmung des Status quo ist es daher wichtig, *zuerst* die jeweiligen Valenz-Issues einer Polity zu kennen. Erst dann macht es Sinn zu bestimmen, wer in den konfrontativen Issues den rechten oder linken Pol besetzt.

Die einzelnen Artikel dieser Dissertation machen sich die zehn Schlussfolgerungen dieses knappen Überblicks zunutze. Im letzten Abschnitt dieser Einleitung soll nun erörtert werden, wie das in den einzelnen Kapiteln geschieht.

## **5. Der Aufbau der Arbeit**

Dieses erste, einleitende Kapitel diene zur Klärung des begrifflichen und theoretischen Rahmens der Arbeit. Die eigentliche Abhandlung gliedert sich in zwei Teile, die jeweils in drei Kapitel unterteilt sind.<sup>13</sup> Sie bilden zusammen ein kohärentes Forschungsprogramm zur Analyse von Parteiensystemen auf der Basis von Wahlprogrammdateien. Dieses Programm beginnt mit der Erhebung von ideologischen Links-Rechts-Daten und endet mit der Entwicklung eines spezifischen Salienzmaßes zur Analyse programmatischer Ähnlichkeit. Im Rahmen dieses Forschungsprogramms werden nicht nur verschiedene Indizes zur Positionsbestimmung politischer Ideologie, sondern auch eine neue Parteiensystemtypologie,

---

<sup>13</sup> Fünf der sechs Kapitel dieser beiden Hauptteile basieren auf Artikeln, die entweder bei einer Fachzeitschrift mit anonymen Begutachtungsverfahren schon veröffentlicht wurden, derzeit noch in Begutachtung sind oder für eine Einreichung vorbereitet werden. Einige dieser Artikel sind auf Deutsch, andere auf Englisch publiziert worden, so dass je nach Kapitel die Sprache variiert. Soweit wie möglich wurde das Schriftbild vereinheitlicht. Zur einfacheren Orientierung für den Leser wird in den Kopf- wie Fußzeilen auf das jeweilige Kapitel verwiesen. Die Kapitel sind nach inhaltlicher Kohärenz geordnet und nicht nach Erscheinungsdatum. Verweise auf andere Kapitel erfolgen häufig in der Zitatform. So wird z.B. auf das zweite Kapitel meist mit „Franzmann und Kaiser (2006)“ verwiesen.

eine eigenständige theoretische Konzeption des politischen Wettbewerbs sowie unter Anleihen an die Mikroökonomie ein Modell zum empirischen Test einiger Aussagen dieser Theorie entwickelt.

Der erste Teil der Dissertation behandelt detailliert die Frage, wie Wahlprogrammdateien — hier insbesondere die Wahlprogrammdateien des *Comparative Manifesto Project* — sinnvoll analysiert werden können. Eine wesentliche Neuerung ist die Berücksichtigung von Valenz- und Konsens-Issues sowohl auf der Ebene der Indexbildung als auch auf der Ebene der weiteren empirischen Analysen.

Der zweite Teil widmet sich der Entwicklung eines theoretischen wie empirischen Analyserahmens, der politischen Wettbewerb nicht strikt downsianisch interpretiert und sich dennoch auf abstrakter Ebene der Erkenntnisse der Ökonomie bedient. Wesentliche Neuerungen sind hier die Verbindung des politikwissenschaftlichen Konzepts des *Issue-Ownerships* (Themenbesitzerschaft oder Themenführerschaft) mit ökonomischen Wettbewerbsüberlegungen sowie die Entwicklung eines Indexes zur Messung der parteiprogrammatischen Ähnlichkeit. Dieser Index stellt ein Salienzmaß dar. Dem stehen die „klassischen“ ideologischen Positionsmaße wie z. B. die ideologische Polarisierung gegenüber, die meist mit Hilfe der Varianz der Politikpositionen in einem einheitlichen Politikraum (Taylor/Henman 1971; Sigelman/Yough 1978; Hazan 1997; Dalton 2008) gemessen werden.

Im Folgenden werde ich eine kurze inhaltliche Zusammenfassung der einzelnen Kapitel geben.

Das zweite Kapitel leitet den stark methodisch orientierten Teil ein. Es basiert auf einer für die Dissertation überarbeiteten Version eines Artikels, den ich zusammen mit Herrn Prof. André Kaiser in der Zeitschrift *Party Politics* im März 2006 veröffentlicht habe. Dort wird ein neues Verfahren zur Generierung von Links-Rechts-Parteipositionen auf Basis des CMP-Datensatzes vorgestellt. Die Ergebnisse zu insgesamt 35 Demokratien sind im Internet unter [www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html](http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html) abrufbar. Sowohl das Verfahren als auch die konkreten Berechnungen gehen auf gemeinschaftliche Forschungsarbeiten am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität zu Köln zurück.

Der Artikel diskutiert zunächst die Schwächen der damals (und zum Teil bis heute noch) dominierenden Ansätze zur Bestimmung von Links-Rechts-Positionen auf Basis des CMP-

Datensatzes. Insbesondere wird das von CMP propagierte Standardverfahren, das allgemein „RILE“ bezeichnet wird, kritisiert. Die wesentlichen Kritikpunkte sind, dass Wahlprogramme der Wählerschaft eher Signale als konkrete Positionen vermitteln (Pelizzo 2003; 2010). Ferner unterstellt RILE eine starre Issue-Struktur über alle Länder und Zeiträume hinweg. Schließlich wird dort auch nicht empirisch zwischen Valenz- und Positions-Issues unterschieden. Genau dies alles berücksichtigt nun aber das Verfahren von Franzmann und Kaiser (2006). Die Grundannahme des Verfahrens ist, dass Parteien als politische Akteure den politischen Wettbewerbsraum strukturieren. Ein gesellschaftlicher Konflikt ist immer erst dann auch ein politischer, wenn Parteien diesen auf die politische Agenda setzen (Bartolini/Mair 1990). Auf Basis dieser Annahme wird dann für jede einzelne Kategorie in jedem einzelnen Land bestimmt, welche Partei das von der Kategorie erfasste Issue „besitzt“. Technisch geschieht dies über eine Dummy-Regression. Abhängige Variablen sind die Salienzen einer Kategorie, die unabhängige Variable die Dummies für die Parteien. Dahinter steht der Gedanke, dass Unterschiede in den Parteiprogrammen vor allem auf die Parteien selbst zurückgeführt werden können. Empirisch getestet wird dies unter Annahme der Nullhypothese, dass sich die Parteien statistisch nicht signifikant in ihren Salienzen unterscheiden würden. Wird diese Hypothese falsifiziert, d.h. gibt es einen signifikanten Unterschied, so handelt es sich um ein Positions-Issue. Kann die Hypothese bezüglich einer Kategorie nicht falsifiziert werden, dann sind die Schwankungen in den Salienzen statistisch zufällig verteilt. Es handelt sich dann offenkundig um ein nicht-konfrontatives Issue. Handelt es sich hingegen um ein konfrontatives Issue, so wird über die Zugehörigkeit der Parteifamilie, zu der die Partei mit den höchsten Salienzwerten gehört, die politische Richtung bestimmt.

Dieses Verfahren zur Bestimmung des Issue-Charakters macht sich die konzeptionelle Unterscheidung von „Achse“ und „Dimension“ bzw. „universellen“ und „konkreten“ Wettbewerbsraum unausgesprochen zunutze. Die Bestimmung des Issue-Ownerships erfolgt auf der Basis dessen, was als universeller Wettbewerbsraum interpretiert wird. Mit den Themen, die Parteien besetzen und besitzen, binden sie Wähler an sich. Allerdings haben sich die Parteien auf dieser logischen Ebene noch nicht auf einer Dimension verortet. Entsprechend der Salienztheorie wird ohnehin davon ausgegangen, dass Parteien thematisch aneinander vorbeireden und ihre individuellen Stärken betonen, anstatt dass sie sich auf einem klar abgegrenzten Politikfeld gegensätzlich positionieren. Werden nun in einem nächsten logischen Schritt die verschiedenen Themenführerschaften vergleichend auf einer (oder mehreren) konkreten Politikdimension(en) zusammengeführt, so erhalten wir das, was

landläufig als ideologische Links-Rechts-Positionierung bezeichnet wird. In der Realität ergibt sich diese Zusammenführung aus dem Kampf um knappe Machtressourcen zur Durchsetzung der von den Parteien auf die Agenda gesetzten Themen. Die Parteien werden *zwangsläufig* in eine Dimension gebracht. Allerdings wäre es, wie weiter oben schon besprochen, fahrlässig, auf Grund der gegebenen Möglichkeit, Parteien eindeutig im Politikraum zu verorten, zu schließen, dass damit gleichzeitig alle Aspekte des Parteienwettbewerbs erfasst worden seien.

Dieser theoretische Hintergrund wird im Artikel nicht näher ausgeführt. Vielmehr liegt der Fokus auf der technischen Umsetzung der Positionsmessung. Mit der Ermittlung der Issue-Charaktere ist bestimmt worden, wie die einzelnen Kategorien in die endgültige Formel eingehen: Die Salienssumme der linken Issues wird von der der rechten Issues abgezogen und anschließend durch die Gesamtsumme aller berücksichtigten Kategorien, also rechter, linker sowie nicht-konfrontativer Issues geteilt. Allerdings gehen nicht die Rohwerte des CMP-Datensatzes in die Rechnung ein. Es werden Sockelwerte („base values“) berechnet. Dieser Sockel repräsentiert den Anteil, der für alle Parteien an einem Thema als Konsens gilt. Als Beispiel wird im Artikel das Issue „Ausbau des Sozialstaats“ angeführt: In der Nachkriegszeit in Deutschland weisen alle Parteien enorm hohe Werte in diesem Issue auf. Das repräsentiert allerdings nicht eine „linke“ Positionierung, sondern den damaligen politischen Konsens. Umstritten war das Ausmaß des Ausbaus. Hier unterscheiden sich SPD und FDP signifikant voneinander. Die relativ hohe Betonung von Ausbau des Sozialstaats der FDP ist somit dem Konsens geschuldet und sollte nicht als linke Positionierung verstanden werden. Die um diese Sockelwerte korrigierten Salienzen gehen als Positionswerte in die Berechnung der Links-Rechts-Positionen ein. Abschließend werden diese Werte geglättet, um die Wirkung einmaliger Signaleffekte aus dem Kurvenverlauf zu nehmen. Der Artikel schließt mit einem Vergleich der Kurvenverläufe bei RILE und der vorgestellten Methode mit Dummy Regressionen.

Im dritten Kapitel wird eine neue Parteiensystemtypologie vorgestellt. Die zur empirischen Typenbestimmung verwendeten Indikatoren basieren auf der in Kapitel 2 vorgestellten Methode zur Bestimmung der Issue-Charaktere. Das Kapitel beginnt mit einer weitergehenden theoretischen Fundierung, warum Issues im Parteienwettbewerb nicht-konfrontativ behandelt werden können. Hierzu wird das Valenz-Issue-Konzept von Stokes (1963) mit dem der Konsens-Issues von Linz (1967) verknüpft.

Folgende fünf Typen werden unterschieden:

- (1) natürliche Valenz-Issues, die aus der Logik des Gruppenerhaltes notwendig sind (Beispiel: Korruptionsbekämpfung),
- (2) länderspezifische Valenz-Issues als Ergebnis des spezifischen, demokratischen Gründungsmythos eines Landes (Beispiel: „American Creed“ in den USA, „Soziale Marktwirtschaft“ für Westdeutschland),
- (3) länderspezifische Konsens-Issues, die als unwiderruflich beschlossen gelten (Beispiel: Mitgliedschaft in der EU und Einführung des EURO als Währung) (vgl. zu (2) und (3): Linz 1967: 305),
- (4) länderspezifischer Konsens über Tabu-Themen, die von den Partieliten gezielt aus dem Parteienwettbewerb herausgehalten werden, um eine weitere Polarisierung der Gesellschaft zu vermeiden (Beispiel: Konkordanzdemokratien),
- (5) Issues, die auf Grund der „Kreuzung sozialer Kreise“ (Simmel 1908) in den Anhängerschaften der maßgeblichen politischen Akteure im Parteienwettbewerb nicht konfrontativ behandelt werden.

Die Parteiensystemtypologie nimmt diese Unterscheidung auf, indem sie sich stärker auf die Muster von Konsens und Konfrontation konzentriert. Sie fokussiert sich anders als die klassischen Parteiensystemtypologien in der Tradition von Sartori (1976) nicht auf die Anzahl der Parteien oder die ideologische Polarisierung, sondern auf das Ausmaß des Konsenses bzw. der Konfrontation in der Formulierung von Issues zwischen den Parteien sowie als zweiten Indikator das Ausmaß der Pragmatisierung bzw. der Ideologisierung bezüglich der Programmformulierung. Der erste Indikator spiegelt die Interaktion innerhalb der Partieliten im Kampf um Wählerstimmen wider, während der zweite Indikator die Interaktionen der Partieliten mit der Wählerschaft reflektiert. Das (relative) Ausmaß der Konfrontation wird anhand des Quotienten aus der Anzahl der Positions-Issues dividiert durch die Anzahl der nicht-konfrontativen Issues gemessen. Das (relative) Ausmaß der Ideologisierung wird anhand der Stabilität der Issue-Strukturen gemessen, d.h. mit Hilfe der Häufigkeit, mit der ein Wechsel des Issue-Ownerships beobachtet werden kann.

Durch die Kreuzung dieser beiden Faktoren entsteht eine 2x2-Matrix, die die Parteiensysteme entsprechend ihrer Mechanik typisiert, ähnlich wie es schon bei Sartori (1976) der Fall war. Doch werden die Sartorischen Typen entscheidend erweitert. Beibehalten wurden die Typen des polarisierten Pluralismus und des moderaten Pluralismus. Letzterer wird unterteilt in einen Typus mit Ländern, in denen die Moderation des Pluralismus auf einen Elitenkonsens zurückgeht, und in einen anderen Typus, in dem, wie es Sartori beschrieb, auf Grund einer zentripetalen Wettbewerbsmechanik zu demselben Phänomen kommt. Wird der moderate

Pluralismus bei einer ideologisierten Wählerschaft ausschließlich durch einen Elitenkonsens erzeugt, so droht die Gefahr einer Kartellisierung des Parteiensystems in dem Sinne, dass die Parteien sich zu weit von ihrer gesellschaftlichen Basis entfernen. Schließlich umfasst die Typologie noch einen vierten Typus, nämlich die depolitisierte Polity. In ihr kann kein wirksamer programmatischer Wettbewerb beobachtet werden. Ein empirisches Beispiel für diese Kategorie ist Italien. Die Typologie wird durch ein drittes klassifikatorisches Merkmal ergänzt, nämlich das des Ausmaßes eines typischen, klassenbasierten programmatischen Parteienwettbewerbs. Es zeigt sich, dass Großbritannien und Deutschland sich lediglich in diesem letzten klassifikatorischen Merkmal unterscheiden. In beiden Ländern herrscht ein relativ großer Elitenkonsens bei gleichzeitig hoher programmatischer Ideologisierung. Jedoch ist der britische Parteienwettbewerb inhaltlich stärker an den „alten“ klassenbasierten Themen orientiert als in Deutschland. Für die mittelosteuropäischen Länder zeigt sich, dass in keinem einzigen Land der programmatische Wettbewerb gut auf das „alte“ klassenbasierte Schema passt. Dieses Kapitel ist wie ein Zeitschriftenartikel aufgebaut und soll in einer überarbeiteten und erweiterten Fassung zur Begutachtung bei einer Zeitschrift mit peer-review Verfahren eingereicht werden. Im Rahmen dieser Arbeit wird dieses Kapitel mit „Franzmann (2009)“ zitiert.

Im vierten Kapitel wird die Frage nach der Validität der in Kapitel zwei und drei vorgestellten Ergebnisse vertieft. Dieses Kapitel repräsentiert keinen geplanten, eingereichten oder schon publizierten Artikel, sondern wurde für diese Dissertation geschrieben. Es ergänzt inhaltlich die beiden vorangegangenen Kapitel und diskutiert Fragen, die dort nicht behandelt wurden: (1) Zuerst werden die theoretischen Gründe für und wider der Dummy-Regressions-Methode aufgeführt; (2) dann wird aufgezeigt, wie diese Methode auch auf die relativ jungen und instabilen Parteiensysteme Osteuropas übertragen werden kann; (3) die Validität der Links-Rechts-Messung wird im Hinblick auf eine zwei-dimensionale Erhebung geprüft; (4) die Validität der länderspezifischen Issue-Charakterisierungen sowie die Erklärungskraft des Indikators für das Ausmaß der Konfrontation wird im Hinblick auf die effektive Parteienanzahl untersucht.

In der theoretischen Debatte kann gezeigt werden, dass jüngst geäußerte Bedenken gegen die Erhebung von Parteipositionen auf der Basis von Wahlprogrammdateien einer kritischen Inspektion nicht standhalten, sofern auf der Basis der Salienztheorie argumentiert wird. Als einziger Kritikpunkt verbleibt, dass keine Irrtumswahrscheinlichkeit für die Kategorienwerte im Datensatz angegeben wird (Mikhaylov, Laver and Benoit 2008). Eine solche Korrektur

könnte unter Umständen auch die Daten von Franzmann und Kaiser (2006) verbessern. Für die Issue-Charakterisierungen stellt sich dieses Problem nicht. Sie sind im Rahmen der Dummy-Regression auf der Basis eines Signifikanzlevels von 5% inferenzstatistisch erhoben worden.

Empirisch zeigt sich, dass die Werte, die mit dem von Franzmann und Kaiser vorgeschlagenen Verfahren zur Bestimmung von Links-Rechts-Positionen generiert wurden, höher als die Werte anderer bekannter Verfahren sowohl mit Experten- als auch Massenumfragedaten korrelieren. Dies gilt auch für die mittelosteuropäischen Länder. Allerdings sind hier die Korrelationswerte stellenweise deutlich niedriger als für die westeuropäischen Länder.

Erstmals wird in diesem Kapitel anhand der Fälle Norwegen und Deutschland offen gelegt, dass die Inspektion der zweidimensionalen Graphen einen valideren und detaillierteren Blick in die Entwicklung der Parteipositionen gewährt, als dies mit der eindimensionalen Skala der Fall ist.

Die Validitätsprüfung für die Issue-Charakterisierungen gestaltet sich schwieriger, da es keine direkt vergleichbaren Datensätze gibt. Zwei Vergleiche wurden dennoch vorgenommen. Zum einen wurden die länderspezifischen Issue-Charakterisierungen mit den über Länder und Zeitpunkte hinweg starren Einstufungen von RILE gegenübergestellt. Zum anderen wurde ein Vergleich mit der Anzahl der Issue-Dimensionen vorgenommen, so wie Lijphart (1999) sie erhoben hat. Beim Vergleich mit RILE zeigt sich, dass diese Skala systematisch Issues vernachlässigt, die zur „New Politics“-Dimension gehören. Die Gegenüberstellung mit der Anzahl der Issue-Dimensionen zeigt, dass der Indikator für das Ausmaß der Konfrontation in den OECD-Ländern damit lediglich leicht korreliert und für die mittelosteuropäischen Länder das Vorzeichen sogar negativ ist. Offenkundig messen beide Indikatoren verschiedene Dinge. Der abschließende Test der Hypothesenvalidität – also der Test darauf, ob ein Indikator die vorhergesagten statistischen Zusammenhänge aufweist – zeigt, dass das Ausmaß der Konfrontation ein hinreichend guter und über alle Ländergruppen hinweg stabiler Erklärungsfaktor zur Erklärung der effektiven Anzahl elektoraler Parteien ist. Die Anzahl der Issue-Dimensionen ist ein hervorragender Erklärungsfaktor in den Staaten, die eine besonders hohe Konvergenz der Issue-Struktur mit RILE aufweisen und somit als Staaten mit einer klassenbasierten politischen Auseinandersetzung gelten können.

Die Ergebnisse aus den Kapiteln zwei bis vier stärken die Argumente derjenigen, die alternative Konzepte zur traditionellen downsianischen Theorie befürworten. Solche



Alternativen beruhen auf dem Konzept des Issue-Ownerships und auf der Forderung, Valenz-Issues in der Analyse mit zu berücksichtigen. Ungeachtet dessen dominieren in der Politikwissenschaft weiterhin ein- oder zweidimensionale Ansätze. Es fehlt schlichtweg an Ansätzen, die einen abstrakten Analyserahmen für die Analyse des Parteienwettbewerbs jenseits dimensionaler bzw. rein positionaler Überlegungen zur Verfügung stellen. Die Entwicklung eines solchen theoretischen Rahmens sowie seine Anwendung in einem empirischen Modell und schließlich die Entwicklung einer salienztheoretisch basierten Maßzahl zur Analyse des Parteienwettbewerbs sind Gegenstand des dritten Teils der Dissertation.

Kapitel fünf eröffnet den zweiten Hauptteil und widmet sich der theoretischen Grundlage, aus deren Blickwinkel der Parteienwettbewerb im Folgenden analysiert wird. Der Artikel definiert zunächst, was unter Wettbewerb allgemein und unter Parteienwettbewerb im Speziellen verstanden werden soll. Ziel ist, dabei herauszustellen, dass ökonomischer und politischer Wettbewerb zwar nicht identisch sind, jedoch beiden verwandte Mechanismen zu Grunde liegen. Daher wird das Konzept als Issue-Markt bezeichnet, das in Anlehnung an Jon Elster (1986) den politischen Wettbewerb zugleich auf einem Markt als auch auf einem Forum verortet. Ich werde argumentieren, dass politischer Wettbewerb insofern Markt ist, als dass auf diesem die Allokation von Wählerstimmen auf programmatische Angebote gewährleistet wird. Jedoch fehlt es auf diesem Markt an Preisen, die Knappheiten signalisieren. Diese Informationsfunktion wird nun auf dem sinnbildlichen „Forum“ geleistet, in dem Wähler und Parteien in vielfältiger Form sich öffentlich über Politikangebote und Politiknachfrage austauschen.

Insgesamt wird in diesem Kapitel gezeigt, dass eine Synthese aus ökonomischen und genuin politikwissenschaftlichen Überlegungen zum Parteienwettbewerb unser Verständnis für die Mechanismen, die im Rahmen des Wettbewerbs herrschen, vertiefen kann. Bezugspunkt der Argumentation ist der Entwurf zu einer Theorie des Parteienwettbewerbs von Stefano Bartolini (1999; 2000). Bartolini lehnt jede Analogie zum ökonomischen Wettbewerb ab und meint sich hier auf Simmel berufen zu können, m. E. aber zu Unrecht. Wichtig, vor allem im Sinne Simmels (1908), ist, dass zum Wettbewerb Kooperation und Konkurrenz gehören und Wettbewerb nicht allein auf Konkurrenz reduziert wird. Bei den Rahmenbedingungen eines funktionierenden politischen Wettbewerbs konzentriert sich Bartolini nur auf die Herstellung von Responsivität. Es wird aber gezeigt werden, dass die Herstellung von Innovation eine ebenso wichtige Eigenschaft von Wettbewerb ist. Zentrale Bedingung dafür, dass sowohl

Innovation als auch Responsivität gewährleistet werden kann, ist das Bestehen von hinreichender Unterschiedlichkeit bzw. Heterogenität des politischen Angebots. Würden sich die Programme nicht hinreichend unterscheiden, hätte der Wähler keine wirkliche Wahl. Zugleich sinkt bei umso homogeneren Programmen die Wahrscheinlichkeit, dass Parteien Innovationen kreieren. Diese Innovationsfähigkeit der Parteien wird ganz entscheidend vom institutionellen Umfeld geprägt. Es wird die Hypothese vertreten, dass je stärker die institutionellen Anreize zur Programmverwirklichung (*policy-seeking*) sind, desto stärker die Parteien sich um unterschiedliche Programme und der Generierung von Politikinnovationen widmen werden. Der Artikel schließt mit einer hypothetischen Übersicht, wie sich verschiedene institutionelle Vetopunkte auf die Gewichtung der strategischen Ziele der Programmverwirklichung, Regierungsteilhabe (*office-seeking*) und Stimmenmaximierung (*vote-seeking*) auswirken.

Dieser Artikel wurde im November 2007 beim *Journal of Theoretical Politics* eingereicht und befindet sich seitdem in der ersten Runde des Begutachtungsverfahrens. Bei der Endredaktion dieser Arbeit im April 2009 waren nach 16 Monaten noch keine Gutachten bei mir eingegangen. Entsprechend des Einreichungsdatums wird dieser Artikel mit „Franzmann (2007)“ zitiert.<sup>14</sup>

Im sechsten Kapitel wird nun ein empirisches Modell vorgestellt, das auf den zuvor ausgearbeiteten theoretischen Überlegungen beruht. Hierbei wird das politikwissenschaftliche Konzept des Issue-Ownerships mit den Grundgedanken des aus der Mikroökonomie stammenden Gutenberg-Modells kombiniert. Gutenberg (1984) ging davon aus, dass jedem Anbieter auf Grund spezieller Produkteigenschaften, die ansonsten kein anderer Anbieter vorzuweisen hat, ein akquisitorisches Potential zukomme, das sich in einem Stamm vollkommen loyaler Kunden äußere. Gegenüber diesen Kunden könne der Anbieter als Monopolist auftreten. Werden diese Stammkunden durch zu hohe Preise verprellt, dann würden diese nicht zu anderen Anbietern abwandern, sondern dieses Produkt nicht mehr kaufen; sie würden zu „latenten“ Nachfragern.

Übertragen auf den politischen Wettbewerb generieren nun parteispezifische Kernthemen das besondere akquisitorische Potential einer Partei. Am deutlichsten wird dies heutzutage bei den Grünen, die Themenführer im Bereich Umweltpolitik sind. Eine Abkehr von ihrem Kernthema „Umweltschutz“ würde den Grünen an der Wahlurne wohl ebenso schaden, wie

---

<sup>14</sup> Mittlerweile ist die erste Begutachtungsrunde abgeschlossen. Die Gutachten erreichten mich zwei Tage nach der Disputation und schlugen eine Überarbeitung vor. Die Überarbeitung ist baldmöglichst nach Veröffentlichung der Dissertation geplant.

z. B. die SPD jedes Mal an Wählerückhalt verliert, sofern sie es nicht versteht, ihre Politik mit dem ihr zugeschriebenen Kernanliegen „Herstellung von sozialer Gerechtigkeit“ zu verbinden.

Die Idee ist nun, dass Stimmenverluste vor allem auf einen Verlust der Themenführerschaft zurückzuführen sind. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass eine Partei durch eine extreme Hervorhebung des Kernthemas eines Gegners dem Gegner seine Themenführerschaft in diesem Bereich streitig macht und somit ehemalige Wähler von ihm gewinnt. Dieser Mechanismus wird in einer Panel-Analyse für die Fälle Deutschland, Österreich, Dänemark und den Niederlanden empirisch für Parteifamilien getestet. Dabei wird der oben beschriebene Mechanismus des Gutenberg-Modells mit dem des in der Konfrontationstheorie beheimateten Medianwählermodells verglichen. Für sozialdemokratische Parteien zeigt sich, dass der von Gutenberg beschriebene Mechanismus auf sie besonders gut zutrifft. Die Vernachlässigung von Kernthemen führt eindeutig zu Wählerverlusten. Für alle Parteien zeigt sich, dass der Interaktionsterm aus dem Abstand zum Medianwähler multipliziert mit der Abweichung von den Kernthemen einen hohen Erklärungswert hat. D. h. eine hohe Distanz zum Medianwähler führt dann zu Wählerverlusten, wenn sich dahinter die Vernachlässigung von Kernthemen verbirgt. Bei Beibehaltung der Kernthemen wirkt sich die Distanz zum Medianwähler nicht negativ aus. Für christdemokratische Parteien zeigt sich, dass vor allem bei einer schlechten Wirtschaftsbilanz unter ihrer Regierungsverantwortung der Wählerückhalt sinkt. Weder der Abstand zum Medianwähler noch die Vernachlässigung von Kernthemen hat einen vergleichbaren Effekt.

Dieses Kapitel basiert auf einer überarbeiteten Version eines Artikels, der im Dezember 2006 in der *Politischen Vierteljahresschrift* veröffentlicht wurde.

Im siebten Kapitel wird dann an die Hypothesen bezüglich der Unterscheidbarkeit des programmatischen Angebots in Kapitel fünf angeknüpft. Dies geschieht in Hinblick auf sozial- und christdemokratische Parteien in Europa. Diesen beiden Parteifamilien wird nachgesagt, dass deren abnehmende Attraktivität für Wähler auf eine programmatische Annäherung zurückzuführen sei (Keman und Pennings 2006). Diese Hypothese wird mit Positions- und Salienzmaßen untersucht. Neben einer Betrachtung der Annäherung der beiden Parteifamilien innerhalb eines Staates wird zugleich analysiert, ob es grenzübergreifend zu einer Annäherung innerhalb der Parteifamilien gekommen ist. Sind sich die deutsche SPD, die österreichische SPÖ sowie die französischen Sozialisten im Rahmen der fortschreitenden Europäisierung auch auf nationalstaatlicher Ebene ähnlicher geworden?

Zunächst werden die Kernthemen aller untersuchten Parteien erfasst und innerhalb der Parteifamilien verglichen. Hierbei zeigt sich, dass die sozialdemokratischen Parteien mit den Themen Ausbau des Sozialstaats, Soziale Gerechtigkeit sowie Gewerkschaften grenzübergreifend identische Kernthemen haben. Bei den Christdemokraten ist die Programmatik längst nicht so einheitlich. Hier ist lediglich die positive Hervorhebung traditioneller Moralvorstellungen praktisch allen Parteien gemeinsam. Als zweiter Indikator wird ein neues Salienzmaß vorgestellt. Es misst die Ähnlichkeit von zwei miteinander verglichenen Parteiprogrammen anhand des Prozentsatzes an Übereinstimmung an Salienzen über alle Kategorien des CMP-Datensatzes. Hier zeigt sich eine enorme Angleichung sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteifamilien. Formulierten Christ- und Sozialdemokraten in den Jahren direkt nach dem zweiten Weltkrieg Wahlprogramme, bei denen knapp 50% Übereinstimmung gemessen werden konnten, waren es 2003 über 75%. Das ist umso bemerkenswerter, weil zuvor gezeigt wurde, dass jede Parteifamilie ihre Kernthemen trotz dieser Annäherung behalten hat. Die Analyse der Links-Rechts-Positionsdaten modifiziert dieses Bild wieder etwas. Anhand der in Kapitel zwei bis vier vorgestellten Skalen zur Positionsbestimmung wird zwar ein Trend zur ideologischen Annäherung gemessen. Diese Annäherung vollzieht sich aber auf der ökonomischen Skala in einem deutlich geringeren Ausmaß als auf der gesellschaftlichen.

Dieses Kapitel basiert auf einer überarbeiteten Version eines Artikels, der im März 2008 in der *Österreichischen Zeitschrift für Politikwissenschaft* veröffentlicht wurde. Er wird im Rahmen der Arbeit mit „Franzmann (2008a)“ zitiert.

Im Schlusskapitel werden die Befunde aus den vorangegangenen Kapiteln auf die eingangs gestellte Frage der Entideologisierung der Politik noch einmal zugespitzt. Zentrale Schlussfolgerung ist hierbei, dass es nicht zu einem Ende der Ideologien gekommen ist, jedoch die Art und Weise, Ideologien zu analysieren, zunehmend an ihre Grenzen stößt. Nicht nur die einzelnen Beiträge dieser Dissertation, sondern auch zahlreiche Publikationen in jüngster Zeit bekräftigen die Hypothese, dass eindimensionale, allein an ökonomischen Sachfragen orientierte Betrachtungsweisen der programmatischen Ebene des Parteienwettbewerbs kein hinreichend genaues Bild des realen Wettbewerbsgeschehens erzeugen. Entsprechend besteht eine Perspektive für die künftige Forschung darin, die in der Arbeit vorgestellten Salienzmaße weiter zu verfeinern. Eine Möglichkeit stellt ein allgemeines Maß zur Messung der programmatischen Heterogenität in einem Parteiensystem als Pendant zur Messung der ideologischen Polarisierung dar, wie ich es schon an anderer

Stelle vorgeschlagen habe (Franzmann 2008b). Eine andere Perspektive ist die Erweiterung bestehender Modelle oder die Entwicklung neuer formaler Parteienwettbewerbsmodelle unter Berücksichtigung des Issue-Ownerships und von Valenz-Issues, wie es bisher nur sporadisch geschehen ist. Schließlich bietet sowohl die in Kapitel drei vorgestellte Parteiensystemtypologie als auch die in Kapitel fünf entwickelte Parteienwettbewerbstheorie die Möglichkeit, empirische wie theoretische Analysen des Parteienwettbewerbs mit allgemeinen Fragen der Demokratiequalität zu verknüpfen.

Teil I:

Linke, Rechte und  
Nicht-Konfrontative Issues

# Chapter 2: Locating Political Parties in Policy Space A Reanalysis of Party Manifesto Data

*Jointly with André Kaiser*

## Contents

1. Introduction	54
2. The CMP Approach and Its Shortcomings	55
3. Locating Political Parties in an $n$ -Dimensional Policy Space with CMP Data	57
4. Applying the New Approach to West European Party Systems	66
5. Further Options for Research	73
6. Conclusions	74

## List of Figures

Figure 2. Germany's Left-Right Party Positions, Franzmann-Kaiser	68
Figure 3. Germany's Left-Right Party Positions, CMP Dataset	69
Figure 4. Germany's Left-Right Party Positions, CMP Dataset Smoothed	69
Figure 5. Italy's Left-Right Party Positions	71
Figure 6. Sweden's Left-Right Party Positions	72
Figure 7. United Kingdom's Left-Right Party Positions	73

## List of Tables

Table 2. Regression for Welfare State Expansion (per 504) in Germany	60
Table 3. Regression for Environmental Protection (per 501) in Germany 1949-98	60
Table 4. Regression for Environmental Protection (per 501) in Germany 1949-80	61
Table 5. Regression for Environmental Protection (per 501) in Germany 1983-98	61
Table 6. Issue Character of the German Party System	67
Table 7. Correlations of the Left-Right Scales with CMP Dataset and Mass Surveys in Germany 1976-98	70



# **Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data**

## ***1. Introduction***<sup>1</sup>

Empirical research in comparative politics is increasingly based on spatial concepts that make use of political parties' positions in policy space (Enelow and Hinich 1984; Hinich and Munger; Laver and Shepsle 1996; Macdonald et al. 1991; Powell 2000; Tsebelis 2002). Therefore it is indispensable to have as much reliable data on policy positions at hand as possible – both for international and for intertemporal comparisons. This information can be gathered from a variety of sources, including expert, elite and mass surveys where observers are questioned about their perceptions of parties' policy positions, or roll-call data where data on issue preferences is derived from legislative behaviour (Budge 2001; Laver and Garry 2000; Mair 2001). However, all these methods come along with considerable problems: How can we be certain that observers' perceptions are based on actual policy positions rather than on behaviour which is itself already structured by the political process? And how do we make data available for as many party systems as well as issue dimensions and for as long a time series as possible?

Initially the Comparative Manifestos Project (CMP) seemed to finally fill this gap with its impressive data collection (Budge et al. 2001). Consisting of a quantitative textual analysis of election programmes of a large number of OECD countries (plus Israel) for the entire period since 1945 and explicitly based on the saliency approach as a consistent measurement theory, it promised to solve the problems afflicting comparative researchers using spatial frameworks. Recent research, however, has pointed out some implausible results for left-right scores based on CMP data for party systems as diverse as Austria, Belgium, Denmark, France, Germany, Italy, and the Netherlands – surely too many problematic cases to be accepted as an obvious price to be paid in large-scale data samplings (Pelizzo 2003). Pelizzo argues (2003: 83-6) that the scores, which the CMP group interpret as positional data, do not indicate parties' policy positions but their willingness to move positions in order to adjust to changing political circumstances. According to his analysis, parties either move towards the median voter position or change their position in order to modify voters' perception of their past position. In both cases parties stress certain issues in their election programmes to signalize positional

---

<sup>1</sup> The authors are grateful for the helpful and constructive comments of Philip Manow and Hendrik Zorn. We would also like to thank the research assistants involved in the 'Alternation and Inclusion in Western Democracies' project, from which our data set originates.

movement to the electorate. This interpretation is placed in the context of a directional theory of voting (Rabinowitz and MacDonald 1989; Adams et al. forthcoming).

We agree with Pelizzo's argument that election programmes are relevant as signals to the voters in an asymmetric informational relationship but contest his view that the CMP data should not be used as parties' policy positions. Instead, his critique gives reason to amend the CMP approach<sup>2</sup> with regard to identifying positions on the basis of saliency scores. We base our technique of identifying left-right scores on an additive approach that starts from the theoretical distinction of position from valence issues and accepts that the contents of left and right may vary between countries. According to Stokes position issues 'involve advocacy of government actions from a set of alternatives over which a distribution of voter preferences is defined', whereas valence issues 'involve the linking of the parties with some condition that is positively or negatively valued by the electorate' (Stokes 1963: 373). In this way we build on the CMP data collection but avoid a number of shortcomings, which have rightly been criticized in the literature.

In section 2 we outline the CMP approach to extracting left-right scores from election programmes. In particular we discuss a number of methodological decisions which we regard as unfounded. Section 3 presents our alternative technique. In section 4 this approach is applied to four major party systems (Germany, Italy, Sweden, United Kingdom) to see whether we achieve more satisfactory results in terms of validity. Section 5 deals with further options our technique renders possible and illustrates how they can be applied to party system research. Section 6 concludes.

## ***2. The CMP approach and its shortcomings***

In its early days the Manifesto Research Group (MRG), as it was then called, used factor analysis for computing party positions on a left-right scale (Budge et al. 1987). There is, however, a major problem with this procedure when the number of variables far outweighs the number of cases. This results in a low Kaiser-Meyer-Olkin measure of sampling adequacy, which suggests that a factor analysis of the variables is insufficient. In this case an unrotated principal component factor analysis for all variables gives 19 dimensions, which are very difficult to interpret in most instances. In order to avoid these problems researchers focus on a narrow economic dimension (Mair and Bartolini 1990) or define an economic 'super-issue' as equivalent to the left-right scale (Gabel and Huber 2000). However, concentrating on

---

<sup>2</sup> What we call "CMP approach" was originally developed by Laver and Budge (1992) and is included in the CMP data set.

an economic dimension as the basis for constructing the left-right scale is deficient because it disregards the fact that left and right in politics are perceived less and less in purely economic terms. As Inglehart (1971; 1984) argues, non-economic issues such as culture, crime prevention, education, women's rights, or integration of immigrants structure party competition to an increasing extent. In its second stage the CMP followed a two-step approach (Budge and Robertson 1987; Klingemann 1987). A number of issues were coded as left or right positions on the basis of a priori reasoning, while the resulting composition was examined through factor analysis in order to see whether all issues did indeed turn out to fit with the assumed underlying dimension. In addition, the interrelations of additional issues with this left-right dimension were examined. If they suited empirical and 'theoretical' grounds these issues were included as well (Budge and Klingemann 2001: 21-4).

Our approach advances on the CMP's calculation of position scores. On the one hand we suggest that the saliency scores of parties should be understood as signals which may communicate a movement of positions to the electorate rather than their true positions. In order to reduce this measurement problem we employ a smoothing procedure. On the other hand we propose an axiomatic approach which avoids having to assume that the left-right dimension consists of the same issues in each and every country covered, as the CMP group does. In this way we allow for specific characteristics of individual party systems. Similar to the CMP we cannot fully circumvent the problem of having to predetermine some positions as left or right. However, we do this with regard to parties rather than individual issues. We take information from mass and expert surveys to identify whether parties are generally on the left or on the right of specific dimensions. The one axiom we start with is that left issues will generally be emphasized by left-wing parties and vice versa. For characterizing individual issues we solely draw on the highest saliency score in a specific country. The saliency scores of all other parties are calculated later on but are irrelevant at the stage of issue characterization.<sup>3</sup> Otherwise, specific characteristics of individual party systems are in danger of being buried under a uniform left-right dimension. To give just one example with regard to the party systems we analyze later on: Market regulation (per403<sup>4</sup>) is a left position issue in the CMP data set. Our analysis shows one important exception: In Germany market regulation is an ingredient of the 'social market economy' and is not a position issue at all but can clearly be identified as a valence issue.

---

<sup>3</sup> This way we minimize the problem of circular reasoning since the general characterization of parties as left and right is based on external data (mass and expert surveys).

<sup>4</sup> We follow the CMP denominations when illustrating our argument with specific categories (Budge et al. 2001: 219-28).

Pappi and Shikano (2004) solve the underlying problem of disproportionality of variables to cases in factor analyses by Q-transforming the data set<sup>5</sup>. We disagree with this approach for theoretical as well as empirical reasons. Theoretically, factor analyses are not only problematic because they may achieve a low KMO index. Factor analysis aims at a reduction of dimensions and it should not be used to determine the content of a pre-defined dimension such as the left-right continuum. We need explicit criteria of how categories can be transferred to a left-right scale. Empirically, our regressions demonstrate that with regard to a number of issues, which are excluded by Pappi and Shikano (2004), the saliency scores of the different parties in a party system differ to such a degree that they contain enough positional power to structure the ideological space.

### ***3. Locating political parties in an n-dimensional policy space with CMP data***

Our approach is a mathematically simple but extensive way to identify parties' positions in a uni- as well as multi-dimensional policy space. In this article we concentrate on how to estimate left-right scales in one dimension. By summing up the mentions of left and right issues in an election programme, we calculate the policy position of a party on a left-right dimension. In contrast to previous approaches we do not use raw values but assess so-called 'base values' by a procedure which we will subsequently explain in more detail. Furthermore, we avoid a major shortcoming that has been quite rightly put against additive approaches employed so far (Pappi and Shikano 2004). We do not directly pre-determine issue characters over time and for all cases. Quite in the contrary, our method identifies the character of issues in such a way that results can be used for comparisons between different party systems as well as for analysis of change in a party system over time. In order to advance on the problems detected in the CMP approach we start from the following propositions in order to estimate a reliable and valid left-right scale:

- (1) We start from the assumption that parties pro-actively take and change positions on the left-right continuum in order to structure political competition.
- (2) In accordance with Stokes (1963), we distinguish between position and valence issues. Only with position issues a party is able to take a position on a left-right continuum.

---

<sup>5</sup> Q transforming, also called inverse factor analysis, seeks to cluster the cases rather than the variables. That is, the rows are variables and the columns are cases, and the cell entries are scores of the cases on the variables.

(3) Even position issues do to some extent have a valence aspect. This manifests in rather similar saliency values for the parties in a given system. If we want to identify left-right scores we, therefore, have to identify those issues where parties substantially differ with regard to the position they take.<sup>6</sup>

(4) In order to get a complete picture of the dimensionality of the policy space as well as the specific content of individual dimensions, we need to include all items. Excluding individual items can only be justified on the basis of proven irrelevance.

(5) We have to explicitly take into account that election programmes may vary in function from country to country. Moreover, one and the same item can change in relevance and with regard to its issue character (as a position or valence issue) over time and between party systems.

(6) Following Pelizzo (2003), we assume that a saliency score need not be identical with its positional value. Rather, parties may change the saliency of an item to send a signal to the electorate as well as to their opponents in political competition.

On this basis we propose a twelve-step approach to estimating party position scores in an n-dimensional policy space:

- 1 Select relevant parties
- 2 Select reference variable for regression analysis of each issue
- 3 Classify the CMP categories into (a) valence issues, (b) position issues, (c) irrelevant issues
- 4 Test classified issues for change of character over time
- 5 Sort out left position issues from right position issues
- 6 Test for external validity with additional data concerning the regarded issues

---

<sup>6</sup> A necessary condition for this is that an issue has a high saliency for this party and is, accordingly, emphasized in its election programme. Welfare state expansion (per504) for instance has been a typical valence issue for a very long time all over Western Europe, with most parties mentioning it positively in their programmes. It is therefore unsuitable for identifying left-right polarisations between parties. Volkens (2001) shows that in all 24 countries for all party families covered in the data set this issue achieves the highest saliency score. The average score for communist and left socialist parties is 6,556 per cent, for social democrats 7,944 per cent, for Christian democrats 6,610 per cent, and for liberals 5,428 per cent. No doubt, welfare state expansion is a left issue. However, if we calculate on the basis of the original CMP score this would move the left-right scores of the whole party system to the left simply because the absolute quantitative weight of this issue is so high. Accordingly, if we wish to estimate the relative importance of this issue for structuring the party system, we must calculate the differences between the saliency scores and use the lowest score as base value.

- 7 Define different dimensions (left-right, economic, social, cultural, foreign, domestic etc.) based on CMP categories
- 8 Compute position scores by subtraction of the base value for each election and party
- 9 Compute raw values for each defined dimension
- 10 Smooth raw values to gain final result (position-score)
- 11 Transform results into the desired scale range
- 12 Test for external validity with survey estimations

The main idea is to extract as much noise as possible from the data in order to get position scores. In the following we explain each step in turn. We start with a criterion for distinguishing valence from position issues (step 3) in order to explain the key step of analysis first.<sup>7</sup> We use linear regression (OLS) for reasons of parsimony. It delivers all the information for issue characterization we need. We are not interested in the  $R^2$  but in significances and coefficients for the party means. We model parties as the independent variable and saliency scores as the dependent variable for each category. The formula for the regression reads

$$Y = S_i = C_i + P_1K_{i1} + P_2K_{i2} + P_3K_{i3} + \dots + P_nK_{in} + \varepsilon_i,$$

with  $S_i$  being the saliency score of category  $i$ ,  $P_n$  the dummy-coded variable of the party analyzed,  $C$  the value of the constant (interpreted as the mean of the reference variable) in category  $i$ , and  $K_{in}$  the difference of party  $n$  from the value of the constant in category  $i$ . This regression is calculated for every category. If we find coefficients with a significance at the 0,05-level this indicates a position issue, otherwise it is interpreted as a valence issue.<sup>8</sup> The rationale behind this is that because of its character as a joint value, a valence issue should not vary significantly between different parties. For position issues, it is of course not strictly necessary that a party exhibits a significant difference to all other parties. It is sufficient for identifying a position issue if considerable differences occur between party families or party camps. So, for instance, regressing for welfare state expansion (per504) in Germany gives no significant difference between the Social Democrats (SPD) and the Party for Democratic Socialism (PDS). There is, however, a significant difference to all other parties. This finding

---

<sup>7</sup> Step 3 and Step 4 (selecting relevant parties and the reference variable) will happen BEFORE step 1 and step 2 presented here. We have decided to change the 'natural' order for reasons of presentation.

<sup>8</sup> McDonald et al. (2004) proceed in a similar way but regress on pre-defined dimensions rather than individual issues.

gives us enough reason to argue that it is a left position issue (see table 2).<sup>9</sup> Furthermore, we have to check for a possible influence of time on an issue character. If we observe a difference at the 0,1-level or a high standard error it is possible that such a change of issue character has occurred (step 4). We suggest that country-specific literature on the development of the party system and party competition is consulted. A good example from Germany is environmental protection (per501). Regressing for this issue (see table 3) gives coefficients with high standard errors for all parties.

	<u>Coefficients</u>				
	<u>Non-standardized</u>		<u>Standardized</u>		
Model	B	Standard Error	Beta	T	Significance
(Constant)	9.753	1.022		9.542	0.000
FDP	-5.775	-1.445	0.479	-3.995	0.000
CDU	-2.521	1.445	-0.209	-1.744	0.088
DP	10.960	2.433	0.477	4.505	0.000
Gruene	-4.541	1.992	-0.250	-2.279	0.027
PDS	2.381E-02	2.433	0.001	0.010	0.992
Dependent variable: per504; R <sup>2</sup> 0.540, significance 0.000. Reference variable: SPD.					

**Table 2. Regression for welfare state expansion (per504) in Germany**

	<u>Coefficients</u>				
	<u>Non-standardized</u>		<u>Standardized</u>		
Model	B	Standard Error	Beta	T	Significance
(Constant)	5.334	1.351		3.949	0.000
FDP	8.806E-02	1.910	0.006	0.046	0.963
CDU	-1.121	1.910	-0.082	-0.587	0.560
DP	-5.334	3.215	-0.205	-1.659	0.104
Gruene	11.093	2.633	0.541	4.213	0.000
PDS	1.019	3.215	0.039	0.317	0.753
Dependent variable: per501; R <sup>2</sup> 0.371, significance 0.000. Reference variable: SPD.					

**Table 3. Regression for environmental protection (per501) in Germany 1949–98**

<sup>9</sup> Actually the German Party (DP) also shows a very high score. Since it was represented in the Bundestag only for a short time at the beginning of the Federal Republic, a very high value on welfare state expansion is not very surprising and can safely be ignored with regard to characterizing this issue.

The Green Party differs from the other parties. Hence, it is reasonable to assume that the issue character has changed with the parliamentary entry of this party in 1983. To test for this we conduct two additional regressions – one for the time period of 1949 to 1980 and one for the time period of 1983 to 1998 (see tables 4 and 5).

	<u>Coefficients</u>				
	<u>Non-standardized</u>		<u>Standardized</u>		
Model	B	Standard Error	Beta	T	Significance
(Constant)	1.004	.658		1.525	.138
FDP	1.164	.981	.240	1.187	.245
CDU	1.314	.981	.271	1.339	.191
DP	-1.004	1.421	-.134	-.706	.486
Dependent variable: per501; R <sup>2</sup> 0.125, significance 0.381. Reference variable: SPD.					

**Table 4. Regression for environmental protection (per501) in Germany 1949–80**

	<u>Coefficients</u>				
	<u>Non-standardized</u>		<u>Standardized</u>		
Model	B	Standard Error	Beta	T	Significance
(Constant)	16.426	1.785		9.203	.000
FDP	-5.147	2.524	-.427	-2.039	.056
CDU	-8.801	2.524	-.730	-3.486	.003
PDS	-10.074	2.915	-.682	-3.456	.003
SPD	-3.700	2.524	-.307	-1.466	.160
Dependent variable: per501; R <sup>2</sup> 0.496, significance 0.011. Reference variable: Gruene.					

**Table 5. Regression for environmental protection (per501) in Germany 1983–98**

The results clearly show that environmental protection was a valence issue or at least an issue that was not used to ideologically structure the policy space before the parliamentary entry of the Green Party. Parties did not differ much with regard to saliency in their manifestos. From 1983 onwards the issue changed its character. The saliency scores for the Greens and the SPD do not differ much. For the CDU and the PDS, however, we find significantly lower scores. Hence, we argue that environmental protection has been a typical valence issue for a long time, but changed character to a left position issue with the Green Party entering the federal legislature in 1983.

Before the regression analysis we have to select the relevant parties (step 1). It is obvious that we have to exclude irrelevant parties from the linear regression. Respective parties have no



decisive influence on the patterns of interaction between parties. In addition, they only marginally influence the electorate's perception of the structure of a left-right dimension as well as the degree of polarization and fragmentation of a party system. We follow Sartori's advice (1976) to ignore parties, which fail to win parliamentary seats and have neither coalition nor blackmail potential. In addition to making data collection and analysis simpler, the rationale behind this is that only parties with some interaction potential are capable of influencing other parties' placements on the left-right continuum independent from the seats they hold in the legislature.

Next we have to select a reference variable for regression analysis of each issue (step 2). Regression analysis can only meaningfully be done with a minimum of units of observation. In our case these are the party manifestos generated since 1945. Since elections are normally held every three to five years, a party cannot have issued many more than 20 election programmes in this period. However, in many countries there have been changes in the composition of party systems with new parties arising and old parties vanishing. For this reason, the actual number of units of observation may be considerably lower,<sup>10</sup> which is a serious limitation for running regressions. We solve this problem by selecting parties as reference variable, which have consistently participated in elections for the whole period. Fortunately, in all Western European countries there is one left-wing party that qualifies as reference case – the Social Democrats in Austria, Germany and the Nordic countries; the Communists in France and Italy; the Socialists in Belgium, Greece, Portugal and Spain; finally, the Labour Party in Ireland, Luxembourg, the Netherlands and the United Kingdom. Since we are merely interested in classifying items according to their character as position or valence issues at this point, having one such party in a party system as reference variable is sufficient to calculate significant differences between the parties.<sup>11</sup> Even when a party has only issued few manifestos, this is enough to compare it with the reference variable for exactly the time period covered by these units of observation. So, for instance, when the Green Party entered the German Bundestag it managed to significantly distinguish itself from its opponents with regard to environmental protection (per501). This item changed its character to that of a position issue. In some cases we can choose between different parties belonging to the same system as reference variable. This gives us the chance to select the one

---

<sup>10</sup> The actual CMP data set for the 1945-1998 period has at the maximum 22 units of observation for some Australian and Danish parties. There are a large number of cases with one-digit numbers of manifestos included (Budge et al. 2001: 193-213).

<sup>11</sup> Our approach clearly requires a minimum of party system stability or party system institutionalization. This condition may not be fulfilled in transition democracies (Bielasiak 2002; Mainwaring and Scully 1995). Even in Western Europe, Italy since the early 1990s represents a case that forces us to select the reference variable very sensitively and to check whenever possible for external validation.

party that, assumingly, has the highest saliency value on the issue we are analyzing. The United Kingdom presents us with such a comfortable situation, with all three major parties – the Labour Party, the Conservative Party and the Liberal Party and its successors – having issued a large enough number of election programmes to be chosen as reference variable. So, for example, Labour should be chosen for reference with regard to social justice (per503), the Conservatives with regard to the ‘National Way of Life: Positive’ (per601) and the Liberals concerning the ‘European Community: Positive’ (per108). In cases where it is not obvious at first glance which party to take as reference category, using the same party for all issues is a practical rule of thumb.

After having identified position issues, the next step is to classify them as left or right issues (steps 5 and 6). We take the party with the highest saliency score, which in linear regression means the party with the highest mean. We then assume that a party to the right of the ideological centre will emphasize certain right position issues and vice versa for parties on the left. In this way election programmes serve as “information short-cuts”, signalling a general ideological stance of a party to the electorate (Lupia and McCubbins 2001). If possible, we should test for external validity with additional data from surveys. In an increasing number of cases, expert surveys can be consulted to characterize the parties or the issues directly.<sup>12</sup> There may even be mass surveys on the electorate’s left-right perceptions of issues and party positions, such as in the German case (Fuchs and Klingemann 1990).

If data like this is not at hand, assigning left-right positions on the basis of affiliation to a party family is a sufficient proxy (Gallagher et al. 2001: 202-233; Ware 1996: 18-49). Contrary to Ware’s approach (1996: 27), we do not distinguish between a role of the state dimension, centring on attitudes towards public ownership, and a social policy dimension, but between attitudes towards socio-economic affairs on one hand and all other domestic as well as foreign affairs issues on the other. This is similar to Kitschelt’s (2001) division between an economic dimension concerned with modes of allocating resources, with the state and the market at opposing ends, and a libertarian-authoritarian dimension consisting of issues which have to do with the governance structures of social life, with individual autonomy plus tolerance for socio-cultural differences at one end, and compliance with collectively shared, uniform norms at the other. Following the CMP data set nomenclature, our socio-economic dimension consists of all items of the CMP domain 4 plus the categories social justice (per503), welfare state expansion (per504), welfare state limitation (per505), labour groups: positive (per701), labour groups: negative (per702), agricultures and farmers (per703), middle

---

<sup>12</sup> See Mair’s overview of this literature (2001).

class and professional groups (per704) and governmental and administrative efficiency (per303).<sup>13</sup> All other items fall outside this dimension. On this basis we arrive at the following rules of thumb for characterizing issues.

- (1) socio-economic left: communist, socialist, social democratic, ecological and traditional right-wing (such as Italy's MSI/AN or Germany's DRP in the 1950s),<sup>14</sup> parties.
- (2) socio-economic right: conservative, liberal, new right, Christian and Christian democratic parties.<sup>15</sup>
- (3) non-socio-economic left: communist, socialist, social democratic, ecological, and liberal parties.
- (4) non-socio-economic right: conservative, new right, traditional right-wing, and Christian/Christian democratic parties.

Because of their ideological heterogeneity regionalist and ethnic parties cannot be grouped together as a party family and used as a proxy for determining the issue character of policy positions. In those few cases where the party with the highest saliency score got into parliament on less than three occasions we ignore it and base our analysis on the party with the next highest score in order to avoid mischaracterizing an issue because of the singular success of a single-issue party.

Our approach is not only valid for computing party positions on a uni-dimensional left-right scale. But also, based on our results, we are able to identify all relevant dimensions as well as latent cleavages in a national party system (step 7). In the same way it is possible to construct an artificial dimension for comparative purposes. This can be done by aggregating issues and analyzing the resulting dimension, as has been done by researchers in the past (Klingemann and Volkens 2001).

We already mentioned that up to a point every position issue is a valence issue. In order to be able to distinguish between the two types of issues, we have to determine at which saliency score an issue serves to position a party on a particular point on the left-right continuum (steps

---

<sup>13</sup> Assigning governmental and administrative efficiency (per303) to the economic dimension may be a surprising decision at first glance. Klingemann and Volkens (2001) add up this item with political corruption (per304) and political authority (per305) to a super-issue termed "governance mode" as part of a governance dimension. The idea of efficiency is, however, firmly rooted in neo-classical economic orthodoxy. A high saliency score on governmental efficiency can be seen as signaling a relatively right wing attitude towards economic affairs. We find, in fact, very high scores on this issue with the German Free Democrats, the PRI and later on Forza Italia in Italy, the conservative MSP in Sweden, and the Conservative Party in the United Kingdom. Hence, we identify per303 as a right position issue in our analysis.

<sup>14</sup> The distinction between new and traditional right-wing parties follows Inglehart's (1984) finding that parties like the Italian MSI (now AN) advocate a greater role of the state in economic and social affairs.

<sup>15</sup> It is by no means impossible that a party on the right emphasizes left position issues under specific circumstances. The German Christian Democrats (CDU) in the 1949 election and the Italian Alleanza Nazionale (AN) and its forerunners in various elections are examples for this.

8 and 9). For doing this we first compute a base value. This tells us to which extent the saliency of an issue has no positional effect. We suggest that the lowest saliency score achieved by a relevant party in the system is exactly this base value.

For every single issue we formally write:

$$PS_{it} = SS_{it} - BV_t,$$

where  $PS_{it}$  is the position score of party  $i$  in period  $t$ ,  $SS_{it}$  is the original saliency score of party  $i$  in period  $t$  as computed on the basis of the CMP data set, and  $BV_t$  is the base value of period  $t$ . In fact we obtain three kinds of ‘position scores’, with position scores on left issues ( $LPS$ ), right issues ( $RPS$ ) and valence issues ( $VPS$ ).

On the basis of the calculated position and valence scores, the raw value ( $RV$ ) of a party on the left-right-scale (or any other dimension of interest; see above) can now be computed by the quotient of the difference of the sum of right position scores ( $RPS$ ) minus the sum of left position scores ( $LPS$ ) over the sum of all ‘position scores’, including valence issues. We write:

$$RV = \frac{\sum_{i=1}^n RPS_i - \sum_{j=1}^m LPS_j}{\sum_{i=1}^n RPS_i + \sum_{j=1}^m LPS_j + \sum_{k=1}^o VPS_k}.$$

The numerator is equivalent to the CMP approach. We complement this with the denominator and replace the original CMP scores in the numerator with our scores as explained in step 1.

As a consequence of the argument that the position scores we get at a single point in time cannot be taken at face value because parties use election programmes as an information shortcut to signalling major policy shifts to voters, we have to include a smoothing procedure which normalizes the scores over time (step 10). We smooth the raw values with  $n = 3$  to compute the final result for the party position ( $PP$ ) of party  $i$  in time period  $t$  on the left-right-scale. We write:

$$PP_t = (RV_{t-1} + RV_t + RV_{t+1}) / 3.$$

Since we assume that parties competing for votes overemphasize specific issues at single elections by signalling position changes to the electorate, we take into consideration the raw values in party manifestos before ( $RV_{t-1}$ ) and after ( $RV_{t+1}$ ) the signalling event. However, legislative terms may vary considerably in length. So, for instance, two elections were held in the UK in 1974. With a seven-month duration of a legislative term between two election programmes it is unlikely that the emphasis on a policy position can become as normalized as when the time span between elections amounts up to five years. This way we assume that the duration of a legislative term affects the signalling effect a party manifesto has onto the next

one. In a strict analysis we have to account for the duration of each legislative term in the smoothing formula ( $w_{t-1}$ ,  $w_t$ , and  $w_{t+1}$ ).<sup>16</sup> We write:

$$PP_t = (w_{t-1} * RV_{t-1} + w_t * RV_t + w_{t+1} * RV_{t+1}) / 3,$$

with  $w_t$  as quotient of the duration in days of the legislature  $t$  ( $d_t$ ) divided by the arithmetic mean of the duration in days of the three considered legislatures:

$$w_t = \frac{d_t}{(d_{t-1} + d_t + d_{t+1}) / 3}.$$

The researcher should use the smoothing procedure he thinks it fits best to his theoretical argumentation. The data presented here in this article are smoothed with the simple unweighted formula. Then (step 11) we have transformed the left-right-values into a 0-10 scale in order to provide the same scale range as in most survey data. The highest theoretically possible value is 1, the lowest -1. Hence we added 1 and multiply the value by 5 in order to get values between 0 and 10. Finally, the resulting position scores should be tested for external validity by comparing them with survey estimates where possible (step 12).

#### **4. Applying the new approach to West European party systems**

In the following we present the resulting left-right scores based on our technique for analyzing the CMP data set. For illustrative reasons we concentrate on four countries:<sup>17</sup> Germany, Italy, Sweden, and the United Kingdom. This way we select with Germany and Italy two cases on which earlier research has shown implausible results for the CMP's own technique. We also capture the whole range of party system types found in Western Europe, from the United Kingdom's two-party system on the parliamentary level to Italy's multi-party system, as well as from strongly polarized systems, such as in Sweden, to party systems with the contenders basically fighting for the centre ground such as in Italy. Finally, we present the results for the whole period covered in the CMP data set in order to test whether our method is able to uncover party system changes of different scales and characteristics.

---

<sup>16</sup> In most cases this step may not have much additional explanatory value. However, in cases where the variation in the duration of legislatures is large, we suggest to take account of this time effect of party manifestos.

<sup>17</sup> Due to space restrictions we confine ourselves to the issue compositions of the resulting left-right dimension and over time variation of the party systems. The data appendix for these four countries as well as several others is available at

< <http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html> >

Chapter2: Locating Parties in Policy Space

Issue-Structures 1949-1998				
Category	Germany	Italy	Sweden	United Kingdom
Per101	Valence	Left	Valence	Valence
Per102	Valence	Valence	Valence	Valence
Per103	Valence	Left	Left	Valence
Per104	Right	Valence	Right	Right
Per105	Left	Left	Left	Left
Per106	Left	Valence	Left	Valence
Per107	Left	Left	Left	Valence
Per108	Valence	Right	Right	Left
Per109	Valence	Left	Valence	Valence
Per110	Valence	Left	Left	Valence
Per201	Left	Left	Right	Right
Per202	Left	Left	Valence	Left
Per203	Valence	Valence	Valence	Valence
Per204	Valence	Left	Valence	Left
Per301	Valence	Right	Right	Left
Per302	Valence	Right	Valence	Valence
Per303	Right	Right	Right	Right
Per304	Valence	Valence	Valence	Valence
Per305	Valence	Left	Valence	Valence
Per401	Right	Right	Right	Right
Per402	Right	Valence	Right	Right
Per403	Valence	Left	Left	Left
Per404	Left	Left	Left	Left
Per405	Left	Left	Valence	Valence
Per406	Valence	Valence	Valence	Valence
Per407	Valence	Right	Valence	Valence
Per408	Valence	Valence	Left	Valence
Per409	Valence	Valence	Valence	Valence
Per410	Valence	Valence	Left	Valence
Per411	Valence	Valence	Left	Valence
Per412	Left	Left	Left	Left
Per413	Left	Left	Left	Left
Per414	Right	Right	Right	Right
Per415	Left	Valence	Left	Valence
Per416	Left	Left	Left	Left
Per501	Valence (1949-1980); Left (1983-)	Left	Left	Valence
Per502	Valence	Valence	Valence	Valence
Per503	Left	Left	Left	Valence
Per504	Left	Valence	Left	Left
Per505	Right	Right	Valence	Valence
Per506	Valence	Valence	Left	Valence
Per507	Valence	Valence	Valence	Valence
Per601	Right	Valence	Valence	Right
Per602	Left	Left	Valence	Valence
Per603	Right	Right	Right	Valence
Per604	Left	Left	Valence	Valence
Per605	Valence	Valence	Right	Right
Per606	Right	Right	Left	Right
Per607	Left	Valence	Left	Valence
Per608	Valence	Valence	Valence	Valence
Per701	Left	Left	Left	Left
Per702	Valence	Right	Right	Right
Per703	Valence	Right	Right	Valence
Per704	Valence	Right	Valence	Valence
Per705	Left	Left	Left	Left
Per706	Left	Valence	Valence	Valence
Left Issues	19 (20)	22	22	13
Right Issues	9	13	12	10
Valence Issues	28 (27)	21	22	33

Note: Variations compared to the tables in the appendix results on a later re-analysis of the data based on a longer period of time. Please notice that in chapter three a broader theoretical argumentation concerning non-confrontational issues is provided.

**Table 6: Issue-Structures in Germany, Italy, Sweden and United Kingdom**

Our more detailed discussion starts with Germany. Based on the procedure explained above we get the following configuration of left position, right position and valence issues (see table 6).

Overall, we find a dominance of valence issues as well as a higher number of left position issues than right position issues in Germany. In contrast to most other countries and in contradiction to the CMP group's assumptions (Budge and Klingemann 2001), market regulation (per403) and law and order (per605) are valence issues here. Similarly, the European Community (per108 and per110) has not been utilized to polarize party positions. Quite the contrary, positive mentions are common to all parties and give the issue a relevant valence character. Analyzing the left-right policy positions over time gives the following picture (see figure 2).

In accordance with the higher number of left than right position issues we find a relatively left-leaning party system in the early post-war decades. The evolution of the Christian Democrats shows, however, that even a low number of right position issues is enough to position themselves as a centre-right party. The far left position of the Green Party may be especially due to the fact that environmental protection (per501) as a left position issue has been a major component of its election programmes.

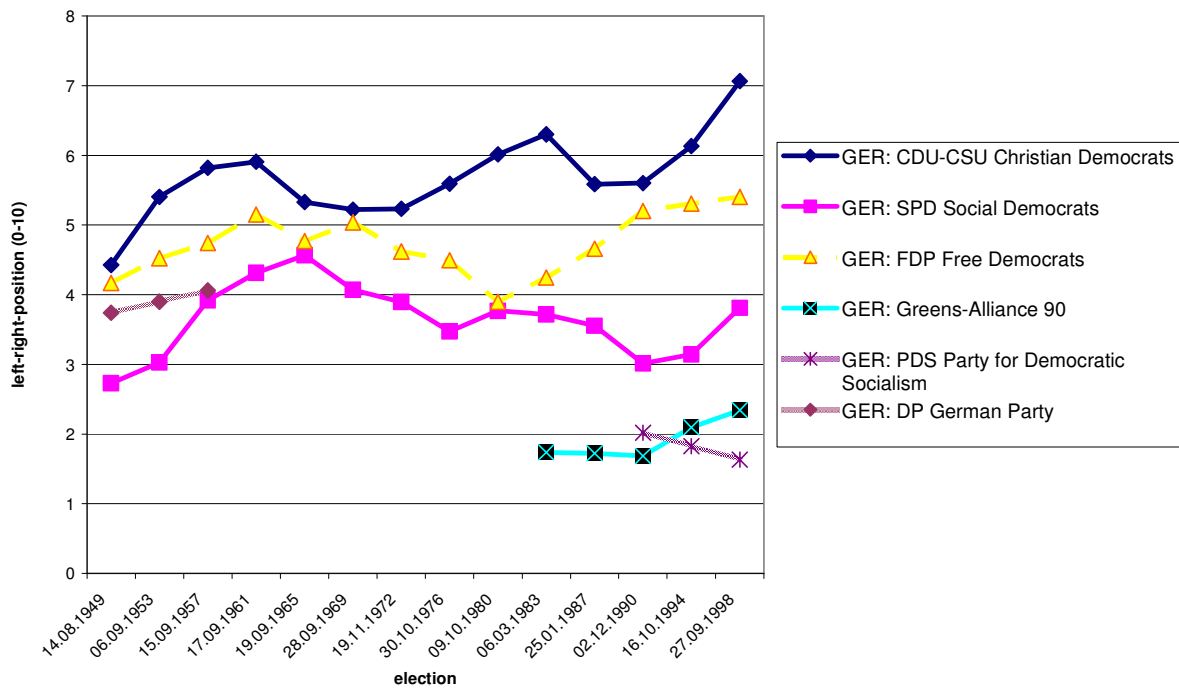


Figure 2. Germany's left-right party positions, Franzmann-Kaiser

For comparative reasons we also show the picture emerging from the CMP data with and without smoothing as explained above (see figures 3 and 4).

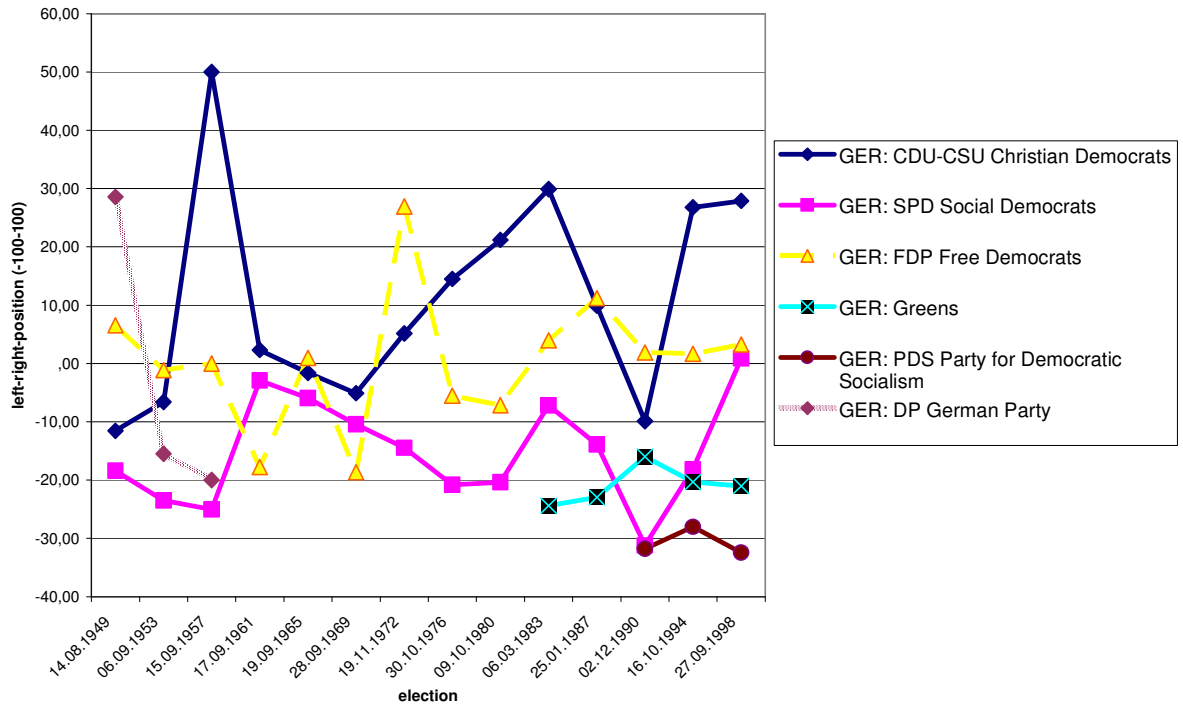


Figure 3. Germany's left-right party positions, CMP dataset

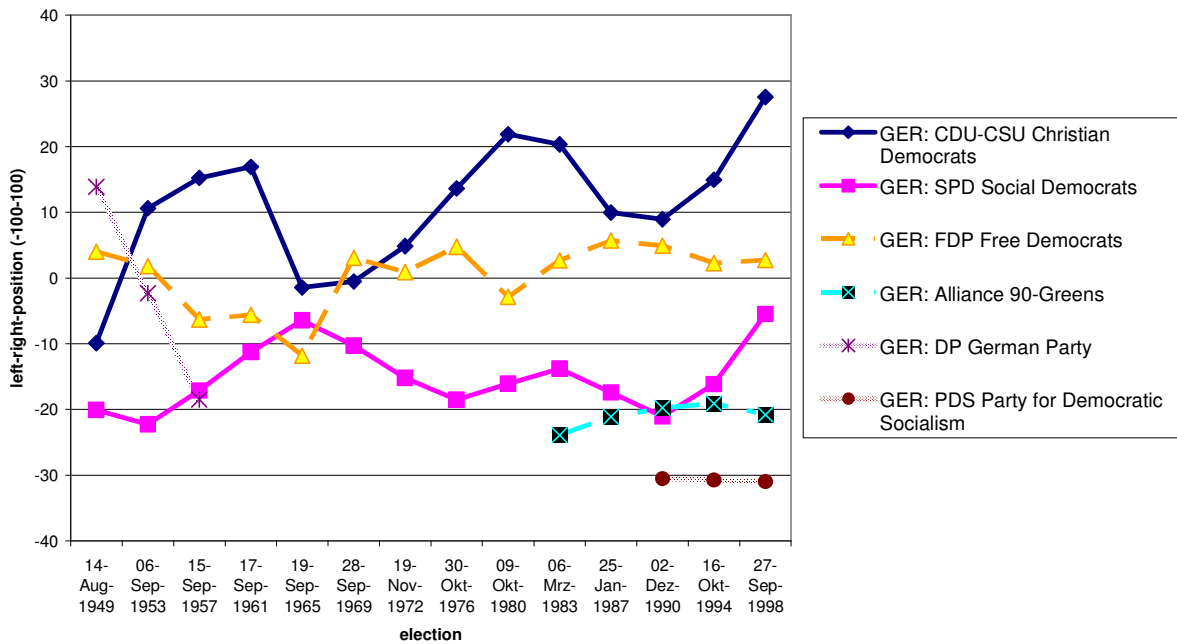


Figure 4. Germany's left-right party positions, CMP dataset smoothed



Quite clearly, the differences between our results and the original CMP data do not arise simply due to the smoothing procedure but are mainly a consequence of the composition of issues that form the left-right dimension. Even after smoothing, the CMP data differs widely from expert survey results, whereas our results are externally validated by those scores (Castles and Mair 1984; Huber and Inglehart 1995; Sani and Sartori 1983). Also, a preliminary test for external validation by mass surveys delivers very reassuring results (see table 7).

Correlations (two-tailed)				
		Franzmann/Kaiser left-right scales	CMP RIGHT- LEFT	Mass surveys (positional self- placements)
Franzmann/Kaiser left-right scales	Pearson's r	1		
	N	53		
CMP RIGHT- LEFT	Pearson's r	0.733 (**)	1	
	N	53	53	
Mass surveys (positional self- placements)	Pearson's r	0.897 (**)	0.842 (**)	1
	N	29	29	29
Correlations refer to the 1976-98 federal elections in Germany. For the Franzmann/Kaiser left-right scales, see the data appendix at < <a href="http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/">http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/</a> >. For the CMP data, see Budge et al. (2001). For the positional self-placements of German voters on a 0-10 left-right scale, see ZA0823 (Panel), ZA1053 (Politbarometer West), ZA1276 (Panel), ZA1537 (Panel), ZA1920 and ZA1987 (Ost- und West-Politbarometer), ZA2546 and ZA2559 (Ost- und West-Politbarometer), and ZA3160 (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung, Universität zu Köln).				

**Table 7. Correlations of left-right scales with CMP dataset and mass surveys in Germany 1976-98**

Comparing our left-right scales with those of the CMP data set as well as with mass surveys of the German electorate's self-placement in the 1976-1998 federal elections, we find highly significant correlations. Pearson's r for the CMP data set and the mass surveys is 0,842. The correlation of the mass survey with our own scales is even higher, at 0,897. This does not seem to be a spectacular improvement. We should keep in mind, however, that for the time period covered here even the CMP data are fundamentally in tune with what expert surveys show. The differences between our findings and those of the CMP are much higher for earlier decades for which we, unfortunately, do not have mass survey data. Therefore, the somewhat lower correlation between our scales and those of the CMP (Pearson's r: 0,733) indicates that the improvement achieved is due to differences to the CMP data set rather than due to similarities.

The configuration of issues in the Italian case is listed in table 6. In contrast to Germany, the Italian policy space is characterized by less valence issues and relatively more position issues.

In a more general perspective it is noticeable that welfare state expansion (per504), ‘Military: Positive’ (per104) and ‘National Way of Life: Positive’ (per601) are valence issues. Interestingly, ‘Political Authority’ (per305) structures the policy space as a left position issue. The Radical Party (PR) as well as the Greens (FdV) show high saliency scores on this item.<sup>18</sup> Analyzing the left-right policy positions over time gives the following picture (see figure 5).

The most important information an analysis over time gives for Italy is that most parties gather near or in the centre ground. The range between the Communists and the Christian Democrats or the Liberals (PLI) is comparatively small. The exceptions are the Radical Party (PR) and the Greens (FdV) (at its formative stage). Even the former neo-fascist MSI, now AN, stays near the centre. We will, however, argue later on that this has to do with the fact that this party does not share most of the valence issues in the Italian party system. This makes it a rather right-wing party – a fact that cannot be uncovered by a reductionist left-right scheme.

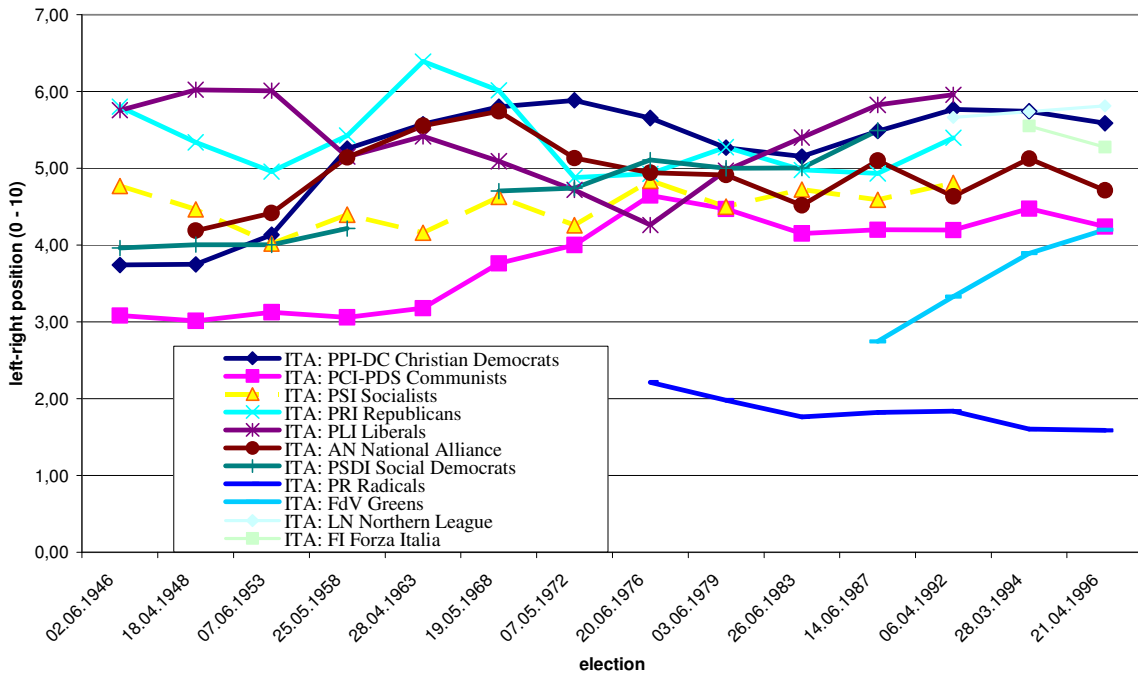


Figure 5. Italy's left-right party positions

All in all, the ideological composition reported here is concordant with estimates given in expert surveys (Castles and Mair 1984; Dodd 1976; Huber and Inglehart 1995; Sani and Sartori 1983) and differs from the CMP data. As criticized by Pelizzo (2003), the CMP

<sup>18</sup> It has to be pointed out that Forza Italia has participated in only two elections during the time period covered here. It may well be that with inclusion of the 2001 election programme we will find that ‘Political Authority’ changes its issue character.

classifies the Communists as being right of the neo-fascist MSN in 1953, the Social Democrats (PSDI) left of the Socialists (PSI) in 1948 and 1953, and the Socialists (PSI) left of the Communists (PCI) several times. According to our data the Communists hold rather moderate positions, but are always of the MSN and the PSI. Only in 1976 the Liberals (PLI) are actually placed more left than the Communists (PCI) but this may be due to their pronounced left-leaning social reform programme in that year.

The composition of valence and position issues in Sweden resembles that of Italy (see table 6). Nevertheless, there are important differences. Due to the Social Democrats' strong emphasis on social harmony (per606), this issue actually becomes a left position issue – an extraordinary issue characteristic in the set of party systems covered. Contrary to the German situation, the European Community is quite clearly a topic, which structures the ideological space in Sweden. A positive attitude (per110) is a right position issue, a negative attitude (per108) is a left position issue. This contrasts with internationalism. Here a positive attitude (per107) is a left position issue, whereas a negative attitude (109) is a valence issue. With regard to economic issues our results correspond with the CMP data. Over time the Swedish party system has developed in the following way (see figure 6).

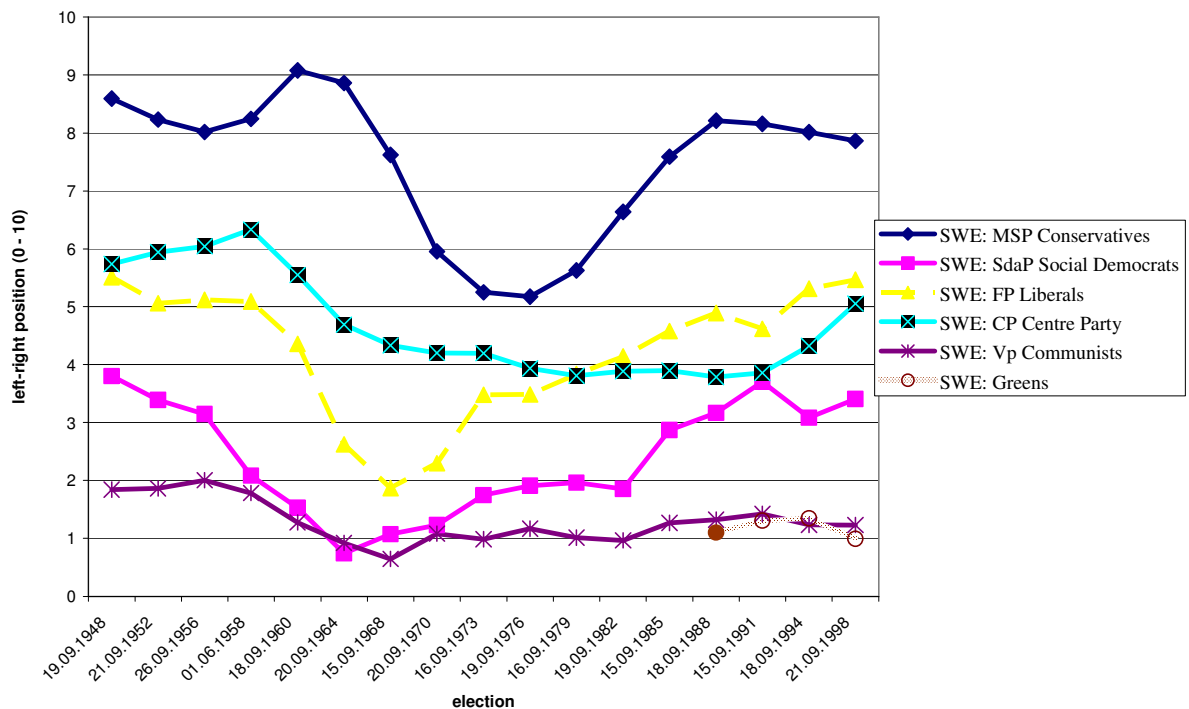


Figure 6. Sweden's left-right party positions

Finally, we turn to the United Kingdom. In our small illustrative sample the United Kingdom is the country with the most valence issues (see again table 6). It also deserves mentioning

that with regard to four left position issues it is actually the Liberals, now Liberal Democrats, who structure the policy space by positioning themselves in opposition to both the Labour and the Conservative Party. This is especially the case with regard to the European Community, with a positive attitude (per110) being a left position issue and a negative attitude (per108) being a valence issue, and with decentralization (per301) being a left position issue and, again, a negative attitude (per302) being a valence issue. All the other position issues reflect polarization on economic affairs as well as defence. This gives the following development of left-right positions over time (see figure 7).

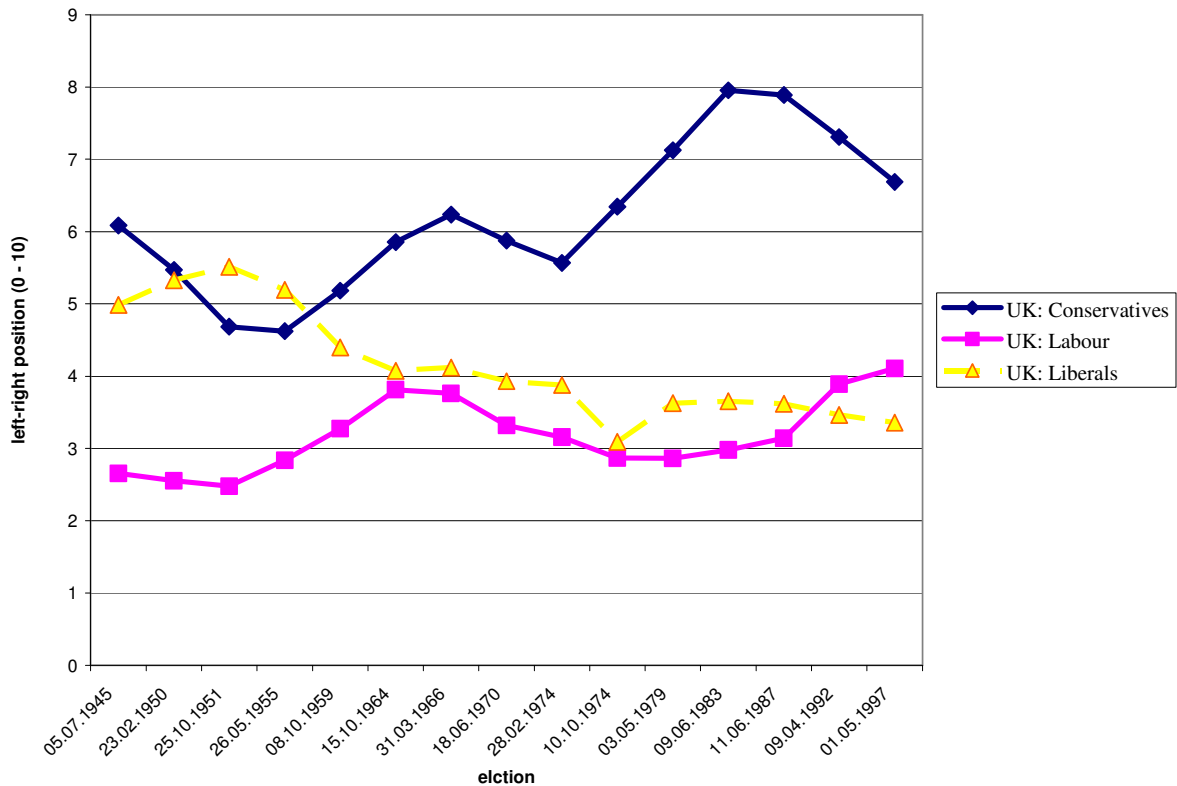


Figure 7. United Kingdom's left-right party positions

### 5. Further options for research

Finally, we sketch a number of opportunities this new approach offers to researchers, who wish to reach beyond the left-right dimension and are interested in a more in-depth analysis of party competition. Our central idea of distinguishing between position and valence issues and computing policy positions with the help of saliency scores as base values may provide insights into the following areas of research:

(1) We can identify those issues and policy areas that are controversial within a political system. As seen in the tables on the issue character of the different party systems reported here we are able to receive a clear picture of which issues are relevant for structuring the respective policy spaces.

(2) We may want to study specific types of parties, such as extremist parties and their strategies to successfully locate themselves in a party system. To illustrate, the Italian MSI (now AN) has been estimated by most experts as a right-wing party whereas the CMP maps it in the centre. How can we make sense of this considerable discrepancy? As mentioned before, the reason for this is that the MSI holds right wing positions in a number of domestic policy areas, whereas it is on the left with regard to economic affairs. Depending on how the left-right dimension is constructed it therefore appears to be a centre party in the aggregate – to our minds a completely artificial result. Our analysis points to a second reason: The MSI/AN has no high saliency scores on any of the valence issues in the Italian party system but shows strong saliency on nearly all position issues. This means that it tries to polarize the electorate on every issue to prevent a consensus between parties.

(3) The data gives us a chance to measure the intensity of ideological polarization in a country. Similar to the procedure we previously described for determining how many issues a party shares with regard to valence issues, we can also investigate how many of these issues exist in the overall party system. In combination with approaches based on left-right scores such as measures of polarization (Taylor/Herman 1971; Hazan 1997) or the ideological centre of gravity (Sigelman/Yough 1984; Manow, Schäfer, Zorn 2008) can be refined by taking into consideration the number and relevance of valence issues. A starting hypothesis would read that a low number of valence issues indicates high polarization beyond the left-right dimension and vice versa.

## **6. Conclusion**

Starting from a number of deficiencies in the CMP approach to studying left-right policy scales, we develop a new proposal that avoids an inductive investigation based on factor analysis. We ground our additive model on the distinction between position and valence issues and show how this can be applied in a way that takes regard of the possibility that the content of the left-right dimension varies from country to country as well as over time. We accept the proposal in the literature that election programmes are used by parties to signal policy changes to the electorate. However, in contrast to previous research we argue that due

to the asymmetry of information between parties and voters regarding the exact policy positions of parties these signals overemphasize the extent of change. Therefore, we propose a smoothing procedure to measure positional scores. The approach is illustrated on the British, German, Italian, and Swedish party systems.

Finally, we sketch a number of ways our approach may enrich spatial analyses of party systems beyond the fundamental issue of left-right policy scales.

# **Chapter 3: Position, Consensus, and Valence Issues and the Mechanics of Party Competition.**

## **A Proposal for a New Party System Typology**

### **Contents**

1. Introduction	77
2. Theoretical Considerations and Hypotheses about Consensus-, Valence- and Position-Issues	79
3. The Development of a New Typology	82
4. The Empirical Determination of the Types	86
5. Summary and further research	95
6. Appendix	97

### **List of Figures**

Figure 8. The Identification of Issue Characters	81
--	----

### **List of Tables**

Table 8. The Four Types and Their Relationship to the Direction of Party Competition	84
Table 9. The Typology	86
Table 10. The Empirical Typologization of Party Systems	91
Table 11a. Left, Right, Consensus and Valence Issues in 2003: (OECD countries)	97
Table 11b. Left, Right, Consensus and Valence Issues in 2003: (Non-OECD countries)	98
Table 12. Extent of Class-Based Competition (Congruence between RILE and Dummy-Regression)	99





## 1. Introduction

Party systems are widely seen as one of the key features of modern democracies. To gain a comparative overview of party systems in the world is to gain a comparative overview of arguably the most important property of a democracy. Until today the typology of Sartori (1976) has been the crucial point of reference used to explain and compare the mechanics of a party system. Most typologies focus on classifying the cases according to the (effective) number of parties, sometimes accompanied by the extent of ideological polarization (Wollinetz 2006).

In this article, I propose to classify the party systems according to their use of issues during electoral campaigns. In contrast to the most popular typologies of party systems this one is not concerned with the number of parties but with the patterns of interactions both between party elites, and between party elites and the electorate. The objective is to analyze the functionality of party systems by developing a typology not based on party fragmentation and polarization. It is based instead on the extent of confrontation, the rigidity of the issue structure, and the extent of a typical class-based programmatic competition.

The data used here are those from the *Comparative Manifestos Project* (CMP; Budge et al. 2001; Klingemann et al. 2007). CMP provides a comprehensive data set for the comparative study of party systems. It is of great relevance for the determination of issue and policy dimensions as well as for the location of parties' policy positions. The data set contains categories with so-called saliency scores. Saliency scores are the percentage of a category mentioned within a party manifesto as compared to the other categories (Budge et al 2001). In this study, the data set is taken to determine the character of all issues covered from the data set in different countries. The character of an issue is defined by whether it can be seen as a right or left position issue or as a non-confrontational one. The method developed by Franzmann and Kaiser (2006), originally meant to locate party positions, contains as one of its first steps the empirical differentiation between confrontational and consensual issues in each country and across time.<sup>1</sup> By using this method, the article offers not only a party system typology, but also a comparative overview of the issue structures of thirty-five democracies<sup>2</sup>.

---

<sup>1</sup>For the whole procedure of generating left-right party positions using this method please consult the original article by Franzmann and Kaiser (2006). The authors then wrote that by means of their procedure it was possible to distinguish position- and valence-issues from one another. A narrow definition of the term 'valence-issues' has dominated the political science literature since then, though. Therefore, the non-confrontational issues are not set equally with valence-issues in this article.

<sup>2</sup>The two Belgian party systems of Wallonia and Flanders are analysed separately. Thus there are 36 cases in 35 given democracies.

The article first discusses how position and non-confrontational issues can be theoretically and empirically distinguished from each other. Non-confrontational issues can be interpreted both as valence-issues and consensus-issues. The term 'valence-issues' was originally introduced by Stokes (1963) in order to criticize the Downsian approach of analyzing party competition by focusing on position-issues only (Downs 1957). Valence-issues are defined "as those issues on which parties or leaders are differentiated not by what they advocate but by the degree to which they are linked in the public's mind with conditions or goals or symbols of which almost everyone approves or disapproves" (Stokes 1992: 143). But a non-confrontational issue can also be an issue that represents a consensus on a topic that is seen as closed and determined by both party elites and electorate (Linz 1967).

The article then proceeds to develop a new typology. As mentioned above, this typology aims at explaining the functionality of party competition. In extension of Sartori's approach, not only a centrifugal direction of party competition with the threat of a breakdown is seen as a dysfunctionality. Furthermore, the existence of depoliticization or cartelization is diagnosed by analyzing the different properties of the issue-structures. The latter might follow from pre-electoral agreements between the party elites. Such agreements can be useful for avoiding centripetal patterns under the condition of an ideologized electorate. The indicators for the extent of confrontation and the extent of ideologization generate a matrix of four ideal types that predict the mechanics of party competition. This matrix distinguishes between one type that is moderate because of its mechanics (e.g. Australia), a second type that is moderate because of its societal consensus (e.g. Germany, United Kingdom), a third type that can be seen as depoliticized because it is neither confrontational nor ideological (e.g. Ireland, Italy), and a fourth type that is polarized because of ideological and confrontational characteristics (e.g. France, Israel). These four types can be subdivided further by classifying the cases according to the degree of traditional class-based confrontation in national politics.

The empirical typology reveals that a high level of consensus among party elites must not be confused with the concept of a consensus democracy in the sense of Lijphart (1999). Moreover, it shows that countries with a high number of effective parties can have the same centripetal mechanics as countries with a low one.

The publication of this article is accompanied by an online overview of all issue-characterizations on the basis of a dummy-regression. The findings should be of interest for scholars of comparative party systems, scholars interested in the issue dimensions of party competition, and for scholars investigating how much consensus is needed and how much consensus can be observed in different polities.

## **2. Theoretical Considerations and Hypotheses about Consensus-, Valence- and Position-Issues**

Insights both from Political Sociology and the comparative research of democracies suggest that despite all similarities there is a high variance in the salience of certain issues and cleavages across countries. The most famous work is perhaps that of Lipset and Rokkan (1967), which explains the different cleavage structures in Western Europe by looking at historic decisions made at critical junctures during the process of nation-building. Studies based on mass surveys affirm such findings inasmuch as the interpretation of the content of left-right-dichotomies differs both from country to country and over time (Inglehart 1984; Huber 1989; Knutsen 1995). Eastern Europe, due to its communist heritage, can be generally expected to have quite different patterns in understanding the terms left and right compared to those in Western Europe (Kitschelt 1995). Marks et al. (2006) have shown that even when the same policy dimensions are assumed, different patterns of programmatic competition can be observed between these two groups of countries. The classical left-right dimension and the ‘New Politics’ GAL-TAN dimension (i.e. Green/Alternative/Libertarian – Traditional/Authoritarian/Nationalist) are, on the contrary, connected to each other in both parts of Europe. While in Western Europe left-libertarian parties are confronted with right parties tending to the TAN-pole, in Eastern Europe left parties are tending to the TAN-pole and the right-bourgeois parties are often connected with GAL-politics (Marks et al 2006). The view beyond Europe adds to the impression that there are very different constellations of conflicts in different countries and therefore a very different use of single issues (Deegan-Krause 2007). Lijphart’s milestone work ‘Patterns of Democracy’ provides an overview of how the author estimates the different saliences of issue dimensions across the world (Lijphart 1999: 76-87).

The CMP-data set enables us to analyse the different usage of issues by parties fighting for votes against each other and enables us to comparatively classify their meaning as 'left', 'right' or 'non-confrontational'. In compliance with the theoretical considerations of Inglehart (1984), it is generally assumed that the meaning of issues varies according to their spatial and temporal environment. The desire for a change of the status quo towards greater equality can by a large be interpreted as 'left', while the opposite can be interpreted as 'right'<sup>3</sup>.

The aim of this article is to draw conclusions from the mechanics of party competition and to compare different interaction patterns of parties in different countries by analyzing the

---

<sup>3</sup> Originally, Inglehart (1984) called the desire for change from the status quo towards more inequality ‘reactionary’ and the desire for keeping the status quo ‘conservative’. For the United States we have substituted left with liberal and right with conservative.

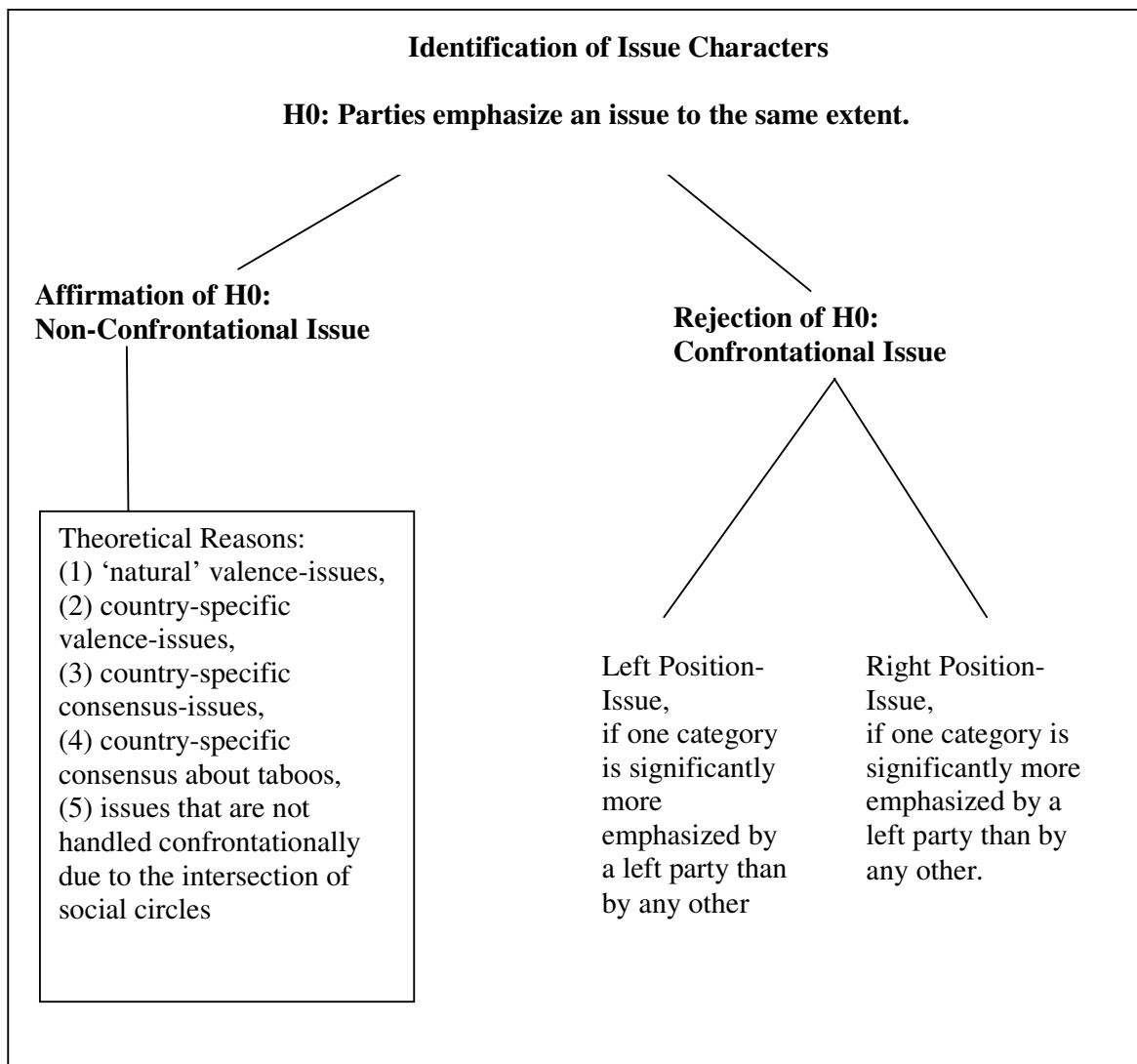
different issue structures. The proposal of Franzmann and Kaiser (2006) seems to be the most viable for this purpose, as it allows to test whether the utilization of these issues among the main party camps is similar or totally different for each country and each category of the data set.

This is empirically analysed by a dummy regression, with the parties or the party families being coded as dummies which are regressed on the salience of one category of the CMP data set. The null hypothesis for each category is that its salience does not differ between the parties or party families. If the null hypothesis was rejected, this would mean that the party camps would differ significantly from each other in the utilization of the analyzed issue, and it can be concluded that this category represents a confrontational position-issue. This category then is obviously part of the issue-ownership (Budge/Farlie 1983) of one party or its party camp. It will be classified as left or right according to the alignment of the party. If there is no reason for rejecting the null hypothesis, it follows that the issue is non-confrontational.

Non-confrontational issues exist because a political community needs to develop a consensus on commonalities before a confrontation over certain position-issues can occur. As mentioned above, Stokes identified valence-issues as a basic type of non-confrontational issues. They can be recognised in debates on what is necessary to stabilize, restore, or strengthen a polity or even guarantee the survival of a community. Consequently, the recent literature ranked issues like fighting corruption and unemployment, or establishing economic prosperity as valence-issues. It omits the fact, though, that there are country-specific differences. While the 'American Creed' identified by Myrdall (1944) hardly applies to every democracy worldwide, for the United States it is arguably the most important foundation of valence-issues. For West Germany the 'Soziale Marktwirtschaft' (social market economy) has a similar function, because all parties have emphasised its preservation or restoration as the remedy against all kinds of socio-economic crises. Thus, it constitutes not only an economic issue but also legitimizes government action and stabilises the entire polity. If one candidate or one party was able to present itself as exceptionally credible and competent, it should be able to increase its share of votes.

But beyond these valence issues another type of non-confrontational issues exists. It is to Linz (1967: 305) that we owe the idea of a threefold consensus required to stabilize a democratic polity: a consensus on the institutions, a consensus on the qualifications and procedures for the selection of the political elite, and a consensus on which issues should be exempt from confrontational political competition. Due to the stabilization of the Western democracies, this topic has been off the main agenda of political scientists, but with the emergence of

democracy in Eastern Europe, Latin America and other parts of the world it deserves greater attention. It seems worthwhile even with established democracies to analyze how different the patterns of consensus and confrontation are. Such consensus issues could be represented by policies that are accepted as closed and determined by the whole electorate. EU or EMU membership serves as a current example. In addition, such consensus issues may result from a widely accepted taboo, and from an all-party-agreement to exclude it from political competition in order to avoid further polarization of the society. This can be observed in the consociational democracies, where political actors, however, have to maintain some meaningful issues to be left in order to stimulate substantial democratic debate about the right politics (Linz 1967: 305-6).



**Figure 8: The Identification of Issue Characters**

Finally, there are issues created by the distribution of the electorate across parties that are handled in a non-confrontational manner. "The intersection of social circles" (Simmel 1908:

305) "Kreuzung sozialer Kreise"), both among the party elites and the electorate of the decisive political actors, left no room for a confrontation over issues related to a social circle that is equally represented in almost every relevant party. Simmel (1908) originally refers to the union of England and Scotland and explains how the intersection of social circles led to the stability and legitimacy of the new polity: The (new) possibility of the continuance of two churches within one polity enabled the development of one unified state. The separation of religion and state in a relatively homogenous society created the opportunity to form coalitions solely based on political interests instead of religious alignments, because the relevant political actors belonged to a wide variety of religious groups. Although the interest-specific antagonism is high, the competing parties are similar enough to accept the legitimacy of each other (Simmel 1908: 324; Linz 1967). Such intersections of social circles are also conceivable because of ethnic and linguistic differences, societal milieus and occupational groups. Issues concerning an occupational group then are rarely a matter of a confrontational political debate.<sup>4</sup> Figure 1 summarizes the steps for identifying the issue-character and the theoretical reasons for non-confrontational issues.

This study does not allow determining why an issue is handled non-confrontationally. This objective requires further research, which will be possible on the basis of the comparative data concerning the issue-structures provided here. They will help to account for the interaction patterns between party elites in a comparative way. We will not, however, get a complete picture of all interaction patterns. This study is an additional view especially on programmatic party competition in the electoral arena on a national level. Divisions within a polity cannot be analyzed by means of these data, and they focus on the electoral arena only. For the analysis of the governmental and the parliamentary arena of party systems, additional studies will be needed (Bardi and Mair 2008).

### ***3. The Development of a New Typology***

Sartori's approach (1976) is without doubt one of the most famous typologies of party systems. It proceeds to further develop old counting rules for political parties and focuses not only on the (effective) number of relevant parties that make up a party system but also on the mechanism of party competition. Its major contribution is the distinction between the types of moderate and polarized pluralism. Moderate pluralism is characterized by a centripetal direction of competition on the imaginary left-right-continuum, while polarized pluralism is characterized by a centrifugal direction due to the existence of a centre party and a bilateral opposition. Polarized pluralism goes along with multipartism, but multipartism is not

---

<sup>4</sup> For example, civil servants are equally represented across all parties in many countries.

automatically connected with polarization. In the case of extreme multipartism, caused by a segmented society rather than a politically polarized polity, the mechanics of a party system can be characterized as centripetal (Sartori 1976: 131-145)<sup>5</sup>. As Wollinetz (2006: 59) has remarked, there have been astonishingly few efforts in order to develop a new typology<sup>6</sup> since Sartori's addition of polarization to simply the number of parties. Nevertheless, it has been criticized that centrifugal tendencies have rarely been empirically discovered in an ideologically polarized system. Evans (2002) defends Sartori's approach by emphasizing that high polarization leads to a centrifugal mechanism only under the condition of high competitiveness. Green-Pedersen (2004) adds that if only vote-seeking and office-seeking are regarded as party goals and if therefore there is a focus on government formation, a centripetal direction of competition is to be expected even despite the existence of a strong centre party.

Following Wollinetz' claim that party typologies should concentrate on interactions rather than the number of parties, a different typology will be proposed here. Due to the procedure and the data described in the previous section, we are now able to focus on the programmatic competition of party elites. With the dummy-regression method, we are able to distinguish between positional- and confrontational-issues. Thus, the extent of consensus and confrontation can be identified in order to describe the interaction patterns among the party elites. This is done by considering the proportion of the sum of left and right position-issues compared to the sum of non-confrontational valence- and consensus-issues. A high extent of confrontation is seen as a crucial condition for the occurrence of a centrifugal mechanism. Provided that there is a highly consensual pattern among the elites within the electoral arena, we cannot expect high competitiveness there, but a moderate one. But a highly confrontational pattern is not the only prerequisite for diagnosing centrifugal tendencies. The interaction pattern between the party elites and the electorate is equally important. When parties manage to adapt to new issues or even seize issues that were formerly owned by their opponent(s) without being punished by an ideologized electorate, a centripetal rather than a centrifugal direction of competition can be assumed. A centrifugal pattern is very likely only in cases where a highly ideologized electorate punishes the traditional parties and forces them to keep their traditional issue-ownership without modifications by voting for new parties that

---

<sup>5</sup> Sartori (1976: 131-261) distinguishes between four competitive types: polarized pluralism, moderate pluralism, twoparty systems, predominant-party systems. The latter two are seen as special cases that will sooner or later end in one of the other types.

<sup>6</sup> One remarkable exception is the distinction between closed and open competition for government as suggested by Mair (Mair 1997). For an overview of party system typologies see Wollinetz' (2006) "state of the art" contribution.

occupy these issues. Empirically, this can be analyzed by measuring the frequency of change in the issue structure. The absence of confrontational patterns among the elites and an ideologized electorate leads to a depoliticized polity characterized by the absence of meaningful programmatic competition.

I suggest a matrix containing four types of party systems. In a nutshell, the matrix distinguishes between a type that is moderate because of its mechanics, a type that is moderate because of its societal consensus, a type that can be seen as depoliticized because it is neither confrontational nor ideological, and a type that is polarized because of its ideological and confrontational characteristics. These four types can be subdivided by classifying the cases according to the degree of traditional class-based confrontation in national politics.

Types of the new typology	Characterization of the hypothetical patterns of interaction
Type 1 (confrontational/pragmatic)	Typical of a ‘moderate pluralism’ caused by the mechanics of party competition.
Type 2 (confrontational/ideological)	Typical of a ‘polarized pluralism’. But an extreme polarization can be avoided by establishing a consociational democracy.
Type 3 (consensual/pragmatic)	Typical of a depoliticized polity.
Type 4 (consensual/ideological)	Typical of a ‘moderate pluralism’ caused by a strong consensus among the elites and the electorate. There is a threat of collusion and cartellization between the parties.

**Table 8: The Four Types of Party Systems and Their Relation to the Direction of Party Competition**

Type 1 is characterized by a confrontational and pragmatic oppositional struggle for power. It is the pattern that comes closest to the predictions of the Downsian spatial theory of party competition (1957) and it fits best to the type of moderate pluralism proposed by Sartori (1976). The political competition is dominated by a clear confrontation based on a socio-economic dimension; Parties are ideologically flexible. Hence, party competition theoretically follows the mechanics Sartori has described as centripetal. This pattern is expected to occur most notably in Westminster Democracies.

The diametrically opposed type 4 is marked by a consensual and ideological oppositional struggle for power. There is an elite consensus concerning issues that are decided and closed or otherwise taken off the political agenda. In all likelihood, Austria and Germany match this type (Linz 1967: 305). Countries with this pattern also belong to Sartori’s moderate pluralism, but for entirely different reasons than countries of type 1. While in the case of type 1 the implicit mechanics of the party system lead to a moderation, in type 4 the societal consensus



leads to a similar result. But those types are threatened by the danger that a cartel party system might arise (Katz/Mair 1995).

Type 3 features a consensual and pragmatic pattern of competition. It applies to depoliticized polities due to the lack of both ideologization and elite confrontation. Such party systems are not coercive in the same way as the cartel party system which is possibly generated by type 4. In the case of the latter, the cartelization is caused by an official or unofficial agreement between the competitors not to penetrate the ideological sphere of the opponent. In the case of type 3, there is no such agreement, but ideological arbitrariness occurs nonetheless.

Finally, type 2 is the one that comes closest to Sartori's "polarized pluralism". The patterns of interaction are confrontational and ideological. Similar to the Downsian pattern, competition is defined by a markedly different programmatic offer. But there is no movement towards the opposing party camp in ideological terms. Instead, parties stay in their ideological corner and the rise of new parties consolidates the common ideological confrontation rather than introducing new dimensions or issues. The danger of overheated political competition can be reduced by additional institutional arrangements or elite consensus outside the electoral arena, as observed in the so-called consociational democracies (Lijphart 1977).

It has to be pointed out that the question of whether a party system reveals confrontational or consensual interaction patterns reflects the interaction between one party and a competing party. The question of an ideological or pragmatic party competition reflects the interaction between the parties and the electorate. A pragmatic interaction pattern can only occur in systems where a sufficient level of the electorate's availability to a party's appeals exists. Otherwise, the ideologically inflexible electorate punishes party pragmatism. When the lack of availability is accompanied by collusion between the parties, the decidability of a party system suffers, as well, and the emergence of a cartel party system with a dysfunctional party competition is very likely (Bartolini 1999; 2000). This is the described threat for type 4.

On the other hand, consensus can be necessary to avoid a situation as in type 2, which is very likely to produce centripetal patterns. As the present study only focusses on the electoral arena, a polity characterized by the party system type 2 is not necessarily bound to end up in the state that Sartori has described as polarized pluralism. Post-electoral arrangements between the relevant political actors serve to establish a moderation of ideological confrontation. This marks the difference compared to type 4, where the consensus is reflected by (formal or informal) pre-electoral party behaviour.

Most predictions concerning the mechanics of party competition are made on the assumption of a unidimensional left-right continuum. With the four types covering the interaction among

the party elites and between the elites and the electorate, the content of programmatic competition is still unaccounted for. Therefore, in a last step the cases are classified according to the degree by which the issue structure is consistent with a typical unidimensional, class-based left-right confrontation.

Taking all these elements into account, eight types of party competition can be generated from these three factors as demonstrated in table 9.

	Class-Based Competition		Non-Class-Based Competition	
	Confrontational	Consensual	Confrontational	Consensual
Pragmatic	<i>Type C1</i>	<i>TypeC3</i>	<i>TypeN1</i>	<i>TypeN3</i>
Ideological	<i>Type C2</i>	<i>TypeC4</i>	<i>TypeN2</i>	<i>TypeN4</i>

**Table 9: The Typology**

#### **4. The Empirical Determination of the Types**

As mentioned above, the main measurement tool is the determination of issue-characters using dummy-regressions on each category of the CMP data set. For the classification of the cases, thresholds have to be defined. The problem of the empirical analysis is that the cases belong to a continuum rather than to a dichotomous typology. Hence, a cut in one point can be seen as arbitrary, because a given case is ultimately sorted into a category by a scientist's decision, and not necessarily by its inherent properties. Nevertheless, reduction can be a useful instrument in order to detect causal mechanisms (Lehnert 2007).

The most important question in order to predict the mechanics of party systems is whether the interaction patterns among elites tend to be confrontational or consensual. If a confrontational pattern exists, the mechanics can be distinguished, according to Sartori, as centripetal or centrifugal. If a consensual pattern exists, there is no threat of a centrifugal pattern, but a centripetal pattern can only be suggested by (formal or informal) pre-electoral agreements between party elites in case of an ideologized electorate. Then, however, the absence of the centrifugal threat is thwarted by a potential cartelization and depoliticization.

It has been indicated above why valence- and consensus-issues can exist within a polity. From a very large number of non-confrontational issues within a polity we can conclude that the interaction patterns between the parties are highly consensual; otherwise they are highly

confrontational. The more non-confrontational issues there are in one country, the more consensual is the interaction pattern between the national party elites.<sup>7</sup>

Checking the number of non-confrontational issues in a cross-country comparison reveals some peculiarities. First, France is the country with the lowest number of valence- and consensus-issues, while the USA with 32, Germany with 30, and Austria with 28 are those with the highest. In France, issues are used confrontationally by the parties except for negative mentions of protectionism (per407), economic goals (per408), and traditional morality (per604). Since the category 'Marxist analysis' (per415) was not surveyed until 1988 (Budge et al 2001: 226), no differences among the elites were observable. Among the countries with very high values of position-issues are Denmark, Israel, Switzerland, and Turkey. Interestingly, the United Kingdom is a country with a high number of valence-/consensus-issues (27).

It is rather complex business to define a threshold for classifying the cases. Countries with a predominance of non-confrontational issues can be easily classified as "consensual" while those with very few can be described as "confrontational". The quotient of the number of position-issues divided by the number of non-confrontational issues is taken as a measurement. A value of two means that twice as many position-issues can be observed compared to the number of non-confrontational issues. A value of one means that there are as many position-issues as non-confrontational ones (e.g. Austria). The median is taken here as a threshold. The mean is skewed by the huge French value of about 13. The value of the median is 2.395. Consequently, countries with a quotient of 2.5 are classified as "confrontational", whereas those beginning with 2.29 are characterized as "consensual". The first "confrontational" ones are New Zealand, Flanders and Hungary. All three countries can be seen as lacking a very consensual political culture. Hungary changed its patterns from consensus to a rather majoritarian democracy (Agh 2001). Therefore, these three countries seem to be classified correctly. The cases with values closest below the threshold are Iceland, Ireland, the Czech Republic and Romania. Iceland and Ireland both have a relatively homogenous society and (until the financial crisis in 2008) not a highly polarized political

---

<sup>7</sup> Sometimes the CMP data set is criticised for having many 'zero' values in it. That means that categories of the coding scheme are sometimes not used by the parties or alternatively by the coders. In the second case, this would create a serious problem of reliability. In the first case, the zero-value has a substantial meaning. Parties do not emphasise the category because it is seen as a taboo or as simply irrelevant. If the zeroes do have a substantial meaning, there should be a variance in time in one country and an inverse relationship with the number of parties. Fortunately, both theses can be confirmed. The Pearson r between the number of zeroes and the effective number of electoral parties is -0.37 and with the absolute number of parliamentary parties it is -0.36, both significant on the 1%-level. The quality of the CMP data seems to be better than their reputation. The data can be provided on request. For the discussion of the general problem of 'zeroes' in the CMP data set see Hans/Hönnige (2008).

culture. In Romania and the Czech Republic, parties are forced to cooperate because of the necessity of forming coalition governments. That is why the threshold seems to be relatively well chosen.

The second indicator that predicts the direction of party competition concerns the interaction between party elite and electorate, that is, the question whether it is dominated by a pragmatic or ideological pattern. Both phenomena – the question about a programmatic or confrontational pattern on the one hand, and the question about ideological or pragmatic patterns on the other – are independent of each other. A highly confrontational interaction pattern does not necessarily create a highly ideologically oriented political culture, and a consensual pattern has to be distinguished from pragmatism. Theoretically, there can also be a polity with a strong confrontational interaction pattern between very pragmatically acting party elites insofar as they try to take over an opponent's issue and make it their own. Conversely, consensual interaction patterns can also fit to a culture with programmatic debates that are ideologically driven, and in which the opposing political camps keep their traditional arguments.

The number of changes in the issue-structure is a good indicator of in how far the interaction pattern can be regarded as pragmatic or ideological. In an ideologized polity, the issue structure should be rigid over time because occupying new issue ownerships other than the traditional ones is then seen as a betrayal of the electorate's ideals by the party.

Due to the fact that the analysed thirty-five polities have very different democratic time horizons, the absolute number of issue structure changes is not measured. Instead, the time period in which an issue structure remains stable on average is taken as an indicator.

The most frequent change of issue-characters in absolute terms can be observed in Australia and Denmark. The relatively shortest period of an issue structure is revealed by Portugal with a duration of about five years. Practically, that means that in almost every election since 1975 the issue structure in an election was different from its precursor. An interesting case is Austria, which shows altogether only two elections with changed issue-structures (in 1986 and 1999). In 1986, though, almost the whole ideological configuration of political confrontation was changed. In almost all other cases of change observed, only one or two issue characters changed. In Austria in 1986 thirty-two changes of issue characters can be counted.

Absolutely no change was detected in Israel, Flanders, and Sweden. Because of the short time period of the analyzed CEE countries, the detection of an issue structure change in these countries is very unlikely, and it can indeed only be observed for Poland. Hence, all CEE

countries except Poland are classified as countries with a rigid issue structure, this being an indicator for an ideological stable political competition.

For the OECD countries the median is eleven, which means that an issue structure remains for at least eleven years and a change of at least one issue character has occurred. That is a clear-cut threshold except for the USA, Turkey, Norway, the Netherlands, and Luxembourg. These five countries show values around eleven. Do these countries have an ideological or a pragmatic pattern in political competition? Luxembourg, the USA, and the Netherlands reveal first changes in their issue structures during the 1970s,<sup>8</sup> the time before they seem to be stable. In Turkey, change first occurs in the election of 1983. Consequently, these countries are classified as showing ideological patterns until 1970 and a pragmatic pattern afterwards. In Norway, a change in the issue structure can already be measured in 1961, then next in 1973, 1977, and 1993. If the election of 2005 were included in the database, another change could be observed, as might already be expected because a coalition of Social Democrats, Centre Party and Socialists was then formed for the first time. Following this, Norway would be classified as 'pragmatic'. But at present, we do not have these data and the Norwegian pattern looks like an ideological one.

As a third factor for getting an overview of the totality of cases, the degree of a typical class-based confrontation is examined. The RILE-scheme is theoretically based on Marxist-inspired confrontation (Budge/Klingemann 2001: 21). It mainly represents issues that are typical of a programmatic competition over classic socio-economic concerns. Thus, it can be assumed that in countries with a high congruence between the issue-characterization and the RILE-scheme the results of the dummy-regression indicate a high level of a typical class-based political competition. The comparison of the two schemes allows us to draw conclusions about the extent to which a programmatic party competition exists, which is oriented on socio-economic issues, in the way that Anthony Downs (1957) has modelled it. Downs assumes a clear confrontation in a unique economic dimension..

In general, the level of congruence of the issue-characterization differs from country to country. As expected, there is a considerable difference in the level of congruence comparing the CEE democracies and the OECD states. The highest CEE country score is featured by Slovakia with 57.7%, whereas among the OECD countries the group with the highest congruence shows values of about 80% between the issue-characterization of the two methods. While the highest congruence score is observed in Norway, the by far lowest congruence can be detected in Bulgaria, with 38.5%. Among the group of OECD states, it is

---

<sup>8</sup> The results for each country are listed in the appendix.

Luxembourg, with 42.3%; Germany and the United States show a congruence of about 50%, which is a typical value in the CEE countries.

Considering the whole distribution of congruence values for defining a threshold in order to classify the cases, it can be seen that countries like Spain, Iceland, Italy and Flanders are those which define the 'midfield' between countries with a high congruence as a sign for a typical class based competition, and a low congruence as a sign for a competition that is less connected with class-based issues. In the last period, Iceland's value is greater than the mean of all countries, but below the mean of the OECD countries, while the other three countries are below the mean every time. Therefore, I classify Spain, Italy and Flanders as countries with, in comparison, non-class based competition. For these three countries, it is also well known that they suffer regional and cultural conflicts. Iceland is classified as class-based for the 1950s, but not for the last period to which the typology refers. This reflects the observation that the importance of socio-economic cleavages has declined in Iceland since the end of the Second World War. The other countries clearly belong to either the group of countries with typical Marxist patterns (value 0.692 or higher) or to the group of countries with no such atypical pattern (value <0.6).

All three indicators can be summed up in the typology below (table 10):

	<b>Class-Based Competition</b>		<b>Non-Class-Based Competition</b>	
	<i>Confrontational</i>	<i>Consensual</i>	<i>Confrontational</i>	<i>Consensual</i>
<i>Pragmatic</i>	Australia, Denmark, Finland, New Zealand, Portugal, Netherlands (since 1971), Turkey (since 1983) <u>(1- centripetal competition by its mechanics)</u>	Iceland (before 1974), Ireland <u>(3- depoliticized)</u>	Poland <u>(1-centripetal competition by its mechanics)</u>	Greece, Iceland (since 1974), Italy, Spain, Wallonia, Luxembourg (since 1979), USA (since 1972) <u>(3-depoliticized)</u>
<i>Ideological</i>	France, Israel, Norway, Switzerland Netherlands (before 1971), Turkey (before 1983) <u>(2- centrifugal competition caused by both a lack of elite consensus and an ideological electorate)</u>	Canada, Great Britain, Japan, Sweden <u>(4- moderate pluralism caused by elite consensus; threat of cartelization)</u>	Bulgaria, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania <u>(2-centrifugal competition caused by both a lack of elite consensus and an ideological electorate)</u>	Austria, Czech Republic, Flanders, Germany, Romania, Slovakia, Slovenia Luxembourg (before 1979), USA (before 1972) <u>(4-moderate pluralism caused by elite consensus; threat of cartelization)</u>

Note: The italic writing in the brackets describes the consequences resulting from the combination of the two factors.

**Table 10: The Empirical Typologization of Party Systems**

As mentioned above, Norway is classified as class-based/confrontational/ideological together with France, Israel, Switzerland, the Netherlands (until 1971) and Turkey (until 1983). Therefore, we would expect a centrifugal pattern for Norway until 2003. A dealignment of the old ideological camps should be reflected in the manifestos in the way that the relative rigid issue structure changes. Norway would become type C1 then, just as Turkey and the Netherlands have become before. Another possibility would be that the Norwegian elites might form a new pre-electoral consensus while the electorate remains in clear-cut ideological camps. Then a rise in the number of non-confrontational issues should be observed and Norway should move towards type C4. The Netherlands have been the classic case of a consociational democracy with institutional arrangements among the elites outside the electoral arena - the same has applied to Switzerland, due to the famous 'magic formula' used for government formation. Without these arrangements a breakdown of the system could be expected. Probably because of the value-change within the electorate, its old ideological camps eroded and changed the Netherlands into a country with centripetal mechanics. What is

not directly obvious from looking at the table is the depoliticization that must have happened during the period of value-change and the de-ideologization of the Dutch electorate, while the consociational arrangement among elites has continued.

No such consociational arrangements occur in Israel and France. Israel shows no single change in the issue-structure over the whole period analyzed. The party elites seem to remain in a totally rigid programmatic pattern. This outcome corresponds to a recent study by Arian and Shamir (2008) who describe Israel as a country with a totally inflexible political confrontation since the Six-Day War in 1967. France resembles Israel in that it shows the same level of congruence as an indicator for a class-based confrontation. It is a peculiar case insofar as it is the country in which everything is confrontational rather than consensual. Its rigid issue-structure indicates an ideological pattern and endorses the characterization of having a 'stalled electorate' (Lewis-Beck 1984).

The hypothetical pattern usually expected for Westminster democracies – 'Marxist-confrontational-pragmatic' – is not found in Britain, but in Australia, New Zealand, Denmark, Portugal and Finland. In Britain<sup>9</sup>, there is a class-based/consensual/ideological pattern, which is consensual because of its high number of non-confrontational issues, and ideological, because there is rarely a change in the issue-structure. Kaiser (1997) has pointed out the fact that the function of the political systems which Lijphart labelled 'majoritarian democracies' presupposes a high level of societal consensus and therefore the conceptual confrontation with consensus democracies is rather infelicitous. The fact that New Zealand represents Westminster democracies better than Britain does not come as a surprise, bearing in mind that until 1996 it was a prime example of majoritarian democracies (Lijphart 1999). A similar argument applies to Australia. On the national level of Australian party politics a strong socio-economic confrontation between two party blocs exists: the Labor Party on the one hand and the coalition of Liberal Party and National Party on the other.

Finland is clearly not a majoritarian democracy but a consensus democracy. Its centripetal mechanics, however, are less startling when keeping Green-Pedersen's argument in mind that in some cases the existence of a centre party leads to centripetal rather than centrifugal competition. According to this argument, the constellation in Finland allows only two options for government formation: either a coalition of the right or left party camp with the centre party, or a coalition of both camps without the centre. In both cases a centripetal pattern results. This applies to Finland and the Netherlands, but not to Denmark and Sweden (Green-Pedersen 2004: 327-336). In the above typology, Sweden is moderate by elite consensus, but

---

<sup>9</sup>The parties of Northern Ireland were excluded from the analysis.



Denmark is part of the centripetal type despite the fact that it is rarely classified with the types of New Zealand and Australia. This is due to the different levels in the effective number of parties and the different 'openness' of the competition in government formation (Mair 1997). But it is exactly the Danish openness to new government formulations that indicates the moderate patterns reflected in the typology. A similar effect can be observed for Portugal. Over the last few years, Freire (2006) has diagnosed a majoritarian trend in Portuguese politics because of a bipolar logic of party politics, which is caused by a societal consensus and not by institutions. Indexing the country in the same type together with majoritarian cases thus seems to be plausible. It is an effect of the exclusion of the PCP (Portuguese Communist Party) from government formation. Consequently, the PS (Socialists) as well as the PSD ('Social Democrats' by name, but in fact a Christian-democratic party) are forced into camp-crossing coalitions and pragmatic government action (Freire 2006: 392-393).

In the group of countries with a comparatively low level of class-based confrontation, there are types with confrontational patterns that are only matched by CEE countries. This means that in the OECD world, there is no country with both a non-class-based competition and a confrontational pattern. Given the democratization, the consensus on economic liberalization, and the special role of the former communist parties, a traditional left-right confrontation seems to be quite unlikely (Kitschelt 1995). Notwithstanding that socio-economic issues could be most salient in those democracies (cf. Rohrschneider and Whitefield 2009), this confrontation is hardly concerned with Marxist thoughts or ideas. The consensual rather than confrontational patterns could, in a similar way, be owed to the special circumstances after democratization with a high consensus about what the most urgent problems are, like the foreign policy consensus on convergence with NATO and EU, or the economic consensus on ending the state economy. Poland is the only country characterized by centripetal mechanics. Still, due to the brief period analyzed, a fundamental change in the issue-structure is very unlikely to be observed, and countries like Hungary where such a change did occur, have to be classified not with the centripetal but the centrifugal type.

Slovenia, Slovakia, Romania and the Czech Republic belong to type N4, together with Germany, Austria, Luxembourg (until 1979), and the USA (until 1972). These countries are characterized as non-Marxist, consensual and ideological. Hence, according to the typology it is assumed that a pre-electoral consensus moderates the ideological polarization. The shift of Luxembourg and the USA towards the depoliticized patterns could be interpreted as a closure of the ideological gap cutting through the electorate, but without a change of the consensual elite behaviour. Greece, Spain, Wallonia, Iceland (since 1974), and Italy also belong to this

type. In Italy, the classification as 'depoliticized' reflects the situation that programmatic competition had already been absent for decades because of the exclusion of the PCI from government formation. This had made the DC a pivotal party no one could govern without. Because of the Communists' strength, Italy used to be, in Sartori's terms, a case of polarized pluralism (Sartori 1976: 136-137). That seems to contradict my findings. Sartori (1976:144-145) explains the stability of the party system with a downturn in the centrifugal tactics caused by an integration of the oppositional communists into government politics. Analyzing the manifestos suggests that this is reflected by the high number of non-confrontational issues, with foreign policy being the only exception.<sup>10</sup> A confrontation on domestic policies seems to be absent in Italy; therefore, the country is characterized as 'depoliticized'. Both parts of Belgium are characterized, as expected, by an elite consensus but by a different degree of ideologisation. Politics in Wallonia are 'depoliticized', while Flanders is more ideological. As to the case of Canada, it is worth remembering that countries like Switzerland and Spain do not translate territorial and regional policies onto the level of the national party system. Territorial divisions of the party system are not reflected. That can explain the 'depoliticisation' of Spain and the 'class-based' patterns in Switzerland and Canada. In both of the latter countries, the regional cleavage is institutionally covered by federalism and therefore affects the national party competition less intensely. The socio-economic cleavage is not dominant, considering the whole polity, but it is nevertheless important for structuring the national party system.

Canada is typologized as a party system with 'class-based-consensual-ideological' patterns. The last two characteristics correspond with studies on the configurations of the national party system, which is seen as very stable in contrast to the fluid structures on the regional level (Leduc 1984). In Canada, a fundamental change of the national party system (Cross/Young 2004; Carty/Cross 2006) that is particularly manifest in the establishment of the BQ on the national level did not occur until 1993. Since Canada can hardly be seen as a country with a predominantly class-based or Marxist party competition (Katz 2002: 77-81), this seems to be astonishing at first sight. However, it has to be borne in mind that the relatively small New Democratic Party is a member of the Socialist International and has influenced some domestic debates. The confrontation on the national Canadian level between the political 'left' and the political 'right' is rather driven by the old socio-economic politics than by the reactivated regional cleavage.

---

<sup>10</sup> Please compare the results in the appendix.

## **5. Summary and further research**

Starting from the empirical and theoretical differentiation of position- and non-confrontational issues, a typology for the comparison of party systems based on the use of issues by party elites is proposed. The aim of the typology is to cover different interaction patterns within party systems in order to explain their mechanics. It focuses neither on fragmentation nor polarization, unlike the common party system typologies (cf. Wollinetz 2006). It is built on three factors, which amount to eight types. All three factors are extracted by dummy regressions on the categories of the CMP data set.

First, it is reconsidered to what extent consensual or confrontational patterns underlie the formulation of issues. This is measured by the quotient of the number of valence- and consensus-issues respectively, divided by the number of position-issues. As a second factor, the flexibility or rigidity of the issue-structures in time is analysed. A high rate of change presumably signals a pragmatic pattern. No change or less change signals an ideological pattern. While the former covers the interactions among the elite, the latter covers the interactions between party elites and the electorate. Four ideal types are generated from these two factors. All four can, with slight modifications, be well linked to Sartori's typology (1976). The first type is characterized by a high level of confrontation along with a high level of pragmatism. This is typical in countries with centripetal mechanics of party competition. The second type is also characterized by a high level of confrontation, but along with a high level of ideologization. In this case, the programmatic pragmatism of the parties might be punished by the voters. Along with the absence of an elite consensus, these interaction patterns are typical of a centrifugal competition. Such a centrifugal competition does not have to lead to the breakdown of the whole polity. Like in the Swiss consociational democracy it is possible to avoid defect by creating institutional arrangements outside the electoral arena. The combination of a high level of both consensus and pragmatism can be interpreted as a third type: a depoliticized polity without meaningful programmatic competition. Under the condition of a high ideologization, the consensus among the elites can be beneficial for a polity in order to avoid centrifugal patterns. That is the case with the fourth type, which can be seen as distinctive of democracies with a moderate pluralism. But this pluralism is evoked by the mechanics of party competition rather than by pre-electoral consensual interaction patterns among the elites. Due to the lack of decidability and the low availability of the electorate, such a constellation can slide towards a cartelization (Katz/Mair 1995; Bartolini 1999; 2000). These four types can be subdivided by classifying the cases according to the degree of traditional class-based confrontation in national politics.

The publication of this article is accompanied by an online overview of all issue-characterizations on the basis of the dummy-regression. It covers all 35 democracies discussed in the article and also reveals all changes in the issue-structures during the analyzed time period. Thus, each single classification of issues will be open to critical inspection. The data should be of great benefit both for country experts and for the comparative study of party systems.

The typology shows that the functionality of party systems is not only threatened by a breakdown caused by a centrifugal competition, but also by depoliticization and cartelization. It will be of interest for the empirical research of democracies how much consensus develops under which institutional setting. Considering the generated data about non-confrontational issues along with data about institutions and data from mass surveys about the acceptance of political actors and institutions, it should be possible to detect the different ways to generate a sufficient degree of consensus in order to stabilize a democratic polity. Finally, the proposed new typology of party systems which focuses only on the electoral arena should be compared (and possibly combined) with typologies focusing on the other arenas of parliamentary government, in order to obtain a comprehensive view of the interactions going on within party systems (cf. Bardi/Mair 2008).

Chapter 3: Position, Consensus, and Valence Issues and the Mechanics of Party Competition.

<u>Country</u>	<u>Interaction Pattern</u> <sup>1</sup>	<u>Class-Based or not</u> <sup>2</sup>	<u>Quotient Position/ VC Issues</u> <sup>3</sup>	<u>Stability of Issue Structure</u> <sup>4</sup>	<u>Class-Based Competition</u>	<u>Number of Left Issues</u>	<u>Number of Right Issues</u>	<u>Number of VC Issues</u>	<u>Covered Time Period</u>	<u>Number of Changes</u>
Australia	1	C	2.73	6.88	0.692	24	17	15	55	7
Austria	4	N	1.00	17.67	0.538	15	13	28	53	2
Canada	4	C	2.11	27.50	0.769	16	22	18	55	1
Czech Republic	4	N	2.29	12.00	0.538	25	14	17	12	0
Denmark	1	C	8.33	7.00	0.846	27	23	6	56	7
Finland	1	C	3.31	9.67	0.846	22	21	13	58	5
Flanders	4	N	2.50	57.00	0.615	17	23	16	57	0
France	2	C	13.00	28.00	0.846	27	25	4	56	1
Germany	4	N	0.87	26.50	0.500	19	7	30	53	1
Great Britain	4	C	1.07	28.00	0.769	15	14	27	56	1
Greece	3	N	1.15	8.67	0.538	21	9	26	26	2
Hungary	2	N	2.50	12.00	0.462	18	22	16	12	0
Iceland	3	N	2.29	8.14	0.654	23	16	17	57	6
Ireland	3	C	2.29	9.00	0.731	22	17	17	54	5
Italy	3	N	1.55	9.17	0.615	23	11	22	55	5
Japan	4	C	1.67	14.33	0.692	17	18	21	43	2
Luxembourg	3	N	1.33	10.80	0.423	21	11	24	54	4
Netherlands	1	C	3.67	11.40	0.808	22	22	12	57	4
New Zealand	1	C	2.50	8.00	0.769	19	21	16	56	6
Norway	2	C	3.00	11.20	0.885	21	21	14	56	4
Poland	1	N	3.00	5.00	0.462	29	13	14	10	1
Portugal	1	C	2.73	5.40	0.692	22	19	15	27	4
Slovakia	4	N	1.33	12.00	0.577	19	13	24	12	0
Spain	3	N	1.95	7.67	0.615	19	18	19	23	2
Sweden	4	C	1.55	54.00	0.769	19	15	22	54	0
Switzerland	2	C	7.00	18.67	0.769	27	22	7	56	2
Turkey	1	C	4.60	10.40	0.731	26	20	10	52	4
USA	3	N	0.75	11.20	0.500	11	13	32	56	4
Wallonia	3	N	1.43	8.14	0.538	20	13	23	57	6

Appendix Table 11a: Left, Right, Consensus and Valence Issues in 2003: (OECD countries)

<u>Country</u>	<u>Interaction Pattern</u> <sup>1</sup>	<u>Class-Based or not</u> <sup>2</sup>	<u>Quotient Position/ VC Issues</u> <sup>3</sup>	<u>Stability of Issue Structure</u> <sup>4</sup>	<u>Class-Based Competition</u>	<u>Number of Left Issues</u>	<u>Number of Right Issues</u>	<u>Number of VC Issues</u>	<u>Covered Time Period</u>	<u>Number of Changes</u>
Bulgaria	2	N	3.31	11.00	0.385	31	12	13	11	0
Estonia	2	N	3.67	11.00	0.500	35	9	12	11	0
Israel	2	C	4.60	50.00	0.846	26	20	10	50	0
Latvia	3	N	4.09	9.00	0.423	32	13	11	9	0
Lithuania	3	N	3.67	8.00	0.462	34	10	12	8	0
Romania	4	N	2.29	10.00	0.500	24	15	17	10	0
Slovenia	4	N	1.67	10.00	0.500	16	19	21	10	0

**Appendix Table 11b: Left, Right, Consensus and Valence Issues in 2003: (Non-OECD countries)**

	<b>1950</b>	<b>1980</b>	<b>2003</b>
Australia	0.692	0.654	0.692
Austria	0.538	0.538	0.538
Bulgaria			0.385
Canada	0.769	0.769	0.769
Czech Republic			0.538
Denmark	0.808	0.846	0.846
Estonia			0.500
Finland	0.808	0.846	0.846
Flanders	0.615	0.615	0.615
France	0.846	0.846	0.846
Germany	0.500	0.500	0.500
Great Britain	0.731	0.731	0.769
Greece		0.577	0.538
Hungary			0.462
Iceland	0.731	0.654	0.654
Ireland	0.769	0.731	0.731
Israel	0.846	0.846	0.846
Italia	0.538	0.538	0.615
Japan	0.692	0.692	0.692
Latvia			0.423
Lithuania			0.462
Luxembourg	0.462	0.423	0.423
Neetherlands	0.846	0.808	0.808
New Zealand	0.692	0.731	0.769
Norway	0.846	0.885	0.885
Poland			0.462
Portugal		0.769	0.692
Romania			0.500
Slovakia			0.577
Slowenia			0.500
Spain		0.654	0.615
Sweden	0.769	0.769	0.769
Switzerland	0.731	0.731	0.769
Turkey	0.692	0.731	0.731
USA	0.423	0.462	0.500
Wallonia	0.577	0.538	0.538
Mean EU-15	0.678	0.671	0.668
Mean CEE			0.481
Mean Non-European	0.712	0.715	0.731
Mean	0.692	0.688	0.634

**Appendix Table 12: Extent of Class-Based Competition (Congruence between RILE and Dummy-Regression)**

# Chapter 4: Discussing the Validity of the Results of the Dummy-Regression Method

## Contents

1. Introduction	102
2. What Is Measured and What Is Not	103
2.1 The Pros and Cons of RILE and Factor-Analytical Approaches	103
2.2 Applying the Dummy Regression Method to the CEE Countries	108
2.3 Discussing Critiques of Additive Scaling and the CMP Data in General	114
3. The Validity of the Left-Right-Measurement	118
3.1 The Face-Validity of the Two-Dimensional Map	118
3.2 The Construct Validity of the CEE-Estimates	124
4. The Validity of the Issue-Characterization	126
4.1 Comparing the Results of the RILE-Scheme with those of the Dummy-Regression Method	127
4.2 Analyzing the Indicator “the Extent of Programmatic Confrontation” as the Explanatory Variable	132
5. Conclusion	138
Appendix	140

## List of Figures

Figure 9. Germany (Unidimensional Left-Right Scale)	121
Figure 10. Germany: Left-Right Party Positions Economic Dimension	121
Figure 11. Germany: Left-Right Party Positions Non-Economic Dimension	122
Figure 12. Norway (Unidimensional Left-Right Scale)	122
Figure 13. Norway: Left-Right Party Positions Economic Dimension	123
Figure 14. Norway: Left-Right Party Positions Non-Economic Dimension	123



## List of Tables

Table 13.	Replication of Gabel and Huber's (2000) Examination of Measurement Quality	107
Table 14.	Example for Overaggregation: Poland (per605: Law & Order)	111
Table 15.	Example for Disaggregation: Poland (per605: Law & Order)	111
Table 16.	Correlations for Estonia	125
Table 17.	Correlations for the Czech Republic	126
Table 18.	Comparison of RILE and Dummy-Regression's Issue Structures I	130
Table 19.	Comparison of RILE and Dummy-Regression's Issue Structures II	131
Table 20.	Correlations with Effective Number of Parties	134
Table 21.	Regression on ENEP	136
Table 22.	Regression on ENPP	136
Table 23.	Left-Right Estimations for Estonia	140
Table 24.	Left-Right Estimations for the Czech Republic	141
Table 25a.	Issue Dimensions, Effective Number of Parties and Effective Thresholds in 25 OECD Countries	142
Table 25b.	Issue Dimensions, Effective Number of Parties and Effective Thresholds in 10 CEE countries	143



## **1. Introduction<sup>1</sup>**

The perhaps most important task in developing new measurement methods is to guarantee valid measurements. In chapter two, I have presented a new method of deriving party policy positions by using manifesto data. We have seen that by inspecting the graphs and the correlation with mass survey data, this dummy regression leads to valid results. An extensive discussion of potential criticism on additive scaling and the approach of Franzmann and Kaiser (2006) as well as of the validity of two-dimensional scaling is still pending. There has been no room for explaining the modification which is needed for applying the method on CEE countries and for discussing the validity of these results, either.

In chapter three, the first five steps of this method are only used to determine the issue characters in order to develop a new party system typology. The validity was only reviewed by discussing the plausibility of the classification results.

In order to fill in all these gaps, the objective of this chapter is threefold: First, the theoretical pros and cons for the dummy regression method and for analyzing CMP data in general are discussed. Second, the quality of the left-right measurement using dummy regression is examined on an empirical basis (face and construct validity), and third, the validity of the issue characterization is inspected.

The chapter starts with a detailed discussion of the shortcomings of RILE and factor-analytical approaches. It continues with a summary of the theoretical advantages of the dummy-regression method as well as with an explanation of how to apply the method to the new emerging democracies in the CEE countries. After that, the method is juxtaposed to statements claiming that additive approaches of generating left-right party positions or even the use of CMP data is insufficient. My aim is to show that most of these objections are unfounded. Subsequently, the validity of the left-right measurement is discussed. With reference to Norway and Germany both the general left-right scale and the particular scales concerning solely economic respectively non-economic issues are examined. Thus, our understanding of the programmatic party competition is deepened as to both countries and both part-scales - as against the mere knowledge of the unidimensional left-right scale. Comparing the results with mass survey and expert survey data also shows that there is a high congruence of the left-right position even in the CEE countries. This indicates a high validity of the dummy regression method. In the last section the results of the issue characterizations are compared with the rigid issue structure proposed by RILE. It becomes apparent that RILE particularly neglects issues pertaining to the 'New Politics' dimension. There is

---

<sup>1</sup> I gratefully acknowledge insightful comments on previous versions of this chapter by Volker Bauchhenß, Holger Döring, Christoph Hönnige and Christina Zuber.

yet no comparable data set to analyze the construct validity of the issue characterizations. Therefore, finally, the hypothesis validity of the issue characterization and of the derived indicators for classifying party systems presented in the preceding chapter is discussed. By doing so, the extent of programmatic confrontation is compared with the number of issue dimensions (Lijphart 1999) predicting the effective number of electoral parties. The law of Taagepera and Grofman (1985) – ‘number of issue dimensions plus one equals the effective number of parties’ – is shown to apply only to the country group in which the ‘Old Politics’, class based programmatic competition pattern occurs. On the contrary, the extent of programmatic confrontation correlates on an average level across all country groups with the effective number of electoral parties. All in all, the theoretical arguments as well as the empirical results reveal that the dummy regression method yields valid results both in estimating left-right party positions and issue characterizations.

## ***2. What is measured and what is not?***

One of the most popular arguments against the manifesto-based determination of policy positions was formulated by Benoit and Laver. They state that "CMP estimates, not only of left and right, but also of specific policy dimensions, contain inherently more noise than summaries of expert placements" (Benoit and Laver 2007a: 103). Later on, they modified their criticism in so far as they claimed that other methods on the basis of the CMP data would probably generate better results than RILE (Benoit and Laver 2007b: 133). That reveals two strains of the debate how to use CMP data. One is concerned with the method the CMP has recommended to derive left-right party positions. The other is concerned with the usage of party positions from CMP data in general. In this section, I will first compare the RILE method to factor analytical approaches towards the generation of left-right party positions. This analysis is more detailed than the study provided previously in chapter two (Franzmann/Kaiser 2006). Secondly, I will explain how the dummy-regression method avoids certain pitfalls in generating party positions from CMP data. I seek to demonstrate how the method can be applied to the CEE countries. Finally, I will discuss the question whether the general critique put forward against the usage of the CMP data and additive scaling applies to the dummy-regression approach.

### ***2.1 The Pros and Cons of RILE and Factor-Analytical Approaches***

This section discusses the promises and pitfalls of applying the RILE scale and a factor analytic solution in deriving party positions using the CMP data. In the very first chapter of this work I have already mentioned that CMP uses salience theory of party competition in order to develop a measurement strategy for party manifestos. After internal debate, the research team decided to furthermore code pro and contra categories. Originally, the research question of the preceding

project that ended in the Manifesto Research Group and later on in the Comparative Manifestos Project (CMP) was to determine the basic ideological dimensions of British party competition (Robertson 1976). It was driven by scepticism about the Downsian economic theory of democracy. By using manifesto data, it aimed to test whether parties move towards the ideological center in case of uncertainty concerning the electoral outcome, and move towards ideological extremes if the electoral outcome is expected to be certain (Budge and Bara 2001: 6). What has been finally presented as the “crowning achievement of the Manifesto Research Project” (Budge and Klingemann 2001: 19) was a by-product of the original research question: the identification of left-right party positions. Ironically, the RILE scale presented to determine party positions using MRG and CMP data respectively is *a priori* defined as a one-dimensional scale. Hence, it is not directly suited to answer the original research question concerning the dimensionality of the political space, which should be an empirical question and not an *a priori* decision.<sup>2</sup>

The RILE-scheme is theoretically based on Marxist ideology (Budge/Klingemann 2001: 21). In a first step, issues were sorted into left or right according to the Marxist idea of class struggle. Then, with a separate factor analysis of the group of left and right issues respectively, it was tested whether the selected categories load on one dimension - which was the case. Finally, those issues that were not selected on a Marxist basis but had shown high loadings in a second factor analysis on the main explanatory dimension (which was generated by the first factor analysis) were added to the left or to the right spectrum. Not every country of the data set was included in this analysis (Laver and Budge 1992), notwithstanding that the RILE-scheme is applied to all countries covered by the data set. The RILE approach is one-dimensional by virtue of its *a priori* assumptions. However, by correlating the RILE scores with those of expert surveys, Benoit and Laver (2007a: 100) detect that omitted ‘new’ issues, such as attitudes towards immigration and the environment, lead to inaccuracies in left-right measurements. The problem with this is that “with the exception of the Netherlands and to a lesser extent Switzerland, there is little or no association in the CMP data between parties environmental policies and their position on the CMP left-right scale” (Benoit and Laver 2007a: 102). The CMP data therefore seem to provide more than one dimension. In general, RILE is criticized not only for omitting important issues, but also for assuming a fixed issue structure of the political environment across time and space. However, the political science literature provides a lot of theoretical and empirical evidence that the specific meaning of the left-right semantics differs from country to country and over time (Inglehart 1984; Huber 1989; Fuchs

---

<sup>2</sup> The question of how many dimensions really exist remains vital. Social choice theory, e.g., predicts stability in the case of unidimensionality but chaos in case of multidimensionality (McLean 2006). In future, it may be interesting to come back to the original question concerning the dimensionality of party competition, which has not been solved yet.

and Klingemann 1990; Benoit and Laver 2007a). Furthermore, the graphs produced by RILE reveal a counterintuitive pattern with high amplitudes. Hence, Pelizzo (2003; 2010) proposed to interpret the data in terms of direction rather than of position. Finally, RILE does not reconsider valence issues (Franzmann and Kaiser 2006).

One of the most popular alternatives to the RILE scale is the so called ‘Vanilla Approach’ (Gabel and Huber 2000). It presents a factor analytic solution to the analysis of the CMP data. In general, this method proposes to apply a factor analysis on as many countries as possible and to interpret the extracted principal factor as a left-right super issue (Gabel and Huber 2000: 98). But a factor analytic approach is fraught with methodical problems because of the data structure provided by the manifesto project. The CMP data set reveals a huge number of “zero” values that are distributed systematically across time and space. The more geographically distant a given country is from the United Kingdom, the higher is the number of zeros (Hans and Hönnige 2008). Consequently, correlations and covariances within the data are very low, as can be seen in the poor measurement of the Kaiser-Meyer-Olkin Index (Franzmann and Kaiser 2006). Thus, the application of some classical procedures of multivariate analysis is not suitable for the CMP data set (Elff 2008; Hans and Hönnige 2008). Theoretically, cross-country factor analytic solutions are questionable as long as there is no proven meaningful interaction between the analyzed entities. Subjects that do not interact with each other cannot reveal a significant correlation and therefore cannot generate a common dimension. It would be arbitrarily constructed in order to compare things that are otherwise incomparable regardless of whether the results are reasonable. Such a common dimension can be assumed, however, for analyzing a single country. Party systems as ‘systems of interaction’ (Sartori 1976: 29) meet the demand of strategic interaction of the entities. Political actors writing manifestos are conscious of this strategic interaction. To a certain degree manifestos are therefore suitable for determining policy positions even based on factor analytical approaches (Pappi and Shikano 2004). Still, the problem remains which of the extracted dimensions should be reconsidered and which not. Pappi and Shikano (2004) avoid this by using a q-transformation in order to solve the problem of an inadequate relation of cases to variables, though this does not solve the problem of neglecting potentially important issues. They analyze only two dimensions, excluding education, international affairs and some other issues and argue that the excluded issues do not contribute to ideological signals. They also restrict their analysis to the period from 1980 to 1998. Their proposal has yet to be extended to other countries and time periods. Nevertheless, it produces interesting insights into German politics, which will be discussed later on in this section.

Despite the mentioned shortcomings of factor analytical approaches, Gabel and Huber (2000) report the best results as regards construct validity in comparison to the studies of Laver and Garry

(2000), Laver and Budge (1992), Klingemann (1995), and Budge, Robertson, and Hearl (1987).<sup>3</sup> The 'Vanilla Approach' works best on the highest level of aggregation, which extracts a principal component across all countries and time periods and interpreting this as a left-right super issue. The authors see that as an advantage (Gabel and Huber 2000: 102). However, it means that 'Vanilla' works best in an environment where the applied factor analytic solution is hard to justify theoretically. In an environment where the application is theoretically justified, it yields sufficient but not best results, which, at first sight, seems to be paradoxical. But this paradox dissolves bearing in mind that the factor analytical approach applied to the CMP raw data has no *a priori* correction of all the different kinds of noise in it. What the factor analysis across countries and time periods does is to extract noise caused by country specific properties and put the noise into something different than the first principal factor. As a consequence, the measurement of the "super-issue" is then more appropriate than the analysis of only one country using 'Vanilla'.

Second, a careful reading of the tables in Gabel and Huber (2000: 99 and 101) reveals that although the best results are generated by the highest aggregation, its quality diminishes the more countries are considered in the comparisons. As Table 1 on page 99 shows, 'Vanilla' has the worst results compared to the expert judgements of Castles and Mair and the best compared with mass surveys. Table 2 on page 101 tells us which countries are included in the analysis. Gabel and Huber (2000) refer to the CMP data set of 1995 including Norway but not Greece, Portugal, Spain, Turkey, and the United States (cf. Volkens 2001; codebook of Gabel and Huber 2000). In the process of validating their method, Gabel and Huber have also excluded Finland, Iceland, Israel, Japan, and Switzerland for reasons they do not disclose. Because of country specific peculiarities it is conceivable that there are sound arguments for this exclusion but they keep them for themselves. The expert survey of Castles and Mair contains all of the excluded countries save Luxembourg. This is the data set with the widest range of countries. Since those countries are not included in the particular surveys, Gabel and Huber then report in Table 2 that in their comparison to the Eurobarometer party positions, Austria, Australia, New Zealand, Norway and Sweden are excluded. All these countries are also excluded in the World Value Survey, with the exception of Norway. The authors are not to blame for this, but consequently we can apply the 'Vanilla approach' successfully only to a maximum of eleven countries and probably not to the other fourteen OECD countries. However, Gabel and Huber (2000) have shown that their method produces valid results to a certain extent. There is as yet no other published study containing such a huge variety of comparisons with other data sets. John Huber provides the data for replication on his homepage. By using these data and extending the data set with the results of the dummy regression method the

---

<sup>3</sup> Most of these approaches have been abandoned in the meantime.

superiority of the ‘Vanilla Approach’ compared to the approach of Franzmann and Kaiser (2006) can be tested. If it fails, this would be a strong argument for the latter, because ‘Vanilla’ would be refuted by using data that are brought in by its advocacies. Table 13 summarizes the results of a correlation analysis. Similar to Gabel and Huber (2000), the correlation between the expert surveys and mass surveys with different methods of generating left-right party positions using manifesto data is inspected.

	Eurobarometer	WVS	Huber and Inglehart (1995)	Castles and Mair (1984)
Laver and Garry	0.7155	0.6470	0.7414	0.8152
RILE	0.6921	0.6558	0.7300	0.7849
Vanilla	0.7106	0.8003	0.8756	0.7857
Dummy Regression	0.7342	0.7597	0.8788	0.8412
N	208	81	46	84
Note: Data (except dummy regression) were taken from John Huber’s homepage: <a href="http://www.columbia.edu/~jdh39/data.htm">http://www.columbia.edu/~jdh39/data.htm</a> .				

**Table 13: Replication of Gabel and Huber’s (2000) examination of measurement quality**

Gabel and Huber (2000: 99) present a one-factor regression using the manifesto data as the independent and the mass or expert survey data as the dependent variable. Such one-factor regression is equivalent to bivariate correlations concerning the question of statistical relationship. The replication data end in 1992. Only those parties were reconsidered which I was able to identify clearly. A major problem was the lack of indication on which base the expert surveys are compared. The expert survey of Huber and Inglehart (1995) provides data of the year 1993 for forty-two countries, but Gabel and Huber (2000) report sixty-seven cases. A similar problem occurs with the expert data of Castles and Mair (1984). Therefore, I have assumed that with the expert surveys a time period of four is covered<sup>4</sup>. It has to be kept in mind that only those cases were reconsidered that Gabel and Huber (2000) have taken into account. Hence, the results in Table 1 do not show the correlations one would get if data from the World Value Survey or Eurobarometer were taken and correlated with more or different countries. In Table 1 levels of significance are not reported due to the fact that all correlations are significant on the 5%-level.

Table 13 reveals that the correlation with the expert surveys is generally higher than with mass surveys. The best results show either dummy regression or ‘Vanilla’, but the latter only with regard to the World Value Survey. In every other instance it is beaten by the dummy regression method by

<sup>4</sup> According to this assumption, the expert survey data of Castles and Mair were correlated with the manifesto based estimation from 1979 to 1982, the Huber and Inglehart data from 1989 to 1992.



using data that was meant to prove the superiority of 'Vanilla'.<sup>5</sup> Nevertheless it has to be recognized, that using 'Vanilla' reveals fair results with an easy-to-apply method.

In the next section I will discuss in how far the dummy regression method differs from other approaches.

## **2.2 Applying the Dummy-Regression Method to the CEE Countries**

This section highlights the potential of the dummy-regression method more clearly than the previous chapters. It also explains how to apply the method to the CEE countries. The Franzmann-Kaiser approach is also based on an additive scale and not on a factor analytical analysis. It is called 'additive' because in the resulting formula, left issue scores are subtracted from right issue scores.<sup>6</sup>

Put simply, the extensive twelve-step procedure of Franzmann and Kaiser eliminates as much noise as possible from the CMP-data in order to interpret them in terms of position. In a nutshell, it is characterized by at least eight aspects in the empirical determination of left-right party positions referring to different critics of RILE:

- (1) Franzmann and Kaiser not only identify right and left position issues, but also valence issues (Stokes 1963). They do this on an empirical basis by providing a dummy regression on each category of the CMP data set using parties or party families as dummies.
- (2) Non-confrontational issues, i.e. valence issues and consensus issues, are interpreted as ideologically neutral. Therefore, non-confrontational issues are technically considered as a part of the main formula's denominator (Franzmann and Kaiser 2006: 173).
- (3) It is assumed that even position-issues can partially contain a valence character. This is why base values of each issue are determined to calculate position scores (Franzmann and Kaiser: 172-73).
- (4) The country-specific meaning of each issue is empirically identified.
- (5) The temporal change of issue-characters is regarded.
- (6) All categories provided by the CMP data set are directly included into the calculation of the party positions.
- (7) Due to the assumed signal character of party manifestos, a smoothing procedure is used (cf. Pelizzo 2003).
- (8) Party positions are not directly derived from manifestos. In a first step only the issue-character – the question whether an issue is confrontational or not – is determined referring to differences

---

<sup>5</sup> The superior result of Vanilla concerning the WVS is mainly driven by Denmark and Italy. The exclusion of these two countries changes the result: Dummy-Regression correlates with a Pearson coefficient of 0.8310 and 'Vanilla' with 0.8299. However, these results are very close.

<sup>6</sup> Remember, the formula is (Right Position Score-Left Position Score) / (Right Position Score + Valence Position Score + Left Position Score). The scale is called additive because of its numerator.

among party groups that are significant at the 5%-level. Using these issue-characters, in a second step the left-right positions will be estimated.

Regarding these eight points, the resulting final formula of Franzmann and Kaiser is as follows:

$$RV = \frac{\sum_{i=1}^n RPS_i - \sum_{j=1}^m LPS_j}{\sum_{i=1}^n RPS_i + \sum_{j=1}^m LPS_j + \sum_{k=1}^o VPS_k},$$

in which  $RV$  represents the unsmoothed, raw position value,  $RPS$  represents the right position score,  $LPS$  represents the left position score and  $VPS$  represents the valence score. The subindexes  $i$ ,  $j$ , and  $k$  count the number of right, left, and valence issues. On the basis of the calculated position and valence scores, the raw value ( $RV$ ) of a party on the left-right-scale is computed by the quotient of the difference of the sum of right position scores ( $RPS$ ) minus the sum of left position scores ( $LPS$ ) over the sum of all 'position scores', including valence issues. The numerator is equivalent to the RILE approach. As a consequence of the argument, that the position scores we get at a single point in time cannot be taken at face value because parties use election programmes as an information shortcut to signalling major policy shifts to voters, a smoothing procedure which normalizes the scores over time is included (bullet point 7). The raw values are smoothed with  $n = 3$  in order to compute the final result for the party position ( $PP$ ) of party  $i$  in time period  $t$  on the left-right-scale:

$$PP_t = (RV_{t-1} + RV_t + RV_{t+1}) / 3.$$

There are various alternatives which reflect several single points, but none contains all of them. Laver and Garry (2000: 627), e.g., detect ideologically neutral parts in order to determine policy positions, but treat them in the same way as position-issues in their final formula. With his proposal of a random latent trait model, Elff presents an interesting alternative to the smoothing procedure (2008:10). It implicitly connects party positions at different points in time. In order to reduce the effect of single categories with very high salience scores, Linhart and Shikano (2007: 6) propose to take the logarithm of all data. This is problematic, as even meaningful peaks in salience scores are reduced and meaningful lows are moderated.<sup>7</sup>

The procedure for identifying the issue-character is well described for the OECD countries in chapter 2 of Franzmann and Kaiser (2006). As it is based on dummy-regression, it fits best to established democracies that provide more than fifteen elections. Each election defines one case. A sample lower than fifteen tends to provide biased estimates.

<sup>7</sup> Linhart and Shikano (2007) justify taking the logarithm with reference to a positional and not a salience theory of party competition. Of course, they do not take the simple logarithm, but first add 1 because the logarithm of zero is not defined.

The method also presupposes relatively stable party manifestos across time without too many frictions. Walgrave and Nuytemans (2009) have recently affirmed this assumption. Empirically, parties in the OECD countries did not change the content of their manifestos very much in the period between 1945 and 1998.

Regarding the CEE countries, we have neither more than fifteen competitive elections nor stable party systems. Hence, the empirical determination of left, right, and non-confrontational issues is more complicated for CEE countries. In addition, the method requires fully-stabilized party systems with a clear affiliation of different parties to party families – which is rarely to be found in the CEE countries. Very often an individual affiliation to a party family is disputed among scholars and may even be completely unclear. Another problem is the foundation, division, merger or dissolution of many parties in the time period between two elections (Bielasiek 2002).

The best solution is to perform a dummy-regression with party families instead of single parties as explanatory factors. Different parties of the same party family frequently participate in the same elections. The fusion of parties into one party family dummy would technically solve the problem because this would cover enough cases to perform a regression analysis. The CMP II data provides a preliminary classification of parties into party families. Sometimes this classification seems implausible, though, because some parties that are in fact ideologically very different are put together in one category. As a consequence, it is hard to detect significant differences in the issue salience between the different party groupings.

In order to circumvent the problem of inconsistent party groups, parties were sorted into groups according to their general location both in the economic and the non-economic dimension. Consequently, left-libertarian, left-authoritarian, right-libertarian and right-authoritarian parties were distinguished from each other and summarised into dummy groups. This reflects the idea of at least two different axes defining the political space as described in the first chapter (see also Franzmann/Kaiser 2006: 172). In a few cases, the concrete sorting differs tremendously from the one of CMP. Parties that could not be clearly sorted into one of the four ideological groups were still represented by unique dummies in the regression analysis. It would be best if the party group with the highest mean in the particular category was always taken as reference. Then it would be easiest to make out significant differences.

The b-coefficients can be interpreted as the average salience score of each party group. Like in a classical ANOVA, the level of significance tests in the dummy regression whether the categories represented by the dummies reveal a significantly higher or lower value compared to the reference. If a reference category is chosen that represents parties with salience scores in the middle of the party spectrum, existing differences between two party camps might not show up as significant in

the OLS. Theoretically, the dummy-regression method is justified by referring to the concept of issue-ownership. Thus, it is sufficient that one party or one party camp shows significantly higher values compared to one of the other party groups. For determining the issue character it is not necessary that the mean salience score is significantly higher compared to all other parties. It is therefore not sufficient to inspect only the significance of the whole OLS model. The crucial point is that a minimum of two party groups can reveal significant differences regardless of all other parties. As a consequence, it is important to carefully choose the party groups represented by dummies in the regression. Table 14 and Table 15 illustrate the procedure. Each of the two tables contains a dummy-regression on the CMP category “per605: Law and order” using the Polish parties as dummies. Table 14 lists only left, right, centre and ethnic parties as unified groups. The reference category represents the left parties.

<u>Variable</u>	<u>b</u>	<u>Significance</u>
Intercept (Left Parties)	2,883	0,005
Centre Parties	0,069	0,959
<b>Right Parties</b>	<b>2,474</b>	<b>0,065</b>
Ethnic Parties	- 2,883	0,90

*Explained Variance: 22.8%; n=41; Dependent Variable: per605 (Law & Order)*

**Table 14: Example for overaggregation: Poland (per605: Law & Order)**

Although the right parties show a b-coefficient that is substantially higher than the value of the reference category, this difference is not significant at the 5%-level. The more controversial level of 10% would have provided significance. Consequently, in this case “Law and Order” would be classified as a confrontational issue between the political left and the political right. That would meet expectations as demonstrated by Jasiewicz and Jasiewicz-Betkiewicz (2006).

<u>Variable</u>	<u>b</u>	<u>Significance</u>
Intercept (Social Democratic Parties)	3,029	0,004
Liberal Parties	1,853	0,243
<b>Conservative Parties</b>	<b>3,063</b>	<b>0,049</b>
Nationalist Parties	-0,10	0,996
Rural Parties	-0,906	0,583
Ethnic Parties	-3,029	0,90
Special Issue Parties	-1,948	0,567

*Explained Variance: 28.9%; n=41; Dependent Variable: per605 (Law & Order)*

**Table 15: Example for disaggregation: Poland (per605: Law & Order)**

In Table 15 the same dummy-regression is presented with the original rough conflation of the parties refined. Firstly, the reference variable of left parties was split into a social democratic group and a liberal group. Liberal parties are not generally part of the left party camp, but for issues like “Law and Order” they can be assumed to represent a left-wing rather than a right-wing ideological orientation (Ware 1996). Both social democrats and liberals have been put together in Table 14. The Polish 'Beerlovers Union' was also subsumed under this category according to the CMP-scheme. The results of Table 3 suggest that this was not a good decision. Parties like the 'Polish Beerlovers' are put into the group of special issue parties in Table 15. These parties all have low saliency scores as to “Law and Order”. The liberal parties show a coefficient that is even higher than the average of the social democratic party family. The “right” and “center” party groups were subdivided into a conservative, a nationalist and a rural party group. Thus, we obtain the expected significant difference in the “Law and Order” dimension as shown in Table 3 between the reference (social democrats) and the conservative party group. There is an even bigger difference between the liberals and the conservatives, which would provide a clearer result if either of them had been taken as reference. As mentioned above, the best option would be to refer to the party dummy that represents the highest salience in the analyzed issue dimension, which is the same as the highest coefficient compared to the other dummies. However, it can be concluded that “Law and order” is a confrontational issue in Polish politics which is “owned” by conservative parties and could be classified as a right-wing position-issue.

It is only the different composition of the dummies representing the party groups that account for the differences in the significance of the two OLS analyses above. The statistical mechanics can be illustrated with the following abstract example: A significant difference will be detected if one group has a salience score of five in each election and the other one has a score of one in a particular issue category. Then, the first party group would clearly be the issue-owner of the particular issue. If there is one party in the first party group with a salience score of five in each election and a second one with a score of one in each election as in the second party group, then there will be no statistically significant difference between the two party groups anymore, despite one party being clearly the issue-owner. The difference between the two groups seems to be accidental because of an inadequate composition of the party groups.

The classification of parties into different ideological groups can complicate the identification of significant differences further, even when the groups are disaggregated in a sensible way. We may imagine that one single party differs strongly from all other parties in a party system by emphasizing a specific issue. However, this difference is suppressed by the lower saliences of the parties of the same dummy group – a problem that can only be solved by analyzing the data set for

a second time. If the salience score of one party or a whole party group is permanently higher than those of the other, which means that in each election of the period it is more than one percent point higher, it is also defined as a position issue. In such a case a significant difference in the salience scores on the basis of a larger time period is likely. A similar procedure was successfully applied elsewhere in determining parties' issue-ownership (Franzmann 2006). This analysis reveals e.g. that the category 'per603: traditional morality positive' is a core theme of the Dutch CDA. The procedure is not only applied to single parties, but also to party groups. This is necessary particularly for the CEE countries because of the frequent party re-foundations. For new parties which represent continuity with their predecessors in personal and ideological matters, the procedure can also be applied, though.

How can the change of an issue-character be identified regarding only the short time period the CEE countries provide in their relatively brief democratic history? Is it justified to assume that the change of an issue-character can occur in such a short period of time? Of course it is. We have to consider the debate about their European Union membership. A debate like that normally ends with a country's entry, so it can be expected that in some of the countries the question of EU membership changes from being a position- to a consensus-issue. The same applies to the institutional arrangements that the young democracies have developed during their first years. Ideally, there should be available information concerning the change of the political agenda, like in the analysis of the OECD countries. A high standard error in the coefficients of the dummy-regression was taken as a signal for testing on issue-character's changes over time with additional dummies representing periods that cover the assumed change (Franzmann/Kaiser 2006).

But such information is available in fragments at best. A high standard error could also be an indicator of an unfavorable composition of dummy groups, so that a different inductive approach is chosen both for a re-analysis of the OECD countries and the first analysis of the CEE countries. If a change of the party camp holding the highest salience in one category can be observed in three elections in a row (covering a minimum time period of ten years), a change of the issue-character has taken place in this country compared to the first characterization that was made for this category.

Such changes occurred rather frequently within the group of OECD countries, but there are relatively high differences in the number of changes between the countries. As can be seen in the appendix of this study, no change of the issue-structure can be detected in countries like Sweden and Israel, while in countries like Australia we observe eight changes and six in Italy.

For the CEE countries this procedure is not very useful because of the smaller number of elections. Instead, the touchstone is whether a completely different behaviour towards an issue could be

observed simultaneously by all parties of the same party camp. There is only one instance of this, viz. in Poland. The categories “per204: constitutionalism negative” and “per302: centralization positive” became right position-issues in 2001.

Section three of this chapter contains an examination of the construct validity of the CEE estimates concerning left-right measurements, and chapter four an examination of the validity of the issue-characterization. But first it is discussed whether the recent critics concerning CMP and additive scaling are arguments against the dummy regression method or not.

### **2.3 Discussing critiques of Additive Scaling and the CMP data in General**

In this section, some recent critiques of additive scaling and CMP data are discussed. These objections can be summarized as follows: (1) theoretically overstretching the concept of valence-issue by handling valence- and position-issues in the same way (Elff 2008), (2) applying a scale to data that are not metric or linear (van den Brug 2001; Elff 2008), (3) ignoring the salience of particular policy dimensions (Elff 2008: 7), (4) ignoring the influence of varying party manifesto lengths (Hans and Hönnige 2008), (5) having no indication of the uncertainty associated with the estimation (Benoit and Laver 2007a: 94).<sup>8</sup> Most of these objections can be invalidated with respect to the approach of Franzmann and Kaiser. The selection of the best method in order to gain left-right party positions using manifesto data is a question of the premisses underlying the procedure, a question of which theoretical position is favored and which method is appropriate to the favored theoretical approach, rather than a question of right or wrong. Elff (2008) in particular refers to the confrontational theory of party competition. His proposal is well suited for application in Euclidean space.

The theoretical 'overstretch argument' (1) applies to a certain degree to additive scales which make use of position issues in the same way as valence issues in the final formula. This critique, however, does not apply to our approach as proposed in Franzmann and Kaiser (2006). That is, first, because in our method, a base value is computed on each issue. The base value represents the extent to which an issue is shared by all competing parties. Only saliences higher than the base value are included into the analysis. Second, in the final formula valence issues are not treated in the same way as position issues. Valence issues moderate the effects of emphasizing position issues<sup>9</sup>.

---

<sup>8</sup> Another popular critique is concerned with the distribution of salience scores that would contradict the application of several statistical techniques (Elff 2006). However, Garritzmann (2009) shows that this argument is only true for some variables of the economic dimension.

<sup>9</sup> That can be illustrated with the following example: A right-wing populist party may, in a first step, emphasize only right issues, e.g. negative mentions of multiculturalism connected with positive mentions of traditional morality. On the RILE scale it would have the score 100 or respectively one according to 100% right statements. On the Franzmann-Kaiser scale that would be ten. In a second step, the right wing party makes efforts to legitimate its ideology by emphasizing that the party supports the aims of the state and especially the constitution or by appealing to traditional

Therefore, non-confrontational and positional issues are treated similarly. An objection based on arguments of a theoretical overstretch of the valence-issue concept does not constitute a problem for the Franzmann-Kaiser approach.

The (2) second critique refers to the data structure. Elff (2008: 8) argues that while “percentages of sentences mentioning policy objectives cannot be linearly related to proximities between policy objectives and political positions in a Euclidean space”, an additive scale would be able to do so. This argument is only understandable when realizing that Elff interpretes the political space as strictly Euclidean. One of his assumptions is that the space is infinite. Each kind of scale boundary must therefore be seen as a violation of the mathematical requirements for analyzing the political space. In other words: in this view, each scale that pretends to measure political ideology on an interval (of, e.g., zero to ten or one to twenty or minus to plus 100) is wrong. But such an Euclidean space was neither assumed by the founding fathers of spatial theory like Hotelling (1929) or Downs (1957) nor by the advocates of salience theory (Budge 2001). They all see the left-right scheme as a useful tool for reducing the complexity of the real world in order to analyze political competition. Downs (1957: 116-17) even interprets the left-right scale as “the percentage of the economy it [the party] wants left in private hands” measured from zero (nothing in private hands) to 100 (everything in private hands). The veto player theory of Tsebelis (2002) requires an Euclidian space, which, however, refers to imaginary axes of the political space. Within these axes the concrete decision room is geometrically constrained and not infinite.

Elff's (2008: 4) proof that emphasizing issues like ‘controlled economy’ and ‘freedom of enterprise’ are not negatively correlated is unproblematic for salience theory.

It affirms central assumptions of salience theory and is no argument against additive scaling. The question at stake is whether confrontational theory is appropriate to interpret real world party competition or not. Furthermore, a careful inspection of Figure 2 in Elff (2008: 22) reveals that his measurement shows empirical scale boundaries because there are no empirical results beyond minus three and plus four. Consequently, even under the assumption of a Euclidean space, Elff (2008) has not managed to falsify the idea that positions on a dimension can be measured on a bounded scale or continuum.

---

valence issues like fighting against corruption. If the right and the valence issues are emphasized equally higher than the base value representing the consensus among all parties, the score will be 0.5 (fifty percent right issues, fifty percent valence issues). If not valence but left issues were emphasized the score would be zero (showing that there is no difference in the extent of emphasizing right and left issues). If left issues dominated the score would be negative but given a right wing party favouring inequality and hierarchy this would be unlikely. A Christian democratic party would emphasize all kinds of issues in different ways, e.g. 50% right issues, 25% left issues and 25% valence or consensus issues. The score of the Christian Democrats on the left right scale would be 0.25. For reasons of clarity, Franzmann and Kaiser (2006) have transformed all values into a zero to ten scale according to the results of most mass surveys. The score of 0.25 then equals 6.25, the 0.5 score equals 7.5, zero (ideological neutral) equals five and one equals ten.



The question of whether such an additive scale can be interpreted as a ratio scale or an interval scale is left open. In my view the scales' point of origin is arbitrary; I would interpret it as an interval scale like a thermometer.

The third (3) critique is linked to the second one and argues that additive scales do not compute weights for issues. The prominence of an issue is reflected by its salience score, which directly contributes to the scale. Apparently there is the assumption that issues have a different weight in the extent being left or right. An issue A could, for example, be interpreted as being 0.2 right, issue B as 0.7 right and issue C as totally right. However, this applies to the general debate about the content of the left-right dichotomy and the underlying theory used for interpreting real world party competition. Again, unless the theoretical framework refers to salience theory, there should be no differences in weights. Being "left" is interpreted as favouring a change towards more equality, being "right" is interpreted as favouring hierarchy and a change towards more inequality (Inglehart 1984; Bobbio 1994). The extent of favouring one or the other direction in certain issues is expressed by the salience of different issues.

A fourth point of criticism (4) is put forward by Hans and Hönnige (2008). They show that both the number of uncoded sentences and the length of a party manifesto can almost completely explain the number of zeros in it. So far, no scaling procedure has reconsidered the length of the manifestos or the number of zeros, which is why the authors (2008: 25) propose a correction. Its application can be useful in a confrontational framework. But referring to a salience theory framework it should not be applied because a zero value can have an important meaning, e.g. no support for the issue "nationalization". In this case a meaningful value would be corrected. However, for salience theory short manifestos are a conscious decision to emphasize only a few issues in a limited space.

But the problem of uncoded sentences applies to both – confrontational and salience – theories. Uncoded sentences could be an indicator for a coding scheme that neglects important issues. A correction could further improve approaches like the one of Franzmann and Kaiser.

This leads to the last point of criticism (5). Benoit and Laver (2007a: 94-95) rightly complain that there is no indication of uncertainty concerning the CMP measurements. The coding scheme and the decisions of the human coders might both be inappropriate. Such failures in codings can lead to a tremendous distortion of estimating party policy positions (Mikhaylov, Laver and Benoit 2008). Hence, the three authors propose a Bayesian interpretation of the data in order to estimate the uncertainty and transform the data into an appropriate structure (Benoit, Laver and Mikhaylov 2008). For the party positions identified by Franzmann and Kaiser (2006) there is also no indication of uncertainty. The issue character is first estimated by differences that are significant at the 5%-level between various party groups. As a consequence, we know the error probability of each single

issue-character. Benoit and Laver interpret manifesto texts (2007b: 130) in the following way: “manifesto texts themselves represent stochastically generated verbal deposits of party positions whose random character is not represented in MRG/CMP scores.” This view is not shared in this study. Franzmann and Kaiser (2006) do not directly interpret the manifesto data as positional. What is investigated using dummy regression is whether a category represents a left, right or non-confrontational issue during a defined time period. “Noise” is extracted from the data. The manifestos serve as an indicator for estimating this issue character. We do not have a manifesto or a set of manifestos for every year. For each country we have a sample of manifestos of approximately fifteen to twenty-five time points. That is not a comprehensive survey, but it is sufficient for doing an OLS regression and inference statistics.

This does not solve the problem of wrong coding and remove the uncertainty about it. There is some evidence that in some countries like Denmark the coding error could be quite high (Hansen 2008). But this problem is not unique to an additive scale, but applies to general data quality in any kind of empirical research.

### **3. The Validity of the Left-Right Measurement**

So far, the theoretical advantages underlying the approach of Franzmann and Kaiser for locating parties in policy space have been discussed. The question concerning the validity of the empirical results generated by this approach still remains. In chapter two (Franzmann and Kaiser 2006) the face validity of the unidimensional measurement has been proven for Germany, Italy, Sweden and the United Kingdom. In addition, the construct validity for Germany was discussed by comparing the results with those of Eurobarometer.<sup>10</sup> In the meantime, the left-right data generated by this method were successfully applied in several studies (e.g. Hönnige 2007; Hellström 2008a; Hennl/Kaiser 2008; Dinas/Gemenis 2009; Koss 2010; Rohlfing 2009; Rohlfing 2010)

This section adds some neglected aspects. It shows first, how more than one general left-right dimension can be derived and discusses its face validity for Germany and Norway. There is as yet no comparable two-dimensional data set available so that construct validity cannot be discussed for a two-dimensional approach. Afterwards, the construct validity for the CEE countries is inspected by comparing the results with a new expert survey of Benoit and Laver (2006) and, for Estonia and Czech Republic, with Eurobarometer data.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Face and construct validity are the most important ways to inspect the measurement quality based on CMP data. Face validity is “the correspondence, as judged by the investigators, between theoretical concepts and measures” (Budge and Bara 2001: 14). Construct validity answers the following question: “Does the coding correlate with the same construct (convergent) and correlate highly with measures of other concepts (divergent)?” (Budge and Bara 2001: 14-15).

<sup>11</sup> For a general discussion of both the validity and reliability of the CMP data see Volkens/Bara/Budge (2009). The main concepts for measuring validity and reliability are explained in Krippendorff (2004a; 2004b).

### **3.1 The Face-Validity of the Two-Dimensional Map**

In political science literature there is a widespread consensus that two-dimensional rather than one-dimensional approaches are adequate for analyzing the real world ideological spaces. Insights from empirical research on party positions (e.g., Kriesi et al 2006; Benoit and Laver 2007a; Keman 2007; Pappi and Shikano 2004) and theoretical considerations of party competition (e.g., Kitschelt 1994; Hooghe/Marks 1999) suggest that a two-dimensional map of ideological positions would be more appropriate. Pappi and Seher (2009) have recently detected up to five relevant policy domains belonging to two general policy scales in German politics. Budge (2006) defends a one-dimensional concept based on theoretical and empirical arguments. Empirically, he refers to the construction of the RILE scale. Theoretically, he argues that during election campaigns parties bundle issues in such a way that a one-dimensional left-right space is created. Formerly unrelated issues are put together in order to present parties' positions as left or right (ibid.). I agree that political actors form issue bundles during election campaigns. However, these issue bundles do not necessarily aggregate into a single dimension. Keeping in mind the credo of salience theory, viz. that parties talk past each other, the existence of at least a second dimension in some polities is very likely. Huber and Inglehart (1995) share the Budgean view on one-dimensionality but Keman (2007: 79-80), after carefully inspecting the expert survey data, points out that 54% of the Left and Right content refers to class and economic affairs, while 25% refer to other issues like authoritarian versus libertarian ideas or xenophobia. Keman concludes that there is empirically not only a second dimension, but that this dimension differs from country to country as well. That is why he concludes that in empirical studies a second dimension should be included (Keman 2007: 79-80).

RILE is often described as the gold standard in identifying policy positions based on CMP data (e.g., Benoit and Laver 2007a), but it is doubtful that these manifesto data confirm the view of a one-dimensional political space.

In the dummy-regression method of Franzmann and Kaiser, (2006) all categories were classified either to represent economic or non-economic issues. This is justified by the assumption that at least two axes define the political space (cf. Marks and Hooghe 1999; chapter one of this dissertation). This procedure is necessary for determining correctly whether a category represents a left or right positions issue according to the party having the issue ownership (Franzmann and Kaiser 2006: 172). Strøm and Leipart (1989) have demonstrated for Norway that economic and non-economic issues are statistically independent of each other in the manifesto data. On that account, it can be hypothesized, that by separating economic from non-economic issues two left-right scales can be derived that allow a deeper insight in programmatic party competition compared to the one-

dimensional scale.<sup>12</sup> It is not very difficult to create these two scales. The economic left-right scale considers only economic issues, i.e. category per303 “administrative efficiency”, categories of the CMP domain ‘economy’, per503 “social justice”, per504 and per per505 ‘welfare state expansion and reduction” as well as per 701 and per 702 “labour groups”, per703 “agriculture and farmers” and per704 “middle class and professional groups”. All other issues define a non-economic left-right scale.

The results of the separated scales are discussed for Germany and Norway. These countries were chosen on the one hand because they are almost exact opposites as to the extent of programmatic confrontation and its content as discussed in the party system typology of the previous chapter. Norway has a very high number of confrontational issues and a very typical class-based pattern of programmatic competition. Germany, on the contrary, has a very high number of non-confrontational issues and the pattern of programmatic competition is not typical of a class-based confrontation. Both countries show little change in their issue structure across time. Therefore, leapfrogging should be owed to programmatic changes of parties and not to changes of the issue-structure. This facilitates the interpretations of the following graphs.

For Germany two scales should provide deeper insights into programmatic competition because it is a well known fact that the German electorate is structured by at least two cross-cutting cleavages, an economic one and a catholic vs. protestant or secular one (Pappi 1977; Huber 1989). The Norwegian party system is shaped by multiple cleavages but they do not cross-cut each other so the left-right semantics works well for all the different cleavages (Strøm and Leipart 1993: 878).

After a short look at the one-dimensional left-right values it is obvious that the German Greens and the socialist ‘Linke.PDS’ are the two parties that are most leftist and have similar values. The Social Democrats are left of the centre, the Christian Democrats right of the centre, and the Free Democrats in between the two. One could criticize that the Greens are not as left as the Linke.PDS, and that the Free Democrats are the most right party in economic terms (cf. Niedermayer 2007). This is exactly confirmed by taking a look at the graphs of the two dimensions. In economic terms the Free Democrats are on the right with a value of about seven on a scale from zero to ten, the Socialists are the most left party with a value between one and two. The Greens are also far to the left but moving over time towards the ideological centre. In non-economic affairs the parties that are most on the right are, as expected, the Christian Democrats, CDU and CSU. The left-most party

---

<sup>12</sup> Remember the different meanings of axis and dimension discussed in chapter one. While an axis describes an *abstract*, a dimension describes a *concrete* policy space. According to Flanagan and Lee (2003) the two-dimensionality refers to a political space with three axes: an economic axis, a value (non-economic) axis and an axis about the struggle whether issues belonging to the economic or the issues belonging to the value axis are more important. This last axis is implicitly represented by the salience scores underlying the two scales because of its interrelated measurement as percentage in one manifesto.

are the Greens, and the Free Democrats reveal left-right scores mostly left of the centre, as well. The curve of the Social Democrats is interesting to analyze. Normally, the German SPD has left-right scores between four and five on the non-economic dimension, but at the end of the 1980s they moved to the left and then went back in the 1990s. This leftward slide represents well the intention of the “Berliner Programm” to include the New Social Movements and especially voters that have been lost to the Greens. As can be seen in the graph, this enterprise was abandoned.

In Norway, the differences between the economic and the non-economic dimension are not as obvious as in Germany, but a similar pattern can be detected. The Norwegian Christian Democrats (KrF) are more leftist in economic concerns compared to non-economic concerns, as seen before in the analysis of the “continental” German Christian Democrats. With this exception, the parties’ ranking from left to right is almost the same across all three scales. Interestingly, all Norwegian parties seem to be relatively “left” on the economic dimension but relatively “right” on the non-economic dimension. This reflects to some extent the broad consensus in the Norwegian welfare state. The consensus has been contested by the Progress Party since the 1970s. While the German Greens established themselves in the parliamentary arena as a party of the left on the New Politics dimension in the 1980s, in Norwegian Progress Party evolved successfully as a party of the right on both the Old and New Politics dimensions (Stöss 2006: 538) in the 1970s. As can be seen in Figure 5, the Progress Party introduced far-right economic positions to the Norwegian polity. In contrast, the party most right in German economic affairs, the Free Democrats, is not a left but a right party in societal affairs as well. The emergence of the Progress Party since the 1970s does not cut through the old left-versus-right division. It strengthens the pattern with new issues. Its counterpart are the Left Socialists, which are the left-most party in both dimensions. In the meantime, the Progress Party has accepted the Norwegian welfare state consensus by combining it with neo-liberal claims. This unique paradox is enabled by Norwegian wealth of oil. The Progress Party vows to reduce taxes by dissolving the reserve fund filled with oil profits of recent years. The same source of capital is supposed to avert reforms of the social security system (Stöss 2006: 538-39). The political landscape of Norway has become polarised about the question of what to do with the reserve fund, which leads to a realignment where the former bourgeois centre party entered a coalition with the socialist and left-socialists in 2005 (Aalberg and Brekken 2006). Regarding each of the three scales, the Centre Party moves about two scale points to the left comparing the time from the 1950s to the 1990s.

By inspecting the face validity of the left-right party positions in the two different main programmatic dimensions it was affirmed that the dummy-regression method generates valid data. It also shows that the split of the general left-right dimension into two different scales – an

economic one and a non-economic one – gives us a more detailed insight into the ideological movements of parties.

Discussing the two-dimensional face validity concerning the CEE countries is difficult since there is less consensus on how to interpret the party ideologies in those countries (Kitschelt, Mansfeldova, Markowski, and Toka 1999). Hence, for the CEE countries only the construct validity is discussed.

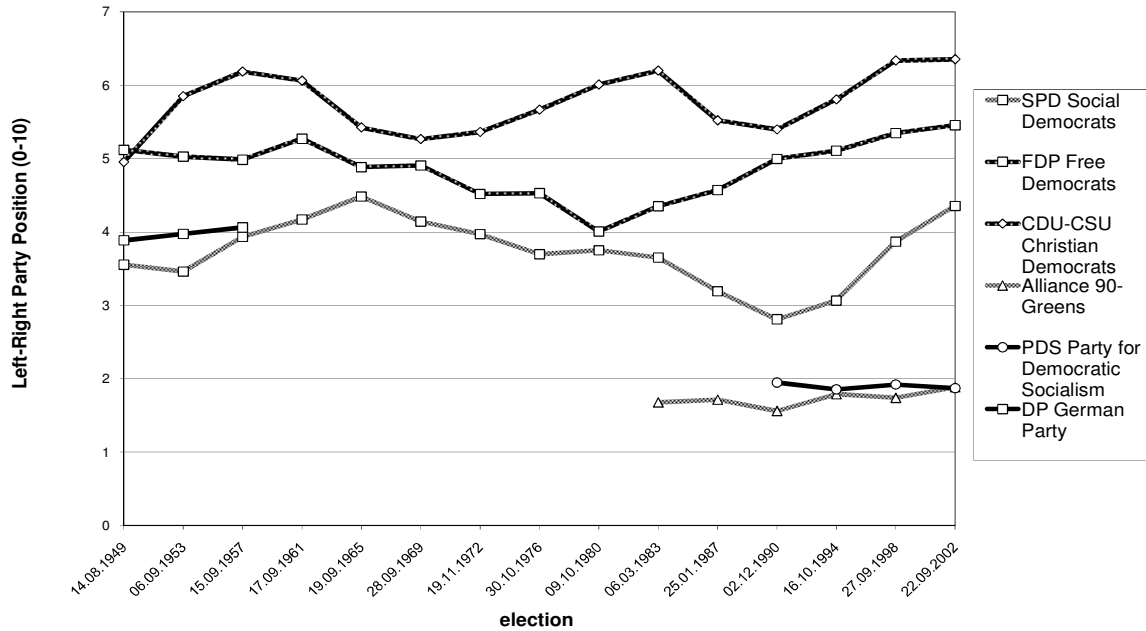


Figure 9: Germany's Left-Right Party Positions (unidimensional)

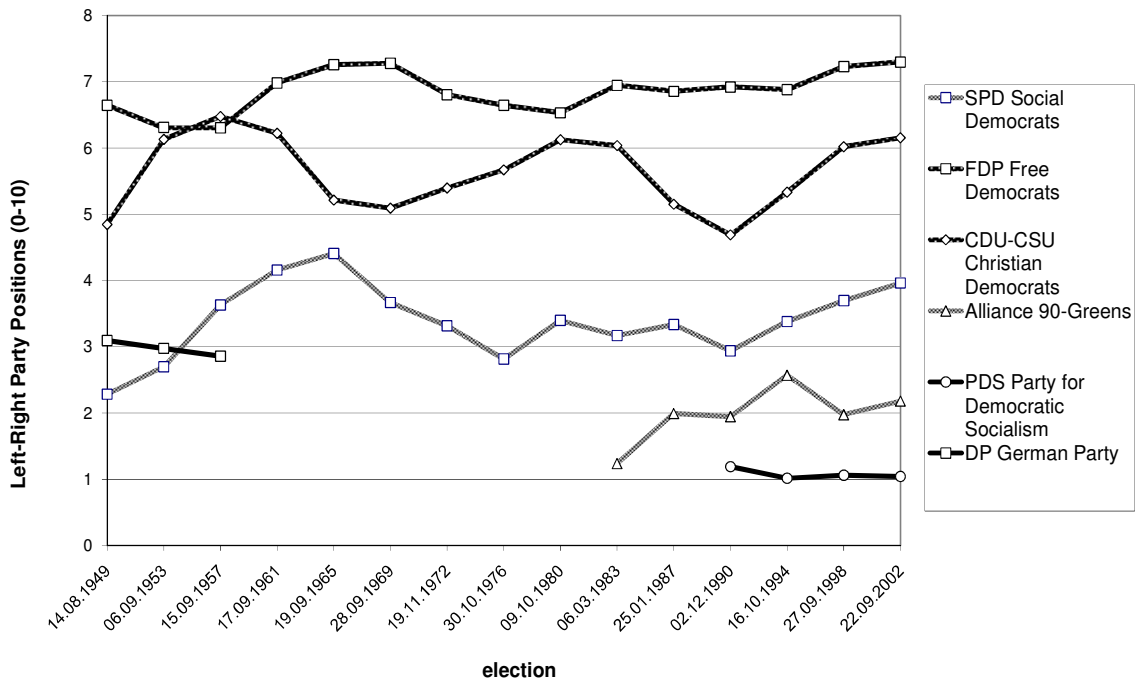


Figure 10: Germany's Left-Right Party Positions (economic dimension)

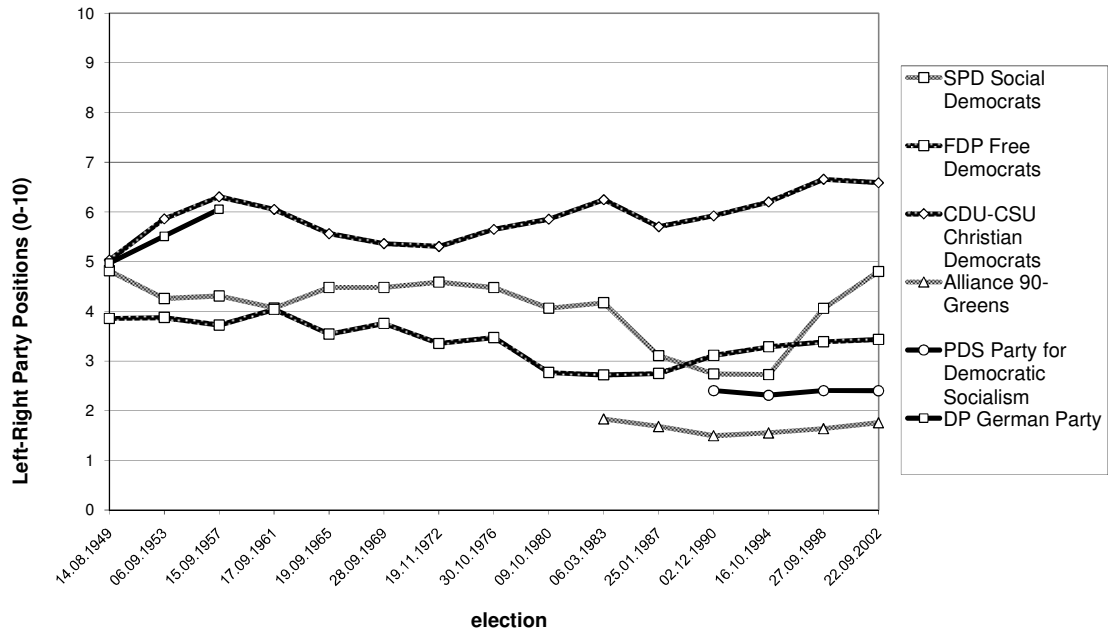


Figure 11: Germany's Left-Right Party Positions (non-economic dimension)

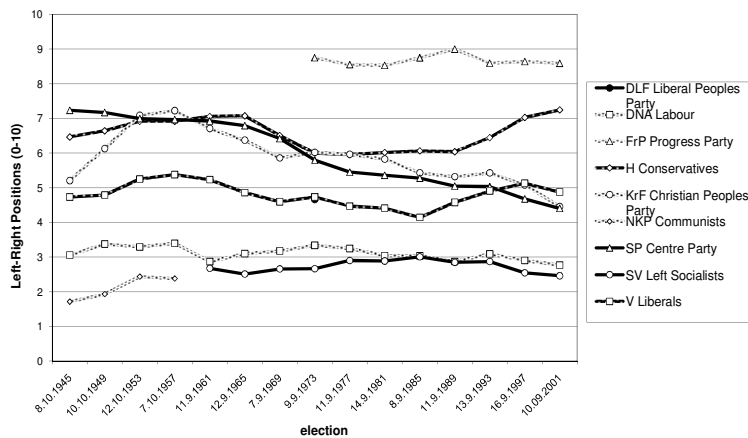


Figure 12: Norway's Left-Right Party Positions (unidimensional)

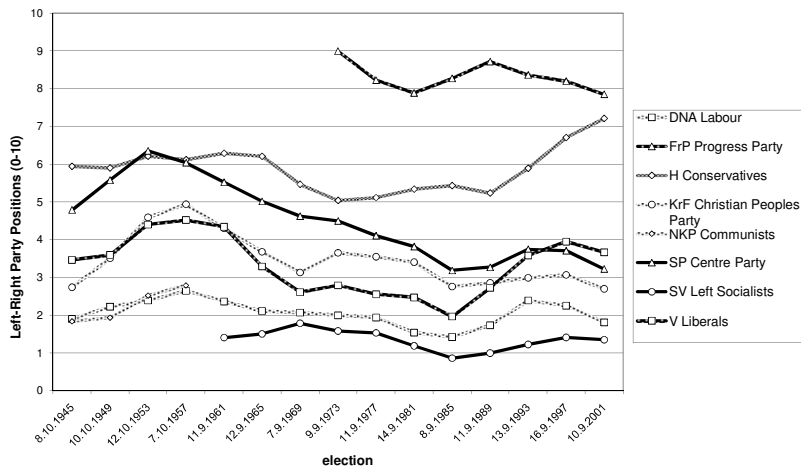


Figure 13: Norway's Left-Right Party Positions (economic dimension)

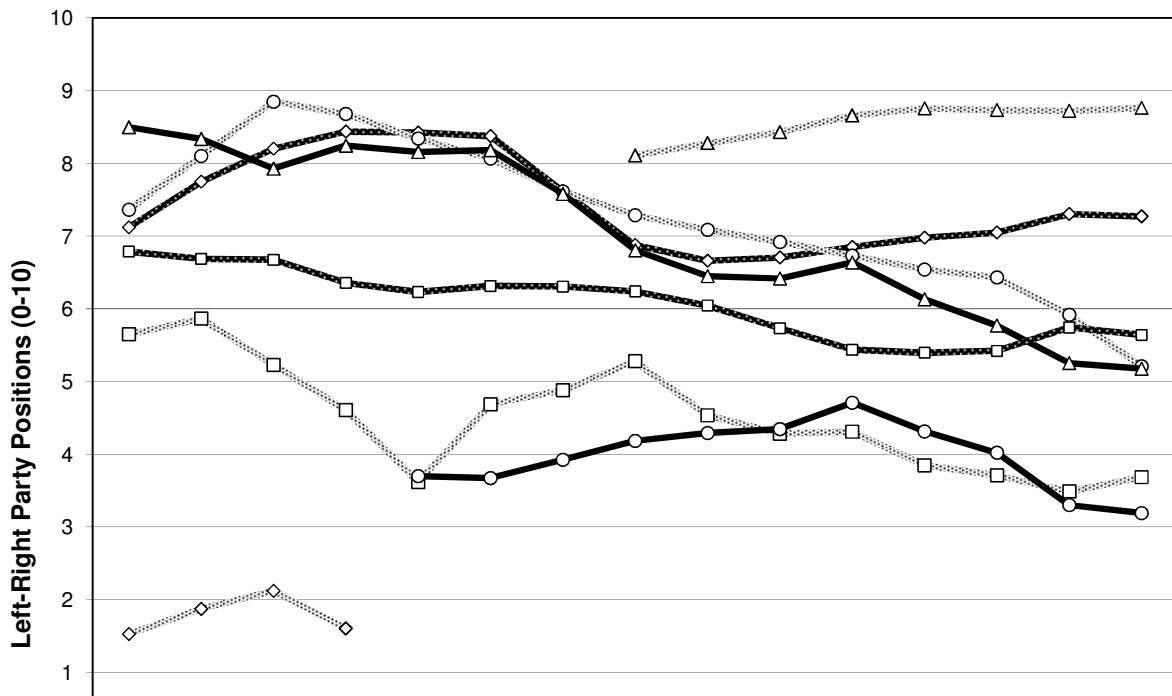


Figure 14: Norway's Left-Right Party Positions (non-economic dimension)



### **3.2 The Construct Validity of the CEE-Estimates**

In this section the results for the CEE countries are compared with those of expert and mass surveys. By inspecting the correlations between different kinds of data sets, we can, to a certain extent, check the validity of the method. Above, I discussed the two-dimensional 'face validity' of the OECD data. Now the results for the CEE countries were cross checked with other data sets. Budge and Bara (2001: 14) call this procedure "construct validity". The assumption underlying this technique is that data claiming to measure the same thing but belonging to different sources should generate similar values and therefore high correlations. If they do not, they measure different things. If only one kind of data produces low correlations, it can be concluded that these data are inadequate for measuring left-right party positions.

In a first step the expert survey of Benoit and Laver (2006) covering left-right party positions for the year 2002 was taken. In order to compare the data of Benoit and Laver with RILE and the scores generated by the method of Franzmann and Kaiser for the OECD countries, the elections after 2002 were used. For the OECD countries a high correlation of 0.863 between Benoit-Laver and Franzmann-Kaiser positions can be reported, while RILE correlates only with 0.7 with these expert surveys. That underlines the usefulness of the Franzmann-Kaiser approach compared to the original RILE-scale.

For the CEE countries this method of comparing does not correspond as neatly at first sight. RILE and Benoit-Laver correlates with 0.47 whereas the procedure of this article shows only a correlation of 0.44. The presented method seems to be appropriate for countries such as Slovakia and Latvia with a correlation higher than 0.7, but no correlation could be found for Estonia. How can these differences in results for the general left-right scale be explained? A deeper analysis of the Estonian party system demonstrates that there are several competing liberal parties, which are all very similar in ideological terms. That is why it is very difficult to decide which party is more left or right than the others. The largest deviance between the left-right scores based on the presented procedure and the expert survey occurs for the scores of the Estonian Reform Party. It is a party that is very far right on economic issues, as the left-right scale from the expert survey demonstrates. This could be an indicator that the experts for Estonia base their scoring mainly on economic issues. If so, the correlation between the economic scale and the expert judgement would have to be higher than the correlation with the general scale. This is exactly the case. For Estonia, a correlation of 0.881 (significant on the 5%-level) can be ascertained. In addition, the correlations between the economic scale and both RILE and the expert survey is slightly improved for the whole group of the CEE countries with 0.539 and 0.533. This reveals that the procedure applied here weights societal issues

more strongly than the two other methods<sup>13</sup>. An additional test is done by a comparison with data generated on the basis of mass surveys. The appendix lists which surveys are taken to estimate the policy position for each election since 1990. These tests were made for the “worst” case regarding the correlation with the expert survey, Estonia, and a country with an average performance, the Czech Republic.

	LR_uni (n=29)	LR_soc (n=29)	LR_eco (n=29)	RILE (n=29)	Survey (n=25)
Unidimensional Left-Right-Positions	1.0				
Non-Economic Left-Right-Positions	0.9632**	1.0			
Economic Left-Right-Positions	0.9497**	0.8438**	1.0		
RILE	0.4180*	0.3719*	0.3935*	1.0	
Survey	0.6224**	0.4971*	0.6660**	0.4943*	1.0
Annotations: LR_uni: Unidimensional Left-Right Scale; LR_soc: Non-Economic (Societal) Left-Right Scale; LR_eco: Economic Left-Right Scale; RILE taken from Klingemann et al (2006); Survey: Survey data; The appendix to this chapter lists all study numbers and each left-right value. * significant on 5%-level; **significant on 1%-level.					

**Table 16: Correlations for Estonia**

Table 16 summarizes the correlation results concerning Estonia. It can be shown that the dummy-regression method leads to better results than the CMP-scheme. As in the comparison with expert surveys, the correlation between the economic scale and the mass survey estimation is highest with a relationship of 0.66. The correlation with the general left-right scale is a little bit lower (0.62), and with the non-economic scale it is considerably lower (0.4971), but the lowest correlation is measured for the RILE-scale (0.418). On the one hand, these results could be an indicator that the Estonian electorate really interprets the left-right dichotomy in mainly economic terms, like the experts have presumably done. Benoit and Laver (2007a) mention that Estonia is one of the CEE countries in which the expert estimations of parties’ policy positions can be effectively explained by referring to the economic policy domain. On the other hand, the results may indicate that the issue-characterization concerning non-economic issues is defective in the case of Estonia. This cannot be clarified in this article, but country experts will be able to identify such mistakes by analyzing the published overview of the Estonian issue-structure.

<sup>13</sup> The same phenomena occur in countries other than Estonia. In Poland, for instance, the Polish Peasant Party is located in the ideological center by the experts despite being a clearly right-wing party in societal affairs.

The results for the Czech Republic are summarized in Table 17. This case confirms the better performance of the dummy-regression method compared to the rigid RILE-scheme. The highest correlation is ascertained for the general left-right scale (0.8544) whereas with RILE it is clearly lower (0.6203).

	LR_uni (n=29)	LR_soc (n=29)	LR_eco (n=29)	RILE (n=29)	Survey (n=25)
Unidimensional Left-Right- Positions	1.0				
Non-Economic Left-Right- Positions	0.9363**	1.0			
Economic Left- Right-Positions	0.8357**	0.6448**	1.0		
RILE	0.5118**	0.2873	0.6200**	1.0	
Survey	0.8544**	0.6597**	0.7557**	0.6203**	1.0
Annotations: LR_uni: Unidimensional Left-Right Scale; LR_soc: Non-Economic (Societal) Left-Right Scale; LR_eco: Economic Left-Right Scale; RILE taken from Klingemann et al (2006); Survey: Survey data; The appendix to this chapter lists all study numbers and each left-right value. * significant on 5-%-level; **significant on 1-%-level.					

**Table 17: Correlations for Czech Republic**

With the one exception of Estonia we can conclude that the generated issue-structures for each country deliver sufficient results even in the case of the CEE countries. Nevertheless, further research is needed which tests the correlations of mass surveys with CMP.

#### 4. The Validity of the Issue-Characterization

The first five steps of the twelve-step approach of Franzmann and Kaiser (2006: 167) for generating left-right party positions are concerned with the determination of the issue-character. This procedure was later used to develop a party system typology based on parties' interaction in programmatic competition (Franzmann 2009; chapter 3).<sup>14</sup> There have been no estimates of the typology's validity yet. The validity of the left-right positions was tested against the results of other approaches, but there is no comparable data set concerning the issue characterization. To a certain extent we can conclude that most of the issue characterizations must be valid because otherwise the validity checks of the derived left-right issues would not obtain such good results.

The issue classification that CMP uses for the RILE scale can be taken as one comparable data set. As we have already seen, their classification into left and right was theoretically based on Marxist

<sup>14</sup> The appendix of this dissertation contains an overview about the issue structures in thirty-six polities that were also regarded in the party system typology.

writings and confirmed by factor analysis. Therefore, it is suitable for a validity check. What could be expected is that the dummy regression method detects issues of the New Politics dimensions not reconsidered in RILE.

A second data source revealing similar data is the number of issue dimensions (Lijphart 1999). Taagepera and Grofman (1985) have promoted the law that the number of issue dimensions plus one equals the number of effective parties. The number of issue dimensions will be compared with the indicator for the extent of confrontation presented in chapter three. The extent of confrontation is the principal factor for classifying the party systems. It will be shown that it has a good predictive power for explaining the effective number of electoral parties. That can be seen as a test for the hypothesis validity which answers the question whether relationships among variables mirror anticipated theoretical relationships (Budge and Bara 2001: 15). As a byproduct it will be proven that the Taagepera-Grofmann approach only applies to party systems classified as having an ideological party competition pattern that is typical for a class based competition.

#### **4.1 Comparing the Results of the RILE-Scheme with those of the Dummy-Regression Method**

In this section, the issue classification underlying RILE and the country specific one based on dummy regressions are compared. RILE is rigid in time, but the approach of Franzmann and Kaiser identifies changes in time. The comparison focuses on the last point in time covered by CMP, which is 2003. Otherwise, the CEE countries would have been excluded. In addition, the comparison with the latest point in time allows to recognize whether issues belonging to the New Politics dimensions are salient but neglected by RILE.<sup>15</sup>

Theoretically, there are many reasons to separate position issues from non-confrontational issues, as discussed in Franzmann (2009). The separate empirical determination of the issue character for each country enables researchers to create different scales to measure party ideologies not only in a one-dimensional space. A comparison with the issue characterization by dummy regression can show whether the excluded issues do not unambiguously belong to either the political right or left, and whether they belong to the New Politics dimension. It is examined whether they are identically classified into left, right or non-confrontational by the two methods. The level of identity is

---

<sup>15</sup> For sure, a comparison of different time points would lead to deeper insights in the development of the issue structures across different countries. Questions concerning the role of environmental politics could be reconsidered, like whether environmental protection has changed from being a valence into a position issue as it was observed in Germany. This, however, is not the main interest of this chapter.

expressed as the percentage of countries in which the RILE and dummy regression method reveal the same issue character concerning one particular category.<sup>16</sup>

At first sight, the comparison with the issues included in RILE suggests that the CMP group has done a good job by choosing these 26 categories. Among the OECD countries the classification fits with 75% or more. Both in the CEE countries and in the OECD “per401: free enterprise” and “per603: traditional morality positive” are, with only one exception, right position-issues. Within the group of the left position-issues a similar good result can be observed for “per413: nationalization” and “per701: labor groups positive”.

The classification of “per201: freedom and human rights“ is contradictory. RILE classes it with the right position-issues, but a more detailed analysis of the party systems reveals that in most countries it is an issue of the political left. In the OECD world at least ten of 26 democracies locate this issue on the ideological “right”, while none of the CEE countries do. Theoretically, a location of “freedom and human rights” at the left-libertarian pole makes sense. In addition to the right position-issues (in RILE) “per203: constitutionalism positive” and “per606: social harmony”, only a low identity can be reported. Both are non-confrontational position-issues in most countries, but rather valence- or consensus-issues. In this case, they are confrontational issues that belong most clearly to the political right; though in a few cases it is attributed to the political left. The issue “per305: effective authority” also tends to be a consensus- or valence-issue rather than a right issue. Within the group of the left-issues, it appears that in the CEE countries especially the socio-economic issues cannot be classified as easily as in the OECD. The category “per403: regulate capitalism” represents a non-confrontational issue in most CEE countries as well as in Germany. “Per406: protectionism positive” is equally distributed between left, right and non-confrontational issues, whereas “per506: education expansion” is more often classified as a consensus- rather than a left-issue. Comparing the CEE countries with those of the OECD, it is obvious that, as expected, the former show a lower identity with the RILE-scheme.

Table 18 summarizes the results concerning the identity of issue-classification separated for the OECD and the CEE countries.

Reviewing the issues excluded from RILE, it is obvious that some are confrontational. First, social justice (per503) is clearly a left issue among the OECD. It is not a right issue in any OECD country. This is very different in the CEE countries, in which eight of ten reveal no difference between the party camps as to social justice. But within the group of CEE countries there is none in which it is a right issue. Second, as assumed, there are issues belonging to the New Politics dimensions that are clearly confrontational but not reconsidered by RILE. These issues are anti-growth economy

---

<sup>16</sup> The level of identity is a measurement between countries. In chapter three the level of congruence was introduced, a measurement of the issue structure within one country.

(per416), environmental protection (per501), and underprivileged minority groups (per705), which all belong to the political left in most countries. Representing neo-liberal thought in the OECD countries, governmental efficiency (per303) is clearly a right issue. Within the group of the CEE countries it is confrontational, but it does not belong clearly to any of the party camps. Depending on the polity this issue is either left or right.

Right Issues in RILE	Per	OECD				CEE				ALL			
		L	R	C/V	id	L	R	C/V	id	L	R	C/V	id
Military: Positive	per104	1	21	4	0,81	0	7	3	0,7	1	28	7	0,78
Freedom, Human Rights	per201	13	10	3	0,38	6	0	4	0	19	10	7	0,28
Constitutionalism:Positive	per203	6	7	13	0,27	1	2	7	0,2	7	9	20	0,25
Effective Authority	per305	4	9	13	0,35	3	2	5	0,2	7	11	18	0,31
Free Enterprise	per401	0	26	0	<b>1,00</b>	0	9	1	<b>0,9</b>	0	35	1	<b>0,97</b>
Economic Incentives	per402	2	20	4	0,77	0	6	4	0,6	2	26	8	0,72
Protectionism: Negative	per407	4	14	8	0,54	0	6	4	0,6	4	20	12	0,56
Economic Orthodoxy	per414	0	22	4	0,85	0	9	1	0,9	0	31	5	0,86
Social Service Limitation	per505	1	21	4	0,81	1	5	4	0,5	2	26	8	0,72
National Way of life: positive	per601	0	21	5	0,81	0	7	3	0,7	0	28	8	0,78
Traditional Morality: positive	per603	0	25	1	<b>0,96</b>	0	10	0	<b>1</b>	0	35	1	<b>0,97</b>
Law and Order	per605	1	19	6	0,73	1	8	1	0,8	2	27	7	0,75
Social Harmony	per606	5	11	10	0,42	4	1	5	0,1	9	12	15	0,33
Left Issues in RILE	Per	OECD				CEE				ALL			
		L	R	C/V	id	L	R	C/V	id	L	R	C/V	id
Decolonization	per103	18	2	6	0,69	4	2	4	0,4	22	4	10	0,61
Military: Negative	per105	22	0	4	0,85	6	1	3	0,6	28	1	7	0,78
Peace	per106	18	0	8	0,69	4	1	5	0,4	22	1	13	0,61
Internationalism: Positive	per107	18	3	5	0,69	4	1	5	0,4	22	4	10	0,61
Democracy	per202	19	5	2	0,73	7	1	2	0,7	26	6	4	0,72
Regulate Capitalism	per403	15	3	8	0,58	1	1	8	0,1	16	4	16	0,44
Economic Planning	per404	22	1	3	0,85	3	2	5	0,3	25	3	8	0,69
Protectionism: Positive	per406	10	6	10	0,38	3	3	4	0,3	13	9	14	0,36
Controlled Economy	per412	20	0	6	0,77	4	1	5	0,4	24	1	11	0,67
Nationalization	per413	24	0	2	<b>0,92</b>	6	3	1	0,6	30	3	3	<b>0,83</b>
Social Service: expansion	per504	22	1	3	0,85	2	0	8	0,2	24	1	11	0,67
Education: expansion	per506	13	5	8	0,50	1	1	8	0,1	14	6	16	0,39
Labour groups: positive	per701	21	1	4	0,81	9	0	1	<b>0,9</b>	30	1	5	<b>0,83</b>

Table18: Comparison of RILE and Dummy-Regression's Issue Structures I

Valence Issue in RILE	Per	OECD				CEE				ALL			
		L	R	C/V	id	L	R	C/V	id	L	R	C/V	id
Foreign Special Relationship: positive	Per101	7	9	10	0.38	6	0	4	0.40	13	9	14	0.39
Foreign Special Relationship: negative	Per102	7	3	16	0.62	6	3	1	0.10	13	6	17	0.47
European Community: Positive	Per108	7	8	11	0.42	3	1	6	0.60	10	9	17	0.47
Internationalism: Negative	Per109	6	9	11	0.42	6	4	0	0.00	12	13	11	0.31
European Community: Negative	Per110	13	4	9	0.35	6	3	1	0.10	19	7	10	0.28
Constitutionalism: Negative	Per204	9	8	9	0.35	7	2	1	0.10	16	10	10	0.28
Decentralisation	Per301	4	15	7	0.27	6	1	3	0.30	10	16	10	0.28
Centralisation	Per302	4	7	15	0.58	7	1	2	0.20	11	8	17	0.47
Government and Administrative Efficiency	Per303	0	23	3	0.12	4	5	1	0.10	4	28	4	0.11
Political Corruption	Per304	7	7	12	0.46	6	3	1	0.10	13	10	13	0.36
Corporatism	Per405	11	2	13	0.50	4	0	6	0.60	15	2	19	0.53
Economic Goals	Per408	9	5	12	0.46	8	1	1	0.10	17	6	13	0.36
Keynesian Demand Management	Per409	10	3	13	0.50	7	2	1	0.10	17	5	14	0.39
Productivity	Per410	8	9	9	0.35	7	2	1	0.10	15	11	10	0.28
Technology and Infrastructure	Per411	7	6	13	0.50	4	5	1	0.10	11	11	14	0.39
Marxist Analysis	Per415	13	0	13	0.50	7	0	3	0.30	20	0	16	0.44
Anti-Growth-Economy	Per416	17	3	6	0.23	5	0	5	0.50	22	3	11	0.31
Environmental Protection	Per501	21	1	4	0.15	6	1	3	0.30	27	2	7	0.19
Culture	Per502	8	1	17	0.65	4	3	3	0.30	12	4	20	0.56
Social Justice	Per503	22	0	4	0.15	2	0	8	0.80	24	0	12	0.33
Education Limitation	Per507	1	11	14	0.54	8	2	0	0.00	9	13	14	0.39
National Way of Life: Negative	Per602	14	1	11	0.42	6	0	4	0.40	20	1	15	0.42
Traditional Morality: Negative	Per604	13	0	13	0.50	4	1	5	0.50	17	1	18	0.50
Multiculturalism: Positive	Per607	11	4	11	0.42	3	1	6	0.60	14	5	17	0.47
Multiculturalism: Negative	Per608	1	11	14	0.54	5	4	1	0.10	6	15	15	0.42
Labour Groups: Negative	Per702	1	16	9	0.35	8	2	0	0.00	9	18	9	0.25
Agriculture and Farmers	Per703	4	13	9	0.35	7	2	1	0.10	11	15	10	0.28
Middle Class and Professional Groups	Per704	3	11	12	0.46	5	1	4	0.40	8	12	16	0.44
Underprivileged Minority Groups/	Per705	14	5	7	0.27	5	1	4	0.40	19	6	11	0.31
Non-economic Demographic Groups	Per706	10	3	13	0.50	2	2	6	0.60	12	5	19	0.53

Table 19: Comparison of RILE and Dummy-Regression's Issue Structures II



As can be seen in Table 18, many particular issue characters are variable in their character across the analysed countries. They define a second group of issues that are systematically not reconsidered by RILE. The same problem is very likely to be revealed in factor analytic approaches. We can conclude that RILE measures only the Old Politics dimension in a Marxist- or class-based sense. Budge and Pennings (2007: 139) emphasize that the RILE scale is bound to the time around 1900 when the ideologies first formulated. They consider this as an advantage because the scale therefore has “clear content, is coherent, is time invariant and – so far – continues to be empirically relevant” (Budge/Pennings 2007: 140). The typology of Franzmann (2009) uses this fact by referring to RILE as a possible measurement of whether the extent of party competition in a country is both one-dimensional and typically class-based or not.

The close identity between RILE and dummy regression concerning the “Old Politics” issues accompanied by the detection that “New Politics” issues like “environmental protection”, “government and administrative efficiency”, and “multiculturalism” are clearly position issues is confirmed by other studies (Benoit and Laver 2007a). Hence, it can be concluded that the country specific issue characterization is to a certain degree a valid measurement. However, for a full validity check, a comparison of each country’s issue structure would be necessary. As long as we do not have a comparable data set, only country experts could give a final answer to this question.

#### **4.2 Analyzing the Indicator concerning “the Extent of Programmatic Confrontation” as Explanatory Variable**

In this section a last validity check is done. This check refers mainly to the indicators used in the party system typology that is presented in chapter three. All of the three indicators refer to the procedure of issue characterization described above. One advantage of this procedure is that it is totally independent of the theoretical point of view concerning the number of relevant dimensions of the political space. According to the recent political science literature, it can be divided into two dimensions – one measuring socio-economic, the other measuring societal affairs. This, as contended above, seems to be the best way to get a sufficient picture of programmatic competition in different countries. The ‘traditional’ RILE method is a rather good approach for analyzing the one-dimensional domain of Old Politics. Hence, it can be assumed that countries having an issue structure that fits well to the Marxist writings based on the RILE scale have a political space that is one-dimensional in the sense that the ‘new’ issues, or issues that do not belong to this traditional axis, are successfully absorbed by the existing ‘old’ dimension. This phenomenon was discussed above concerning the two-dimensional left-right party positions of Norway.

The content of this section can be seen as a check for hypothesis validity. First, the statistical relationships between the three indicators of the party system typology are examined. Then they are

correlated with the number of issue dimensions as well as with the number of effective parties. Finally, the indicator for the extent of confrontation, with multivariate regressions on the effective number of electoral parties (ENEP) and then on the effective number of parliamentarian parties (ENPP), is tested to be a sufficient independent factor in explaining the effective number of parties. The typology claims to make for a preface of an empirical theory of party competition focussing on the interaction patterns and not on the number of parties. To a certain degree, the interaction patterns of parties depend on the number of parties. Hence, there is likely to be a positive relationship between the effective number of parties and the degree of confrontation. The interaction between parties and the electorate is reflected in the question of ideologization. It can be expected because of this that there is no statistical correlation between the average persistence of an issue-structure and both the effective number of parties and the quotient of position-issues divided by non-confrontational issues. In addition, the indicators are correlated with Lijphart's (1999) number of issue dimensions. The number of issue dimensions is a common measurement for analyzing the programmatic aspects of party competition. Taagepera (1999) takes it as a proxy for social heterogeneity in analyzing the effect of electoral systems. Much earlier, Taagepera and Grofman (1985) detected that the number of issue dimensions and the effective number of parties are directly linked to each other: The number of issue dimensions plus one equals the effective number of parties. In the multivariate analysis the number of issue dimensions is compared with the extent of confrontation. The extent of confrontation can be assumed to be proportional to the number of issue dimensions. The missing values for the CEE countries are constructed on the base of Rohrschneider and Whitefield (2009), who performed an elite survey concerning the relevant issue dimension in the CEE countries. Table 3 summarizes the results of the bivariate correlations. The results are listed for all countries, and separately for the OECD and the CEE states, because different patterns occur. They confirm the expectation that there is no statistical relationship between the degree of confrontation and the stability of the issue structure. The negative relationship for the CEE countries is only driven by Poland; so it should not be regarded as important. There is a highly positive correlation between the degree of confrontation and the extent of class-based competition among the OECD countries. But in the CEE countries, the relationship is not only reverse, but even stronger. The same applies to the signs in the correlation with Lijphart's number of issue dimensions, but neither is statistically significant. The expected positive relationship between the degree of confrontation and the effective number of parties can only be proven for the electoral arena (ENEP) but not for the parliamentarian one (ENPP). This makes sense because electoral systems can help to channel and moderate political conflicts by reducing the number of parties. Furthermore, this relationship only exists in the OECD world and not in the

CEE. The positive correlation between the issue dimension and both kinds of effective parties is very high. But, as before, this applies to the OECD countries. With the CEE states the relationship is even negative.

	Degree of Confrontation	Stability of Issue Structure in years	Extent of class based competition	Number of Issue Dimensions	ENEP_90	ENPP_90
Degree of Confrontation	1					
Stability of Issue Structure in years	ALL: 0.0738 OECD: 0.0714 CEE: -0.3963	1				
Extent of class based competition	ALL: 0.4241* OECD: 0.5803* CEE: -0.7145*	ALL: 0.2959 OECD: 0.1618 CEE: 0.3491	1			
Number of Issue Dimensions	ALL: 0.2149 OECD: 0.2760 CEE: -0.5025	ALL: 0.2586 OECD: 0.2258 CEE: 0.4548	ALL: 0.3164 OECD: 0.2623 CEE: 0.4290	1		
ENEP_90	ALL: 0.4381* OECD: 0.5279* CEE: 0.0647	ALL: 0.1234 OECD: 0.2115 CEE: -0.4220	ALL: 0.2773 OECD: 0.5371* CEE: 0.1823	ALL: 0.4489* OECD: 0.7192* CEE: -0.4458	1	
ENPP_90	ALL: 0.1675 OECD: 0.2541 CEE: -0.0297	ALL: 0.0606 OECD: 0.2277 CEE: -0.3080	ALL: -0.0026 OECD: 0.3739 CEE: 0.2273	ALL: 0.3782* OECD: 0.6848* CEE: -0.2934	ALL: 0.8662* OECD: 0.8618* CEE: 0.9653*	1
Annotation: "ALL" includes all countries classified into different party system types in chapter three (n=36); "OECD" includes all OECD countries of the classified party systems (n=26) (and hence not South Korea and Mexico); "CEE" includes all CEE countries of the classified party systems (n=10). * indicates a 0.05-level of statistical significance.						

**Table 20: Correlations with Effective Number of Parties**

Finally, a multivariate analysis gives us a deeper insight into the relationship between the issue-structure and the number of parties. The explanatory power in predicting the effective number of parties by using the indicator for the extent of confrontation is tested. The aim is not to develop a new model for analyzing the outcome of electoral systems. The aim is instead to examine the extent of confrontation as an explaining "x"-variable (Ganghof 2005).

The classical political science literature discusses two main approaches in predicting the effective number of parties: the first focuses on the electoral system (Hermens 1941; Duverger 1954), and the second (as already discussed above) on the cleavages or number of issue dimensions (Lijphart 1999; Taagepera and Grofman 1985). The influence of the electoral system is described by the effective threshold (Taagepera 1998: 401).<sup>17</sup> When considering electoral parties, it has to be kept in mind that only the psychological effects of the electoral system are caught.

<sup>17</sup> The formula is: Threshold = 0.75/(Average District Magnitude+1) (Taagepera 1998: 401). Data for the average district magnitude are taken from Nohlen (2007). Pappalardo (2007) has shown that other factors like assembly size can be neglected in analyzing the relationship between electoral systems and party systems. The threshold is a sufficient proxy for the electoral system. He shows that the continuing destructuring of the West European party systems has reduced the explanatory power of the electoral threshold in predicting the effective number of parties.

Scholars of electoral systems would refine the multivariate analysis by reconsidering indicators such as ethnic or social heterogeneity (Ordeshook and Shvetsova 1994; Amorin and Cox 1997; Clark and Golder 2006). But this is not in the focus of interest here. The hypothesis validity is tested for a new indicator. It is therefore sufficient to use the electoral threshold and the number of issue dimensions as control variables.

Table 9 summarizes the results of different OLS regressions on ENEP. The analysis has been done for three different groups: first, for all countries of the data set, second, only for the OECD countries except Japan, and third, only for those countries that are classified as having a typical class-based political confrontation. The bivariate correlations above suggest that the extent of confrontation only show a significant impact on ENPP in the OECD countries. Japan was excluded because it appears as a significant outlier. As expected, this leads to an impressive improvement in the OLS predictions. Because all of the excluded CEE countries are also countries with non-Marxist programmatic competition, it is finally tested whether the explanatory power continues to increase if only those countries with typical class-based patterns are analysed.<sup>18</sup> Theoretically, this would make sense because most predictions concerning the mechanics of party competition and the number of effective parties are made on the assumption of one-dimensionality. An impressive improvement of the adjusted R-square can in fact be reported when considering only the countries with typical class-based competition. By excluding the outlier Portugal, the explanation of variance in the ENEP increases to around 85%, combining the effective threshold, the number of issue dimensions, and the extent of confrontation as explaining factors.<sup>19</sup>

---

<sup>18</sup> The countries considered are Australia, Canada, Denmark, Finland, France, Great Britain, Ireland, Israel, Netherlands, New Zealand, Norway, Portugal, Sweden, Switzerland.

<sup>19</sup> In the model ENEP IX the threshold is not significant on the 5%-level, but it has a very low t-value of -2.16. Regarding the relatively low number of cases (14) the coefficient can be seen as meaningful.

Model	ENEP I	ENEP II	ENEP III	ENEP IV	ENEP V	ENEP VI	ENEP VII	ENEP VIII	ENEP IX
Group	ALL (n=33)			Western Countries (n=22)			Class Based Competition (n=14)		
Extent of Confrontation	0.2205** (0.067)	X	0.1956** (0.071)	0.2304** (0.065)	X	0.1538* (0.066)	0.1704** (0.055)	X	0.1086* (0.009)
Number of Issue Dimensions	X	0.5659 (0.300)	0.3049 (0.288)	X	1.1166** (0.309)	0.7614* (0.318)*	X	1.014** (0.221)	0.8032** (0.181)
Effective Threshold	-0.041** (0.134)	-0.0235 (0.017)	-0.0332* (0.015)	-0.0433** (0.138)	-0.0027 (0.017)	-0.1716 (0.0165)	-0.040** (0.116)	-0.0126 (0.011)	-0.0185 (0.009)
Intercept	4.145** (0.299)	3.345** (0.793)	3.454** (0.720)	4.0956** (0.324)	1.767** (0.868)	2.277* (0.812)	4.55** (0.338)	2.437** (0.641)	2.5830** (0.490)
Adjusted R <sup>2</sup>	0.3422**	0.2021**	0.3448**	0.4699**	0.4780**	0.5758**	0.5992**	0.7422**	0.8511**
Mean of VIF	1.01	1.26	1.29	1.01	1.54	1.70	1.00	1.40	1.43

**Table 21: Regression on ENEP**

Model	ENPP I	ENPP II	ENPP III	ENPP IV	ENPP V	ENPP VI	ENPP VII	ENPP VIII	ENPP IX
Group	ALL (n=33)			Western Countries (n=22)			Class Based Competition (n=14)		
Extent of Confrontation	0.1071 (0.067)	X	0.1008 (0.072)	0.1113 (0.059)	X	0.049 (0.062)	0.0741	X	0.0187 (0.053)
Number of Issue Dimensions	X	0.2111 (0.28)	0.0766 (0.291)	X	0.7333** (0.258)	0.6203 (0.297)	X	0.7557** (0.237)	0.7193* (0.268)
Effective Threshold	-0.0619 (0.013)**	-0.0549** (0.154)	-0.0598** (0.156)	-0.0563** (0.013)	-0.030* (0.0142)	-0.035* (0.155)	-0.0641** (0.013)	-0.0439** (0.118)	-0.0449** (0.0127)
Intercept	4.0915** (0.297)	3.861** (0.738)	3.9174** (0.728)	3.846** (0.294)	2.2025** (0.725)	2.3668** (0.760)	4.304** (0.381)	2.5178** (0.6914)	2.5429** (0.724)
Adjusted R <sup>2</sup>	0.3973**	0.3581**	0.3780**	0.4923**	0.5769**	0.5683**	0.6438**	0.7902**	0.7720**
Mean of VIF	1.01	1.26	1.29	1.01	1.54	1.70	1.00	1.40	1.43

Annotations to Table 9 & 10: Depended Variable in Table 21 is the effective number of electoral parties (ENEP), in Table 22 it is the effective number of parliamentary parties (ENPP). No values are computed for Flanders and Wallonia because of the special situation being part of Belgium. For the number of issue dimensions, no comparable data for Turkey is available. For the OECD countries the number of issue dimensions is taken from Lijphart (1999), for the CEE countries Rohrschneider/Whitefield (2009) is recoded: dimensions with values of 4 to 5 are coded as high salient, 1 to 4 as medium, 0 to 1 as irrelevant.

**Table 22: Regression on ENPP**

The model ENEP VIII considers only the number of issue dimensions and the effective threshold as explaining factors. As can be seen, the Lijphart-Taagepera-Grofmann law works fine within the group with class-based competition. It explains 74% of ENEP's variance with a coefficient of about one. Apart from this group, the explanatory power of the quotient of position-issues divided by the number of non-confrontational issues (extent of confrontation) is as high as the issue dimensions or even higher than reported for the OLS for all countries. For the latter group of countries, the number of issue dimensions is even insignificant. Across all groups, the extent of confrontation shows no multicollinearity with the effective threshold, as the variance inflation factor (VIF)<sup>20</sup> counteracts the number of issue dimensions, which shows a low level of multicollinearity. The sign of the extent of confrontation is always positive. This means the degree of consensus is inversely proportional to the number of parties. The result confirms the assumption underlying the typology: A polity that tends to ideologization can be moderated by elite consensus, even if there is a high number of effective parties.

Finally, the results concerning the effective number of parliamentary parties (ENPP) are discussed. The extent of confrontation should not highly correlate with the ENPP because electoral systems channel this confrontation and transform it onto the parliamentary arena. The influence of the effective threshold for the ENPP should be very high as a consequence. It is also worth mentioning that Taagepera and Grofman develop their argument by using the ENPP, not the ENEP. Thus, the number of issue dimensions explains the variance of the ENPP better than the ENEP. But as shown in Table 10, its contribution in predicting the ENPP in all countries is relatively small and insignificant. Due to the correlation with the effective threshold, it even shrinks the explained variance, as model ENPP II reveals. Better results are generated only by analyzing Western countries. The highest  $R^2$  is revealed for countries with class based competition. As hypothesized, the number of issue dimensions is a good predictor in countries with a typical class-based pattern, but not in the CEE countries and to a lesser extent in the Western countries as well if those without a typical class-based pattern are also included.

The multivariate analyses reveal that the extent of confrontation (or consensus) is a good predictor for the ENEP but not for the ENPP. It has its own explanatory power besides the electoral threshold and the number of issue dimensions. Moreover, the classification according to a typical class-based pattern of programmatic competition has been proved very useful in order to separate the cases into those which confirm the classical theoretical predictions made under the assumptions of one-

---

<sup>20</sup> A variance inflation factor higher than five indicates multicollinearity. It increases to the same extent to which the independent variable is statistically correlated with each other variable. Technically, in order to compute the variance inflation factor, regressions on each independent variable using all other independent variables are computed (Hamilton 2006: 211).

dimensionality, and those which do not. The hypotheses underlying the indicators of the party system typology presented in chapter three could not be falsified.

## **5. Conclusion**

In chapter two (Franzmann and Kaiser 2006) and three (Franzmann 2009), I present a new method for analyzing the CMP data. The main idea is to use dummy regression in order to identify the issue-characters for each single country and time period. This goes along with the development of a twelve-step approach for locating parties in policy space by removing all kinds of noise in the data. Thus, it is possible to determine left-right party positions in as many dimensions as a researcher believes to be necessary. The procedure of issue characterization itself serves to analyze the interaction pattern among party elites on the one hand and those between the elites and the electorate on the other hand. A new typology of party systems is proposed by referring to these interaction patterns. In a final step, party systems are classified whether they represent a one-dimensional class based programmatic competition or not.

In chapter four, I discuss face-, construct- and hypothesis-validity of these approaches in greater detail.<sup>21</sup> The chapter starts with an investigation of the theoretical arguments for and against different methods of generating left-right party positions. Most points of contention are not questions of right or wrong but of the adequacy for the theoretical assumptions being made. Advocates of an orthodox confrontational theory frequently neglect the aspect of existing valence and consensus issues and do not correct the raw data according to these considerations. Instead, they often propose to transform the data in order to interpret them as positional. Taking a salience theoretical viewpoint, this is problematic at times because such transformation procedures tend to correct data of things that are meaningful or even the most interesting feature.

Most critics use the original CMP RILE scale but not a dummy regression approach as proposed and presented by Franzmann and Kaiser (2006). The latter criticizes the RILE scale as being too rigid in the assumption of a one-dimensional left-right dimension independent of time and space. The inspection of the face validity of the dummy regression method reveals that a two-dimensional approach delivers excellent results in the OECD countries, as could be expected according to most recent theoretical writings on party competition. In a recent study analyzing extreme right party's electoral success, Spies and Franzmann (2009) have shown that using these two-dimensional data the mechanism of programmatic party competition can be better explained as using the one-dimensional left-right data.

---

<sup>21</sup> In a forthcoming article Dinas/Gemenis (2009) analyze the reability of the approach. Elsewhere Rohlfig (2010) has shown that using the Franzmann/Kaiser data for estimating the median-voter positions reveals better results than Warwick (2010) has generated using RILE. Warwick's conclusion of insufficient manifesto data in this article seems to be driven by neglecting other approaches than RILE for generating left-right party positions

I have shown that even in the CEE countries the dummy regression method achieves sufficient construct validity. This is remarkable because most other approaches cause serious problems when taking CEE countries into account. A comparison of the rigid RILE issue-structure with the country-specific one generated by dummy regression indicates that the RILE scale based on Marxist writing neglects issues of the New Politics dimension like environmental protection.

Finally, I have shown that the extent of confrontation, measured by the newly presented indicator as relation of position to non-confrontational issues, is a meaningful independent variable in explaining the effective number of electoral parties (ENEP). This is important because it confirms the hypothesis concerning the relationship between the extent of confrontation and the ENEP. Since no comparable data set exists so far for the country specific issue structures, testing the hypothesis validity remains the only chance to get an idea of the measurement quality. As a byproduct, I have shown that the formula of Taagepera and Grofman (1985) for predicting the effective number of parties is only true in case of unidimensionality.

Altogether, the different examinations of the dummy-regression approach's validity reveal that it provides credible data for both left-right party position and issue-characterizations. Further tests of validity can be done by including more countries in the tests presented above. The two-dimensional left-right scale can also be compared with expert data or other sources that cover more than the general left-right scale, but it must be said that only a few currently exist.<sup>22</sup>

The results presented in the last three chapters strengthen the arguments of those researches that favour alternative concepts of party competition to the traditional approach by Downs (1957). Such alternatives mainly refer to the concept of issue-ownership and the claim for including valence-issues (Stokes 1963; Budge and Farlie 1983; Petrocik 1996; van den Brug 2004). An increasing number of recently published articles affirms that issue-ownership is presumably more adequate to analyze party strategies and their electoral success than an orthodox Downsian framework (Valen and Narud 2007; Green-Pedersen 2007; Green 2007; Green and Hobolt 2008; van der Brug 2009; Bischoff 2005; Franzmann 2006). Despite this, one- and two-dimensional approaches dominate in analyzing party competition, and there is a lack of approaches providing an abstract framework for a general examination of the mechanics of party competition beyond dimensionality. The development of such a framework is the concern of the next chapter.

---

<sup>22</sup> Such a data set has been recently published by Lisbeth Hooghe. The data are based on expert surveys concerning the party competition in Europe.



<u>Election</u> Date	<u>CMP</u> Number	<u>Name</u>	<u>LR_uni</u>	<u>LR_eco</u>	<u>LR_soc</u>	<u>RILE</u>	<u>Mass</u> <u>Survey</u>	<u>ZA No.</u>	<u>Original</u> <u>Scale</u>
20.09.1992	83220	KK Secure Home	5.97	5.86	6.06	6.59		ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83320	ESDP Social Democratic Party	3.43	3.35	3.54	4.39	4.75	ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83410	Moodukad People's Party Moderates	4.62	4.31	4.88	4.49		ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83421	Rahvarinne Popular Front Coalition	5.18	5.48	4.85	5.02	5.34	ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83709	Isamaa Pro Patria Union	5.98	6.02	5.81	5.10	5.38	ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83711	ERSP National Independence Party	5.70	5.75	5.61	5.72	7.45	ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83712	EK Citizen Coalition	5.87	5.95	5.22	7.20		ZA2465	1 to 10
20.09.1992	83901	IR Independent Royalists	5.00	5.00	5.00	8.13	6.08	ZA2465	1 to 10
05.03.1995	83410	Moodukad People's Party Moderates	5.00	4.86	5.07	4.86		ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83411	Kesk Center Party	5.16	6.05	4.62	4.24	5.14	ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83430	ER Reform Party	6.55	6.71	6.34	5.64	6.77	ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83610	VKRE Republican and Conservatives People's Party	5.98	5.69	6.34	5.29	8.57	ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83710	IERSP Isamaa ERSP Coalition	7.00	7.12	6.30	5.46	6.73	ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83713	EKK Coalition Party	5.94	6.04	5.78	5.29	5.30	ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83719	KMÜ Coalition Party and Rural Union	6.00	6.36	5.65	5.29	4.95	ZA2816	1 to 10
05.03.1995	83951	NDE Our Home Estonia	3.34	3.33	3.34	4.31	3.83	ZA2816	1 to 10
07.03.1999	83410	Moodukad People's Party Moderates	4.90	5.10	4.60	4.49	5.66	ZA3791	1 to 10
07.03.1999	83411	Kesk Center Party	4.81	5.74	4.19	4.70	5.05	ZA3792	1 to 10
07.03.1999	83430	ER Reform Party	5.87	5.56	6.36	5.43	6.03	ZA3793	1 to 10
07.03.1999	83709	Isamaa Pro Patria Union	6.38	6.36	6.90	6.11	6.70	ZA3794	1 to 10
07.03.1999	83713	EKK Coalition Party	5.87	5.71	6.35	5.34	5.79	ZA3795	1 to 10
07.03.1999	83810	EME Country People's Party	5.30	5.26	5.34	4.37	5.03	ZA3796	1 to 10
07.03.1999	83952	EÜRP United People's Party	2.46	2.16	3.07	3.78	4.81	ZA3797	1 to 10
02.03.2003	83410	Moodukad People's Party Moderates	4.53	5.01	3.95	4.93	5.03	ZA4240	1 to 10
02.03.2003	83411	Kesk Center Party	4.46	5.42	3.76	5.04	4.46	ZA4241	1 to 10
02.03.2003	83430	ER Reform Party	5.20	4.40	6.38	5.19	5.47	ZA4242	1 to 10
02.03.2003	83611	ResP Union for the Republic - Res Publica	6.82	6.67	6.92	4.91	5.50	ZA4243	1 to 10
02.03.2003	83612	Rahvaliid People's Union	4.88	5.04	4.69	5.27	4.85	ZA4244	1 to 10
02.03.2003	83709	Isamaa Pro Patria Union	7.02	6.87	7.14	6.22	6.49	ZA4245	1 to 10

Annotation: Survey data were transformed to 0 to 10 scale.

**Appendix Table 23: Left-Right Estimations for Estonia**

*Chapter 4. Discussing the Validity of the Results of the Dummy-Regression Method.*

Election Date	CMP Ident No.	Name	<u>LR_uni</u>	<u>LR_eco</u>	<u>LR_soc</u>	<u>RILE</u>	<u>Survey</u>	<u>ZA-No.</u>	<u>Scale</u>
09.06.1990	82220	KSC Communist Party	3.42	2.53	3.91	4.12	2.19	ZA3648	1 to 10
09.06.1990	82410	OF Civic Forum	4.56	5.55	4.26	5.72		ZA3648	1 to 10
09.06.1990	82520	CSL People's Party	6.45	5.87	6.74	6.86	7.29	ZA3648	1 to 10
09.06.1990	82529	KDU Christian and Democratic Union	5.71	5.59	5.78	6.04		ZA3648	1 to 10
09.06.1990	82951	HSD-SMS Autonomous Democracy - Society for Moravia-Silesia	5.44	8.34	5.28	5.63	.	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82221	LB Left Bloc	3.97	2.96	4.50	5.64	2.19	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82320	CSSD Social Democratic Party	3.99	3.52	4.38	5.23	4.64	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82412	ODA Civic Democratic Alliance	5.59	6.16	4.99	5.60	6.78	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82413	ODS Civic Democratic Party	5.82	7.15	5.11	6.99	7.74	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82419	ODS-KDS Alliance	5.20	6.34	4.57	6.10		ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82420	LSU Liberal Social Union	4.68	4.58	4.78	5.10	4.71	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82521	KDS Christian Democratic Party	4.78	5.45	4.34	5.22		ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82523	KDU-CSL Alliance	5.22	5.04	5.38	5.00	7.29	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82710	SPR-RSC Coalition for the Republic - Republican Party	7.69	7.49	7.82	5.31	6.67	ZA3648	1 to 10
06.06.1992	82951	HSD-SMS Autonomous Democracy - Society for Moravia-Silesia	5.27	6.68	5.21	5.21	4.98	ZA3648	1 to 10
31.05.1996	82220	KSBM Communist Party	3.46	2.91	3.80	4.83	1.56	***	1 to 10
31.05.1996	82320	CSSD Social Democratic Party	4.26	4.24	4.23	5.01	4.44	***	1 to 10
31.05.1996	82412	ODA Civic Democratic Alliance	5.54	5.81	5.26	6.16	6.82	***	1 to 10
31.05.1996	82413	ODS Civic Democratic Party	5.81	7.04	5.11	5.88	7.53	***	1 to 10
31.05.1996	82523	KDU-CSL Alliance	5.29	5.34	5.22	5.28	6.15	***	1 to 10
31.05.1996	82710	SPR-RSC Coalition for the Republic - Republican Party	6.68	5.09	6.92	5.39	7.35	***	1 to 10
31.05.1996	82901	DZJ Movement of Pensioners for Life Securities	4.72	3.84	6.05	4.04	5.77	***	1 to 10
19.06.1998	82220	KSBM Communist Party	3.76	3.41	4.02	4.53	2.62	ZA3889	1 to 7
19.06.1998	82320	CSSD Social Democratic Party	4.35	4.58	4.10	5.01	4.68	ZA3889	1 to 7
19.06.1998	82413	ODS Civic Democratic Party	6.29	7.71	5.40	6.51	7.45	ZA3889	1 to 7
19.06.1998	82421	US Freedom Union	5.68	7.09	4.57	5.34	6.92	ZA3889	1 to 7
19.06.1998	82523	KDU-CSL Alliance	5.68	5.83	5.53	4.69	6.19	ZA3889	1 to 7
19.06.1998	82710	SPR-RSC Coalition for the Republic - Republican Party	5.67	2.69	6.02	5.04	6.35	ZA3889	1 to 7
19.06.1998	82901	DZJ Movement of Pensioners for Life Securities	5.25	5.21	5.46	6.31		ZA3889	1 to 7
14.06.2002	82220	KSBM Communist Party	4.18	3.83	4.46	4.27	2.34	ZA4240	1 to 10
14.06.2002	82320	CSSD Social Democratic Party	4.28	4.47	4.06	4.49	4.46	ZA4240	1 to 10
14.06.2002	82413	ODS Civic Democratic Party	6.56	8.64	5.34	7.00	7.20	ZA4240	1 to 10
14.06.2002	82524	Koalice Coalition	6.06	6.34	5.78	5.41	6.13	ZA4240	1 to 10

Annotation: \*\*\*: The results for the 1996 election are computed based on ZA3631, ZA3632, ZA3633. Mass Survey data were transformed to 0 to 10 scale.

**Appendix Table 24: Left-Right Estimations for Czech Republic.**

*S. Franzmann (2010): The Change of Ideology.*

Country	Number of Issue Dimensions <sup>5</sup>	ENEP <sup>6</sup>	ENPP <sup>6</sup>	ENEP_90 <sup>6</sup>	ENPP_90 <sup>6</sup>	Average District_Magnitude <sup>7</sup>	Effective Threshold <sup>8</sup>
Australia	1.5	2.845	2.481	3.132	2.368	1.00	37.50
Austria	1.5	2.760	2.515	3.474	3.138	4.20	14.42
Canada	1.5	3.169	2.356	3.920	2.610	1.00	37.50
Denmark	2.5	4.748	4.406	4.713	4.093	7.90	8.43
Finland	3.5	5.551	4.996	5.758	4.983	14.30	4.90
Flanders	3					7.50	
France	2.5	5.045	3.451	5.360	2.573	1.00	37.50
Germany	3	2.876	2.557	3.180	2.815	150.00	5.00
Great Britain	1.5	2.793	2.024	3.170	2.033	1.00	37.50
Greece	1.5	2.795	2.169	2.735	2.211	5.10	12.30
Iceland	2	3.927	3.687	3.993	3.723	6.30	10.27
Ireland	1.5	3.172	2.572	3.747	2.757	4.00	15.00
Israel	3	4.309	4.207	5.915	5.729	120.00	1.50
Italy	3	4.553	3.593	6.068	4.512	23.70	3.04
Japan	2.5	3.511	2.411	3.946	2.190	1.60	28.85
Luxembourg	2	3.731	3.395	4.672	4.117	15.00	4.69
Netherlands	3	4.727	3.764	5.070	3.940	150.00	0.67
New Zealand	1	2.752	2.180	3.674	2.818	60.00	5.00
Norway	3	4.133	3.547	5.284	4.585	8.30	8.06
Portugal	2.5	3.686	3.162	2.967	2.492	10.50	6.52
Spain	2.5	3.620	2.736	3.243	2.622	7.00	9.38
Sweden	2.5	3.631	3.381	4.302	3.910	10.70	6.41
Switzerland	3	5.543	4.447	6.193	5.133	3.30	1.00
Turkey		3.451	2.664	4.710	3.658		
USA	1	2.074	1.943	2.198	1.990	1.00	37.50
Wallonia	3					7.50	

**Appendix Table 25: Issue Dimensions, Effective Number of Parties and Effective Threshold in 25 OECD Countries**

*Chapter 4. Discussing the Validity of the Results of the Dummy-Regression Method.*

<u>Country</u>	<u>Number of Issue Dimensions<sup>5</sup></u>	<u>ENEP<sup>6</sup></u>	<u>ENPP<sup>6</sup></u>	<u>ENEP 90<sup>6</sup></u>	<u>ENPP 90<sup>6</sup></u>	<u>Average District Magnitude<sup>7</sup></u>	<u>Effective Threshold<sup>8</sup></u>
Bulgaria	2.5	2.654	2.586	2.654	2.586	240.00	4.00
Czech Republic	2	3.818	3.710	3.817	3.710	14.30	4.90
Estonia	2	5.320	5.000	5.320	4.999	9.20	7.35
Hungary	1.5	3.890	3.213	3.890	3.213	7.60	8.72
Latvia	1.5	5.785	5.788	5.785	5.785	20.00	5.00
Lithuania	2	3.690	3.120	3.687	3.119	1.95	25.42
Poland	1.5	5.813	5.190	5.813	5.189	11.20	6.15
Rumania	2.5	3.393	3.390	3.390	3.391	8.20	8.15
Slovakia	3	4.718	4.690	4.720	4.692	150.00	5.00
Slovenia	2	5.523	5.708	5.523	5.706	6.92	9.47

**Appendix Table 3b Issue Dimensions, Effective Number of Parties and Effective Threshold in 10 CEE countries**

Part II:

The  
Issue-Market

Teil II:

Der  
Issue-Markt



## **Chapter 5: Competition, Contest, and Cooperation: The Analytical Framework of the Issue-Market.**

### **Contents**

1. Introduction	146
2. Defining Party Competition	148
3. Conditions for Innovation	157
4. The Issue-Market (Market and Forum)	161
5. Institutional Constraints of (Incentives for) Innovation	167
6. Further Research	174

### **List of Figures**

Figure 15. Interaction Streams and the Direction of Competition within Party Systems	154
Figure 16. Preconditions for a Workable Party Competition	160
Figure 17. The Issue-Market	164
Figure 18. The Theoretical Micro-Macro Link between Party Competition, Institutional Veto-Points and Innovation	169
Figure 19. Veto-Points and Their Impact on Party Goals and Incentives for Innovations	171





## **1. Introduction<sup>1</sup>**

Even though party competition is widely regarded as the most crucial element of democracy, it is rarely analysed in political science literature. In the recently published Handbook of Party Politics (Katz and Crotty, 2006) there is no separate entry on ‘party competition’. This is surprising, given that one would expect the importance of political systems and of party systems in particular, to have been well-conceptualized and found in every definitive textbook on party politics.

The objective of this article is twofold; firstly, to define party competition, and secondly, to provide a framework to analyse patterns of interaction in contemporary party systems, in particular as they relate to the creation of innovation by competition.

The point of reference for this entire argument is based on two articles by Stefano Bartolini (1999, 2000) named Collusion, Competition and Democracy Part 1 & 2. These two parts, together with the writings of Kaare Strøm (1989, 1992), provide a rare analytic representation of the whole concept of competition. Without doubt, Bartolini has completed a thorough analysis by identifying four independent dimensions of competition in relation to democracy: ‘contestability’ (conditions of entry), ‘availability’ (demand’s elasticity), ‘decidability’ (the political offer), and ‘vulnerability’ (incumbents’ safety to tenure). Together, these four dimensions guarantee a democratic competition that evokes responsiveness and accountability. The maximisation of only one of these dimensions will lead to dysfunctional competition.

The essential aspects of this article present an extension, as well as advancement, of this comprehensive concept. However, four major distinctions will be made. Firstly, the analytical micro-macro link of democratic competition will be developed. Bartolini has failed to address this point. When Bartolini (1999: 436) stated, that ‘the opposite of competition is collusion’, he was referring to the analytical macro-level. Later on, he deliberates on the types of interaction by adopting Simmel’s (1908) ideas. One of these types is called ‘competition’, but this is at the analytical micro-level. This is problematic, because using the same term for two different levels bears the danger of intellectual confusion. However, this article will show that the differentiation between the macro and the micro-level is not only useful for clarifying the line of argumentation, but it is also more accurate to what Simmel had originally argued. I will propose to continue calling the macro-level phenomenon ‘competition’, in the sense of its

---

<sup>1</sup> I gratefully acknowledge the comments of André Kaiser, Michael Koss, Daniel Taras and Christina Zuber on earlier versions of this chapter.

being an institution, while referring to the type of interaction at the micro-level will be called as a 'contest'. The institution of competition thus contains both contest and cooperation, with cooperation being seen as an essential part of competition. Collusion is still the opposite of competition, but in the case of collusion, cooperation and contest are exploited in order to annul competition.

Secondly, it will be shown that producing innovation is one of the essential tasks of competition. Bartolini concentrates on responsiveness, yet he neglects an analysis of innovation. Therefore, additional dimensions must be identified in order to guarantee a workable political competition must be identified. Probably the most important condition is the existence of programmatic heterogeneity. Programmatic heterogeneity is not only a necessary condition for innovation, but also for decidability, which is itself a necessary condition for responsiveness.

An introduction of the concept of innovation regarding the work of Bartolini solves a logical problem which Pappi (2000) has identified. Bartolini, like Schumpeter, sees the voters' preferences as being shaped by politicians. If parties both respond to and shape voters' preferences, then they are responsive to their own preferences. By introducing innovation, the whole framework becomes dynamic. To a certain degree, parties can shape voters' preferences, but they also have to consider possible future preferences. In the next election, the prospective voter will applaud parties which have presented successful innovations and punish those that have not.

Thirdly, in using this dynamic perspective, the concept of political competition cannot then be as distinctly divided from economic competition as Bartolini has claimed it to be. It is natural to refute a simple analogy between political and economic competition. Nevertheless, according to von Hayek (1968), political and economic competition can be interpreted as a 'discovery procedure'. Furthermore, both political and economic competition follows a similar mechanism, in that units on the supply side, such as parties or enterprises, can choose between contest and cooperation with their rivals. Conversely, it is still important to note that political and economic competition are similar, but not the same. According to Elster (1986), political competition takes place not only in a market, but also in a forum. The forum is the place of deliberation, but it is not an endless deliberation. An election sets an end to the moment of the discussion. It guarantees an efficient allocation of voters' preferences to the programmatic offers of parties. In sum, I would term the entire analytical framework an 'issue-market'. Parties represent and put forward different issues. The main task of the issue-

market is to transform the existing societal heterogeneity of preferences into represented heterogeneity.

Fourthly, this process of heterogeneity-transformation is one of the decisive elements for producing innovation. Parties specialize in representative areas of the issue-market due to their origins in different classes and milieus. The more parties within the same system that are oriented towards policy seeking, the more the societal heterogeneity is translated into programmatic heterogeneity. This heterogeneity provides the basis for possible innovations. Institutional veto points can modify the calculus of the parties. There exist veto points in favour of policy-seeking and against it. In the same way, the possibility of innovations is increased or decreased. In particular, highly heterogeneous societies tend to institutionalize veto points to dampen heterogeneity. Combined with the principle of competition, these veto points define the logic of situation, in which parties are not limited to the choice between cooperation and contest, but may also choose negotiation.

The article begins with a proposal of how to define competition. The definition is oriented towards the analytical micro-macro view. It will be proposed that competition, as an institution, defines logic of situation, in which parties can choose between cooperation and contest. It will be shown how the differentiation between competition and contest can be fruitfully used to explain patterns of collusion and competition. This example uses Sartori's thesis (1976) regarding the origin of centrifugal and centripetal competition as logic of aggregation.

Furthermore, the conditions for innovations within political competition will be discussed. This view will be extended by showing how these conditions can take place on the 'issue-market'. On these issue-markets, parties follow their self-appointed goals, which can be classified as policy-, office- and vote-seeking (Strøm 1990). In conclusion, it will then be hypothesized how institutional veto points (Kaiser 1997) affect these party-goals and the incentives for creating innovations on issue-markets<sup>2</sup>.

With this framework, existing gaps between 'economic' and 'non-economic' approaches of party competition should be resolved. The results should be of interest not only for scholars interested in party politics, but also for the comparative studies of institutions in contemporary democracies and game-theoretic modelling.

## **2. Defining Party Competition**

---

<sup>2</sup> For sure, there are other sources for political innovations than the issue-market. It can be thought of as administration or supranational organizations. Here I want to concentrate on the "democratic" source of programmatic innovations. They are constituted by elections, and I propose to analyse it as an issue-market.

In this section, I will discuss how to define competition, and party competition in particular. By referring to Bartolini (1999; 2000), the proposed definition utilises the theory of types of interactions formulated by Simmel (1908). It will identify the logic of situation, which all competitive political systems have in common.

In order to define party competition, we first need a clear understanding of competition in general. Surprisingly, the term competition is often used but rarely defined, even in the field of economics. Within the political and economic debate, there is rarely a clear distinction between the institutional framework that allows competition and the situation in which people compete. In such cases, the term competition refers to both, and its meaning is reduced to the existence of the situation of competition while neglecting the framework for it. Indeed, we can find this abridged understanding in many applications of the Downsian theory in politics. So far, I do agree with Bartolini's critics concerning the use of an economic analogue to describe political competition. However, even in economics, this understanding is insufficient, and especially so for the analysis of dynamic processes in the tradition of von Hayek's (1968) 'competition as a discovery procedure'.

In his seminal work, Parties and Party Systems, Sartori has recognised that the English term "competition" implicitly has two meanings: '(i) competition and (ii) competitiveness. Competition is a structure or a rule of the game. Competitiveness is a particular state of the game' (Sartori 1976: 218).

Sartori proposed this differentiation in order to determine an optimal degree of competition. Bartolini (1999, 2000) lists conditions which are necessary to reach an optimal degree of competition, but unfortunately, he misses Sartori's differentiation. He defines competition as 'a social relationship characterized by a system of interaction among consciously rival autonomous actors' (Bartolini 1999: 438). However, what is lacking is the insight that competition can be understood as a rule of a game. By reintroducing this differentiation in to Bartolini's framework, and adding to it the possibility of cooperation, most of its problems will be solved.

Bartolini's theory (1999: 439) is abstractly built on four main types of interaction: competition, cooperation, negotiation, and conflict.<sup>3</sup>

Bartolini (1999: 438) reduces the framework of competition to the interaction type of competition.<sup>4</sup> Nevertheless, even a careful reading of Simmel's work suggests the opposite;

---

<sup>3</sup> You can find the discussion of the relationship between these four types of interactions in Bartolini (1999: 438-50).

<sup>4</sup> The reason for this could be a mistake in translation caused in the old language style of Simmel. In the German language, it is possible to distinguish "Wettbewerb" from "Konkurrenz". Unfortunately, both terms were

he distinguishes between the type of interaction on the one hand, and the rule of the game on the other (Simmel 1908: 220-22). He uses Konkurrenz to define the type of interaction and Wettbewerb to describe the rule of the game. We need a similar differentiation in English political science terminology.

The term 'competitiveness' appears inappropriate as it is reserved for the ability or the inclination to participate in competition. I would like to suggest the term 'contest'; competition and contest are often considered synonymous, however, contest describes a situation where there is a clear winner. Furthermore, the noun 'contestability' is adopted in Bartolini's conditions for competition. A literal understanding would evoke 'contestability' as 'the ability of a single party to contest'. Thus, we have to define the interaction forms as contest, cooperation, negotiation and conflict. Therefore, I propose to define competition as Sartori (1976) does, that is, as a rule of a game that allows both interaction forms: contest and cooperation.<sup>5</sup> While contest is understood as an antonym for cooperation, competition is understood as an antonym for collusion. For standard textbooks such as Ware (1996) or Pennings/Lane (1998), which describe party competition as instead being about competition and cooperation, I would like to suggest party competition as being about contest and cooperation instead. Later on I will demonstrate that this is not only a question of semantics, but also of a careful differentiation of analytical levels.

To illustrate that both cooperation and contest are part of the concept of competition, Simmel (1908: 242) provides an example using British politics from approximately a hundred years ago. Opposition in the Houses was often formed by the cooperation of the two biggest opponents. For instance, the Ultra-Whigs and the Tories cooperated to overthrow a minister of

---

translated with the term "competition" in English and in an analogous way in other languages. Even in the spoken language of the southern parts of Germany "Wettbewerb" and "Konkurrenz" are seen as synonyms. However, "Wettbewerb" is generally more often used in the sense of a rule of a game while "Konkurrenz" is the interaction form described by Simmel. The translation fault is best seen in a section from Bartolini (1999: 441). He cited: "from the standpoint of society [competition] (sic!) offers subjective motives as the means of producing objective parties (...)" (Simmel 1955: 59). In the original German text it is written (Simmel 1908 217): "Darin liegt nun der ungeheure Wert der Konkurrenz für den sozialen Kreis, falls die Konkurrenten von einem solchen umfaßt sind. Während die anderen Kampftypen: bei denen entweder der Kampfpreis ursprünglich sich in den Händen der einen Partei befindet, oder wo die subjektive Feindseligkeit und nicht der Gewinn eines Preises das Kampfmotiv bildet - während diese Typen die Werte und Kräfte der Kämpfer sich gegenseitig verzehren lassen, und als Resultat für die Gesamtheit oft nur das verbleibt, was die einfache Subtraktion der schwächeren Kraft von der stärkeren übrig läßt, wirkt umgekehrt die Konkurrenz, wo sie sich von der Beimischung der anderen Kampfformen frei hält, durch ihre unvergleichliche Kombination meistens wertsteigernd: da sie, vom Standpunkt der Gruppe aus gesehen, subjektive Motive als Mittel darbietet, um objektive soziale Werte zu erzeugen und, vom Standpunkt der Partei, die Produktion des objektiv Wertvollen als Mittel benutzt, um subjektive Befriedigungen zu gewinnen." Obviously, Simmel uses the expression „Konkurrenz“ as a special form of „Kampf“ which can best be translated as “fight” or “struggle.” Therefore, in an orthodox interpretation of Simmel's work, those interactions are called “Konkurrenz” which are the special type of fight that helps create a social value by the unified goals of the participating actors. In my view, this meaning is better preserved by “contest” than by “competition”

<sup>5</sup> This interpretation can be found in modern considerations of economic competition.

the Whigs. The view of the Ultra-Whigs was that the minister made too many compromises, and in the view of the Tories, he was generally disliked. The unifying aspect for these two rival groups was the overthrow of the minister.

In abstract terms, cooperation and negotiation are pure principles of actions of solidarity, while contest and conflict are pure principles 'of individualistic action' (Bartolini 1999: 439-444). What conflict and negotiation have in common is their common occurrence when the outlook of the actors differs. The difference between the two is that, with conflict, the damage of the opponent is part of the calculus, and in the case of negotiation, it is not.

Contest and cooperation are more efficient types of action. In both cases, the actors' goals are similar. However, in the case of cooperation, actors share information and resources. In the case of contest, they do not. Due to the similarity of the actors' goals, not many resources are needed to establish interaction. Actors can concentrate their resources accordingly toward their goals. Competition, as an institution, unifies the actors' goals in order to favour the 'efficient' types of interaction, contest and cooperation. Therefore, it is necessary to formulate rules that unify the diverging goals of the participants. This can be done by offering a reward attractive to nearly all involved.

Based on the above discussion, I would propose the following definition of competition:

**§1: Competition is an institution that constrains the room to manoeuvre of participating actors, such that, in order to attain their goals, actors have two strategic options: (1) contest, and (2) cooperation. The goals competitors want to attain are unified by an offered reward. The attainment of a certain goal by one actor restricts the degree to which the other actors can obtain this goal. This phenomenon can be called scarcity.**

According to this definition, competition is superior to the types of interaction, contest and cooperation. Competition without cooperation will lead to suboptimal results due to the lack of informational exchange. Only in the case of perfect information is cooperation unnecessary. However, perfect information only exists in theoretical models, and not in the practical world.

The importance of the 'reward' to be offered is formulated by both von Hayek (1952) and Simmel (1908). Von Hayek (1946) emphasises that competition exists whenever a person seeks to win something another person seeks to win simultaneously. In Simmel's view, the 'reward' helps to create the social capsule in which competition will evolve and produce its desired societal outcomes. The social purpose of competition is to produce additional benefits for a third party that does not participate in the competition (Simmel 1908: 214-15). For this

to happen, there needs to be a link between the subjective individual calculus of the competitors and the objective needs of the third party. This link is built by offering a special reward. This reward unifies the subjective goals the competitors seek to attain. Therefore, they are forced to cooperate or to contest as prescribed by the person or the institution who has posted the reward. In the process of doing so, the competitors produce welfare without caring about welfare (Bartolini 1999: 441). The more similar and homogenous the competitors and the third parties are, the more this is realised. Especially in a representative democracy, where the competing actors should nearly represent the whole electorate, a nearly homogenous society guarantees that even those who originally favour the later losers, profit from the whole competition. The homogeneity results in the winner also unintentionally improving to a certain degree the situation of the losers. As Simmel has described it, the starting point of modern politics was the union of England and Scotland. The (new) possibility of the continuance of two churches within one polity enabled the development of one unified state. The separation of religion and state in a relatively homogenous society creates the opportunity to form coalitions based solely on political interests instead of religious alignments, because the relevant political actors belonged to a wide variety of religious groups. Although the interest-specific antagonism is high, the competing parties are similar enough to accept the legitimacy of each other (Simmel 1908: 324).

It is obvious that without scarcity there can be no competition. If the goal-attainment of one competitor neither affects the goal attainment of his rivals nor excludes them from the reward, there can be no competition (Simmel 1908: 221-22). Furthermore, if the competitors do not have the possibility to contest, that is, if they are coerced to cooperate, no competition can be observed. One could think of a situation where scarcity exists, but because potential rivals cooperate for reasons of solidarity, the goal attainment of one competitor does not affect the goal attainment of the others. The primacy of solidarity and equality is not only a question of ideology, but is necessary in a state of emergency where one individual's goal-seeking would harm the welfare of all.

In the political sphere, the institutional framework is based on constitutional, electoral, or common law. The institutionally offered reward is political power gained through office. Furthermore, in representative democracies, representation of the *Demos* is offered as a reward. Parties have to contest or cooperate to gain votes and power. Party competition can exist even where significant sections of the population are excluded from suffrage. On the other hand, the existence of differing parties is not a necessary condition for party

competition. One need only recall the party systems of the former communist regimes where all parties were forced to cooperate.

According to the above discussion, party competition can thus be explicitly defined as follows:

**§2: Party Competition is an institution in which parties strategically cooperate or contest as political actors to gain political power.**

The difference between this definition and that proposed by Bartolini (1999, 2000) is that in the former, both contest and cooperation are elements of political competition. Bartolini (1999: 443-45) acknowledges that cooperation is also based on the seeking of similar goals. Additionally, he recognizes that cooperation and negotiation are necessary functions of politics that contribute to social welfare, but surprisingly, he neglects the fact that cooperation may be integral to competition (Bartolini 2000: 63). In the proposed definition, a clear distinction between the macro-level and the micro-level is outlined. Competition is a phenomenon at the macro-level which defines a special logic of situation for the competing actors. The choice between cooperation and contest is the common principle for all actors in competitive polities. In fact, within most polities, not only cooperation and contest can be observed, but also negotiation. Negotiation is introduced by institutional veto points. The principle of competition is added by the principles of minority protection or by the principles of checks and balances. This can be seen as necessary in order to stabilise highly heterogeneous societies. We will see later how different veto points typically define different logics of situation and affect incentives for innovations.

I have already discussed several advantages of viewing competition as a structure rather than as a type of interaction. This definition is compatible with Keman's (1997: 85) understanding of a party system: 'a party system can be identified by a number of specific (national) features that consist of a set of 'rules' directing the patterns of interaction.' As for competitive party systems, I define them as systems where cooperation and contest are the decisive patterns of interaction. Keman (1997: 85) continues:

'In short a party system is a set of properties which define the institutional context of party actions. The organization and working of a party system is thus a set of formal and informal rules that direct and influence the room to manoeuvre of political parties.'

Bearing in mind both Kemans' definition of party systems and my definition of party competition, the usefulness of the differentiation between contest and competition can be illustrated by the results presented in figure one.



The figure addresses the 'old' Sartori question (1976) concerning the relationship between the possible types of interactions and the direction of competition. It is the question of how the format of a party system links to its mechanic.

<b><u>Number of Parties (interaction streams)</u></b>	<b><u>Micro-Level: Possible Patterns of Interaction</u></b>	<b><u>Macro-Result: Competition/Collusion</u></b>	<b><u>Direction of Competition</u></b>
2 (1)	→ contest → cooperation	→ competition → collusion	Centripetal None, Cartelisation
3 (3)	→contest all →contest one, cooperate one →cooperate with all	→ competition → competition or collusion → collusion	Centripetal Centripetal None, Cartelisation
4 (6)	→ contest all → contest two, cooperate one → contest one, cooperate two → cooperate with all	→ competition → more likely competition → more likely collusion → collusion	Centripetal Centripetal Centripetal or centrifugal <sup>1, 2, 3</sup> None, Cartelisation
5 (10)	→ contest all → contest three, cooperate one → contest two, cooperate two → contest one, cooperate three → cooperate with all	→ competition → competition → more likely competition → more likely collusion → collusion	Centripetal Centripetal Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> None or centripetal <sup>2, 3</sup> None, Cartelisation
6 (15)	→ contest all → contest four, cooperate one → contest three, cooperate two → contest two, cooperate three → contest one, cooperate four → cooperate with all	→ competition → competition → more likely competition → more likely collusion → collusion → collusion	Centripetal Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> None or centripetal <sup>2, 3</sup> None, Cartelisation
7 (21)	→ contest all → contest five, cooperate one → contest four, cooperate two → contest three, cooperate three → contest two, cooperate four → contest one, cooperate five → cooperate with all	→ competition → competition → competition → more likely competition → more likely collusion → collusion → collusion	Centripetal Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> Centripetal or centrifugal <sup>1</sup> None, centripetal or centrifugal <sup>1, 2, 3</sup> None or centripetal <sup>2, 3</sup> None, Cartelisation
<b>Annotations</b>	<sup>1</sup> If a centre coalition is confronted with two relative anti-system-parties from different party camps, a centrifugal competition can occur. According to Sartori (1976), it is assumed that unilateral opposition corresponds with bipolar or centripetal competition. <sup>2</sup> If only the largest party is excluded from cooperation, we can observe collusion but simultaneously a centripetal competition between the largest party and the coalitions of the parties. <sup>3</sup> If only one party or two small parties are excluded from cooperation, the other competitors can build up a cartel.		

**Figure 15: Interaction streams and the direction of competition within party systems**

The possible interaction streams are the starting point. As the number of relevant parties increases, so too the number of interaction streams. Each party can choose between contest and cooperation as types of interaction. For simplification, veto points that favour negotiation and considerations regarding why parties do cooperate or contest, that is, the logic of selection, are left out at this point. Each interaction is symmetric, because cooperation is only possible with the agreement of the partner. Thus, it suffices to imagine a representative party to deduce the theoretical consequence at the macro-level. The choices made at the micro-level determine whether competition or collusion can be observed at the macro-level. As logic of aggregation, Sartori's hypothesis regarding the conditions for centrifugal and centripetal competition is utilised. The easiest case is a two-party system. Either all parties decide to contest, and a workable competitive party system results, or all parties decide to cooperate, and collusion is the outcome. The causal relation between cooperation and collusion is, that in case all parties cooperate with each other, the electorate has neither a choice between offers that are in a sufficient way different nor the possibility to punish parties being irresponsive to their demands. Competition is then no longer an instrument for guaranteeing the benefit of a third party, i.e. the electorate. According to Katz/Mair (1995) I interpret collusion as a state with no direction of competition caused by the successful cartelisation of the party system. As the number of parties increase, the range of possible outcomes increases too, but the pattern still remains the same. When more parties decide to cooperate, the probability that collusion will occur increases, and when more parties decide to contest, the probability that competition will occur rises. What we do not know at this stage is whether the direction of this party competition is centrifugal or centripetal. According to Sartori (1976), it is assumed that unilateral opposition corresponds to bipolar or centripetal competition. The decisive factor for whether a party is seen as a potential partner for cooperation is its relative anti-system-ness (Capoccia 2002). While Sartori only addresses totalitarian parties, Capoccia has presented a further development. He emphasises that not only the ideology but also the ideological distance of the parties from one another defines whether a party is seen as an 'outlaw' or not (Capoccia 2002: 10). For the purposes of this paper, this can be understood in the following way; a party with a significant distance from its rivals has no incentive to cooperate with them. If a centre coalition is confronted with two relative anti-system-parties belonging to different party camps – one from the ideological right and one from the ideological left, then a centrifugal competition can occur. As can be seen in figure one, such centrifugal competition is theoretically possible with four parties or more, and with six parties or more, it is likely to occur.

Up to this point we have analyzed the direction of competition. What we have not yet discussed is the intensity of competition.

The link between the intensity of competition and strategic behavior is given by the phenomenon of scarcity. The scarcer the desired good is, the higher the probability is that an actor cannot reach his aims, and the higher the degree of competition is. Parties as strategic actors seek self-chosen combinations of policy-, office-, and vote-seeking. This is their logic of selection. Their calculus is restricted by political institutions which provide different incentives for the parties (Strom/Müller 1999). Therefore, we can hypothesize that institutions not only structure the patterns of competition but also its intensity. In the end, the intensity depends on the similarity of the strategic goals of the parties. Theoretically, it is possible that two parties with almost completely different policy aims would not be in competition with the other, because they would not be fighting for the same voters, or because both would be seeking to reach totally different aims. In politics, this could be a situation involving a perfect vote-seeker and an office-seeker. We can expect the highest degree of competition in a situation where the competitors seek very similar aims.

To conclude we can define the intensity of party competition as follows:

**§ 3: The intensity of party competition is the aggregated probability that political actors cannot fulfill their self chosen goals. The intensity of competition mainly depends on the scarcity of the offered reward and the subjectively chosen aims of the actors within the given framework of competition.**

Note that this definition contradicts to a certain extent the assumptions made by Strøm (1990). He claims that under plurality vote systems vote-seeking incentives increase when electoral competitiveness increases. According to the definition of competitiveness presented above the causal relationship is the other way round: Because of the existence of two vote-seeking parties an increase of electoral competitiveness can be observed. In case you have one vote-seeking party and one office-seeking party, parties are very likely to collude. Thus electoral competitiveness is low even in the case of a plurality vote. The vote-seeking party will be the dominant party. The dominant party could protect its dominant position by offering the office-seeking party the formation of an oversized coalition. Then the office-seeking will not modify its strategy towards vote-seeking and resists in office-seeking. Consequently, the party system remains in an dysfunctional equilibrium characterized by collusion.

I would like to emphasise that this does not imply that greater competition equals greater contest. As Bartolini pointed out, the outcome of a situation of perfect competition is theoretically the same as the outcome of a situation of perfect collusion (2000). It is not

known how the actors will behave. What we can expect is that they employ greater efforts towards creating innovations in view of a potentially increasing intensity of competition.

### **3. Conditions for Innovation**

In the previous section, we have defined the phenomenon of competition. The relationship between the macro and micro-level analyses of competition has been clarified. The essential principles of competition involve ways of interaction, contest and cooperation. Negotiation and conflict are not part of a 'pure' competitive institution. However, what needs to be clarified are the conditions necessary to guarantee a competition that delivers the desired societal effects. Accountability and innovation are the desired effects of competition. Bartolini (1999) concentrates on accountability and responsiveness, but his static approach neglects the importance of innovations created by competition. We will discuss the conditions for innovation after focusing on the conditions required for responsiveness and accountability.

Bartolini identifies four conditions that must be fulfilled simultaneously 'to grant the unintended value of political responsiveness'. These four conditions are '(1) electoral contestability; (2) electoral availability of the voters; (3) decidability of the electoral or policy offer; and (4) electoral vulnerability of the incumbents' (Bartolini 1999: 454-55). It is not the maximisation of one of these conditions that is necessary to guarantee responsiveness and accountability, but rather the simultaneous realisation of all of them. Bartolini claims that this is the decisive difference to economic competition. Nevertheless, these four conditions are compatible with economic theory. Contestability is a necessary condition in the sphere of economic competition, the abstraction of electoral availability is also seen in the economic analogy of the elasticity of demand. The offered good must be distinguishable, and finally, the supplier firms must be receptive to changes of consumer behaviour. As we can see, political and economic competition alike share the principles of contest and cooperation. However, I agree with Bartolini and other authors that there is no simple analogy between them. In the following, I will concentrate on the aspects that distinguish political from economic competition.

According to traditional functionalism, one of the central functions of political competition is to create innovation (Lowi 1963; Lehbruch 1976). Therefore, if a dynamic theory of party competition, as seen in Schumpeter (1942) or von Hayek (1952, 1968), is to be formulated, this theory should focus on states of disequilibria evoked by innovations. Unfortunately, Bartolini says nothing about the conditions for creating innovation. We are indebted to Lowi (1963: 570) for his insight, that in political systems, stability and equilibrium are created by a

process of continuous adjustment. Therefore, it is impossible for an eternal status quo to exist in a free and dynamic society. We find the same idea reflected in the writings of Gordon Smith (1989) who describes the phenomenon of a 'core persistence' of a party system during a time of change.

The political system is kept in a state of continuous evolution through innovations. Due to their special relationship with the electorate, parties are responsible for fulfilling this function of evolution (Lowi 1963: 581-82).

Innovation and the consequence of evolution do not stem from nothing. Each innovation has its own history. An actor can successfully react or not react to changing circumstances if she has or has not developed the first appendages of the adoption strategy of the past. Heterogeneous actors are therefore essential for evolution. In the case of total homogeneity, the likelihood is very high that no party is able to find solutions for new problems. Within politics, the representation of different social classes and milieus provides this necessary heterogeneity. On the one hand, heterogeneity is necessary for creating innovation. On the other hand, as been mentioned in the former paragraph, the more homogenous the society is, the more that desired societal benefits are created through competition. Each polity is confronted with this tension between homogeneity and heterogeneity. Most institutional frameworks within the political sphere are actively trying to develop this balance between homogeneity and heterogeneity. This can be seen especially within consociational democracies. A maximisation of complete social heterogeneity would bear the danger of a collapsed polity.

Competition and innovation are not solely initiated by exogenous effects. According to Schumpeter (1942), competition evokes a process in itself. Party elites, interpreted as entrepreneurs, play an important role in shaping the creative processes of competition. If the actions of one competitor are successful, rivals will imitate or create another successful type of action (Prisching 1995). Consequently, new constellations are being permanently created that do not evolve into positions of equilibrium. It is, in particular, these factors that are often characterised as symptoms of the imperfection of competition, which constitute the competitive process. Neoclassical and Downsian conditions for competition, in a perfect world, are those which cease all competitive activity creating innovation in the real world (Heuß 1980: 681). We should reconsider the conditions causing these permanent disequilibria in a situation of stable creative competition. In short, in addition to Bartolini's dimensions for a workable competition, there are four conditions that are needed to fulfil the function of the evolution and the innovation of a party system through competition. Firstly, similar to the

contestability concept proposed by Bartolini, freedom is required in order for a person to undergo a processes of innovation. Secondly, party system development through competition is only possible with a certain degree of uncertainty. Thirdly, heterogeneity is needed; with the existence of perfect homogeneity there can be no competition that will bring the best offers to the surface. Fourthly, a delayed reaction rate is important.

Contestability is the linking factor between the purposes of party competition. It is a condition for both responsiveness and innovation. Contestability entails that parties can be founded freely and can take part in electoral competition. If this condition is fulfilled, parties are free to choose with whom they cooperate or contest. Contestability is a necessary condition for creating heterogeneity. Parties need both resources and freedom in order to be able to formulate their own manifestos. Heterogeneity itself is a necessary but in sufficient condition for innovation. At the macro level, the existence of homogenous manifestos reduces the possibility of innovation taking place through party competition. Conversely, heterogeneity is directly linked to Bartolini's concept of decidability and hence to the concept of responsiveness. Voters will be able to make the necessary distinctions between parties, only when the parties have sufficiently heterogeneous manifestos.

A situation of perfect information is not normally observed in reality. Theoretically, the existence of uncertainty of both voters' and competitors' preferences is a sufficient condition for innovation. Parties must come up with novel ideas to solve recent problems, or they need to attract voters with methods that are different from those commonly employed by their competitors. Parties do not know how the voter will react, in particular, in response to a newly formulated manifesto. In a world of perfect information, competition would be substituted by administrative delegation. In a world of uncertainty, political competition is a process of trial and error. Parties are vulnerable to making wrong decisions and to failing to meet voters' demands completely, but they will make progress when, through these discovery processes, they identify the electorate's needs faster than their rivals.

Finally, the delayed reaction rate is an important condition for workable competition. The prospect of gaining votes by being the first party to develop ingenuity is the decisive incentive to create innovations. However, if a competitor were to copy the innovation, the innovator would have no incentive to innovate. Slow reaction rates and uncertainty exist in politics in particular. Only the election result can tell us if an innovation was successful; and even if we can observe the election results, it is still not a clear indicator of why voters voted for a certain party.

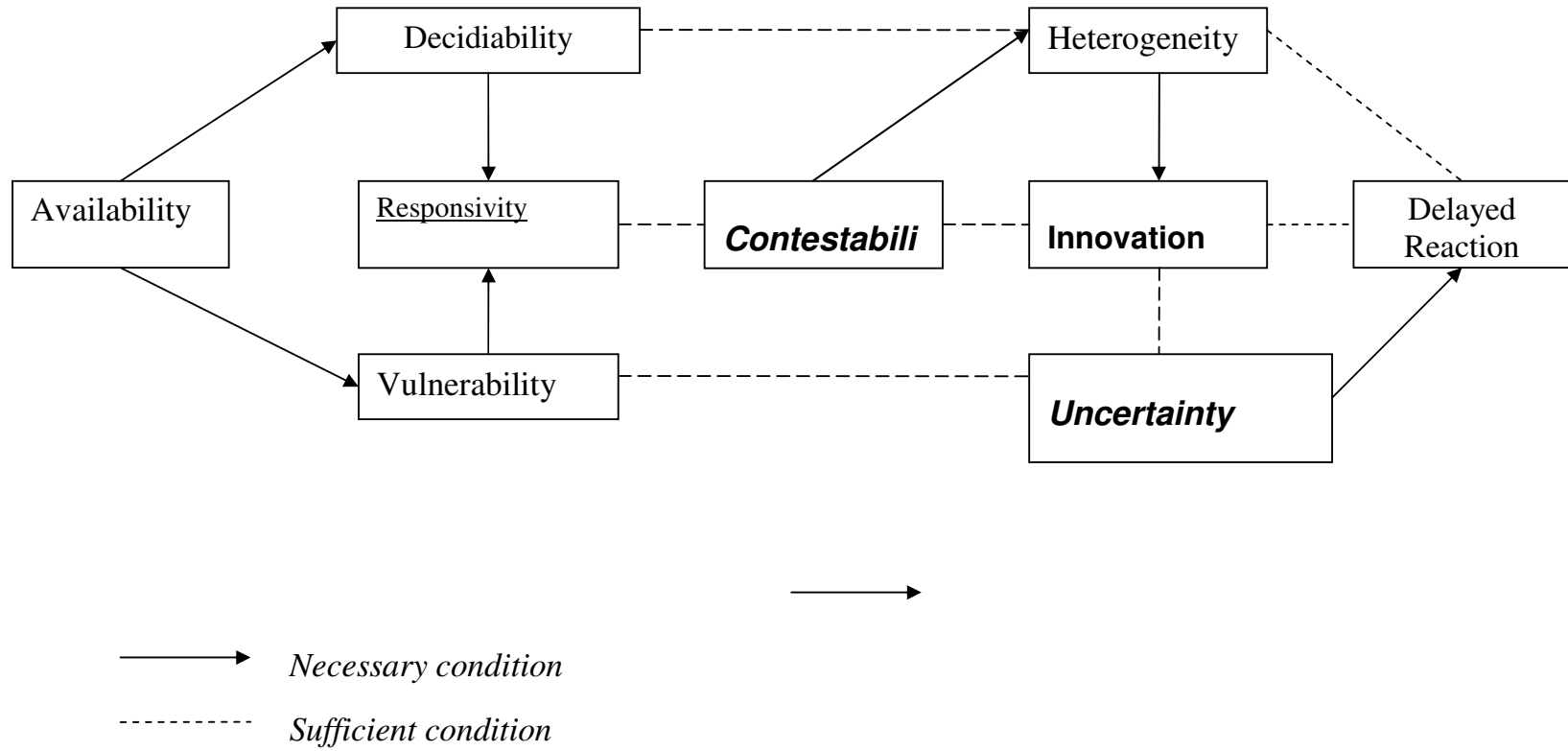


Figure 16: Preconditions for a Workable Party Competition



#### **4. *The Issue-Market (Market and Forum)***

Bertolini refuses not only the economic interpretation of political competition but also the notion of a political ‘market’. He argues that the quality of the market would increase with an increase in the number of competitors; a situation that would not be emulated in the political sphere. Furthermore, he argues that within the economic realm, the accomplishment of exchange, rather than market access, is the most crucial factor. As already mentioned above, this understanding follows a line from the neoclassical approach in economics. However, there is another noteworthy argument. As Strøm (1992: 382) points out, the main difference between the political and economic spheres is the lack of a price system in politics. For this reason, a simple analogy between economics and politics is not expedient. In economics, the market’s main task is the coordination of individual preferences. However, the price established in markets has an important information function (von Hayek 1946). Price changes create visible differences in the relationship between supply and demand. This price mechanism is essential for achieving the optimal allocation of resources. In politics, we lack such a floating price system. There are a few characteristics shared by political and economic markets. What may be deemed similar is that competition can be observed, that parties that can be interpreted as the supply side with voters as the demand side, and that elections can be interpreted as a special kind of social exchange between parties and voters. It is then, to some degree, justifiable to characterise political processes, and especially the competition for votes, as a ‘market’. However, what acts as the information function in the political market, remains to be clarified. We can solve this problem by identifying the traded good on the political market. What is it that parties offer and voters demand? Following Robertson (1976), parties offer policy methods, and voters demand policy aims. The task of electoral competition is to coordinate both of these factors. This is done by establishing issues. Parties offer a selection of issues in their manifestos. Therefore, if we ignore the fact that parties also offer candidates, we can classify issues as the traded good on the political market. For these reasons, I termed the market in politics an ‘issue-market’ (Franzmann 2006). The notion of an ‘issue-market’ is not only useful in underlining the traded good, but also in emphasising a significant difference from the Downsian analogy between economics and politics. It also upholds the function of switching the focus to the supply side of political competition.

The price system cannot provide information regarding what issues are ‘scarce’. It is also obvious that issues are not private goods. Voters cannot and do not expect a direct reward for

their vote.<sup>6</sup> Voters indirectly benefit if the elected parties are responsive to their preferences. Through political debates or political protests, parties are informed about the most desired policy aims amongst the electorate. Accordingly, Elster (1986) has characterised politics as both a market and a forum. The notion of a 'forum' views politics as an arena of discourse, preference coordination, and preference shaping. The notion of a 'market' takes into account efficiency aspects. Its inputs are the preferences shaped in the forum (Elster 1986: 111-12). The political forum is the source of innovations. The electoral market should guarantee responsiveness, as Downs (1957) has described it. The issue-market contains both, market and forum.

Parties are the channels through which voters express their demands (Sartori 1976). As with the the idea of the issue-market, we can observe that party systems transform social heterogeneity into represented heterogeneity. This transformation takes place both on the market and on the forum. The rules on the electoral market are defined by electoral law. In particular, the number of effective parties are all directly affected (Duverger 1954; Riker 1982). Electoral systems transform voters' preferences into parliamentary mandates. By doing so, the interaction transforms the population heterogeneity into the format of a party system (Powell 1982). However, the number of parties is not a sufficient indicator for programmatic heterogeneity. We can imagine a party system with many parties that have relatively similar manifestos, and we can conceive of a party system with fewer parties that have more differentiated manifestos. Nonetheless, a heterogeneous society is more likely to produce a heterogeneous party system than a homogenous one. The electoral system and its rules take supply and demand as a given, but the supply and demand factors are formed in the forum. The format of a party system is determined by the electoral market, but without reconsidering the forum, we cannot know how the system works.

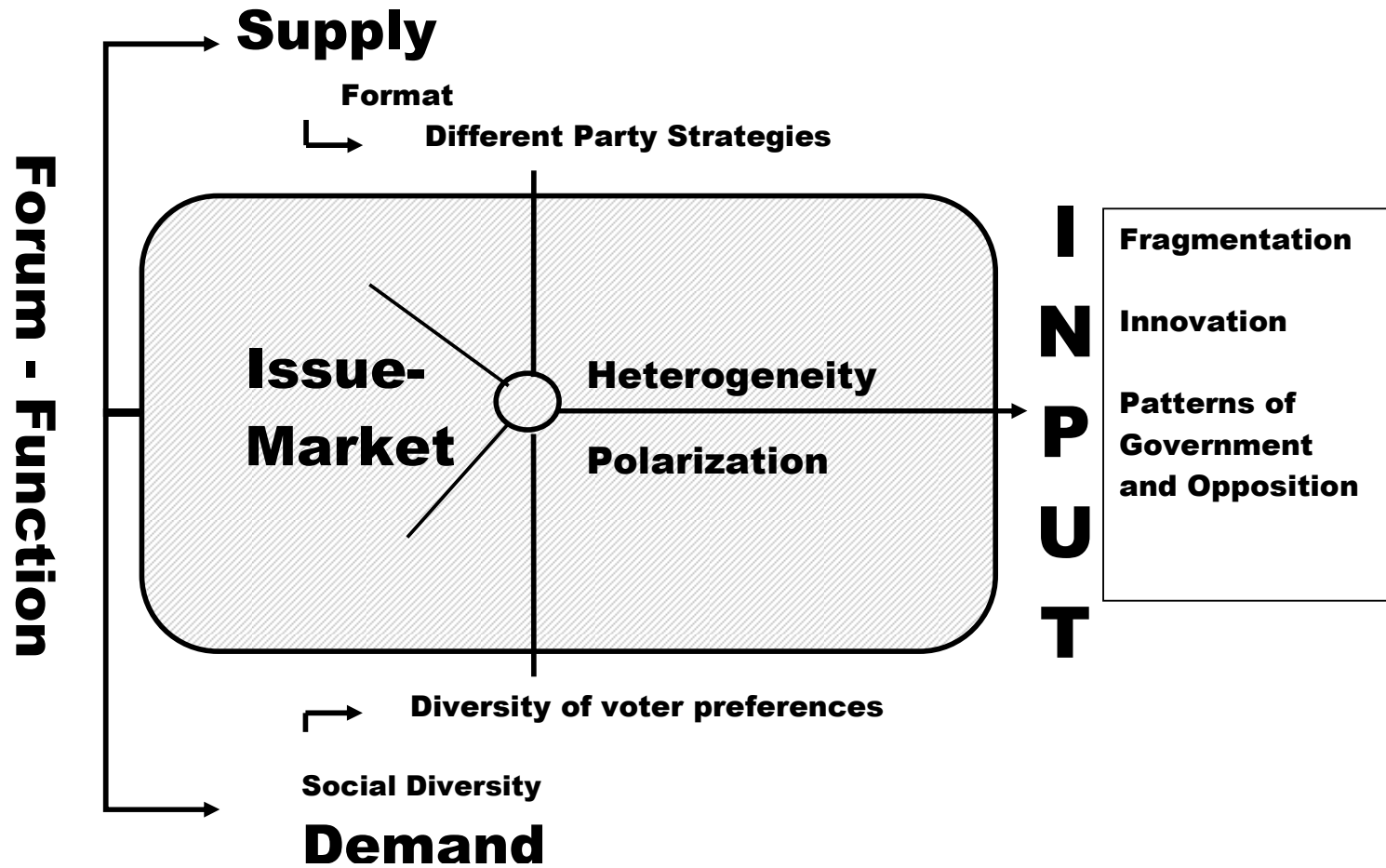
As illustrated in Figure 3, the diversity of voter preferences is translated into the programmatic heterogeneity of political parties. Lipset/Rokkan (1967) state that these translation channels can build up long term voter alignments and can institutionalise cleavages within the party system. When the conditions for creating responsiveness are fulfilled, as explained above, voters can, through elections, demote parties on the market that do not represent their demands. However, there is no deterministic causal link from social

---

<sup>6</sup> However, this is what has been said sometimes if elections are reduced to a type of social exchange (Coleman 1990: 126-128). Due to their being embedded in political structures, competitive elections are more than just social exchanges. They are rather a complex amalgam of interaction types, both on the supply and the demand side. As explained in the text, the problem of politics is not to define an analogue to the media of exchange, which is money within the economy. The problem is to find an analogue to the missing information system, which in the economy is given by prices.

conflicts to political cleavages. As Bartolini and Mair (1990) have shown, parties exist to discover, articulate and activate such cleavages. Parties are sometimes even able to introduce new cleavages through their government policies in order to create new voter alignments (Chibber/Torcal 1997; Kolman/Chibber 2004). However, the diversity of party programs does not automatically provoke polarisation within the electorate. The electorate is not necessarily divided into separate ideological camps by different programmatic offers. Therefore, it should be obvious that the heterogeneity of the programmatic offers and the ideological polarisation within the political arena are two sides of the same coin. Polarisation functions on the demand side of politics, whereas heterogeneity clearly belongs to the supply side.

Figure 17: The Issue-Market



Polarisation is certainly affected by antithetic party manifestos. However, not everything developed in a party's manifesto is presented in order to polarise the electorate. For example, parties can offer new policy methods in handling valence-issues (Stokes 1992). As explained in the previous section, heterogeneity is a necessary condition for innovations, and such innovations help parties win elections. This is not only true for prospective voting in the current election. In the case of a successful implementation of a new policy, it is also true for retrospective voting in the following election (Fiorina 1977; 1981). In sum, parties have large incentives to formulate different manifestos and try innovations in order to win elections. In doing so, party competition offers a resource not only for producing input-legitimacy by means of responsiveness, but also output-legitimacy by means of innovations for a political system (Scharpf 1970).<sup>7</sup>

The more homogenous parties are, the smaller the probability that one party will create innovation. Innovations are based on existing heterogeneity. The potential source of programmatic heterogeneity is situated in societies' diversity. How much of this diversity is translated into party manifestos depends on the political culture and the political institutions of a polity. Institutions and political culture shape the way parties absorb the demands of civil society. Institutional veto points can be implemented in order to modify the way parties give weight to their possible goals of policy-, office- or vote-seeking (Strøm 1990; Müller/Strøm, 1999). The more a party is a policy seeker, the more it will concentrate on policy innovations. The longer the time horizon of parties' calculus is, the more it will try to anticipate voters' future preferences. Of course, parties are not able to shape voters' preferences all the time. They adopt voters' policy aims and they can influence voters' opinion regarding the right way of action. If parties as policy-seekers keep future challenges in mind, they will ignore some of the voters' present demands. Instead, they will indicate future problems hoping for future electoral rewards. However, the shorter a given party's time horizon is, the higher the probability is that this party will engage in the politics of outbidding (Sartori 1976: 139-40). The party would be then directly linked to voters' present demands. Moreover, it would try to amplify and concentrate on fewer issues in order to show that the other parties do not pay as

---

<sup>7</sup> The idea of combining responsiveness and innovations as the purpose of party competition solves the vicious circle detected by Pappi (2000: 90) in Bartolini's framework; if parties are responsive to voters' preferences and parties shape voters' preferences, then they are responsive to their own preferences. However, this criticism is only true if we refer to a static understanding of responsiveness. In the dynamic perspective, parties are not only responsive to voters' present preferences, but they are also responsive to the past, present and the hypothetical future preferences. They have to justify their actions and governmental or oppositional performance of the past, they have to regard voters' present demands, they have to formulate a programme that does not hinder finding a coalition partner and solves political problems, and they need to have a good action record for the upcoming election.

much attention to voters' demands as they do. If all the parties of one polity engage in the politics of outbidding, then we can observe an inflationary disequilibrium of permanent over-promising (Wiseman 1966: 115; Sartori 1976: 140) on the issue-market. Just as problematic would be the opposite behaviour of ignoring the demands of civil society in favour of output-oriented policy and legitimacy. This situation can be characterised as deflation. 'Leaders make no effort to arouse followers to new accomplishments, and competition for political statuses may be perfunctory or even collusive' (Wiseman 1966: 115). Within this scenario, we have to diagnose a disruption of the issue-market's forum function.

In line with Lipset/Rokkan (1967), the main focus of most studies analyzing party competition is on political conflicts and ideological polarisation. However, in order to manage political conflicts, consensus building is necessary. In fact, it is not only the patterns of conflict and contest, but also cooperation and negotiation, that are the decisive characteristics of party systems in representative democracies.<sup>8</sup>

In sections three and four, we have discussed the macro-perspective of party competition. However, as it has already been mentioned in section two, we also need to reconsider the micro-level to gauge an all-embracing understanding of party competition. Innovations are not created by a system, but rather by parties as actors within a system. Institutions play a decisive role in constraining parties' room to manoeuvre and the ability to formulate new policies. They give different incentives to reformulate parties' individual calculus of office-, vote- and policy-seeking. Accordingly, in the last section I will focus on how institutions affect the patterns of party competition at the micro-level. Are there institutional incentives to contest rivals or to cooperate with them? Following Kaiser (1997, 2002), I will assume that the most important constraints of the parties' calculus are given by veto points. Veto points cut through the democratic principle of electoral competition and through the majoritarian principle of making decisions by pluralities. Democracies with significant veto points can be called negotiation democracies (Kaiser 1997), because the incentives for negotiations are the most important aspects of politics in such democracies. Considering the types of interaction in political competition presented above, it may be useful to distinguish between democracies with towering incentives to contest, to cooperate and to negotiate. However, this would be misleading in explaining the effects of institutional veto points on party competition. Hence,

---

<sup>8</sup> Accordingly, Keman (1997: 86f) poses the questions regarding what the conditions for the absence or occurrence of coalescence and cooperation are. He concludes that it is pivotal parties— parties that are central in their ideology and dominant in government formation, that are decisive in managing the problem-solving process and in understanding the patterns of cooperation within a polity (Keman 1997: 110-11).

the last section discusses how veto points in a democracy can affect the incentives for innovation.

### **5. Institutional Constraints of (Incentives for) Innovation**

I have clarified the way competition should be understood; how it interacts, the conditions for a workable competition, and its ability to interpret political competition within the framework of the issue-market. Even though the macro-level perspective of party competition has been discussed, as shown in section 2, for a greater understanding of party competition, the micro-level perspective needs to be considered as well. We need to discuss what the logic of situation is for the acting parties. What all democratic polities have in common is that the principle of competition creates opportunities for the parties to contest or to cooperate. However, each polity is different regarding its institutions, and this factor will modify the principle of competition. There are institutions that introduce negotiation in addition to contest and cooperation. There are institutions that favour contest or cooperation between the competing parties. Hence, in this section, it will be considered how institutions shape the opportunity structure of the issue-market. According to their different incentives and opportunities to cooperate, to contest and to negotiate, parties have incentives to formulate different manifestos. As we have seen in the previous section, these differing manifestos define the extent of heterogeneity as a source of innovation for the political system. Thus, a discussion regarding the logic of situation, which is dependent on the different institutional frameworks, permits us not only an insight into which type of interaction is theoretically preferred on the micro-level of a polity, but it also gives us an impression of how, in sum, the likelihood of innovations on the macro-level is influenced by institutions<sup>9</sup>.

Following Strøm (1990), parties maximise their utility by undertaking three goals: policy-seeking, office-seeking, and vote-seeking. The weighting of these three different party goals is crystallised within the strategic alignment of each party manifesto. Vote-seeking is often seen as being solely an instrumental goal in order either to influence policy or to benefit from office (Strøm/Müller 1999)

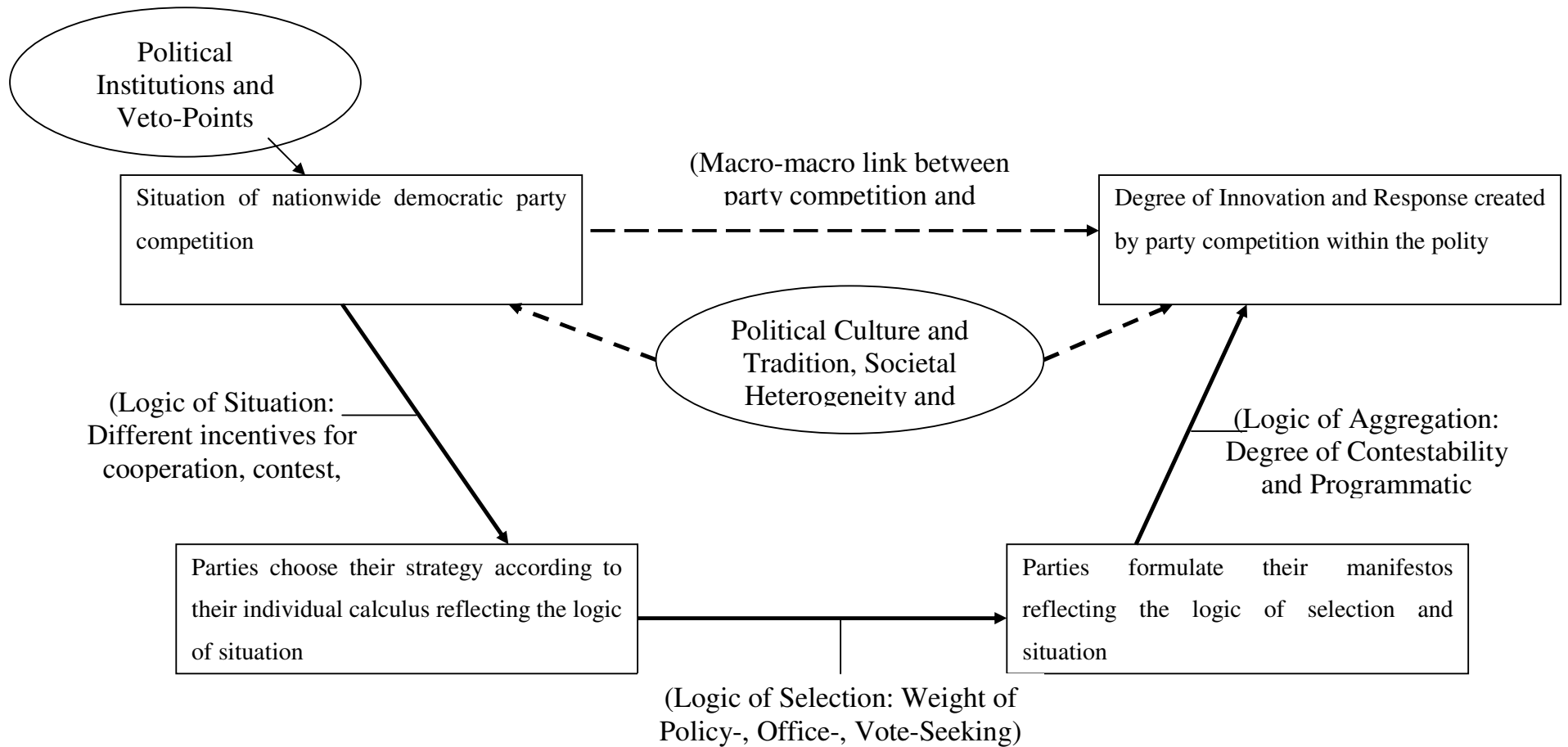
I presume that those parties whose self-conception is mainly oriented toward being a policy-seeker will have the greatest incentives to formulate divergent policies. In section 3, I have shown that heterogeneity is a necessary condition for innovation. Hence, one would expect that veto points, which strengthen the incentives in the formulation of divergent policies,

---

<sup>9</sup> Of course, institutional veto points influence not only programmatic innovation. Koß (2008) examines how institutional veto points in combination with the strategic party goals and the discourse about corruption provide incentives for establishing state funding to political parties.

would increase the likelihood of policy innovations. Therefore, it is necessary to analyse all types of veto points in order to ascertain their ability to strengthen policy-seeking to the disadvantage of vote-seeking and office-seeking. Figure 4 represents the theoretical micro-macro-link of the argumentation.





**Figure 18: The theoretical micro-macro link between party competition, institutional veto-points and innovation**

The focus of this section lies on the political institutions and veto points that complement the principle of competition in each polity. Due to their different incentives, parties will more likely tend to cooperate and to contest.

According to Kaiser (1997), one can distinguish between four types of veto points: consociational, delegatory, expert, and legislative veto points. As a slight alteration to the typology of Kaiser, I propose to subdivide the types of delegatory veto points into two further forms: the delegation of competences to (a) the sub-state level, and (b) to a supranational organisation. I assume that these two sub-types will have different impacts on the structure of national party competition. In summation, one can distinguish between the following types of veto points:

- (1) Consociational veto points (coalition government, PR electoral system)
- (2) Legislative veto points (bicameralism, super-majorities, judicial review)
- (3) Delegatory veto point, type A: delegation to a supranational organisation (European Union)
- (4) Delegatory veto points, type B: delegation to a sub-state level (federalism and decentralisation, Quango)
- (5) Expert veto points (independent central bank, arbitration boards)

Figure 4 summarises the different impacts. Each veto point is analysed according to their impact on the three differentials between policy-seeking versus vote-seeking, policy-seeking versus office-seeking, and office-seeking versus vote-seeking.

The first two types of veto points - consociational and legislative - are similar in their effects. Both break the pattern of cooperation and contest. Laver (1989) has pointed out that coalition formation in the legislative arena and vote-maximising competition in the electoral arena can evoke contradictory effects on the dynamics of party competition. Golder (2006) has analysed the conditions for pre-electoral coalitions. She concludes that ideologically similar parties tend to form pre-electoral coalitions rather than ideologically dissimilar parties. They are more likely to do so if the entire party system is ideologically polarised and the electoral rules are disproportional. I would expect that with an increasing number of pre-electoral coalitions, the issue-market would be increasingly segmented, while the probability of issue innovations being formulated would decrease. However, the favourable conditions for pre-electoral coalitions might be the same as those that increase the benefits of policy-seeking in other arenas, as Laver (1989) has assumed. In figure 5, I concentrate on making hypotheses about direct institutional effects regarding the benefits of policy-seeking.

<b><u>Type of Veto-Point</u></b>	<b><u>Type of impact on patterns of interaction within the party systems</u></b>	<b><u>Policy/ Vote</u></b>	<b><u>Policy/ Office</u></b>	<b><u>Office/ Vote</u></b>	<b><u>Impact on likelihood to innovate</u></b>
<b>Consociational veto points</b>	Cut through the cooperation and contest pattern (i.e. competition) in favour of negotiation.	P+	O+	=O+	Increase, decrease in the case of weak intraparty democracy and oversized coalitions
<b>Legislatory veto points</b>	Cut through the cooperation and contest pattern to protect small competitors.	P+	O+	O+	Decrease
<b>Delegatory veto points – Typ a – Fed; Quango</b>	Exclusion of policies from direct nationwide confrontation, but still an indirect impact by multi-level party competition	+-=	+-=	+-=	No general trend
<b>Delegatory veto points – Typ b - supranational</b>	Exclusion of policies from both direct nationwide confrontation and indirect multi-level competition. Opposition is only possible as opposition against the whole system. Conflict is the only interaction pattern remaining.	P+	O+	O+	Decrease because of modified incentives and limited possibilities of policy formulation
<b>Expert veto points</b>	Exclusion of policies from the cooperation and contest pattern (i.e. competition). Office-Seeking is impossible and both vote- and policy-seeking are reduced	+-=	+-=	+-=	Decrease because of limited possibilities in policy formulation, but not because of modified incentives

**Figure 19: Veto-Points and their impact on party goals and incentives for innovations**

I assume that institutional veto-points affect both the party goals and the interaction patterns. The fewer incentives there are for contest and cooperation, the fewer there for innovation. Consociational veto points (1) cut through the pattern of competition in favour of negotiation. Democratic polities are characterised by the principle of competition, i.e. cooperation and contest. However, it can be seen as necessary to avoid polarisation within a polity. In this case, consociational veto points, with their ability to dampen competition, can be seen as desirable. Dampening competition will not likely have the effect of degrading policy-seeking. On the contrary, when compared to vote-seeking, it might even have an invigorating effect. First-past-the-post electoral systems, as one type of disproportional electoral system, definitely increase the benefits of vote-seeking and therefore dampen the efforts for policy-innovations.

Let us consider proportional representation instead of a majority-voting system, and the fact that electoral results do not translate into government majorities. Proportional representation allows small parties to survive and to become part of a government coalition. Parties do not necessarily compete with each other to gain votes in each district, but rather establish a successful position initially in order to bargain in government formation. Under the conditions of a majority-voting system, policy-, vote- and office-seeking are nearly equal in importance, since the government can only gain by having the most votes. Under proportional representation, it could be seen as a successful strategy to concentrate on promoting special policies in the issue-market in order to attract a particular group of core voters. It is not necessary to have the most votes to be part of the government, but to be a possible strategic partner for the competitor in coalitions. Consequently, policy-seeking is more encouraged as compared to vote-seeking. Up until this point, a higher degree of heterogeneity of party manifestos and an increased likelihood of innovations could be expected. However, regarding the relationship between policy-seeking and office-seeking, we should expect the opposite, i.e. an increase in office-seeking. This is especially true when oversized coalitions occur within a political system.

Probably the best example for such a consociational veto point is the Swiss formula of government formation. A change in the government coalition can only be observed when there is a large change in the number of votes. Policy changes, in fact, have no impact on government formation. The issue-market is almost completely divided between the four established parties (Linder 1997). To conclude, an increase in programmatic heterogeneity and innovation caused by consociational veto points concerning government formation can

only be expected in the case of a strong intra-party democracy where parties are prevented from office seeking. In all other cases, we have to expect a decrease.

Regarding legislative veto points (2), similar impacts are to be expected. Akin to bicameralism, a legislative veto point cuts through the cooperation and contest pattern in favour of negotiation. These veto points check the parliamentary majority. Consequently, once more, a reduction in vote-seeking can be expected relative to both vote- and policy-seeking. However, policy-seeking is also reduced relative to office-seeking. Even if a party wins an election due to its popular policies, it is constricted when implementing them.

We can assume that the same outcomes for the policy-, office- and vote-seeking relationships also hold true regarding the existence of supranational veto points (3). By transferring competences to a supranational level, such as the European Union, single policies and issues are excluded from direct nationwide confrontation and nationwide multi-level competition. Opposition against these policies is only possible when there is opposition targeted at the entire system. Conflict is the only interaction pattern that is left concerning the transferred competencies.<sup>10</sup> Contrary to the first two types of veto points, the possibility for cooperation and contest within the national system is not only reduced; it no longer exists. What may exist is collusion between the established parties. For sure, a decrease in heterogeneity and innovations will necessarily result from this.

Such a clear tendency cannot be detected regarding delegatory veto points on sub-national units (4). The direct impact is an exclusion of policies from the nationwide confrontation, similar to what is described in the delegation towards supranational organisations. However, there is still an indirect impact from multi-level party competition within the polity. Therefore, theoretically, it is not to be determined whether one of the party goals is degraded in favour of another. Very often federalism is connected with the existence of bicameralism, which clearly has the legislative veto point effect of encouraging office-seeking. Nonetheless, this is not a separate effect of such a delegatory veto point.

I assume the same result of indifference for the existence of expert veto points (5). Single issues, such as monetary policy in the case of an independent central bank, are excluded from political competition. Hence, office-seeking in this area is impossible, and both vote- and policy-seeking are at least strongly reduced. A decrease in heterogeneity and innovation can be expected as a result of the limited possibilities of policy formulation. However, it could not be expected as a result of modified incentives for the weighting of the different party goals.

---

<sup>10</sup> The pressure towards conflict can be reduced by referenda regarding the transferred competencies. However, if this is the only possibility for the electorate to express their preferences, it is most likely to produce a negative result, as is often observed in the referenda about the European constitution.

The discussed impacts of veto points on programmatic heterogeneity and innovation can be empirically tested in further research. The hypotheses are formulated in the view of a single, but representative party. One might get different results by analysing only one party rather than the general trends. The impact of the veto points is not deterministic. Parties even within the same polity have different traditions of intra-party democracy and the weighting of office-, policy- and vote-seeking. However, parties belonging to the same party system are affected by the actions of all of their relevant competitors. Referring to the Wittman-Model, Smirnov/Fowler (2007) have recently shown how the change in policy positions of one party influences the policy-choice of its competitors. Thus, it is enough if only one party is directly affected in its policy formulation by the existence of veto points. If, initially, one party reacts to the given incentives and has tried to use the room to manoeuvre to its own advantages, all competitors will have to react in a similar way in order to be successful in the future. Thereby, in the end, the generalised impacts described above should be to observable to some extent.

## **6. Further Research**

Based on Bartolini's (1995; 1999; 2000) theory of party competition, a clarification of the concept and an extension of the theory are presented in this article.

There are four important modifications regarding this theory. Firstly, a complete macro-micro link is developed to explain political competition. We are now able to clearly distinguish between the logic of situation created by the institutional macro-level and the logic of selection of individual party behaviour based on the micro-level constrained by institutional level. Secondly, the preconditions for creating innovation through competition are defined. Thirdly, the similarities and differences of economic and political competition are exposed. The exchange on the political market is managed by issues. However, issues are not private goods, and they are shaped outside the market. Therefore, the political issue-market can be viewed as a market and a forum (Elster 1986). Fourthly, the importance of programmatic heterogeneity between the competing parties is emphasised. Heterogeneity is the basis for innovations. Institutional veto points can modify the incentives for policy-seeking, thereby creating programmatic heterogeneity and innovation.

Why are these theoretical considerations important?

Both the extension of game-theoretic models and hypothesis testing in empirical research are enabled. For example, it is possible to model the change of individual party behaviour and its disposition toward cooperation due to the incentive-structures given by veto points. In

empirical research, a test of the hypothesised impacts of the different institutional veto points, which are summarised in figure 5, can be undertaken.

Using the distinction between the different types of interaction, the dominant type of interaction can be identified within a political system. It could be used to modify Lijpahrt's famous typology (1999) of consensus and majoritarian democracy into a democracy that favours either cooperation, contest, or negotiation. Ruth (2009) inspects linkage strategies of political parties. According to the hypothetical incentives of political institutions for policy-seeking she develops a scheme for predicting party's incentives to pursue a programmatic linkage strategy. Furthermore, the phenomenon of programmatic heterogeneity beyond the terms of polarisation, and the relationship between the both, were until now completely unexplored. There have been first approaches by the author (Franzmann 2008a; 2008b) in order to develop a sufficient indicator for programmatic heterogeneity. Such an indicator enables us to analyse programmatic aspects beyond a Downsian (1957) framework of party competition.

## **Kapitel 6: Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten**

Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatik in Deutschland, Dänemark, Österreich und den Niederlanden mit Hilfe des Gutenberg-Modells

### **Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung	177
2. Der Handlungsspielraum der Parteien und die Struktur des oligopolistischen Issue-Marktes	180
3. Die hypothetische Erfolgsstrategie auf dem oligopolistischen Issue-Markt	185
4. Operationalisierungen	187
4.1 Bestimmung der relativen Salienzwerte und Salienzintervalle	188
4.2 Bestimmung der Kernthemen und der Abweichungen	189
4.3 Kontrollvariablen, Modellkonstruktion und Länderauswahl	190
5. Empirische Befunde	194
6. Schlussfolgerungen	200
 Anhang	 204

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 20: Die Strukturierung des politischen Raumes im Issue-Markt	205
--	-----

### **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 26. Ergebnisse der Panelregressionen	196
Tabelle 27. Ergebnisse der Panelregressionen für die Parteifamilien Sozialdemokraten und Christdemokraten	197





## 1. Einleitung<sup>1</sup>

Die aktuellen politikwissenschaftlichen Theorien zum Parteienwettbewerb unterscheiden sich grundsätzlich in drei möglichen Grundannahmen, nämlich zum ersten, ob eine Analogie zum ökonomischen Wettbewerb besteht oder nicht, zum zweiten, welchen Einfluss die Parteien auf die Generierung von Wählerpräferenzen haben, und zum dritten, ob die Formulierung der Wahlprogramme und Politikpositionen konfrontativ erfolgt oder nicht.

Der folgende Beitrag untersucht in Anlehnung an angebotstheoretische Überlegungen aus der Mikroökonomie, welchen Handlungsspielraum Parteien in der Formulierung ihrer Wahlprogrammatik haben und inwieweit sie damit ihre Wahlchancen beeinflussen können. Unter Rückgriff auf die Wahlprogrammdata des *Comparative Manifestos Project* (Budge et al. 2001) wird schließlich das im Artikel entwickelte Konzept eines *oligopolistischen Issue-Marktes* empirisch getestet. Vor Entwicklung des Konzeptes soll zunächst seine Stellung bezüglich der drei oben skizzierten Grundannahmen aufgezeigt werden.

Referenzpunkt für alle Theorien des Parteienwettbewerbs stellt nach wie vor Downs (1957) ökonomischen Theorie der Demokratie dar. Downs entwirft in einfacher Analogie zur ökonomischen Wettbewerbstheorie ein eindimensionales Politikmodell, in dem Parteien klar definierbare, konfrontativ formulierte Politikpositionen einnehmen.

Gegen die einfache Analogisierung von ökonomischem und politischem Wettbewerb hat Bartolini (1995; 1999; 2000a) eine eigene Theorie des Parteienwettbewerbs gestellt. Bartolini reklamiert, dass der ökonomische Wettbewerbsbegriff das Ideal der vollständigen Konkurrenz verfolge, während dies in der Politik niemals ein Ideal sein könne. Jede Art von Maximierungsstreben sei nicht mit politischen Konzeptionen des Wettbewerbs vereinbar, für die Ökonomie jedoch unverzichtbar (Bartolini 1999: 450-51). Karre Strøm (1992: 382) hingegen sieht nicht das Maximierungsstreben, sondern das Fehlen eines Preises auf den politischen Märkten als Hauptunterschied zwischen Politik und Ökonomie und lehnt daher eine einfache Analogisierung ab. Gemeinsam rechnen beiden Autoren jedoch in Bezug auf Schumpeter (1950) den Parteien einen eigenständigen Gestaltungsspielraum in der Formulierung ihrer Politikpositionen zu, der sich nicht in einer einfachen Anpassungsstrategie an gegebene Wählerpräferenzen erschöpft.

---

<sup>1</sup> Für hilfreiche Anregungen und Hinweise bedanke ich mich herzlich bei Alexandra Mößner, Oscar W. Gabriel, der PVS-Redaktion, Ulrich Glassmann, André Kaiser, den Teilnehmern des volkswirtschaftlichen Forschungsseminars der RWTH Aachen sowie den zwei anonymen Gutachtern. Annika Hennl, Benjamin Düvel, Berenike Oesterle, Alexandra Patin, Henning van den Brink und Ingeborg Strohmeier bin ich sehr zu Dank verpflichtet für ihr unermüdliches Korrekturlesen. Für ihre Unterstützung bei Recherche und Analysen danke ich sehr den Hilfskräften des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität zu Köln Iskander Chemli, Phillip Seisler, Jan Sauer mann und Daniel Weber.

Schließlich wurde schon früh von Donald Stokes (1963) Kritik an der Konzeption von Downs geäußert, da dieser nur konfrontativ formulierte *Position-Issues* kenne. Tatsächlich zeigen sich aber *Valenz-Issues* empirisch ebenfalls als wahlentscheidend. Auf dieser Unterscheidung aufbauend haben schließlich Robertson (1976) und später Budge/Farlie (1983) die Salienztheorie entwickelt. Im Gegensatz zu den Modellen in der Tradition von Downs (1957) ist hier nicht die allgemeine ideologische Position, sondern die Hervorhebung einzelner Themen entscheidend für den Wahlerfolg.

Im folgenden Beitrag wird unterstellt, dass ökonomischer und politischer Wettbewerb der Logik ähnlicher, aber nicht komplett identischer Mechanismen folgen. Dem politischen Wettbewerb liegt grundsätzlich eine Oligopolstruktur zu Grunde in dem Sinne, dass die wenigen Parteien auf der Angebotsseite vielen Wählern auf der Nachfrageseite gegenüberstehen. Im Zuge dieses oligopolistischen Wettbewerbs um Wählerstimmen werden sowohl Wählerpräferenzen als auch das programmatische Angebot der Parteien geformt. An die Stelle einer einseitigen Anpassungsperspektive, sei es aus Sicht der Wähler oder der Parteien, tritt hier die Sicht einer wechselseitigen Interaktion. Für eine solche Perspektive hat Bartolini (1995: 69) die Entwicklung eines angebotstheoretischen Ansatzes des Parteienwettbewerbs, insbesondere der „Produktdifferenzierung“ im Sinne von „Programmdifferenzierung“, angemahnt. Im Zuge dessen wird hier die Hypothese vertreten, dass der Parteienwettbewerb keiner konfrontativen Logik, sondern eher einer salienztheoretischen Logik des *Issue-Ownerships* (Petrocik 1996) folgt.<sup>2</sup> Auf Grund der Perspektive des Oligopolwettbewerbs mit Hilfe von Issues wird die Struktur des Parteienwettbewerbs als (oligopolistischer) *Issue-Markt* und nicht als Wählermarkt bezeichnet. Dies soll verdeutlichen, dass der hier verfolgte Ansatz trotz Rückgriff auf ökonomische Grundüberlegungen weder direkt in der Tradition von Downs steht noch eine einseitige Anpassungsperspektive der Parteien an die Wähler unterstellt, sich ferner grundsätzlich von dimensional Betrachtungen der räumlichen Theorie unterscheidet.

Kerngedanke des Konzepts des *Issue-Ownerships* ist, dass den Parteien wie in der Salienztheorie ein Set eigener Issues zukommt, in denen ihnen ein Kompetenzvorsprung gegenüber den anderen Parteien zugesprochen wird. Die Parteistrategen wissen um diese Themenführerschaft, betonen daher vor allem ihre eigenen Issues (Budge 2001: 85-87). Im Ergebnis betonen die Parteien unterschiedliche Themen und nehmen nicht wie in der

---

<sup>2</sup> Mit „Issue-Ownership“ soll im Folgenden ausschließlich das Konzept in der Tradition von Budge (1983) bzw., Petrocik (1996) gemeint sein. Der konkrete „Besitz“ eines Themas wird im Folgenden als „Themenführerschaft“ bezeichnet, um Missverständnisse, wie sie in einer vorhergehenden Version dieses Artikels aufgetreten sind, zu vermeiden.

räumlichen Theorie eine klar bestimmbare Position in ein und demselben Politikfeld ein. Die Parteien reden eher aneinander vorbei als über dieselben Themen. Der Wahlkampf wird somit zu einem Kampf um die politische Agenda. Für Nordamerika liegen mittlerweile relativ viele bestätigende Studien zum Phänomen des Issue-Ownerships vor (z. B. Bélanger 2003; Damore 2004; Holian 2004; Kaufmann 2004; Petrocik/Benoit/Hansen 2003; Sigelman/Emmett 2004). Für die europäischen Mehrparteiensysteme mit Verhältniswahl existieren nur wenige Studien, die sich vorrangig mit speziellen Parteien beschäftigen (z.B. Blomquist/Green-Pedersen 2004; Walgrave/De Swert, 2004). Sie bestätigen die Fruchtbarkeit des Issue-Ownership-Ansatzes, wenn der Fokus der Analyse auf einer speziellen Parteifamilie und ihrer Wählerbasis liegt, also z.B. auf dem Zusammenhang sozialdemokratischer Themenführerschaft im Politikfeld „Sozialstaat“ und „*Class-Voting*“. Narud/Valen (2001) haben bislang bei Übertragung des Issue-Ownership-Ansatzes auf Mehrparteiensysteme diesen auch konzeptionell weiterentwickelt. Mit Hilfe einer Analyse norwegischer Wahlkämpfe zeigen die beiden Autoren, dass neben den Salienzen einzelner Issues die Unterscheidung zwischen Positions- und Valenz-Issues für das Muster des Issue-Ownerships entscheidend ist. Sie empfehlen den Parteistrategen, in Valenz-Issues die Glaubwürdigkeit ihrer Gegner zu untergraben, während sich das Aufbringen von Positions-Issues vor allem dann empfiehlt, wenn der politische Gegner in dem entsprechenden Politikfeld nicht in der Lage ist, eine eindeutige Position zu beziehen (Narud/Valen 2001: 7). Sie gehen also auch davon aus, dass sich Parteien in Mehrparteiensystemen nicht in jeder politikinhaltlichen Dimension gegenseitig bekämpfen, sondern vor allem ihre Kernkompetenzen verteidigen. Zusätzlich nehmen sie in Anlehnung an Rabinowitz/Macdonald (1989) an, dass Richtung und Intensität des „Issue-Marketings“ entscheidende Faktoren für die Attraktivität einer Partei gegenüber den Wählern darstellen. Sie überprüfen ihre Theorie mit Hilfe umfangreicher Medienauswertungen. Tatsächlich werden alle relevanten Themen in ganz unterschiedlicher Intensität von den großen Parteien besetzt. Die Wahrnehmung der Themenführerschaft durch die Wähler entspricht den ideologischen Richtungsmustern zwischen den Parteien. (Narud/Valen 2001: 29).

In der Mikroökonomie existiert nun ein Modell, das ganz ähnliche Mechanismen bezüglich des Marketings unterstellt: Das so genannte Gutenberg-Modell (Gutenberg 1984; Wied-Nebbeling 2004) postuliert sowohl für polypolistische als auch oligopolistische Marktstrukturen, dass jedem Anbieter jeweils eine spezielle Preislage zukommt. Diese Preislage resultiert aus Reputation und Qualität des angebotenen Produktes.

Die Grundgedanken dieses Modells sollen auf den politischen Wettbewerb übertragen und mit dem bestehenden Konzept des Issue-Ownerships für Mehrparteiensysteme verbunden werden. Dies erfolgt über eine Sekundäranalyse der Wahlprogramme als Anhaltspunkt für die „Qualität“ der parteiindividuellen Wahlprogramme. Anhand dieser empirischen Analyse des Parteienwettbewerbs in den Niederlanden, Deutschland, Dänemark und Österreich wird schließlich die Aussagekraft des Konzeptes des oligopolistischen Issue-Marktes überprüft. Es zeigt sich, dass die Vorhersagequalität des Modells mit der jeweils betrachteten Parteilinie variiert, wobei es für sozialdemokratische Parteien am weitesten trägt.

## **2. Der Handlungsspielraum der Parteien und die Struktur des oligopolistischen Issue-Marktes**

Zentrale Hypothese dieses Artikels ist, dass die Parteien über die Formulierung ihrer Programmatik sowohl ihre eigenen als auch die Wahlchancen ihrer Konkurrenten beeinflussen können. Gemäß der Cleavage-Theorie (Lipset/Rokkan 1967) wird von langfristigen, relativ stabilen Parteien-Wähler-Bindungen (*Alignments*) ausgegangen, die die Parteien als Träger gesellschaftlicher Konfliktlinien ausweisen. Diese langfristigen gesellschaftlichen Grundströmungen strukturieren den Handlungsspielraum der Parteien vor. Mittelfristig schwankt die Stärke solcher *Alignments* auf Grund gesellschaftlicher Moden, Trends und Konjunkturen sowie durch exogene Schocks wie z.B. der Ölkrise in den 1970er Jahren. Im Rahmen dieser mittel- und langfristigen Einbettung können Parteien kurzfristig, d.h. auf eine konkrete Wahl bezogen, über Hervorhebung neuer Themen ihre Wahlchancen verbessern oder verschlechtern. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass erst Parteien als zentrale politische Akteure latente gesellschaftliche Konfliktlinien in politische Konfliktlinien übersetzen (Bartolini/Mair 1990). Die bei einer Wahl unter Umständen als einengend empfundenen traditionellen *Alignments* beruhen somit auf vergangenen politischen Positionierungen der Parteien. An diese manifestierten Konfliktlinien sind die Parteien gebunden und auf Grund dessen in ihrer ideologisch-inhaltlichen Manövrierfähigkeit beeinträchtigt (vgl. auch Downs 1957: 109-111). Die Entdeckung neuer Themen im Rahmen des Parteienwettbewerbs zum Aufbau neuer Partei-Wähler-Bindungen erfolgt somit unter Berücksichtigung der „alten“ Themen. Empirisch zeigt sich für die Nachkriegszeit ein relativ stabiles *Alignment* zwischen den Wählern und politischen Blöcken. Aus Sicht der politischen Linken haben diese zwischen 1966 und 1989 über ganz Westeuropa betrachtet im Wählerzuspruch lediglich 1,5% eingebüßt (Bartolini 2000b: 61). Es kann daher für den

Untersuchungszeitraum 1945 bis 1998 von einer relativ stabilen Parteien-Wähler-Zuordnung ausgegangen werden.

Im Rahmen dieses stabilen Alignments bestimmen die Parteien ihre optimale Strategie je nach ihrer Neigung zum Policy-, Vote- oder Office-Seeking (Strøm 1990). Abhängig von der Wahl und Gewichtung der unterschiedlichen Ziele gestalten die Parteien ihr Wahlprogramm. Es besteht dabei jeweils eine wechselseitige Interdependenz zwischen den drei Zielen und der Programmatik: Die Verfolgung des einen Ziels kann ein anderes Ziel beeinträchtigen und somit den Handlungsspielraum bei Gestaltung der Programmatik einengen. Mit der schließlich beschlossenen Wahlprogrammatik treten die Parteien als Angebot auf dem oligopolistischen Issue-Markt auf.

Gemäß der Annahme der Salienztheorie sind aber der politische Angebots- und Nachfrageraum nicht deckungsgleich: Wähler fragen Politikziele nach, während die Parteien Politikmethoden anbieten, mit denen sie die Ziele der Wähler zu erreichen trachten (Robertson 1976). Die favorisierten Politikziele unterscheiden sich von Wähler zu Wähler, und die Parteien wiederum bedienen jeweils einen Ausschnitt dieser Ziele unterschiedlich gut. D.h. Wähler und Parteien formulieren ihre politischen Vorstellungen nicht in einheitlichen, sondern in unterschiedlichen Dimensionen. Die Wähler bevorzugen dabei die Parteien, die besonders die Issues hervorheben, die dem jeweiligen Wähler ebenfalls besonders wichtig sind. Diese Form des Issue-Votings (Pomper 1972) lässt sich nicht mehr in einem einheitlichen ideologischen Raum darstellen. Die Wähler verteilen sich unregelmäßig auf das politische Angebot, das durch die unterschiedliche Themenführerschaft der Parteien geprägt ist. Bischoff (2005) begründet die Existenz einer heterogenen Wählerschaft mit einer ähnlichen Annahme, nämlich damit, dass Wähler Präferenzen hauptsächlich in einem Politikfeld ausprägen.

Aus Sicht der Parteien verhält der Wähler sich *arbiträr* zu den ihm angebotenen Wahlmöglichkeiten. Für ihn ist ein solches Wahlprogramm besonders attraktiv, dessen Salienzen seinen Interessen besser entsprechen als die aller anderen Wahlprogramme.<sup>3</sup> Die Wahlentscheidung des Wählers, aber auch die programmatische Festlegung der Partei kann als Ausfluss eines „komplexen Amalgams“ zahlreicher Issue-Positionen aufgefasst werden: Parteien und Wähler unterscheiden sich individuell in der Auswahl und der Einschätzung der Wichtigkeit jedes einzelnen Issues (Fiorina 1977: 602-03)<sup>4</sup>. Hinsichtlich der Valenz-Issues vertreten alle Parteien einen ähnlichen oder sogar identischen Standpunkt, genießen jedoch

---

<sup>3</sup> Dies beinhaltet selbstverständlich auch den Fall, dass die bewusste Wahlenthaltung den Interessen oder Präferenzen des Wählers näher kommt als die Programmatik jeder einzelnen Partei.

<sup>4</sup> Für diesen Literaturhinweis danke ich einem der beiden anonymen Gutachter.

unterschiedliches Vertrauen in der Wählerschaft, dieses Issue umzusetzen. In den Wahlprogrammen sollten sich daher keine signifikanten Unterschiede im Untersuchungszeitraum betreffend der Valenz-Issues feststellen lassen (Narud/Valen 2001: 8).

Die Aufgabe der Annahme fest definierter ideologischer Dimensionen und der strikten Räumlichkeit des Politischen heißt aber nicht, dass zugleich die Annahme eines Marktmechanismus aufgegeben werden muss. Das Gutenberg-Modell (Gutenberg 1984)<sup>5</sup> geht ebenfalls von einer unregelmäßigen Präferenzstruktur aus, die den Anbietern im Detail unbekannt ist. Zentral in diesem Modell ist das Konzept der Preislage: Jedem Produkt wird entsprechend seiner Qualität ein Preis zugeschrieben. Abweichungen von dieser Preislage führen zu Nachfrageänderungen. Ergibt sich eine starke Abweichung, kommt es zur Abwanderung der Kunden zu Konkurrenten, was als *fluktuierende Nachfrage* bezeichnet wird. Bei Schwankungen innerhalb der Preislage ändern lediglich Stammkunden ihr Kaufverhalten, es kommt somit zur Stilllegung oder Aktivierung der *latenten Nachfrage*. Die Preis-Qualität-Relation (Preislage) begründet das akquisitorische Potential eines Produktes, also sämtliche Faktoren, die die besondere individuelle Anziehungskraft eines Produktes ausmachen. Je nach Beschaffenheit und Größe des akquisitorischen Potentials gestaltet sich der Handlungsspielraum eines Unternehmens bei der Preissetzung für sein Produkt. Die Größe des akquisitorischen Potentials definiert ein Preisintervall, in dem das Unternehmen den Preis ähnlich wie ein Monopolist setzen kann, ohne größere Einkommenseinbußen fürchten zu müssen, da nur latente Nachfrage aktiviert bzw. stillgelegt wird. Somit ergeben sich betriebsindividuelle, aber nicht gesamtsystemische Gleichgewichte, die relative Preisstarrheiten in Polypol- und Oligopolmärkten erklären können.<sup>6</sup>

Ganz offensichtlich gibt es einige Grenzen und Probleme bei der Übertragbarkeit der Grundgedanken dieses ökonomischen Modells auf die Politik. Zum ersten lässt sich keine sinnvolle Kosten- oder Produktionsfunktion herleiten und somit auch keine wie auch immer geartete gewinnoptimale Ausbringungsmenge für eine Partei bestimmen. Das soll hier aber auch gar nicht geleistet werden. Im Vordergrund stehen die Annahmen über das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, übertragen auf die Politik das Zusammenspiel von Programmatik und Wählerwanderung. Es verbleiben aber zwei (lösbare) Probleme: In der Politik existiert kein Preis, somit ist es den Parteien nicht möglich, Preispolitik zu betreiben.

---

<sup>5</sup> Eine mathematische Formulierung dieses Modells findet sich bei Wied-Nebbeling (1983).

<sup>6</sup> Optisch äußert sich dies in einer doppelt geknickten Preis-Absatz-Funktion, bei der der mittlere Ast das autonome Preisintervall repräsentiert, der obere und der untere Ast hingegen die Preisbereiche markieren, in denen es zu vermehrter Kundenwanderung kommt (Vgl. Wied-Nebbeling 1997: 122).

Schließlich muss klar definiert sein, was denn das gehandelte Gut in Wahlkämpfen sein soll. Entsprechend der obigen Ausführung wird hier die Perspektive eines Issue-Marktes verfolgt: Das gehandelte Gut sind Issues! Die Wähler „tauschen“ ihre Wählerstimme gegen ein bestimmtes Politikangebot. Dieses Politikangebot unterscheidet sich dabei nach den Issues, die die jeweilige Partei ihr Eigen nennen kann.

Was ist nun der Preis im Politischen? Der Preis ist auf eins normiert: Jeder Wähler besitzt eine gleiche Stimme, die er abgeben kann. Individuell mag die Stimmabgabe mit bestimmten Nutzen und Kosten verbunden sein, jedoch lässt sich kein übergreifendes, flexibles Preissystem daraus entwickeln. In analoger Formulierung zur Ökonomie haben wir es also mit einem Fixpreissystem zu tun: Was in der Wirtschaft der (fix) zu zahlende Betrag ist, entspricht der Wählerstimme, aber die eigentlichen Kosten hängen vom individuellen Nutzenkalkül ab. Die Annahme des „Fixpreises“ ermöglicht es, Veränderungen der Qualität zu betrachten. Im ökonomischen Modell werden Preisänderungen in Relation zu fixen Qualitätsvorstellungen bzw. Produkteigenschaften betrachtet. Die Qualität oder Eigenschaft des Angebotes der Parteien manifestiert sich in der Programmatik.<sup>7</sup> Anstatt des Preises steht den Parteien die Qualität, hier als Programmatik aufgefasst, als Handlungsparameter zur Verfügung. Die deskriptive Qualität eines Wahlprogramms ergibt sich nun aus den unterschiedlichen Hervorhebungen bestimmter Sachthemen. Das akquisitorische Potential, also das, was die eigentliche Anziehungskraft einer Partei ausmacht, besteht in der Zuschreibung eines bestimmten Salienzwertes zu einem Issue durch die Wähler. Diese Zuschreibung soll in Anlehnung an die ökonomische Preislage als *Salienzlage* bezeichnet werden.

Die Stammwähler präferieren die Kernthemen „ihrer“ Partei, also die Themen, für die die jeweilige Partei eine langfristige Themenführerschaft für sich reklamieren kann. Bei Vernachlässigung dieser Themen werden sie eher zu Nicht-Wählern, als dass sie zu einer anderen Partei abwandern, da diese anderen Parteien die von ihnen präferierten Themen erst recht nicht zum Gegenstand ihrer Programmatik machen. Die Parteien verfügen über ein quasi-autonomes Salienzintervall, in dessen Grenzen sie die Salienzführerschaft in einem Issue behalten.<sup>8</sup> Über die Wahl der Salienzen in den entsprechenden Issues können die Parteien nun diese latente Nachfrage nach ihren Kernthemen aktivieren und stilllegen („stille Wählerstimmenreserve“). Grundsätzlich haben die Parteien dabei den Trade-Off zu beachten,

---

<sup>7</sup> Ferner macht das zur Wahl stehende politische Personal einen nicht unerheblichen Teil der Qualität des politischen Angebotes einer Partei aus. Hiervon soll aber im Folgenden abstrahiert werden.

<sup>8</sup> Eine konsequente graphische Darstellung müsste die Salienzen auf der Abszisse, die Wählerstimmennachfrage auf der Ordinate abtragen. Hier würde sich eine Wellenlinie, keine doppelt geknickte Funktion, zeigen.



dass die stärkere Betonung eines Themas automatisch andere Themen in den Hintergrund treten lässt. Es können also nicht beliebige Themen neu ins Wahlprogramm aufgenommen werden, selbst wenn diese nicht in Widerspruch zu bisherigen Positionen stehen. Nicht-Stammwähler neigen grundsätzlich eher zur Wanderung. Analog zum ökonomischen Modell treten Wählerwanderungen dann auf, wenn die parteieigenen Salienzlagen verlassen werden. Hierbei kommt es nicht auf die absoluten Salienzen, sondern vielmehr auf die relativen Salienzen im Vergleich zu den anderen Parteien an. Betonen alle Parteien gleichermaßen ein Thema stärker oder geringer, so bleiben die Unterschiede zwischen den Parteien erhalten. Es sollte entsprechend nicht zu Wählerwanderungen kommen, sondern lediglich zur Aktivierung oder Stilllegung latenter Nachfrage. Umgekehrt kann eine Partei durch die einseitige Betonung des Kernthemas eines Gegners diesen aus seiner Salienzlage herausdrängen, ihm somit seine Salienzführerschaft streitig machen und somit Wählerwanderungen herbeiführen. Mit der Veränderung der Programmatik gestaltet eine Partei nicht nur den eigenen Wählerzuspruch, sondern auch die Handlungsmöglichkeiten konkurrierender Parteien. Praktisch lässt sich das gut am Wahlprogramm der Grünen von 1990 festmachen. Klassische Kernthemen der Grünen sind z.B. Umweltpolitik und Multikulturalismus. In diesen Feldern haben sie normalerweise die Salienzführerschaft inne. Nicht so 1990: Die SPD überflügelte hier die Grünen in den Umweltpolitik-Salienzwerten, die CDU wiederum in den Multikulturalismuswerten. D.h. die anderen Parteien nahmen die Kernthemen der Grünen so konsequent in ihr eigenes Programm auf, dass die Profilschärfe der Grünen litt.

Zu betonen ist, dass latente und fluktuierende Nachfrage idealtypische Unterschiede im Arbitrageverhalten der Wähler beschreiben. Tatsächlich kann ein Wähler, dessen Verhalten eigentlich der fluktuierenden Nachfrage zuzurechnen wäre, sein ganzes Leben lang ein und dieselbe Partei wählen.

Um Wählerverluste zu vermeiden, scheint es nun für die Parteien ratsam, ihr Parteiprogramm nicht all zu stark zu variieren. Diese programmatische Inflexibilität vermag auch die räumliche Theorie zu erklären. Am bekanntesten sind Modelle mit Berücksichtigung des Status Quo durch den Wähler (Grofman 1985), dem Veto-Potential der Parteiaktivisten (Wittmann 1990) oder mit policy-unabhängigen Sympathien der Wähler für bestimmte Parteien (Adams 2001). Im hier entwickelten Modell des oligopolistischen Issue-Marktes resultiert diese Inflexibilität allein aus der unregelmäßigen Verteilung der aggregierten Präferenzstruktur der Wähler auf das programmatische Angebot der Parteien und der Issues, die diese Parteien als ihre eigenen Kernthemen betrachten können.

Die Kernaussagen des Modells können wie folgt zusammengefasst werden:

- (A) Jede Partei verfügt in jedem Politikfeld über eine bestimmte Salienzlage.
- (B) Die Summe aller Salienzlagen über die Politikfelder hinweg bestimmt das akquisitorische Potential (im Sinne der maximalen Anzahl an Stammwählern) einer jeden Partei im Unterschied zu den anderen Parteien.
- (C) Das akquisitorische Potential ermöglicht es den Parteien, im Rahmen eines gewissen Intervalls in einem bestimmten Politikfeld die Salienz vergleichsweise autonom zu setzen.
- (D) Die Parteien stehen in Abhängigkeit zueinander. Durch inhaltliche Positionierungen auch innerhalb des autonomen Salienzintervalls kann eine Partei die autonomen Intervalle anderer Parteien und somit deren Handlungsmöglichkeiten begrenzen oder erweitern.
- (E) Je nach Wahl der Salienzen kommt es aus Sicht einer Partei zur Veränderung ihrer individuellen latenten und fluktuierenden Nachfrage.

### **3. Die hypothetische Erfolgsstrategie auf dem oligopolistischen Issue-Markt**

Die Übertragung des Gutenberg-Modells auf den Parteienwettbewerb suggeriert keineswegs, dass alleine das Festhalten an den Salienzlagen erfolgversprechend ist. Schließlich werden diese Salienzlagen von den Parteien selbst gestaltet, und es bietet sich permanent die Entdeckung neuer Themen an. Die von der Salienztheorie postulierte Strategie der Betonung eigener Stärken ist für die Parteien nur solange erfolgreich, wie die Partei wirklich über Stärken verfügt und sie selbst kreiert hat. Wenn die Partei eine Stärke erst mal erworben hat, scheint das Festhalten an ihr vielversprechend zu sein.

Grundsätzlich könnte eine hypothetische Erfolgsstrategie im Sinne des oben entwickelten Modells wie folgt formuliert werden: Sorge *erstens* dafür, dass du in deinen Kernthemen die Salienzführerschaft behältst, mache dies aber so, dass du *zweitens* genügend Handlungsspielraum zur Besetzung neuer Themen zur Verfügung hast, und nutze *drittens* diesen Handlungsspielraum zu einem empfindlichen und *gezielten* Angriff auf die Salienzführerschaft eines Kernthemas deines größten Kontrahenten.

Die Formulierung einer solchen Strategie bedingt, dass die Parteien nicht ausdrücklich über verschiedene Issues reden. Sie äußern sich auch in den Themenbereichen, in denen ein Konkurrent die Salienzführerschaft unumstritten innehat. So können sie dann die Salienzführerschaft ihres Gegners angreifen. Zwar wurde die Annahme klar definierter Dimensionen als alleinige Grundlage zugunsten des Issue-Bündels verworfen, jedoch wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich zumindest einige Themen in übergeordnete Dimensionen einordnen lassen und im Wahlkampf dort tatsächlich einsortiert werden. Dies

gilt vor allem für schon länger existierende politische Sachfragen. Als wichtigste darf hier die Links-Rechts-Dimension angesehen werden, die mit ihrer groben Vereinfachung zur Einordnung von Streitthemen und Ideologien eine der wichtigsten Orientierungshilfen in der politischen Debatte darstellt (Inglehart 1984: 37).

Wenn also im Endeffekt nicht alle Annahmen der konfrontativen Theorie des Parteienwettbewerbs verworfen werden, überwiegen doch ganz klar die Gemeinsamkeiten mit der Salienztheorie und stärker noch mit dem Konzept des Issue-Ownerships: Das autonome Salienzintervall wird durch bestimmte Eigenschaften des programmatischen Angebotes, die nur für diese Partei kennzeichnend sind, aufgespannt. Diese Autonomie bezieht sich sowohl auf die Nachfrager als auch auf die Konkurrenten. Die Partei ist langfristig an historisch gewachsene Alignments gebunden, kann aber kurzfristig bestimmte Themen besetzen.

Neu ist, dass im Gegensatz zu älteren Konzeptionen des Issue-Ownerships nicht absolute Salienzen (Budge/Farlie 1983), sondern relative Salienzen entscheidend sind. Über ein bestimmtes Issue-Bündel können die Parteien Wählersegmente an sich binden. Erst ab einer bestimmten Schwelle wird ein Issue zu einem Kernthema einer Partei. Ferner kann auch die zu starke Betonung eines Themas zu Wählerstimmenverlusten führen, wenn dieses Thema die Strahlkraft bisheriger Kernthemen beeinträchtigt. Solche Wählerwanderungen lassen sich entsprechend ihrer Motivation auf latente und fluktuierende Nachfrage zurückführen.

Der entscheidende Unterschied zur Analyse des Issue-Ownerships in Mehrparteiensystemen mit Verhältniswahl gegenüber der Logik von Zwei-Parteien-Systemen mit Mehrheitswahl ist, dass nicht automatisch die Verluste der einen Partei mit den Gewinnen der anderen annähernd gleichzusetzen sind. Die Themenführerschaft muss gegen mehrere Konkurrenten verteidigt werden. Entsprechend unregelmäßig verteilen sich die Wählerstimmengewinne und -verluste. Die Verwendung der (interpartei-)relativen Salienzen und nicht der absoluten Salienzwerte berücksichtigt genau diesen Mehrparteiencharakter.

Der Schwerpunkt der Erklärungskraft dieses Modells liegt auf dem politischen Marketing mit Hilfe programmatischer Positionen. Es stellt keine allumfassende Theorie zur Erklärung von Wahlergebnissen bereit, da Glaubwürdigkeitsprobleme des politischen Programms nicht direkt erfasst werden können. Solche Glaubwürdigkeitsprobleme können aus erfolgloser Regierungstätigkeit, Skandalen und ungeeigneten politischen Persönlichkeiten resultieren.

Der Unterschied zwischen Valenz- und Positionsisues liegt in der empirischen Analyse darin, dass der Schwellenwert für die Salienzgrenzen für alle Parteien den gleichen Wert beträgt, da Valenz-Issues empirisch über einen nicht-signifikanten Salienzunterschied im Untersuchungszeitraum identifiziert werden (Franzmann/Kaiser 2006: 168). Technisch macht

dies in den folgenden Berechnungen zunächst keinen Unterschied. Allerdings wird für das wohl wichtigste Valenz-Issue, nämlich die Verfolgung wirtschaftlichen Wachstums, statistisch kontrolliert. Für dieses Politikfeld kann auf Grund ihres wirtschaftsfreundlichen Images ein Kompetenzvorsprung bürgerlicher Parteien vermutet werden. Dies ist aber lediglich ein Nebenaspekt der zu untersuchenden Fragestellung. Im Zentrum des empirischen Tests steht x-zentriert die Frage, wie Parteien mit der Gestaltung ihrer Programmatik ihre Wahlchancen verbessern können.

Gemäß des entwickelten Ansatzes des oligopolistischen Issue-Marktes wird somit folgende Hypothese formuliert: Je stärker die Programmatik einer Partei bei einer Wahl von ihren eigenen Kernthemen abweicht, desto geringer der Wählerzuspruch.

#### **4. Operationalisierungen**

Zur Überprüfung dieser Leithypothese muss zunächst geklärt werden, wie (1) empirisch die Kern- und Randthemen der Parteien bestimmt werden, auf welcher Grundlage (2) die autonomen Salienzintervalle berechnet werden können und wie schließlich (3) Abweichungen von den Salienzlagen identifiziert werden.

Grundlage der Operationalisierungen ist der Wahlprogrammdatensatz des *Comparative Manifestos Project (CMP)*. Gegenüber zahlreichen anderen Ansätzen bietet dieser Datensatz den Vorteil, dass seine Erhebung direkt auf der Salienztheorie beruht. Zwar werden einzelne Kategorien konfrontativ im Sinne von Pro und Contra-Statements zu einem bestimmten Thema erhoben. Doch lassen sich auch diese Kategorien salienztheoretisch interpretieren (Budge 2001: 84). Kodierungseinheit sind so genannte Quasi-Sätze. Quasi-Sätze sind keine grammatischen Sätze, sondern konkrete Aussagen zu einem bestimmten Thema. Diese Aussagen werden in 54 verschiedene Kategorien einsortiert, um schließlich Prozentanteile jeder Kategorie an dem Gesamtwahlprogramm zu errechnen (Volkens 2001). Die Erhöhung des Anteils eines Themas am Wahlprogramm muss c.p. mit einer Verminderung der Salienz der anderen Themen einhergehen. Der große Vorteil dieses Datensatzes ist, dass er im Gegensatz zu Expertenbefragungen Veränderungen über Zeit in einzelnen Politikfeldern offen legen hilft. Durch das einheitliche Kodierungsschema ermöglicht er ferner länderübergreifende Vergleiche über viele Politikfelder und Parteien hinweg.

Der Datensatz birgt aber auch einige Probleme. So wird z.B. das Thema Arbeitslosigkeit nicht gesondert erhoben. Andere Kategorien liegen inhaltlich so nahe beieinander, dass Kodierungsfehler sehr wahrscheinlich sind. In den Niederlanden werden nur die für die Regierungsbildung relevanten Parteien berücksichtigt, so dass die SGP und GPV im

Datensatz fehlen, obwohl sie in der gesamten Untersuchungsperiode im Parlament vertreten waren. Dies scheinen aber angesichts der Vorteile in Kauf zunehmende Nachteile des Datensatzes zu sein.

#### **4.1 Bestimmung der relativen Salienzwerte und Salienzintervalle**

Der CMP-Datensatz enthält Prozentangaben für eine einzelne Partei ungeachtet der Salienzwerte der Konkurrenten. Die einzelnen Salienzlagen ergeben sich aber erst in Relation zu den Konkurrenten. Zum weiteren Vorgehen werden die relativen Salienzwerte für jede Wahl und Partei in jeder Kategorie berechnet. Hierzu wird der Querschnittsmittelwert bei einer nationalen Wahl für jede einzelne Wahl von den Salienzwerten des Originaldatensatzes subtrahiert.<sup>9</sup> Im Resultat ergibt sich für jedes Land ein komplett transformierter Datensatz mit relativen Salienzwerten in jeder Kategorie für jede Partei zu jeder Wahl.

Ein kleines Beispiel zur Illustration: 1969 weist die CDU im *Feld per504: welfare state expansion* den Wert 8,47, die SPD den Wert 13,04 und die FDP den Wert 6 auf. Der Durchschnittswert beträgt 9,17, die relativen Salienzwerte entsprechend -0,7, 3,87 und -3,17. Für jede Partei lassen sich jetzt einzeln für jede Kategorie Mittelwert und Standardabweichung der relativen Salienzwerte über alle Wahlen berechnen. Das Konfidenzintervall mit der Obergrenze aus Mittelwert plus Standardabweichung und der Untergrenze aus Mittelwert minus Standardabweichung wird als Salienzlage mit den entsprechenden Grenzen definiert. Für die SPD ergibt sich bei per504 ein Mittelwert von 1,86, d.h. im Durchschnitt ist der Anteil dieser Kategorie in SPD-Wahlprogrammen entsprechend höher als der Mittelwert aller Parteien in diesem Feld. Die Standardabweichung beträgt 3,06, so dass sich als Obergrenze der Salienzlage der Wert 4,92 und für die Untergrenze -1,2 ergibt. Bewegt sich der relative Salienzwert der Kategorie per504 in SPD-Wahlprogrammen über 4,92 bzw. -1,2 hinaus, so muss nach dem Gutenberg-Modell mit starken Wählerwanderungen auf Grund einsetzender fluktuierender Nachfrage gerechnet werden. Bewegt sich der Salienzwert innerhalb des Intervalls, so wird überwiegend latente Nachfrage aktiviert oder stillgelegt. Unter Annahme relativ konstanter Präferenzen in der Wählerschaft in dem Sinne, dass die Wähler den Parteien bestimmte Salienzen zuschreiben, können nur extreme Abweichungen vom Schwankungsintervall um den Mittelwert herum starke Wählerwanderungen im Sinne des Modells erklären. Die Operationalisierung anhand

---

<sup>9</sup> Hiermit wird zugleich ein häufig auftretendes methodisches Problem weitgehend gelöst, nämlich dass der Datensatz in vielen Politikfelder bei einzelnen Wahlprogrammen den Wert null aufweist, womit eine Reihe an Rechenoperationen nicht mehr möglich ist und auf Grund der linksschiefen Datenverteilung nur sehr „robuste“ statistische Verfahren verwendet werden können.

des Mittelwertes und der Standardabweichung spannt ein genügend großes Intervall auf, um zufällige Schwankungen in den Wahlprogrammen aufzufangen. Es ist aber gleichzeitig hinreichend klein, um außergewöhnliche Schwankungen zu identifizieren. Sinn macht die Ermittlung eines solchen Konfidenzintervalls nur für Parteien, die hinreichend häufig zu Wahlen angetreten sind und somit genügend Datenpunkte für eine zuverlässige Berechnung zur Verfügung stellen. Die Partei mit den wenigsten Datenpunkten ist CDA mit sieben berücksichtigten Wahlprogrammen.<sup>10</sup>

#### 4.2 Bestimmung der Kernthemen und der Abweichungen

Nun werden die Salienzlagen und autonomen Intervalle für jede Kategorie bestimmt. Die größten Schwankungen sind zu erwarten, wenn eine Partei ein Kernthema, das ihr akquisitorisches Potential ausmacht, vernachlässigt oder ein Randthema plötzlich extrem stark betont, so dass sich die qualitative Zusammensetzung und somit die Attraktivität eines Wahlprogramms grundlegend ändert. Einen wesentlichen Punkt der empirischen Analyse stellt die Identifizierung der Kern- und Randthemen dar.

Es werden drei Arten von Kernthemen bestimmt, die die Besonderheit des angebotenen Issue-Bündels einer Partei einfangen sollen:

- (1) Kernthemen, die auf die Salienzführerschaft in Position-Issues zurückgehen,
- (2) Kernthemen, die im Mittel mehr als 5% Absolutanteil an parteieigenen Wahlprogrammen ausmachen, somit wichtig für die Partei sind, sie jedoch nicht zwingend von anderen Parteien unterscheiden,
- (3) Kernthemen, für die weder (1) noch (2) zutrifft, deren relative Salienzwerte jedoch im Mittel 1% über den Werten der Konkurrenten liegen.

Gemäß Franzmann/Kaiser (2006) lassen sich auf der Basis des CMP-Datensatzes Valenz- und Positionsisues sowie Salienzführerschaft, also die Kernthemen ersten Grades, mit Hilfe einer einfachen linearen Regression bzw. Varianzanalyse bestimmen. Weist eine Partei oder ein Parteilager über den Analysezeitraum im Mittel den höchsten Wert in einer Kategorie auf und unterscheidet sich dieser Wert von dem anderer Parteien auf einem Signifikanzniveau von 0,05, so kann davon ausgegangen werden, dass die entsprechende Partei einen wählerwirksamen monopolistischen Bereich kreiert hat und in diesem Position-Issue die

---

<sup>10</sup> Im Onlineanhang ist eine Übersicht der in den Regressionen berücksichtigten Parteien mit ihren jeweiligen Kern- und Randthemen angegeben. Zur Berechnung der relativen Salienzwerte wurde der Querschnittsmittelwert über alle nach Sartori (1976: 122-23) relevanten Parteien ermittelt, die mindestens drei Mal im Untersuchungszeitraum bei nationalen Parlamentswahlen angetreten sind. Die Querschnittsmittelwerte beinhalten somit auch Daten von Parteien, die nicht in die Regressionen aufgenommen wurden, wie z.B. grüne Parteien.

Salienzführerschaft innehat. Unter den Kernthemen zweiten Grades können sich Valenz-Issues oder sogar Themen verbergen, in denen ein Konkurrent die Salienzführerschaft besitzt. Ungeachtet dessen scheint dieses Thema von erheblicher Relevanz für die Programmatik der betrachteten Partei zu sein und wird mit zu den Themen gezählt, die das akquisitorische Potential einer Partei ausmachen. Bei den Kernthemen dritten Grades wird davon ausgegangen, dass sie sich lediglich auf Grund der niedrigen Fallzahl – im Untersuchungszeitraum haben je nach Land 14 bis 22 Wahlen stattgefunden – als nicht signifikant erwiesen haben. Eine Ignorierung dieser Themen würde entsprechend wichtige Bestandteile parteispezifischer Programmatik mißachten. Ein solches Kernthema dritten Grades ist z.B. *Traditional Morality: Positive* in den Wahlprogrammen des CDA.

Als Randthemen sollen die Politikfelder aufgefasst werden, deren relative Salienzwerte durchweg negativ sind und höchstens dann positive Werte aufweisen, wenn eine Überschreitung der relativen oberen Salienzgrenze vorliegt, also eine Überschreitung der ansonsten im Negativen liegenden Salienzlage.

Wie werden nun die Abweichungen von Kernthemen, also das Verlassen der autonomen Salienzintervalle, gemessen? Hierzu werden zunächst für jede Wahl die Kategorien ausgezählt, in denen die untere Grenze des Salienzintervalls unterschritten wurde, also der relative Salienzwert bei einer Wahl unter dem Wert des Konfidenzintervalls liegt. Dies wird für Salienzüberschreitungen analog durchgeführt. Da aber die Anzahl der Kategorien durch den Datensatz vorgegeben ist, ist dieses Auszählen kein wirklicher Maßstab für die Intensität der Abweichung vom „Normal-Programm“. Hierzu werden abschließend die Differenzen vom tatsächlichen Wert zu den Salienzgrenzen aufsummiert. Dieser summierte Unterschreitungswert wird einmal für die Kernthemen und getrennt davon für alle übrigen Themen errechnet. Gemäß der Vorüberlegungen müsste mit zunehmendem Betrag dieses Unterschreitungswertes in den Kernthemen auch eine zunehmend höhere Wählerfluktuation einsetzen, also eine hohe Unterschreitungssumme negativ mit dem standardisierten Wahlergebnis korrelieren.

### **4.3 Kontrollvariablen, Modellkonstruktion und Länderauswahl**

Das Wahlergebnis wird mit Hilfe einer Panelregression auf die in 4.1 und 4.2 erzeugten Werte zurückgeführt.<sup>11</sup> Von zentraler Bedeutung ist dabei der summierte Unterschreitungswert in

---

<sup>11</sup> Es wird eine einfache lineare Regression (OLS) durchgeführt. Auf Grund der ungleichmäßigen Periodenverteilung – bedingt durch die unterschiedlichen Wahltermine in den untersuchten Ländern – können die ansonsten in der Politikwissenschaft weit verbreiteten *panel-corrected standard errors* (Beck/Katz 1995) nicht zur Anwendung kommen. Die Koeffizienten einer gewichteten linearen Regression zeigen lediglich leicht modifizierte Werte. Wegen der einfacheren Interpretierbarkeit wurde daher an der OLS festgehalten.

den Kernthemen. Der Generalhypothese folgend müsste diese Variable einen signifikanten Einfluss auf das Wahlergebnis zeigen. Gemäß der weiter oben skizzierten Nachfragearten wird aber dieser Einfluss unterschiedlich stark sein: Geringe Abweichungen werden hauptsächlich Veränderungen der latenten Nachfrage bewirken, während starke Abweichungen zunehmend fluktuierende Nachfrage aktivieren. Die Aktivierung von Wählerfluktuation beinhaltet nicht nur den Wählerverlust, sondern auch den Wählergewinn von anderen Parteien. Diesen unterschiedlichen Effekten wird Rechnung getragen, indem zum einen die einfachen Unterschreitungswerte sowie zusätzlich die quadrierten Unterschreitungswerte in das Modell mit eingehen. Über letzteres wird besonders hohen Abweichungen ein stärkeres Gewicht eingeräumt als kleineren. Als programmatische Kontrollvariablen werden ferner die Unterschreitungssumme der Nicht-Kernthemen (einfach und quadriert) sowie die bloße Anzahl an Salienzüberschreitungen als Indikator für den Versuch, neue Themen zu entdecken, in das Modell aufgenommen.

Neben diesen rein programmatischen Variablen existieren nun eine Reihe weiterer Faktoren, die das Wahlergebnis beeinflussen und als Kontrollvariablen mitberücksichtigt werden. Dies sind (1) Regierungsbeteiligung bzw. Dauer der Regierungsbeteiligung, (2) wirtschaftliche Entwicklung, (3) mittelfristige Parteiensystementwicklung in Westeuropa sowie (4) in Anlehnung an die räumlichen Theorie der Abstand zum Medianwähler auf der etablierten Links-Rechts-Dimension.

Norpoth/Gschwend (2003: 23-25) haben in verschiedenen Untersuchungen empirisch gezeigt, dass es für Parteien an der Regierung so etwas wie eine Abnutzungsfunktion gibt: Je länger die Regierungsbeteiligung andauert, desto stärker sinkt der Wählerstimmenrückhalt der Regierungsparteien. Die Regierungsbeteiligung einer Partei wird in unterschiedlicher Weise berücksichtigt: Zum einen, wie oft eine Partei in Folge als größte Regierungspartei, zum zweiten, wie oft hintereinander sie als kleine Regierungspartei an der Regierung beteiligt war. Für die im Modell betrachteten Interaktionen der Regierungsbeteiligung mit anderen Variablen wird ein Dummy gebildet, der für den Fall einer Regierungsbeteiligung den Wert eins annimmt und im Oppositionsfall den Wert null.

Eine solche Interaktionsvariable wird aus dem Produkt aus Regierungsbeteiligung und der wirtschaftlichen Entwicklung in der vorangegangenen Legislaturperiode gebildet. Dabei wird nicht die prozentuale Entwicklung des BIP zu Grunde gelegt. Es kann schwerlich davon ausgegangen werden, dass die Wähler in prosperierenden Zeiten eine Regierung abstrafen in dem Glauben, die Opposition hätte ein geringfügig besseres Wachstum zustande gebracht. Stattdessen wird angenommen, dass ein Null- oder Minuswachstum in einem der Jahre der



Vorgängerlegislaturperiode die Präferenzen der Bürger beeinflusst. Dies kann einmal in einem Vertrauensverlust für die Regierung begründet sein, zum anderen könnte sich dies auch in einer stärkeren Präferenz für wirtschaftsfreundliche Parteien niederschlagen. Hierfür wurde wiederum ein Dummy erzeugt, der dann eins beträgt, wenn in der vorangegangenen Legislaturperiode in mindestens einem Kalenderjahr das Wachstum des BIP pro Kopf kleiner als ein Prozent war.

Schließlich wird kontrolliert, welchen Einfluss die Veränderung der Gesamtideologie und hier vor allem der Abstand zum Medianwähler auf das Wahlergebnis haben. Insbesondere die räumliche Theorie geht von einer Tendenz hin zum Medianwähler bei den Parteipositionen aus. In dieser Tendenz können die Parteien aber durch die Präferenzen ihrer Anhänger gehemmt sein, so dass keine Bewegung hin zum Medianwähler beobachtbar ist (Schofield 2003).<sup>12</sup> Operationalisiert wird dies über die absolute Differenz der über eine Reanalyse des CMP-Datensatzes erhobenen Links-Rechts-Werte (Franzmann/Kaiser 2006) und der Schätzungen der Medianwählerposition nach Kim/Fording (2001). Zu erwarten wäre, dass eine Erhöhung des Abstandes zum Medianwähler insbesondere dann zu Wählerstimmenverlusten führt, wenn zugleich Kernthemen aufgegeben werden. Entsprechend wird eine Interaktionsvariable aus dem Produkt des summierten Unterschreitungswertes der Kernthemen und des Abstandes zum Medianwähler gebildet. Dies wird zusätzlich noch einmal gemacht für den Fall, dass die entsprechende Partei in der vorangegangenen Legislaturperiode an der Regierung beteiligt war. Mittelfristige Effekte auf das Wahlergebnis auf Grund gleich gerichteter Entwicklungen in westeuropäischen Parteiensystemen werden über Dummy-Codierung für insgesamt drei Entwicklungsstadien herausgerechnet. Für den Untersuchungszeitraum von 1949 bis 1998 scheint diese Dreiteilung sinnvoll zu sein.<sup>13</sup> In Anlehnung an Donovan/Broughton (1999: 261-62) werden drei Phasen unterschieden, nämlich (1) bis Ende der 60er Jahre eine Phase wachsenden Wettbewerbs und Depolarisierung, (2) ab den 1970er eine Phase der steigenden Wählervolatilität und (3) ab Anfang/Mitte der 1980er Jahre mit der Etablierung grüner Parteien eine Phase der Fortsetzung des Trends zur verstärkten Wählervolatilität.

---

<sup>12</sup> Schofield (2003) spricht von „Spheres of Influence“ für jede Partei, die dem hier skizzierten akquisitorischen Potential und damit dem autonomen Salienzintervall ähneln, sich aber in einem Punkt deutlich unterscheiden: Nicht Issues, sondern ausschließlich einheitliche Dimensionen stehen im Vordergrund.

<sup>13</sup> Für die Zeit nach 1998 kann für die westeuropäischen Parteiensysteme mit einiger Vorsicht von einer neuen Entwicklungsphase gesprochen werden. Insbesondere in den vier im Artikel betrachteten Ländern kam es in den vergangenen Jahren zu Neuentwicklungen. In Dänemark wurde Venstre auf Kosten der Sozialdemokraten stärkste Partei, in Deutschland wurde erstmals eine rot-grüne Regierung vereidigt und schließlich durch eine große Koalition abgelöst, in Österreich wurde die große Koalition wiederum von einer Mitte-Rechts-Koalition beerbt und in den Niederlanden bildeten mit der PvdA und VVD (unter Einbezug der D66) zwei Parteien eine Koalition, die bis dahin aus ideologischen Gründen als nicht koalitionsfähig galten.

Berücksichtigt werden die Wahlergebnisse aus vier westeuropäischen Parteiensystemen, die allesamt eine ähnliche sozio-ökonomische Entwicklung aufweisen, sich jedoch entweder im Wahlsystem oder in der Politischen Kultur wechselseitig unterscheiden. So weisen sowohl Deutschland als auch Österreich ein Verhältniswahlsystem mit Sperrklausel für den Einzug ins Parlament auf, während in Dänemark und den Niederlanden ein reines Verhältniswahlrecht etabliert ist. Die letzten beiden Länder gelten in der Typologie von Mair (1997: 211-214) als Paradebeispiele eines offenen Parteienwettbewerbs mit verschiedenen und häufig wechselnden Regierungszusammensetzungen. Politisch-kulturell können für den Untersuchungszeitraum 1945-1998 die Niederlande und Österreich im Gegensatz zu Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland als konkordanzdemokratische Systeme charakterisiert werden, auch wenn seit dem Regierungswechsel hin zur ÖVP-FPÖ-Regierung im Jahr 2000 sich die Struktur des österreichischen Parteienwettbewerbs grundlegend gewandelt hat (Müller/Fallend 2004: 831).

Als Regressionsformel ergibt sich somit:

$$Y_{it} = Y_{it-1} + \text{ker}_{it} + \text{ker}_{it}^2 + \text{res}_{it} + \text{res}_{it}^2 + \text{sal}_{it} + \text{GRF}_{it} + \text{KRF}_{it} + \text{WE}_{it} + G_{it} * \text{WE}_{it} + \text{ABSMED}_{it} + \text{ABSMED}_{it} * \text{ker}_{it} + G_{it} * (\text{ABSMED}_{it} * \text{ker}_{it}) + \text{PD}_{it} + \text{LD}_{it} + \varepsilon_{it}$$

mit  $i$  als Index für die Parteien und  $t$  für den Wahlzeitpunkt,  $Y_i$  als Wahlergebnis von Partei  $i$ ,  $\text{ker}$  als Unterschreitungswert in den Kernthemen,  $\text{res}$  als Unterschreitungswert in den Nicht-Kernthemen,  $\text{GRF}$  als große Regierungspartei in Folge,  $\text{KRF}$  als kleine Regierungspartei in Folge,  $G$  als Dummy für Regierungsbeteiligung,  $\text{WE}$  als Indikator für wirtschaftliche Entwicklung (einmal Nullwachstum oder schlechter) in der Vorperiode,  $\text{ABSMED}$  als absoluter Abstand der Links-Rechts-Position von Partei  $i$  zum Zeitpunkt  $t$ ,  $\text{PD}$  als Dummy für die Phase des Parteiensystems und  $\text{LD}$  als Dummy für die Beobachtungseinheiten im Querschnitt, die Länder oder Parteien sein können.<sup>14</sup> Auf diese Weise werden Querschnittseffekte (Fixed-Effects-Model) herausgerechnet. Dies ist hier gerechtfertigt, da das eigentliche Erkenntnisinteresse in der Variation im Längsschnitt liegt und die Eliminierung von Querschnittseffekten nahe liegt (Kittel 2005: 14). Ferner ist dem Modell eine um eine Periode verzögerte abhängige Variable (*Lagged Dependent Variable*; Wooldridge 2002: 412-413) beigefügt. Dies dient zum einen zur Eliminierung von Autokorrelation. Zum anderen macht dies theoretisch Sinn, da von einem gewissen Beharrungsvermögen des aggregierten Wählerverhaltens ausgegangen werden kann. Technisch misst das Modell somit, welchen Effekt eine Änderung des Niveaus der Faktoren, vor allem des

<sup>14</sup> In den hier dargestellten Ergebnissen wurde ausschließlich mit einer Dummy-Parteien-Kodierung gearbeitet, da auf diese Weise die länderspezifischen Varianzen schon abgedeckt sind.

Unterschreitungswertes in den Kernthemen, auf eine Veränderung des Wahlergebnisses hat (Kittel 2005: 10). Das Niveau des Wahlergebnisses hängt im Wesentlichen vom langfristigen Rückhalt der Wählerschaft zur Themenführerschaft der betrachteten Partei ab. Dieses Grundniveau wird von den im Modell verwendeten Faktoren aber nicht beeinflusst, sondern es werden Schwankungen um dieses Grundniveau herum vorhergesagt. Mittelfristige Änderungen des Wählerrückhaltes schlagen sich in den Entwicklungsphasen der Parteiensysteme nieder. Sie werden über die Phasendummies berücksichtigt. Die gute theoretische Interpretierbarkeit rechtfertigt die Anwendung dieses Verfahrens trotz bekannter Probleme, auf die in jüngster Zeit vor allem in polit-ökonomischen Fragestellungen hingewiesen wurde (Kittel/Winner 2005; Plümper et al. 2005).

Die Panelregressionen werden für alle erhobenen Parteien und für einzelne Parteifamilien durchgeführt. Berücksichtigt werden Parteien, die mindestens zu sieben Wahlen im Untersuchungszeitraum angetreten sind, um so ein Minimum an Datenpunkten zur zuverlässigen Erhebung der Kernthemen sicherzustellen. Die Regressionen auf die Parteifamilien bieten sich an, da z.B. für sozialdemokratische Parteien eine ähnliche Wettbewerbsposition und Themenführerschafts-Muster unterstellt werden können und somit auch vergleichbare Effekte der erklärenden Variablen auf das Wahlergebnis. In ähnlicher Weise kann dies für christdemokratische und liberale Parteien unterstellt werden, bei denen jedoch die länderspezifische Varianz extrem hoch ausfällt. Die dänischen Christdemokraten sind in ihrer Geschichte und Wettbewerbsposition sicherlich nicht mit der CDA, ÖVP oder CDU vergleichbar. Sie werden daher in der Parteifamilienregression nicht berücksichtigt. Für die liberalen Parteien ergibt sich das Problem, dass Venstre und VVD in ihren jeweiligen Ländern mit zu den großen Parteien gezählt werden können, während dies für die FDP nicht und für die FPÖ zwar zutrifft, letztere allerdings in den 80er Jahren einen extremen programmatischen Wandel durchlebte.

## **5. Empirische Befunde**

In der folgenden Darstellung der Ergebnisse werden sowohl die unstandardisierten als auch die standardisierten Koeffizientenwerte angegeben. Über die standardisierten Werte können Aussagen über die relative Stärke eines Zusammenhangs getroffen werden, der hier bei teilweise gegenläufigen Effekten durchaus von Interesse ist.<sup>15</sup> Für das Modell für alle Parteien

---

<sup>15</sup> Die Darstellung der Regressionsergebnisse erfolgt durch den unstandardisierten Koeffizientenwert, dahinter in Klammern wie üblich der Standardfehler, dahinter mit einem geraden Strich getrennt schließlich der standardisierte Wert. Das Signifikanzniveau wird wie allgemein üblich mit Sternzeichen angezeigt. Für die

wird auf die Darstellung der Koeffizienten jedes einzelnen Parteidummy zugunsten einer besseren Übersichtlichkeit verzichtet.

Die Panelregression für alle erhobenen Parteien kann teilweise die theoretischen Annahmen bestätigen. Der Unterschreitungswert für die Kernthemen ist schwach signifikant auf dem 0,1-Niveau. Allerdings weist dieser zentrale Erklärungsfaktor einen positiven Zusammenhang mit dem Wahlergebnis auf, obwohl ein negativer erwartet wurde. Dies scheint nahe zu legen, dass Parteien mit einer leichten Abweichung von ihren Kernthemen geringe Stimmengewinne verbuchen können.

---

Koeffizienten der Interaktionsterme wurde die Stabilität des Zusammenhangs für jeweils verschiedene Ausprägungen überprüft und bestätigt (Kam/Franzese 2005: 25-27 und 70-71).

	Modell für alle Parteien	Modell für Liberale
Konstante	15,809 (2,669)***	-0,959 (4,114)
(F1) Wahlergebnis der Vorperiode	0,649 (0,049)   0,648***	0,818 (0,120)   0,783***
(F2) Unterschreitungswert Kernthemen <sup>a</sup>	0,367 (0,194)   0,094*	0,595 (0,392)   0,551
(F3) Quadrat von F2 <sup>a</sup>	-0,005 (0,007)   -0,025	-0,012 (0,012)   -0,265
(F4) Unterschreitungswert Restthemen <sup>a</sup>	0,025 (0,060)   0,016	0,067 (0,391)   -0,265
(F5) Quadrat von F4 <sup>a</sup>	0,000 (0,000)   -0,016	-0,012 (0,024)   0,037
(F6) Anzahl der Salienzüberschreitungen <sup>a</sup>	-0,178 (0,077)   -0,030**	0,495 (0,227)   0,196**
(F7) Abstand zum Medianwähler <sup>b</sup>	0,195 (0,332)   0,013	0,311 (0,946)   0,046
(F8) Große Regierungspartei in Folge <sup>c</sup>	-0,047 (0,193)   -0,004	5,925(1,730)   0,303***
(F9) Kleine Regierungspartei in Folge <sup>c</sup>	0,008 (0,190)   0,001	0,152 (0,357)   0,056
(F10) BIP-Nullwachstum oder schlechter <sup>d</sup>	1,012 (0,532)   0,032*	2,185 (1,707)   0,163
(F11) F10 wenn Partei an der Regierung <sup>d,c</sup>	-2,108 (0,798)   -0,048***	-3,307 (2,127)   -0,198
(F12) F7 bei vorheriger Regierungsteilnahme <sup>b,c</sup>	-0,161 (0,361)   -0,009	-0,011 (0,755)   -0,002
(F13) Interaktion aus F2 und F7 <sup>a,b</sup>	-0,172 (0,071)   -0,066**	-0,192 (0,191)   -0,203
(F14) F13 bei vorheriger Regierungsteilnahme <sup>a,b,c</sup>	0,090 (0,129)   0,013	0,122 (0,264)   0,053
Phase 1 der Parteiensysteme <sup>e</sup>	1,216 (0,555)   0,038**	-1,517 (1,598)   -0,114
Phase 2 der Parteiensysteme <sup>e</sup>	0,106 (0,489)   0,003	-1,131 (1,362)   -0,082
Venstre	Modell für alle Parteien	Referenzvariable
FDP	mit Dummies für jede Partei zur	-1,502 (2,076)   -0,096
VVD	Referenzvariable	1,388 (1,464)   0,093
FPÖ	SPÖ (Werte nicht ausgegeben)	-1,395 (2,651)   -0,092
N	314	62
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,954	0,729
F-Statistik	169,077***	9.760***
T-Residuentest auf serielle Autokorrelation	1,029	-1,620

\*\*\*p<0,01; \*\*p<0,05; \*p<0,10 – Abhängige Variable: Wahlergebnis in %

Anmerkungen: a: Berechnung siehe 4.1 und 4.2 auf Basis des CMP-Datensatzes (Budge et al 2001); b: Differenz aus Links-Rechts-Wert (Franzmann/Kaiser 2006 und geschätzte Medianwählerposition (Kim/Fording 2001); c: nach Woldendorp et al. 2000; d: Quelle: Weltbank, Statistisches Bundesamt für BIP pro Kopf; e: Phase 3 ist Referenzvariable, nähere Angaben im Text auf S. 15.

**Tabelle 26: Ergebnisse der Panelregressionen**

	Modell für Sozialdemokraten	Modell für Christdemokraten
Konstante	34,603 (-5,993) ***	17,407 (7,004) **
(F1) Wahlergebnis der Vorperiode	0,301 (0,126)   0,305**	0,552 ( 0,151)   0,543***
(F2) Unterschreitungswert Kernthemen <sup>a</sup>	-2,932 (0,827)   - 0,939***	0,924 (0,884)   0,113
(F3) Quadrat von F2 <sup>a</sup>	0,356 (0,104)   0,858***	-0,055 (0,113)   -0,048
(F4) Unterschreitungswert Restthemen <sup>a</sup>	-0,390 (0,423)   -0,155	-0,189 (0,482)   -0,034
(F5) Quadrat von F4 <sup>a</sup>	0,032 (0,044)   0,118	0,011 (0,043)   0,021
(F6) Anzahl der Salienzüberschreitungen <sup>a</sup>	0,018 (0,206)   0,006	-0,187 (0,171)   -0,035
(F7) Abstand zum Medianwähler <sup>b</sup>	-2,846 (1,066)   -0,346**	-0,365 (2,005)   -0,016
(F8) Große Regierungspartei in Folge <sup>c</sup>	-0,545 (0,351)   -0,151	4,947 (0,394)   0,014
(F9) Kleine Regierungspartei in Folge <sup>c</sup>	-0,958 (0,502)   -0,164*	0,115 (0,592)   0,062
(F10) BIP-Nullwachstum oder schlechter <sup>d</sup>	0,346 (1,551)   0,024	0,516 (1,873)   0,147**
(F11) F10 wenn Partei an der Regierung <sup>d,c</sup>	0,228 (1,991)   0,014	-0,370 (0,920)   -0,155**
(F12) F7 bei vorheriger Regierungsteilnahme <sup>b,c</sup>	0,167 (0,860)   0,025	0,159 (0,838)   0,002
(F13) Interaktion aus F2 und F7 <sup>a,b</sup>	-0,282 (0,228)   -0,173	-6,163 (2,286)   -0,049
(F14) F13 bei vorheriger Regierungsteilnahme <sup>a,b,c</sup>	0,975 (0,357)   0,395***	0,043 (1,719)   0,020
Phase 1 <sup>e</sup>	2,333 (1,163)   0,161*	6,913 (1,729)   0,226**
Phase 2 <sup>e</sup>	1,683 (1,199)   0,112	2,029 (1,571)   0,063
SPD bzw. CDU	Referenzvariable	Referenzvariable
--- bzw. ARP	---	-17,738 (5,520)   -0,409***
--- bzw. CHU	---	-19,266 (5,814)   -0,444***
PvdA bzw. CDA	-7,992 (1,845)   - 0,494***	-4,132 (3,004)   -0,084
SD bzw. KVP	-5,480 (1,503)   - 0,375***	-9,905 (2,970)   -0,228***
SPÖ bzw. ÖVP	4,140 (1,907)   0,250**	-3,236 (1,687)   -0,092*
N	62	56
Korrigiertes R <sup>2</sup>	0,816	0,955
F-Statistik	15,433***	57,678***
T-Residuentest auf serielle Autokorrelation	-1,596	0,300

\*\*\*p<0,01; \*\*p<0,05; \*p<0,10 – Abhängige Variable: Wahlergebnis in %

**Tabelle 27: Ergebnisse der Panelregressionen für die Parteifamilien Sozialdemokraten und Christdemokraten**

Allerdings sprechen dagegen zwei andere Faktoren, die jeweils auf dem 0,05-Niveau signifikant sind und gemäß der theoretischen Annahmen ein negatives Vorzeichen aufweisen, nämlich zum einen die Anzahl der Salienzüberschreitungen und zum anderen die Interaktionsvariable aus dem Unterschreitungswert in den Kernthemen und dem Abstand zum Medianwähler. Die Signifikanz der Anzahl an Salienzüberschreitungen weist darauf hin, dass sich eine vermehrte Betonung unterschiedlicher Themen, die nicht zum Kernbestandteil gehören, negativ auf das Wahlergebnis auswirkt. Legen Parteien ihrer Programmatik also eine gewisse Beliebigkeit zu Grunde, so wird dies von der Wählerschaft bestraft. Die Signifikanz der Interaktion aus Abstand zum Medianwähler und Unterschreitungssumme in Kernthemen bestätigt, dass bei Aufgabe eigener Kernthemen sich der Abstand zum Medianwähler negativ auf das Wahlergebnis auswirkt. Die Vergrößerung des Abstandes zum Medianwähler alleine, also unbeachtet der Aufgabe von Kernthemen, zeigt keinen Effekt auf das Wahlergebnis.

Wenig überraschen dürfte auch, dass sich ein Nullwachstum in der vorangegangenen Legislaturperiode sich negativ auf das Wahlergebnis auswirkt, sofern die betrachtete Partei an der Regierung beteiligt gewesen ist. Der entsprechende Faktor ist auf dem 0,01-Niveau signifikant. Umgekehrt zeigt der auf dem 0,1-Niveau signifikant positive Zusammenhang schlechter Wirtschaftsperformanz auf das Wahlergebnis, dass die Oppositionsparteien in geringerem Umfang davon profitieren. Regierungstätigkeit allgemein scheint sich aber nicht unbedingt negativ auf das Wahlergebnis auszuwirken. Zumindest weisen die entsprechenden Faktoren keinen signifikanten Effekt auf. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass der Einbezug aller Parteien, also großer wie kleiner Parteien, ob an der Regierung beteiligt oder nicht, in die Regression dazu führen könnte, bestimmte tatsächlich vorhandene Effekte auf Schwankungen des Wahlergebnisses zu unterdrücken. Ein Hinweis darauf ist die Signifikanz der ersten Phase der Parteiensysteme in der Nachkriegszeit. Während zwischen Phase 2 und 3 praktisch kein Unterschied besteht, schneiden die untersuchten Parteien hier besser ab. Grund dürfte einfach die im Vergleich zu den Nachfolgeperioden geringe Anzahl an Parteien sein, so dass die angetretenen Parteien einen vergleichsweise höheren Stimmenanteil verbuchen konnten. Die Aussagekraft dieses allgemeinen Modells ist also auf Grund der Heterogenität der Beobachtungseinheiten mit einiger Vorsicht zu genießen. Um die Effekte genauer zu untersuchen, wird abschließend jeweils getrennt eine Regression für diejenigen Parteifamilien durchgeführt, deren nationale Repräsentanten in der gesamten Untersuchungsperiode zu den Wahlen angetreten sind.

Die größte Homogenität - programmatisch wie auch im Bezug zur Wählerstärke - weisen die sozialdemokratischen Parteien auf. Die Koeffizienten des Regressionsmodells bestätigen

weite Teile der zuvor formulierten Theorie. Der Unterschreitungswert in den Kernthemen ist hoch signifikant auf dem 0,01-Niveau und weist einen negativen Zusammenhang mit dem Wahlergebnis auf. Das Quadrat ist ebenfalls hoch signifikant, weist aber einen positiven Zusammenhang auf. Besonders hohe Abweichungen von den Kernthemen führen zu Wählerstimmengewinnen, während kleinere Abweichungen zu den erwarteten Verlusten führen. Die standardisierten Koeffizienten machen deutlich, dass der negative Effekt des einfachen Unterschreitungswertes der Kernthemen nur leicht größer ist als der positive Effekt der quadrierten Werte. Interpretieren lässt sich dieser gegenläufige Effekt, dass es zu extremer Vernachlässigung der Kernthemen nur kommt, wenn dies für die Partei mit einer hohen Erfolgswahrscheinlichkeit einhergeht. D.h. die Parteien haben in diesem Fall neue Themen entdeckt, deren Propagierung zwar Wählerwanderungen im Sinne der fluktuierenden Nachfrage hervorrufen, aber mehr Stimmen anlocken als an anderer Stelle verloren gehen. Grundsätzlich ist aber die Vernachlässigung von Kernthemen mit Wählerstimmenverlusten verbunden. Ebenfalls mit Verlusten verbunden ist ein großer Abstand zum Medianwähler. Der auf dem 0,05-Niveau signifikante standardisierte Koeffizient ist allerdings nur ein Drittel so groß wie der des einfachen Unterschreitungswertes in den Kernthemen. Einen sehr hoch signifikanten, positiven Effekt zeigt hingegen die Interaktionsvariable aus Kernthemenunterschreitungswert und Abstand zum Medianwähler, sofern die jeweilige Partei zuvor an der Regierung beteiligt war. Dies widerspricht komplett dem Modell für alle Parteien. Ein großer Abstand zum Medianwähler und gleichzeitige Vernachlässigung von Kernthemen hat unter Regierungsbeteiligung einen positiven Effekt auf sozialdemokratische Wahlergebnisse! Dieser Koeffizient ist ausschließlich im Modell für sozialdemokratische Parteien relevant. Der Grund hierfür ist aber nicht wirklich klar. Wahrscheinlich sind solche kontraintuitiven programmatischen Änderungen eine Reaktion auf reale Herausforderungen des Regierungshandelns und entsprechend gegenüber der eigenen Anhängerschaft gut legitimierbar. Das Handeln kleiner Regierungsparteien in der vorangegangenen Legislaturperiode wirkt sich schwach negativ auf das Wahlergebnis aus. Dies lässt sich ebenfalls nur für sozialdemokratische Regierungsparteien nachweisen.

Die Regression für christdemokratische Parteien zeigt ein komplett anderes Bild. Hier sind lediglich die beiden Faktoren bezüglich des Wirtschaftswachstums signifikant auf dem 0,05-Niveau. Grundsätzlich scheinen christdemokratische Parteien bei einem Stocken des Wirtschaftswachstums Stimmengewinne zu verbuchen. Geschieht dies unter Regierungsbeteiligung, dann verlieren sie entsprechend Stimmen. Sämtliche übrigen Faktoren für die Programmatik scheinen keinen Einfluss auf den Wahlerfolg zu haben.



In der Regression für liberale Parteien sind diese beiden Faktoren nicht signifikant. Der hoch signifikante Wert mit positivem Einfluss auf das Wahlergebnis bei Führung einer Regierung spiegelt wohl eher die Heterogenität der Stärken der Beobachtungseinheiten wider: Lediglich Venstre ist von den liberalen Parteien in der Vergangenheit ab und an große Regierungspartei gewesen. Dabei hat sie zu Beginn der 50er Jahre tatsächlich Stimmen hinzugewinnen können, jedoch in den 70er Jahren massiv Stimmen verloren. Dieser Wert ist somit nur mit Vorsicht zu genießen. Von den programmatischen Variablen ist einzig die Anzahl an Salienzüberschreitungen signifikant auf dem 0,05-Niveau. Der Zusammenhang mit dem Wahlergebnis ist positiv und damit konträr zum Ergebnis desselben Koeffizienten im Modell für alle Parteien. Für liberale Parteien scheint sich die stärkere Betonung von Randthemen bezahlt zu machen.

## **6. Schlussfolgerungen**

In Anlehnung an mikroökonomische Überlegungen wurde das Konzept des Issue-Ownerships reformuliert. Es wurde das Bild eines oligopolistischen Issue-Marktes entworfen. Gehandeltes Gut auf diesem Markt sind annahmegemäß Issues: Parteien bieten ein Bündel an Problemlösungsmethoden für Issues an, während Wähler ein bestimmtes Bündel an Politikzielen verfolgen. Methoden und Politikziele stimmen dabei sowohl zwischen Parteien und Wählern untereinander nur partiell oder überhaupt nicht überein. Dieser „Markt“ verfügt über kein direktes Preissystem, das eine Informationsfunktion über Knappheiten leisten könnte. Allerdings erfüllen die programmatischen Salienzen einen Teil dieser Informationsfunktion: Die Wähler können überprüfen, inwieweit die von ihnen präferierten Themen von den Parteien auf die Agenda gebracht werden. Die Parteien wiederum können im Wissen über langfristige Wählerbindungen mit Variationen ihrer Programmatik kurzfristig ihre Wahlchancen verbessern, aber auch verschlechtern. Sie verschlechtern ihre Wahlchancen, wenn sie im Vergleich zu einem ihrer Konkurrenten eines ihrer Kernthemen vernachlässigen. Zumindest werden dann Stammwähler, die der latenten Nachfrage zuzurechnen sind, von der Wahl abgehalten. Umgekehrt können Parteien ihre Chancen verbessern, wenn sie ihren Hauptkonkurrenten aus der Salienzlage eines Kernthemas herausdrängen können. Es ist dann das Einsetzen fluktuierender Wählernachfrage zu erwarten.

Aus diesem Blickwinkel wird die Programmatik zu einer Art Marketinginstrument. Die Wirksamkeit dieses Marketinginstrumentes kann durch Faktoren wie das zur Auswahl stehende politische Personal oder eine schlechte Regierungsbilanz beeinflusst werden. Die empirischen Analysen des Artikels konzentrierten sich auf die Wirksamkeit der

Programmatik. Es wurde dabei der Leithypothese nachgegangen, dass ein starkes Abweichen von den historisch erworbenen Kernthemen zu Wählerverlusten führt. Durchgeführt wurden Panelregressionen einmal quer über Länder und Parteifamilien und schließlich für einzelne Parteifamilien quer über die Länder. Die empirischen Analysen können je nach Parteifamilie lang- und kurzfristige Effekte der Themen- und Salienzführerschaft bestätigen. Insgesamt variieren die Befunde stark zwischen den Parteifamilien. Als Ergebnisse lassen sich festhalten:

- (1) Bei sozialdemokratischen Parteien zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen der Salienz der Kernthemen und dem Wahlerfolg. Dabei zeigt sich ein gegenläufiger Effekt zwischen dem einfachen und dem quadrierten Unterschreitungswert: Der einfache wirkt sich wie ursprünglich erwartet negativ auf den Wählerrückhalt aus, der quadrierte umgekehrt positiv.
- (2) Der Abstand zum Medianwähler wirkt sich ebenfalls nur für sozialdemokratische Parteien negativ auf das Wahlergebnis aus.
- (3) Im Modell für alle Parteien wirkt sich die Interaktion aus Unterschreitung der Kernthemen und Abstand des Medianwählers wie erwartet negativ auf das Wahlergebnis aus.
- (4) Dieser Interaktionsterm weist aber für sozialdemokratische Parteien bei Regierungsbeteiligung einen positiven Effekt auf das Wahlergebnis auf. Vermutlich stellt die Regierungstätigkeit einen Legimitationsmechanismus zur Verfügung, der einen großen Abstand zum Median und die gleichzeitige Vernachlässigung von Kernthemen mit Erfolg bewerkstelligen lässt.
- (5) Die Regierungstätigkeit an sich scheint kaum Auswirkungen auf das Wahlergebnis zu haben. Ein schwach signifikanter, negativer Zusammenhang ergibt sich lediglich für sozialdemokratische Parteien, wenn sie der kleine Koalitionspartner sind. Der hoch signifikante, positive Zusammenhang für liberale Parteien ist auf Grund der geringen Fallzahl mit Vorsicht zu genießen. Der von Norpoth/Gschwend (2003) proklamierte Abnutzungsfaktor von Regierungen kann so allgemein hier nicht bestätigt werden.
- (6) Eine solche hinreichende Bedingung kann die Wirtschaftsentwicklung darstellen: Fällt die Regierungstätigkeit mit einer schlechten Wirtschaftsbilanz zusammen, so wirkt sich das grundsätzlich negativ auf das Wahlergebnis aus, insbesondere für christdemokratische Parteien.
- (7) Oppositionsparteien profitieren von einer schlechten Wirtschaftsbilanz, aber insbesondere gilt dies für christdemokratische Parteien, während sich dieser

Zusammenhang sowohl für Liberale als auch für Sozialdemokraten nicht bestätigen lässt.

- (8) Eine gewisse programmatische Beliebigkeit, die ihren Niederschlag in einer erhöhten Anzahl von Salienzüberschreitungen findet, wirkt sich grundsätzlich leicht negativ auf das Wahlergebnis aus. In der isolierten Betrachtung liberaler Parteien zeigt sich aber das genaue Gegenteil. Dies könnte in ihrer Wettbewerbsposition zwischen Sozialdemokraten auf der Linken und Konservativen/Christdemokraten auf der Rechten begründet sein.

Das vorgestellte Modell sowie die empirischen Befunde widersprechen in Teilen der häufig von der räumlichen Theorie postulierten Annahme, dass eine Position möglichst nahe am Medianwähler besonders erfolgversprechend sei. Lediglich für sozialdemokratische Parteien lässt sich dieser Zusammenhang zeigen, wobei auch hier die Stärke des Zusammenhangs niedriger ist als bei den Kernthemen. Jenseits der Salienztheorie und dem Konzept des Issue-Ownerships haben Variationen der räumlichen Theorie (Schofield 2003), die Annahme einer heterogenen Wählerschaft in ökonomischen Modellen (Bischoff 2005) sowie Simulationen des Parteienwettbewerbs (Martin/Plümper 2004) ebenfalls Zweifel am Medianwählertheorem aufkommen lassen. In letzterem wird zwischen stammwählerstarken und –schwachen Parteien unterschieden. Große Parteien hätten die Möglichkeit, die kleinen programmatisch vor sich her zu treiben und würden diese zwingen, sich immer wieder neue Nischen zu suchen (Martin/Plümper 2004: 8). Dieses interessante Argument lässt sich gut mit der hier erfolgten Beobachtung in Einklang bringen, dass liberale Parteien einen Vorteil aus einer erhöhten Anzahl an Salienzüberschreitungen ziehen. Auch dass sozialdemokratische Parteien unter Regierungsbeteiligung einen Vorteil aus Vernachlässigung ihrer Kernthemen in Kombination mit einem großen Abstand zum Medianwähler ziehen können, könnte auf die Eroberung von Politikpositionen kleiner Parteien zu ihrer Linken zurückgeführt werden. Andererseits zeigen sich gerade für die stammwählerstärkste Parteifamilie, nämlich wiederum die Sozialdemokraten, sowohl bei der isolierten Betrachtung der Vernachlässigung ihrer Kernthemen als auch bei erhöhtem Abstand zum Medianwähler Wählerverluste.

Das Medianwählertheorem scheint jedenfalls nur unter bestimmten Bedingungen gültig zu sein. Gleiches scheint aber auch für das hier fokussierte Konzept des Issue-Ownerships zu gelten. Zumindest für die Wahlergebnisse christdemokratischer Parteien leistet es keinen Erklärungsbeitrag. Für alle anderen Parteien lassen sich allerdings Effekte der Programmatik und insbesondere die Rolle von Kernthemen, ähnlich wie im skizzierten Konzept des oligopolistischen Issue-Marktes, bestätigen. Die Ergebnisse legen nahe, zukünftig in

Analysen des Parteienwettbewerbs verstärkt den unterschiedlichen Charakter und die Wettbewerbsposition der einzelnen Parteien individuell zu berücksichtigen.

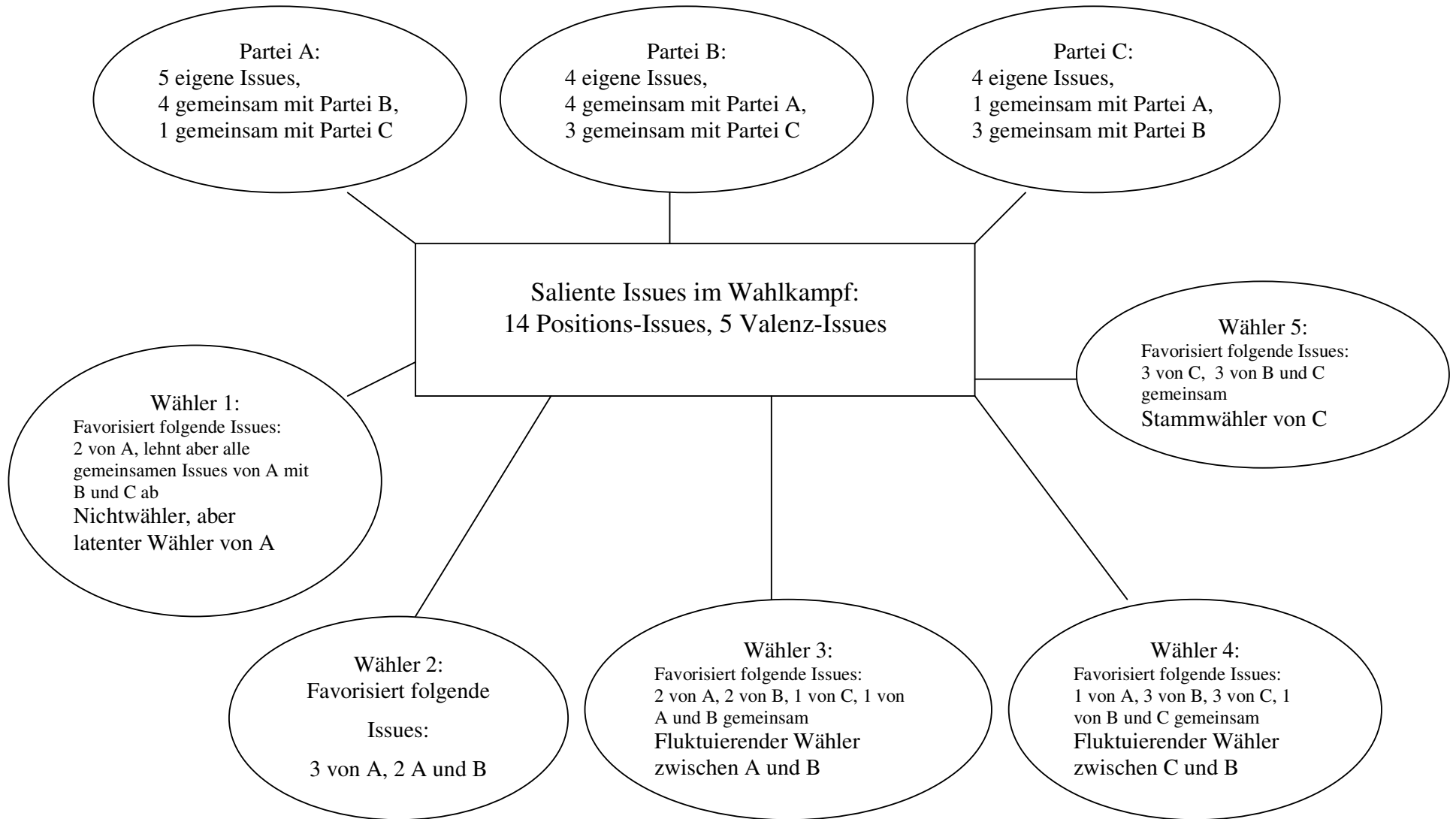
## **Anhang zu „Parteistrategien auf dem oligopolistischen Issue-Markt“.**

### **Die Kern- und Randthemen**

Zentral in der Argumentationslogik des oligopolistischen Issue-Marktes sind die Kernthemen, die eine Partei besitzt. Der Online-Anhang umfasst eine Übersicht über die ermittelten Kern- und Randthemen aller in den Rechnungen berücksichtigten Parteien. Die Kernthemen sind analog zum Artikel in drei Kategorien aufgeteilt, nämlich (1) Kernthemen, die auf die Salienzführerschaft in Position-Issues zurückgehen, (2) Kernthemen, die im Mittel mehr als 5% Absolutanteil an parteieigenen Wahlprogrammen ausmachen, somit wichtig für die Partei sind, sie jedoch nicht zwingend von anderen Parteien unterscheiden, (3) Kernthemen, für die weder (1) noch (2) zutrifft, deren relative Salienzwerte jedoch im Mittel 1% über den Werten der Konkurrenten liegen. Angegeben sind die CMP-Originalbezeichnungen.

Es hat sich herausgestellt, dass die im Artikel ausgeführte Annahme nicht einheitlicher Dimensionen zwischen Parteien und Wählern sich mit einer einfachen Graphik verdeutlichen lässt.

Abbildung 20 gibt einen vereinfachenden Überblick über die Strukturierung des politischen Raumes gemäß dem entwickelten Modell. Dargestellt sind ein Drei-Parteien-System und fünf „repräsentative“ Wähler dieses fiktiven politischen Systems. Entscheidend im aktuellen Wahlkampf sind hier 14 Issues, in denen sich die Parteien klar voneinander unterscheiden. In dem betrachteten politischen System können ferner insgesamt fünf Valenz-Issues ausgemacht werden, also Themen, deren Betonung in der Gesamtgesellschaft auf Zustimmung stößt. Die Parteien verfügen nun jeweils über ein eigenes Set an Issues, das nur teilweise Überschneidungen mit den anderen Parteien aufweist. In dem hier gewählten Beispiel weist Partei B sowohl mit Partei A als auch C weitreichende Überschneidungen auf. Die Wähler hingegen haben sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, was von denen im Wahlkampf im Vordergrund stehenden Issues für sie wirklich wichtig ist oder nicht. Wähler 1 favorisiert ausschließlich Issues, die Kernthemen von Partei A sind, lehnt aber jede Gemeinsamkeit mit B und C ab und enthält sich daher seiner Stimme. Wähler 2 hat für sich ein anderes Set an Issues als wichtig definiert und kann sich auch mit den Schnittmengenthemen von A und B anfreunden, obwohl er ansonsten nur Kernthemen von Partei A favorisiert. Ähnliches kann von Wähler 5 gesagt werden, der sich allerdings für Partei C erwärmt. Die Wählertypen 3 und 4 werden entsprechend ihrer Neigung und konkretem Parteiangebot wohl zwischen Partei A und B bzw. B und C wandern.



**Abbildung 20:**  
**Die Strukturierung des politischen Raumes im Issue-Markt**

*Anmerkung:* Die folgenden Angaben beruhen auf Sekundäranalysen des Datensatzes des Comparative Manifesto Projects: Budge, Ian/Klingemann, Hans-Dieter/Volkens, Andrea/Bara, Judith/Tanenbaum, Eric (Hrsg.) 2001: Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998, Oxford.

Die Valence-Issues wurden nach der Methode in Franzmann, Simon/Kaiser, André 2006: Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Party Manifesto Data, in: Party Politics, March 2006, issue 12.2, 163-188, berechnet.

## ***1. Dänemark***

### ***Valence Issues:***

Foreign Special Relationships: Positiv (per101), European Community:Positiv (per108), Political Corruption (per304), Political Authority (per305), Market Regulation(per403), Economic Planning (per404), Economic Goals (per408), Keynesian Demand Management (per409), Productivity (per410), Controlled Economy (per412), Anti-Growth Economy (per416), National Way of Life: Positiv (per601)

### ***Kernthemen der DKP 1954-1984***

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Foreign special Relationship: Negative, Anti-Imperialism, Military: negative, Peace, European Community: Negative, Nationalization, Labour Groups: Positive
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Social Justice
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Democracy, Welfare State Expansion

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Decentralisation, Government and Administrative Efficiency, Free Enterprise, Incentives, Productivity, Economic Orthodoxy, Social Harmony

### ***Kernthemen der VS 1968-1984***

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: negative, Nationalization, Labour Groups: Positive
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Democracy

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Positive, Internationalism: Positive, European Community: Positive, Decentralisation, Government and Administrative Efficiency, Free Enterprise, Incentives, Economic Planning, Productivity, Controlled Economy,

Economic Orthodoxy, Welfare State Limitation, Education Expansion, Traditional Morality: Positive, Law and Order, Social Harmony, Non-economic Demographic Groups

### ***Kernthemen der SF 1960-1998***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: negative, Peace, European Community: Negative, Marxist Analysis, Environmental Protection, Social Justice, Education Expansion

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Democracy

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Controlled Economy, Nationalization, Welfare State Expansion, Labour Groups: Positive

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Positive, Government and Administrative Efficiency, Free Enterprise, Incentives, Productivity, Economic Orthodoxy, Traditional Morality: Positive, Agriculture and Farmers, Middle Class and Professional Groups

### ***Kernthemen der SD 1945-1998***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Economic Goals, Keynesian Demand Management, Productivity, Culture, Social Justice, Welfare State Expansion, Education Expansion, National way of life: Negative, Multiculturalism: Positive, non-economic demographic groups

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Labour Groups: Positive

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Negative, Freedom and Human Rights, Free Enterprise, Incentives, Nationalization

### ***Kernthemen der CD 1973-1998***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** EC: Positive, Centralisation, Free Enterprise, Incentives, Culture, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive, Law and Order, Middle Class and Professional Groups

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Military: Positive

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Negative, EC: Negative, Decentralisation, Government and administrative efficiency, Protectionism: Negative, Environmental Protection, Social Justice, Labour Groups: Positive, non-economic demographic groups



### ***Kernthemen der RV 1945-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Negative, Internationalism: Positive, Productivity, Technology and Infrastructure, Education Expansion, Social Harmony
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Social Justice
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Positive, Nationalization

### ***Kernthemen der V 1960-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Positive, EC: Positive, Decentralisation, Free Enterprise, Incentives, Nationalization, Welfare State Limitation, Education Limitation, National Way of Life: Positive, National way of life: Negative, Agriculture and Farmers
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen: (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Negative, Internationalism: Positive, Social Justice, Welfare State Expansion, Labour Groups: Positive, non-economic demographic groups

### ***Kernthemen der DU 1953-1968***

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Foreign Special Relationship: Negative, Constitutionalism: Positive, Political Corruption, Free Enterprise, Protectionism: Negative, Nationalization, Welfare State Limitation, Multiculturalism: Positive
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign Special Relationship: Negative, Military: Negative, Peace, political authority, Market Regulation, Economic Goals, Productivity, Nationalization, Environmental Protection, Welfare State Expansion, Education Expansion, Law and Order, Labour Groups: Positive, Middle Class and Professional Groups, non-economic demographic groups

### ***Kernthemen der KrF 1971-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Internationalism: Positive, Freedom and Human Rights, Environmental Protection, Traditional Morality: Positive, Agriculture and Farmers, Underprivileged Minority Groups, non-economic demographic groups  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Welfare State Expansion  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Negative, EC: Negative, Democracy, Free Enterprise, Market Regulation, Economic Planning, Technology and Infrastructure, Controlled Economy, Nationalization, Welfare State Limitation, Education Expansion, Labour Groups: Positive

### ***Kernthemen der KF 1945-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Positive, Freedom and Human Rights, Government and administrative efficiency, Free Enterprise, Incentives, Technology and Infrastructure, Nationalization, Welfare State Limitation, Law and Order  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Productivity

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign Special Relationship: Negative, Military: Negative, EC: Negative, Democracy, Social Justice, Welfare State Expansion

### ***Kernthemen der FP 1973-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Internationalism: Negative, Centralisation, Government and administrative efficiency, Political Corruption, Free Enterprise, Incentives, Nationalization, Welfare State Limitation, Education Limitation, Law and Order, Multiculturalism: Negative  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Positive, Military: Negative, Internationalism: Positive, EC: Negative, Democracy, Decentralisation, Market Regulation, Economic Planning, Keynesian Demand Management, Technology and Infrastructure, Social Justice, Education Expansion, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Labour Groups: Positive

### ***Kernthemen der RF 1945-1984***

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** EC: Negative, Freedom and Human Rights, Free Enterprise, Market Regulation, Protectionism: Negative, Nationalization, Welfare State Limitation
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Democracy

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Welfare State Expansion, Labour Groups: Positive

## **2. Deutschland**

### **Valence Issues:**

Foreign Special Relationships: Positiv (per101), Foreign Special Relationships: Negativ (per102), Peace (per106) European Community: Positive (per108), Internationalism: Negativ (per109), European Community: Negativ (per110), Democracy (per202), Constitutionalism: Positive (per203), Decentralisation (per301), Centralisation (per302), Political Corruption (per304), Political Authority (per305), Incentives (per402), Market Regulation (per403)

### **Kernthemen der CDU-CSU 1949-1998**

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Positive, European Community: Positive, Free Enterprise, Market Regulation, Technology and Infrastructure, Controlled Economy, Law and Order, Social Harmony, Economic Goals, Economic Orthodoxy
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Welfare State Expansion
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:**

**Relative Randthemen:** Military: Negative, Internationalism: Positive, Democracy

### **Kernthemen der SPD 1949-1998**

#### **Kernthemen:**

- (1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Social Justice, Welfare State Expansion, Labour Groups: Positive
- (2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Technology and Infrastructure, Environmental Protection, Non-economic Demographic Groups
- (3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen:** Military: Positive, Freedom and Human Rights, Free Enterprise

### ***Kernthemen der FDP 1949-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Government and Administrative Efficiency, Free Enterprise, Economic Orthodoxy, Welfare State Limitation, Education Expansion, Multiculturalism: Positive
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Freedom and Human Rights, Technology and Infrastructure, Environmental protection
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Culture

**Relative Randthemen:** Social Justice, Welfare State Expansion: negative

### ***Kernthemen der Grünen 1983-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Negative, Internationalism: Positive, Anti-Growth-Economy, Environmental Protection, National way of life: Negative, Labour Groups: Positive, Underprivileged Minority Groups
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Environmental Protection, Social Justice, Welfare State Expansion, non-economic demographic groups
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Democracy, political authority

**Relative Randthemen:** Foreign special relationship: Positive, Military: Positive, EC: Positive, Government and administrative efficiency, Free Enterprise, Market Regulation, Corporatism, Protectionism: Negative, Productivity, Technology and Infrastructure, Nationalization, Welfare State Limitation, Education Expansion, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive, Law and Order, Social Harmony, Agriculture and Farmers, Middle Class and Professional Groups

### ***Kernthemen der PDS 1990-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Democracy, Marxist Analysis, Social Justice, Welfare State Expansion, National way of life: Negative, Traditional Morality: Negative, Labour Groups: Positive, Underprivileged Minority Groups, non-economic demographic groups
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Environmental Protection
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Freedom and Human Rights, Constitutionalism: Positive, Government and administrative efficiency, Free Enterprise, Productivity, Technology and Infrastructure, Nationalization, Culture, Welfare State Limitation

**Relative Randthemen:** Military: Negative, Internationalism: Positive, Internationalism: Negative, EC: Negative, Democracy, Constitutionalism: Negative, political authority, Incentives, Market Regulation, Corporatism, Economic Goals, Productivity, Nationalization,

Marxist Analysis, Anti-Growth-Economy, Social Justice, Welfare State Expansion, Education Limitation, National Way of Life: Positive, National way of life: Negative, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Labour Groups: Positive, LABOUR GROUPS: NEGATIVE, Agriculture and Farmers, Middle Class and Professional Groups, Underprivileged Minority Groups, non-economic demographic groups

### ***Kernthemen der DP 1949-1957***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Positive, Traditional Morality: Positive

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Freedom and Human Rights, Market Regulation, Social Justice, Welfare State Expansion, Traditional Morality: Positive, non-economic demographic groups

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Military: Positive, Incentives, Welfare State Expansion, Traditional Morality: Positive, non-economic demographic groups

**Relative Randthemen:** Foreign special relationship: Positive, Foreign Special Relationship: Negative, Military: Negative, Peace, Internationalism: Positive, EC: Positive, Freedom and Human Rights, Democracy, Decentralisation, Centralisation, Political Corruption, political authority, Incentives, Market Regulation, Economic Planning, Protectionism: Positive, Economic Goals, Productivity, Technology and Infrastructure, Nationalization, Culture, Education Expansion, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Multiculturalism: Positive, Labour Groups: Positive, Middle Class and Professional Groups

### 3. Österreich

#### **Valence Issues:**

Foreign Special Relationships: Positiv (per101), Anti-Imperialism (per103), Military: Positive (per104), Peace (per106), Internationalism: Positive (per107), European Community: Positive (per108), Constitutionalism: Negative (per204), Decentralisation (per301), Centralisation (per302), Governmental and Administrative Efficiency (per303), Political Corruption (per304), Market Regulation (per403), Economic Planning (per404), Corporatism (per405), Protectionism: Positive (per406), Protectionism. Negative (per407), Keynesian Demand Management (per409), Productivity (per410), Controlled Economy (per412), Marxist Analysis (per415) Culture (per502), Welfare State Limitation (per505), Education Expansion (per506), Education Limitation (per507), National Way of Life: Positiv (per601), Traditional Morality: Positive (per603), Traditional Morality: Negative (per604), Law and Order (per605), Social Harmony (per606), Multiculturalism: Positive (per607), Multiculturalism: Negativ (per608), Labour Groups: Positive (per701), Labour Groups: Negative (per702), Agriculture and Farmers (per703), Middle Class and Professional Groups (per704), Non-economic Demographic Groups (per706)

#### **Kernthemen der ÖVP 1949-1995**

##### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Free Enterprise, Incentives, Economic Goals, Economic Orthodoxy
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Democracy, Productivity, Technology and Infrastructure
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Democracy

#### **Kernthemen der SPÖ 1949-1995**

##### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Foreign Special Relationship: Negative, Economic Goals, Technology and Infrastructure, Nationalization, Social Justice, Welfare State Expansion,
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Democracy, Non-economic Demographic Groups
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Market Regulation

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Constitutionalism: Positive, Free Enterprise, Incentives

### ***Kernthemen der FPÖ 1949-1995***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Freedom and Human Rights, Democracy, Constitutionalism: Positive, Free Enterprise  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Internationalism: Positive, Social Justice  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Government and Administrative Efficiency, Political Corruption, National Way of Life: Positive

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Economic Goals, Productivity, Technology and Infrastructure

### ***Kernthemen der Grünen 1986-1995***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Negative, Internationalism: Negative, EC: Negative, Freedom and Human Rights, political authority, Economic Goals, Anti-Growth-Economy, Environmental Protection, Social Justice, National way of life: Negative, Underprivileged Minority Groups  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Democracy  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Positive, Internationalism: Positive, EC: Positive, Decentralisation, Government and administrative efficiency, Free Enterprise, Incentives, Technology and Infrastructure, Nationalization, Welfare State Limitation, Education Expansion, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive, Law and Order, Agriculture and Farmers, Middle Class and Professional Groups



#### **4. Niederlande**

##### **Valence Issue:**

Internationalism: Negativ (per109), Freedom and Human Rights (per201), Decentralisation (per301), Political Corruption (per304), Protectionism: Positive (per406), Keynesian Demand Management (per409), Productivity (per410), Technology and Infrastructure (per411), Education Expansion (per507), National Way of Life: Positiv (per601), Traditional Morality: Negative (per604), Multiculturalism: Negativ (per608), Middle Class and Professional Groups (per704), Non-economic Demographic Groups (per706)

##### **Kernthemen der GL 1989-1998**

###### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Internationalism Positive, European Community: Negative, Democracy, Political Authority, Anti-Growth Economy, Environmental Protection, National Way of Life: Negative, Labour Groups: Positive, Underprivileged Minority Groups
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Social Justice, Welfare State Expansion
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign special relationship: Positive, Military: Positive, EC: Positive, Constitutionalism: Negative, Decentralisation, Centralisation, Government and administrative efficiency, Free Enterprise, Incentives, Market Regulation, Corporatism, Protectionism: Negative, Economic Goals, Productivity, Technology and Infrastructure, Nationalization, Welfare State Limitation, Education Expansion, Education Limitation, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive, Law and Order, Social Harmony, Multiculturalism: Positive, Agriculture and Farmers, Middle Class and Professional Groups

##### **Kernthemen der PPR 1971-1986**

###### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Negative, Peace, Internationalism: Positive, Democracy, Social Justice
- (2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Environmental Protection, Welfare State Expansion
- (3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign special relationship: Positive, Military: Positive, Constitutionalism: Positive, Decentralisation, Government and administrative efficiency, Free Enterprise, Market Regulation, Corporatism, Protectionism: Negative, Keynesian Demand Management, Nationalization, Culture, Welfare State Limitation, Education Expansion, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive,

Traditional Morality: Negative, Law and Order, Multiculturalism: Positive, Agriculture and Farmers, Middle Class and Professional Groups

### ***Kernthemen der PvdA 1946-1998***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Internationalism: Positive, Democracy, Market Regulation, Economic Planning, Economic Goals, Controlled Economy, Nationalisation, Culture, Social Justice, Welfare State Expansion, Education Expansion, Labour Groups: Positive

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Positive, Free Enterprise, Incentives, Traditional Morality: Positive

### ***Kernthemen der D'66 1967-1998***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Democracy, Governmental and Administrative Efficiency, Market Regulation, Environmental Protection

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Internationalism: Positive, Social Justice, Welfare State Expansion

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Incentives, Economic Goals, Nationalization, National Way of Life: Positive, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Multiculturalism: Positive, Labour Groups: Positive

### ***Kernthemen der VVD 1946-1998***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Positive, Constitutionalism: Positive, Free Enterprise, Incentives, Protectionism: Positive, Economic Orthodoxy, Welfare State Limitation

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen**

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Peace, Internationalism: Positive, Democracy, Economic Planning, Environmental Protection, Welfare State Expansion, Traditional Morality: Positive

### ***Kernthemen der CDA 1977-1998***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** European Community: Positive, Environmental Protection, Welfare State Limitation, Law and Order, Social Harmony, Underprivileged Minority Groups  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Internationalism: Positive, Governmental and Administrative Efficiency, Technology and Infrastructure, Welfare State Expansion  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Traditional Morality: Positive, Multiculturalism: Positive

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Negative, Democracy, Productivity, Controlled Economy, Anti-Growth-Economy, Social Justice, Traditional Morality: Negative, Labour Groups: Positive

### ***Kernthemen der KVP 1946-1972***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Free Enterprise, Incentives, Welfare State Expansion, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Multiculturalism: Positive  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Social Justice  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign special relationship: Positive, Nationalization

### ***Kernthemen der ARP 1946-1972***

#### **Kernthemen:**

- (1) **Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Foreign Special Relationships: Positive, Military: Positive, Free Enterprise, Incentives, Corporatism, Traditional Morality: Positive, Multiculturalism: Positive, Agriculture and Farmers  
(2) **Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Welfare State Expansion  
(3) **Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien**

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Military: Negative, Peace, Democracy, Economic Goals, Keynesian Demand Management, Culture, Social Harmony

### ***Kernthemen der DS'70 1971-1977***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Military: Positive, Constitutionalism: Positive, Governmental and Administrative Efficiency, Economic Orthodoxy, Education Expansion

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Political Corruption, Culture, Welfare State Limitation, Education Limitation

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Democracy, Economic Goals, Technology and Infrastructure, Environmental Protection, Social Justice, Welfare State Expansion, Non-economic Demographic Groups

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign Special Relationship: Negative, Military: Negative, Peace, Internationalism: Positive, Freedom and Human Rights, Democracy, Constitutionalism: Positive, Decentralisation, political authority, Incentives, Economic Planning, Corporatism, Protectionism: Negative, Productivity, Controlled Economy, Nationalization, Social Justice, Welfare State Expansion, Welfare State Limitation, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Multiculturalism: Positive, Underprivileged Minority Groups

### ***Kernthemen der CHU 1946-1972***

#### **Kernthemen:**

**(1) Charakterisierung nach Konfliktfeldern:** Anti-Imperialism, Constitutionalism: Positive, Centralisation, Incentives, Traditional Morality: Positive, Social Harmony, Multiculturalism: Positive, Agriculture and Farmers

**(2) Über 5%-Anteil an den Wahlprogrammen:** Welfare State Expansion

**(3) Nicht (1) oder (2), aber über 1%-Punkt des Mittelwertes aller Parteien:** Law and Order

**Relative Randthemen (Themen, die außer bei Abweichungen nach oben immer unter dem Mittelwert aller Parteien liegen):** Foreign special relationship: Positive, Military: Negative, Decentralisation, Free Enterprise, Market Regulation, Protectionism: Negative, Keynesian Demand Management, Productivity, Controlled Economy, Environmental Protection, Cultur

# Kapitel 7: Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien?

## **Inhaltsverzeichnis**

1. Einleitung: Programmatische Konvergenz oder Divergenz in Europa?	221
2. Untersuchungsmethode	223
3. Bestimmung des programmatischen Profils anhand von Kernthemen	226
4. Programmatische Konvergenz oder Divergenz jenseits von links und rechts: Die Ergebnisse des Übereinstimmungsindex	231
5. Ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala	235
6. Zusammenfassung	241

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 21a.	Gemeinsame Kernthemen christdemokratischer Parteien	227
Abbildung 21b.	Gemeinsame Kernthemen sozialdemokratischer Parteien	227
Abbildung 22a.	Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindex in den analysierten EU-Mitgliedsstaaten	228
Abbildung 22b.	Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindex in der Schweiz	228
Abbildung 23.	Distanzen zwischen Christ- und Sozialdemokraten	236
Abbildung 24a.	Standardabweichung der ideologischen Positionen innerhalb der christdemokratischen Parteifamilie in den EU-Ländern	240
Abbildung 24b.	Standardabweichung der ideologischen Positionen innerhalb der sozialdemokratischen Parteifamilie in den EU-Ländern	240

## **Tabellenverzeichnis**

Tabelle 26a.	Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Christdemokraten	228
Tabelle 26b.	Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Sozialdemokraten	229
Tabelle 27.	Die Entwicklung der Links-Rechts-Positionen für die christ- und sozialdemokratische Parteienfamilie	238



## **1. Einleitung: Programmatische Konvergenz oder Divergenz in Europa?<sup>1</sup>**

In der aktuellen Literatur zur Europäisierung nationaler Parteiensysteme dominieren Arbeiten über den direkten Einfluss Europas. Der indirekte Einfluss, nämlich wie die Europäisierung die Handlungsspielräume der Parteien in den nationalstaatlichen Systemen grundsätzlich gestaltet, ist hingegen selten Gegenstand der akademischen Debatte (Mair 2006). Bei Untersuchungen über direkte Auswirkungen der Europäisierung wird auf die Entstehung transnationaler Parteienföderation, die Untersuchung der Rolle von Parteien im Europäischen Parlament oder anderen europäischen Institutionen sowie „Europa“ als Streitthema im nationalen Parteienwettbewerb abgehoben. Im vorliegenden Beitrag soll es jedoch um die indirekten Einflüsse gehen, nämlich inwieweit Europa durch seine Institutionen und seine Rahmengesetzgebung indirekt den Handlungsspielraum der nationalstaatlichen Parteien in ihrer Programmformulierung beeinflusst. Die Schwierigkeit bei solchen Analysen ist die kausale Verknüpfung eines Trends mit dem Phänomen der Europäisierung. Ein bloßer zeitlicher Konvergenzverlauf muss nicht zwangsläufig auf die Europäische Integration zurückzuführen sein. Daher beschränkt sich dieser Beitrag darauf, mit teilweise neuen Untersuchungsmethoden die Empirie deskriptiv zu erfassen und systematisch darzustellen.

Der Fokus richtet sich darauf, wie sich die Programmatik der christ- und sozialdemokratischen Parteienfamilie entwickelt hat. In den Gründerstaaten der EWG sind dies die dominierenden Parteienfamilien. In Folge des immer ähnlicher werdenden Politikrahmens der EU-Mitgliedsstaaten verfügen die nationalstaatlichen Akteure über einen zunehmend ähnlich gestalteten Handlungsspielraum. Grundsätzlich ist daher ein Trend zur grenzübergreifenden programmatischen Konvergenz hin zu erwarten, wie er auch von Keman und Pennings (2006) schon diagnostiziert wurde. Konkret würde das bedeuten, dass z.B. die österreichische ÖVP und die deutsche CDU im Zeitverlauf eine immer ähnlichere Programmatik aufweisen. Im Rahmen der Europäisierungsdebatte erhält diese Fragestellung in der Diskussion um eine Demokratisierung der europäischen Ebene ihren besonderen Reiz. Je einheitlicher die Programme einer Parteienfamilie grenzübergreifend sind, desto eher können sie auch auf europäischer Ebene als Antagonisten zur Etablierung eines funktionierenden demokratischen Parteienwettbewerbs dienen.

---

<sup>1</sup> Für tatkräftige Hilfe bei Zusammenstellung und Bearbeitung der Daten, Diagramme und Tabellen sowie des Textes bedanke ich mich herzlich bei Marie-Luise Schmitz, Iskander Chemli, Oliver Franzmann, Ingeborg Strohmeyer und Stefanie Korte. Für inhaltliche Anregungen, Kommentare und Überarbeitungshinweise bedanke ich mich herzlich bei Hubert Sickinger, Sylvia Kritzing, André Kaiser und der Gutachterin oder dem anonymen Gutacher.

Die Analysen erfolgen anhand der Wahlprogrammdateien des *Comparative Manifestos Project* (CMP; Budge et al. 2001). Er ist der einzige Datensatz, der eine komplette Längsschnittbetrachtung der Programmatik seit 1945 ermöglicht. Die Programmatik soll nach drei unterschiedlichen Aspekten untersucht werden, nämlich, (1) inwieweit das Profil der Kernthemen sich über Ländergrenzen hinweg für einzelne Parteienfamilien vereinheitlicht hat, (2) inwieweit die Wahlprogramme jenseits von ideologischen Links-Rechts-Überlegungen inhaltlich übereinstimmen, (3) inwieweit sich die Politikpositionen auf der „*Links-Rechts*“-Skala angeglichen haben.

Der erste Schritt dient zur Klärung, inwieweit sich die Parteien einer Familie in ihrem Profil tatsächlich ähneln. Dominieren die Einflüsse der nationalstaatlichen Konkurrenten, oder ist das Programm grenzüberschreitend von der Ideologie der Parteienfamilie geprägt?

Der zweite Aspekt ist eine Neuerung. Wie ähnlich sind die Wahlprogramme einer Parteienfamilie überhaupt? Wie stark ähneln sich das Programm der österreichischen SPÖ und der deutschen SPD? Mit Hilfe der Umformung eines bewährten Dissimilaritätsmaßes (Franzmann, G./Wagner 1999) wird dies analysiert werden. Es wird gemessen, wie stark sich die Programme jeweils anpassen müssten, um dieselben Themen im gleichen Ausmaß zu betonen.

Der dritte Aspekt, die Untersuchung der Entwicklung der Parteipositionen auf der Links-Rechts-Skala, ist der wohl am häufigsten betrachtete (Budge 2001; Keman/Pennings 2006). Zu berücksichtigen ist hierbei, dass das Grundverständnis der Richtungsbegriffe „rechts“ und „links“ von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen kann und somit eher Rückschlüsse auf gesamtsystemische Entwicklungen zulassen (Fuchs/Klingemann 1990). Es wird nicht nur die allgemeine, eindimensionale Links-Rechts-Skala betrachtet, sondern zusätzlich auch getrennt eine ökonomische und eine nicht-ökonomische Skala konstruiert.

Als Untersuchungsfälle wurden die Länder ausgewählt, in denen seit 1945 sowohl sozial- als auch christdemokratische Parteien eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung gespielt haben.<sup>2</sup> Dies sind Belgien (Flandern & Wallonien), Luxemburg, Schweiz, Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und die Niederlande. Für die Niederlande wird für die Zeit vor der Gründung des CDA die KVP analysiert. Bei Frankreich werden die gaullistischen und neo-gaullistischen Parteien als Äquivalente zu Christdemokraten aufgefasst<sup>3</sup>. Spanien und Portugal werden auf Grund ihrer besonderen Entwicklung im

---

<sup>2</sup> Auf Grund ihrer extremen Heterogenität wurden liberale Parteien nicht betrachtet.

<sup>3</sup> Die Zeitreihe für Frankreich setzt sich aus UNR, UDT, RPR und UMP als Gegenspieler der Sozialisten zusammen, auch wenn sie nach ihrem eigenen Verständnis keine Christdemokraten sind. In Italien existieren seit 1996 weder die DC noch die PSI weiter. In der letzten Untersuchungsperiode wurde daher für die



Untersuchungszeitraum im Rahmen ihrer späten Demokratisierung nicht berücksichtigt. Die Analyse umfasst somit die Gründerstaaten der EWG sowie mit der Schweiz ein Nicht-EU-Mitglied und mit Österreich ein spät dazu gekommenes EU-Mitglied.

## **2. Untersuchungsmethode**

Vor den empirischen Untersuchungen wird zunächst der methodische Rahmen entwickelt. Wie in Volkens (2006) werden die nationalstaatlichen Wahlprogramme untersucht, nicht die Wahlprogramme zu den Europawahlen. Für Konvergenzuntersuchungen eignen sich letztere nicht, da häufig transnationale Parteiplattformen formuliert werden. Zum anderen geht es in vorliegendem Beitrag gerade darum, die Entwicklung auf der nationalstaatlichen Ebene zu beleuchten.

Der Datensatz wird aber methodisch anders ausgewertet. Dies geschieht auf zweierlei Wegen: Zum einen werden mit dem Profil der Themenführerschaft und der Ähnlichkeit Aspekte untersucht, die so dort nicht zu finden sind. Zum anderen wird eine andere Operationalisierung des Links-Rechts-Schemas zu Grunde gelegt. Diese Operationalisierung orientiert sich stärker an den ursprünglichen salienztheoretischen Grundüberlegungen. Es wird auf den Unterschied zwischen Valenz- und Positions-Issues Rücksicht genommen, und es werden alle Themen sowohl nach ihrem zeitlichen als auch räumlichen Bezug empirisch charakterisiert. Der CMP-Datensatz unterstellt ein einheitliches Links-Rechts-Schema für alle Länder und über alle Zeiten. Für eine erste Annäherung ist dies ohne Zweifel ein Verfahren, mit dem ordentliche Ergebnisse erzielt werden können. Jedoch zeigt ein Test der externen Validität, dass mit dem von Franzmann, S./Kaiser (2006) vorgeschlagenen Verfahren eine erhebliche Verbesserung herbeigeführt werden kann. Probleme mit der Einordnung der italienischen Kommunisten (Pelizzo 2003) oder den amerikanischen Demokraten 1976 (Budge/Robertson 1987) treten nicht auf. Wie wichtig vor allem die länderspezifische Bestimmung des Issue-Charakters ist, zeigt sich z.B. am Thema der sozialen Marktwirtschaft. Im CMP-Raster ein linkes Thema (Budge/Klingemann 2001, 22), ist dies in Deutschland aber historisch die rhetorische Waffe der politischen Rechten zugleich gegen Wirtschaftsliberalismus und Sozialismus gewesen. Würde man „Soziale Marktwirtschaft“ in Deutschland als linkes Thema ansehen, so würde eine erhebliche Missinterpretation der deutschen Wahlkämpfe die Folge sein.<sup>4</sup>

---

Christdemokraten das Wahlprogramm des „Casa delle Libertà“, für die Sozialisten das der „L’Unione“ zu Grunde gelegt.

<sup>4</sup> Gleiches gilt für „Soziale Harmonie“, die in Schweden ein Kernthema der Sozialdemokraten, sonst aber immer der politischen Rechten ist (Franzmann S. /Kaiser 2006). Mit dem vom CMP selbst vorgeschlagenen Raster beraubt sich die Forschungsgruppe selbst der größten Stärke ihres Datensatzes, nämlich die Besonderheiten des nationalen Parteienwettbewerbs sichtbar machen zu können.

Zunächst erfolgt eine Bestimmung der Kernthemen. Diese erfolgt analog zu dem in Franzmann, S. (2006) vorgeschlagenen Verfahren, drei verschiedene Grade von Kernthemen einer Partei zu identifizieren. Die Kernthemen ersten Grades können als die eigentlichen Konfliktthemen eines Wahlsystems interpretiert werden. Empirisch werden sie über einen signifikanten Unterschied auf dem 5%-Niveau in der Salienz im Vergleich zu anderen Parteigruppen bestimmt. Messzeitraum sind alle verfügbaren Wahlprogramme von 1945-2003. Die Kernthemen ersten Grades sind in der Regel mit der Themenführerschaft einer Partei identisch (Franzmann, S. 2006, 582). Die Kernthemen zweiten Grades müssen nicht unbedingt Konfliktthemen eines Parteiensystems sein. Es sind Themen, die im gesamten Untersuchungszeitraum durchschnittlich mehr als 5% eines Wahlprogramms ausgemacht haben. Wenn dies der Fall war, kann davon ausgegangen werden, dass dieses Thema wesentlicher Bestandteil der Programmatik der betrachteten Partei ist, selbst wenn dies für einen der politischen Gegner ebenfalls gilt. Die Themen dritten Grades sind diejenigen, die im Untersuchungszeitraum 1% über dem Wert aller anderen Parteien liegen.<sup>5</sup>

Bei der dimensional-ideologischen Betrachtung werden Entwicklungstrends der Parteipositionen auf der Links-Rechts-Skala miteinander verglichen. Zur zeitlichen Vergleichbarkeit wurden zehn Zeitperioden festgelegt. Die erste Periode reicht von 1945-1949, alle weiteren folgen mit einer Größe von jeweils sechs Jahren. Somit ist sichergestellt, dass in jeder Periode mindestens eine Wahl stattgefunden hat, gleichzeitig aber nicht zu viele Informationen verloren gehen. Bei mehreren Wahlen in einer Periode wurde das arithmetische Mittel bestimmt. Dies wurde auch bei der Untersuchung der programmatischen Ähnlichkeit angewandt. Bestimmt werden ein Durchschnittwahlprogramm und ideologische Durchschnittswerte für jede Periode und getrennt für die beiden Parteienfamilien.

Zuvor erfolgt eine Messung der Ähnlichkeit der Wahlprogramme jenseits ideologischer Überlegungen. Es ist intuitiv einsichtig, dass nicht jeder programmatische Unterschied in den Wahlprogrammen tatsächlich eine ideologische Polarisierung nach sich zieht. Andererseits sind selbst solche nicht polarisierend wirkenden Unterschiede für die Entwicklung eines Parteiensystems bedeutsam. Nur auf der Basis zuvor angelegter Unterschiede können Parteien sich später programmatisch innovativ betätigen und glaubwürdig Lösungsvorschläge für neue Probleme kreieren (Franzmann, S. 2007). Die Sozialstrukturanalyse hat verschiedene Maßzahlen entwickelt, um die Unterschiedlichkeit zwischen verschiedenen Untersuchungseinheiten zuverlässig zu ermitteln (Franzmann, G./Wagner 1999). Für die Untersuchung der Wahlprogramme in Bezug auf ihre Ähnlichkeit erscheint eine Abwandlung

---

<sup>5</sup> Es kann davon ausgegangen werden, dass solche Themen auf Grund der geringen Fallzahl (zwischen 15 und 22 Wahlen) in der empirischen Untersuchung nicht signifikant werden, dies aber mit zunehmender Fallzahl werden.

des Dissimilaritätsindex von Duncan und Duncan (1955) am sinnvollsten.<sup>6</sup> Dieser Index misst, wie stark sich die eine Untersuchungseinheit der anderen anpassen müsste, um vollkommen gleich zu sein. Somit wäre deren Ungleichheit bestimmt. Mathematisch wird sie einfach mit der Summe des absoluten Betrages der Differenz in jeder Variable ermittelt. Zur Bestimmung der Übereinstimmung  $\ddot{U}$  zieht man diesen Wert von 1 ab.

Die Formel für den Ähnlichkeits- bzw. Übereinstimmungsindex  $\ddot{U}$  lautet

$$\ddot{U} = 1 - \frac{1}{2} \sum_{a,b=1}^x |p_a - p_b|,$$

wobei  $p_a$  und  $p_b$  der Salienzwert in der Kategorie a bzw. b ist. Der CMP-Datensatz umfasst maximal  $x=56$  verschiedene Kategorien.

Die Division mit 2 ist notwendig, um die Unterschiedlichkeit nicht doppelt so stark zu messen, wie sie wirklich ist. Inhaltlich lässt sich dieser Index leicht interpretieren. Der Ähnlichkeitsindex gibt an, wie hoch die prozentuale Übereinstimmung zweier Parteien in der Hervorhebung von Themen ist. Der Dissimilaritätsindex gibt an, um wie viel Prozentpunkte sich die Programme zur vollkommenen Gleichheit noch anpassen müssten.

Bei der Interpretation der Werte im Zeitverlauf muss bedacht werden, dass nicht jeder Trend alleine auf die Europäisierung zurückzuführen ist. Bislange existiert in der Literatur ein eigentümliches Nebeneinander von Ansätzen aus der Parteiensystemforschung und aus der Europäisierungsdebatte. Letztere diskutiert den Wandel von Parteiensystemen als Folge der Europäisierung (Hix/Götz 2000; Mair 2000; Ladrech 2002), während die Parteiensystemforschung Wandel stärker mit veränderten Cleavage-Strukturen im Zuge der Globalisierung und De-Industrialisierung erklärt (Siehe stellvertretend Kriesi 2001; Kriesi et al. 2006; Dolezal 2005; Kitschelt 1994; Esping-Andersen 1999; Seils 2007). Selten werden Erkenntnisse der Europaforschung und der Parteiensystemforschung fruchtbar miteinander verbunden (als positives Gegenbeispiel sei auf Manow/Döring 2008 verwiesen) Für die Zukunft wäre sicherlich eine Verknüpfung all dieser Forschungsstränge zu einer einheitlichen Theorie zur Erklärung des aktuellen Wandels der europäischen Parteiensysteme von großem Interesse. Der vorliegende Beitrag beschränkt sich darauf, das Instrumentarium zur deskriptiven Analyse des Wandels mit Hilfe der vorgestellten Messmethoden zu verfeinern und die Ergebnisse hier vorzustellen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Einige weitere bei Franzmann, G./Wagner (1999, 78-80) vorgestellten Indizes könnten je nach Fragestellung sinnvoll auf den CMP-Datensatz angewandt werden.

<sup>7</sup> In einer früheren Version dieses Artikels wurde eine entsprechende theoretische Synthese vorgestellt. Es zeigt sich jedoch, dass auf Grund der enormen Komplexität eine stimmige und verständliche Darstellung den für diesen Beitrag zur Verfügung stehenden Rahmen bei weitem gesprengt hätte.

### **3. Bestimmung des programmatischen Profils anhand von Kernthemen**

Die empirische Analyse beginnt mit der Betrachtung der Kernthemen. Die Kernthemen bilden den Rahmen, innerhalb dessen sich der Wandel der relativen Ähnlichkeit und ideologisch-dimensionalen Positionierung vollzieht. Vor dem Hintergrund der Cleavage-Theorie können diese Themen als diejenigen interpretiert werden, mit denen die Parteien langfristige Parteien-Wähler-Bindungen (*Alignments*) aufbauen (Lipset/Rokkan 1967). Die Stammwähler einer Partei werden sich in ihrer Wahlentscheidung genau auf die Vertretung dieser Themen durch „ihre“ Partei berufen. Sollte eine Partei ein solches Kernthema vernachlässigen, so muss sie mit Verlusten bei ihren Stammwählern rechnen (Franzmann, S. 2006, 577). Bei Fortbestehen der Parteien-Wähler-Bindungen bilden die Kernthemen die Basis für die Unterschiedlichkeit der Parteien innerhalb eines Systems. Sie sind langfristig stabil und kaum einem zeitlichen Wandel unterworfen. Die Analyse der relativen Ähnlichkeit im folgenden Abschnitt kann dann kurz- und mittelfristige Trends und Schwankungen in der Entwicklung der Unterschiedlichkeit aufzeigen. Gleichzeitig definieren sie den Rahmen für die ideologische Mobilität der Parteien.

Ein gemeinsames Merkmal fast aller europäischen Parteiensysteme ist die Existenz sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien. Ihre Entstehung kann in Zuge der aufkommenden Arbeiterbewegung und des Klassenkonfliktes erklärt werden. Entsprechend sollten diese Parteien die Themenführerschaft in Sozialstaats- und gewerkschaftsnahen Themen haben (Rokkan 2000; Bartolini 2000). Christdemokratische Parteien sind hingegen eine Besonderheit einiger mitteleuropäischer Staaten. Historisch sind sie das Endprodukt des Konfliktes zwischen Nationalstaat und römisch-katholischer Kirche<sup>8</sup>. Politisch sind sie in der ersten Phase nach dem 2. Weltkrieg *das* Erfolgsmodell gewesen. In praktisch allen hier analysierten Staaten waren die Christdemokraten von 1945-1970 die pivotale Partei ihres Systems, also die Partei, ohne die eine Regierungsbildung praktisch nicht möglich war (Keman 1997, 107). Gesellschaftlich haben sie als erste Partei klassen- und schichtübergreifend agiert (van Kersbergen 1997, 121-122). Ideologisch sind sie durch eine Verbindung verschiedener Prinzipien gekennzeichnet, unbeachtet ob dieses Prinzip als politisch links oder rechts gilt. Unterscheidungsmerkmal vor allem zu liberalen und sozialistischen Parteien ist ihre moderat-religiöse Werthaltung. Von konservativen Parteien

---

<sup>8</sup> Als „eigentliche“ christdemokratische Parteien werden nur solche aufgefasst, deren historische Wurzeln zumindest einen starken katholischen Zweig beinhalten. Die neu gegründeten christdemokratischen Parteien in Skandinavien werden somit auf Grund ihrer „Jugend“ und ihrer Wurzeln im Protestantismus als atypisch angesehen und hier nicht behandelt.

unterschieden sie sich meist durch ihre soziale Grundhaltung. Ferner gelten sie als stärkste Befürworter der europäischen Integration (van Kersbergen 1999, 352). Diese ideologische Grundhaltung schlägt sich deutlich in den präferierten Kernthemen nieder. Abbildung 1a stellt als Pyramide dar, welche Themen von der Mehrheit der betrachteten Parteien als Kernthemen geführt werden. Sie sind der Reihe nach sortiert, welche Themen von der Mehrheit der betrachteten Parteien als Kernthemen geführt werden. Die höchste Stufe gibt das Kernthema wieder, das alle christdemokratischen Parteien teilen, die nächst niedrigere Stufe wird von einer Partei weniger geteilt und so weiter. Die fett gedruckten Themen sind Themen, die von allen als Kernthemen ersten Grades angesehen werden können. Das gemeinsame Kernthema der Christdemokraten ist ohne Zweifel der Erhalt traditioneller Moralvorstellungen. Außer in Österreich ist dies immer ein Kernthema christdemokratischer Parteien.

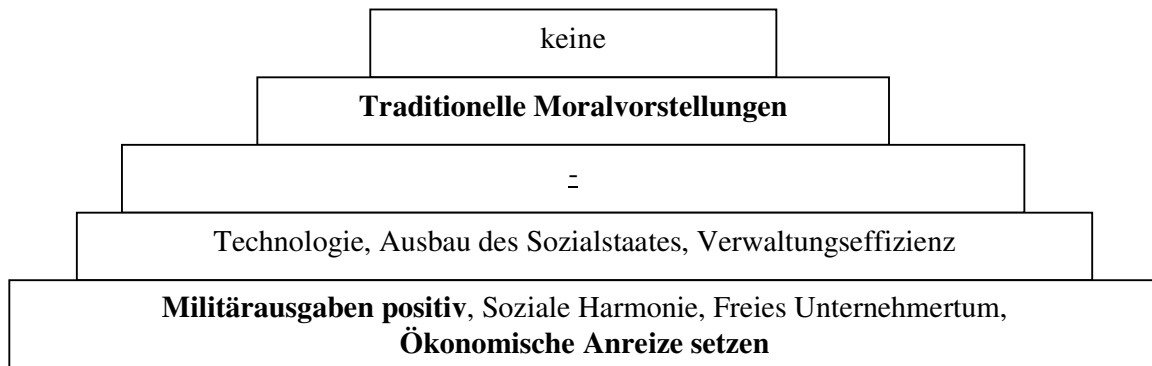


Abbildung 21a: Gemeinsame Kernthemen christdemokratischer Parteien

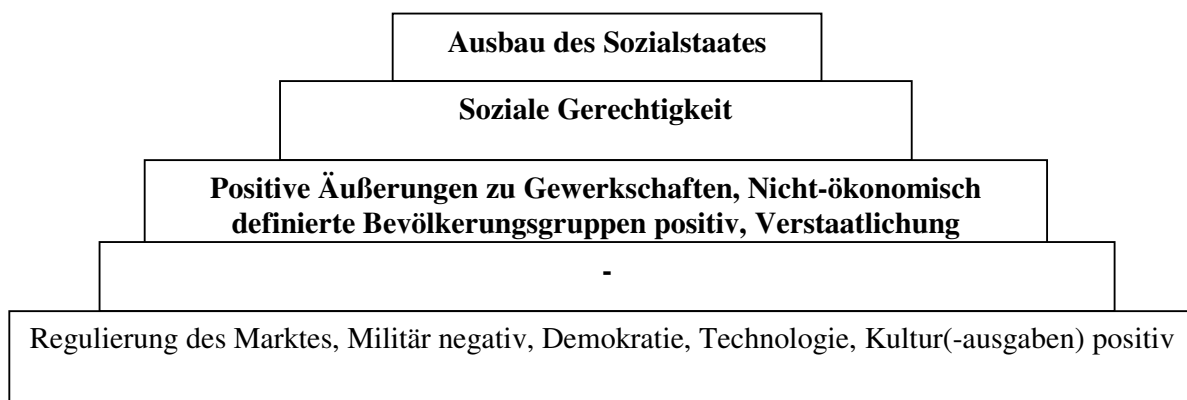


Abbildung 21b: Gemeinsame Kernthemen sozialdemokratischer Parteien

S. Franzmann (2010). Der Wandel der Ideologien.

	Belgien Flandern	Belgien Wallonien	Deutschland	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Schweiz
Traditionelle Moralvorstellungen	X	X	X	X	X	X	X		X
Technologie und Infrastruktur positiv		X	X		X		X	X	X
Ausbau des Sozialstaats	X	X	X			X	X		X
Regierungs- und Verwaltungseffizienz	X	X		(UMP)	X		X		X
Militär(ausgaben) positiv	<u>X</u>		X	X	X				X
Militär(-ausgaben) negativ	X	X		X		X			X
Soziale Harmonie	<u>X</u>		<u>X</u>	X			X		X
Ökonomische Anreize setzen positiv				X	(FI)	X		X	X
Freies Unternehmertum positiv			X	X	(FI)			X	X

**Tabelle 26a. Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Christdemokraten.**

Kapitel 7: Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteilfamilie?

	Belgien Flandern	Belgien Wallonien	Deutschland	Frankreich	Italien	Luxemburg	Niederlande	Österreich	Schweiz
Ausbau des Sozialstaats positiv	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
Soziale Gerechtigkeit	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	(PCI-PDS)	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
Gewerkschaften und Arbeiter positiv	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	(PCI-PDS)	<b>X</b>	<b>X</b>		<b>X</b>
Nicht-ökonomisch definierte Bevölkerungsgruppen positiv	<u>X</u>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>			<b>X</b>	<b>X</b>
Verstaatlichung	<b>X</b>	<b>X</b>		<b>X</b>	(PCI-PDS)	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
Militär(-ausgaben) negativ	<b>X</b>	<b>X</b>		<b>X</b>		<b>X</b>			<b>X</b>
Demokratie				<b>X</b>		<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
Regulierung des Marktes (Soziale Marktwirtschaft)	<b>X</b>			<b>X</b>			<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>
Kultur(-ausgaben) positiv		<b>X</b>		<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>	<b>X</b>		
Technologie und Infrastruktur		<b>X</b>	<b>X</b>		<b>X</b>	<b>X</b>		<b>X</b>	

**Tabelle 26b: Wichtigste gemeinsame Kernthemen der Sozialdemokraten.**

Die Tabellen 1a und 1b weisen aus, wie die Kernthemen in den einzelnen Staaten ausfallen. Auffallend ist hier, dass die Schweizer CVP als einzige Partei in allen diesen Themen eines ihrer Kernthemen sieht und somit als die christdemokratische Partei mit der konsequentesten Programmatik angesehen werden könnte. Ein Ausreißer scheint Österreich zu sein. Die ÖVP teilt nur drei Kernthemen, nämlich die Betonung von Technologie und Infrastruktur sowie die „liberalen“ Themen, ökonomische Anreize zu setzen und das freie Unternehmertum zu fördern. Die letzten beiden Themen werden hier als neue Themen im grenzübergreifenden christdemokratischen Portofolio angesehen. Sie werden hier als neues Thema aufgeführt, da die *Forza Italia* diese Themen für sich entdeckt hat. Ähnliches gilt für Regierungs- und Verwaltungseffizienz, die in Frankreich durch die UMP ebenfalls Bedeutung erlangt haben. Klassischerweise sind aber neben traditioneller Moral noch Technologie sowie die Befürwortung des Sozialstaats die Spitzenkernthemen, drei sehr unterschiedliche Themen. Positive Aussagen zu Militärausgaben sind zwar nur in Flandern, Deutschland, Frankreich, Italien und der Schweiz Kernthemen, dort jeweils aber immer ersten Grades. Auch dieses Thema spricht wieder eine ganz andere Dimension politischen Handelns an. Kennzeichen christdemokratischer Parteien ist offensichtlich, ganz unterschiedliche Segmente des programmatischen Issue-Marktes zu bedienen.<sup>9</sup> Für sozialdemokratische Parteien ergibt sich eine noch klarere Struktur. Die Ergebnisse können Abbildung 1b entnommen werden. Die Kernthemen, die hier an der Spitze stehen, sind alles Kernthemen ersten Grades. Die Befürwortung des Sozialstaates ist ohne Ausnahme Teil der sozialdemokratischen Themenführerschaft. Dies gilt es umso mehr hervorzuheben, als dass ihr Hauptkonkurrent - wie eben gesehen - den Sozialstaat ebenfalls als Teil seiner Ideologie sieht. Nach Sozialstaat folgen in der Hierarchie „Soziale Gerechtigkeit“ und „Gewerkschaften“. Die italienische PSI konnte hierfür nicht die Themenführerschaft beanspruchen, sondern musste diese den Kommunisten überlassen. Innerhalb der L'Unione sind sie aber heutzutage Teil dessen, was als sozialdemokratisch bezeichnet werden könnte. Außer in den Niederlanden und Luxemburg können Sozialdemokraten traditionell die Interessenvertretung für nicht-ökonomisch definierte Bevölkerungsgruppen für sich beanspruchen, und außer in Deutschland und Italien

---

<sup>9</sup> Die Konzeption des Issue-Marktes wird ausführlich in Franzmann (2006 und 2007) erläutert. Er setzt sich von der Diktion des Wählermarktes insofern ab, als dass keine einheitliche politische Dimension als entscheidend im Stimmenwettbewerb gesehen wird. Die Wähler verteilen sich unregelmäßig auf das programmatische Angebot der Parteien und wählen die Themen aus, die am ehesten ihrer persönlichen Agenda entsprechen und von den Parteien bedient werden. Entscheidend für Parteien zum Gewinn von Wahlen ist aus dieser Sichtweise, die Themenführerschaft in den eigenen Kernthemen zu behaupten und umgekehrt den Hauptkonkurrenten in dessen Kernthemen gezielt anzugreifen. Dies entspricht der salienztheoretischen Konzeption des Issue-Ownerships (Petrocik 1996).



beanspruchen sie historisch die Themenführerschaft in Verstaatlichungsfragen. Das typischste Programm haben die französischen Sozialisten sowie die Schweizer Sozialdemokraten.

Die Kernthemen sind wie vorhergesagt ein sehr stabiles, aber auch inflexibles Phänomen. Die etablierten Parteien geben keines ihrer Kernthemen auf. Wirklich konfrontativ scheinen sich die beiden Parteiengruppierungen dabei nur selten zu verhalten. Entsprechend salienztheoretischer Überlegungen scheinen sie eher aneinander vorbeizureden (Budge 2001). Neue Themen werden in der Regel von neuen Parteien besetzt. Den etablierten Parteien gelingt so gut wie nie, in einem neuen Themenfeld die Führerschaft zu erlangen. Als beispielhaft für den Untersuchungszeitraum sei hier an grün-alternative Themen gedacht, die ausschließlich Kernbestandteil grüner Programmatik sind. Verliert ein Thema den Status eines Kernthemas für eine Partei, so übernimmt keine andere dieses, sondern in der Regel verschwindet dieses Thema komplett von der politischen Agenda. Eine Restrukturierung des Portfolios an Kernthemen geht in der Regel entweder mit Parteienfusionen, Umgründungen oder der Etablierung eines neuen Konkurrenten einher. Dies kann am besten in Frankreich und Italien beobachtet werden. In den Niederlanden hat die Fusion von CHU, ARP und KVP zur CDA die Befürwortung der europäischen Integration erst zu einem christdemokratischen Kernthema werden lassen. In Österreich hatte Mitte der 1980er Jahre die veränderte inhaltliche Ausrichtung der FPÖ zwar eine zunehmende Polarisierung zur Folge. Jedoch hat sie zu keiner Veränderung der traditionellen Kernthemen der Christ- und Sozialdemokraten geführt. Die Kernthemen der christdemokratischen Parteien sind überwiegend auf der gesellschaftspolitischen Dimension angesiedelt, während sie dies bei den Sozialdemokraten auf der ökonomischen Dimension sind. Für den grenzübergreifenden Vergleich bleibt festzuhalten, dass im Zeitverlauf die wenigen Änderungen, die tatsächlich stattgefunden haben, die Kernthemen innerhalb der Parteienfamilien einander angeglichen haben.

#### ***4. Programmatische Konvergenz oder Divergenz jenseits von links und rechts: Die Ergebnisse des Übereinstimmungsindices***

Die Analyse der Kernthemen hat aufgezeigt, dass christ- und sozialdemokratische Parteien bei aller Ähnlichkeit vollkommen verschiedene Schwerpunkte in ihren Kernthemen setzen. Innerhalb einer Parteienfamilie sind die Kernthemen vergleichsweise homogen. Im Zeitverlauf gibt es wenn überhaupt eher Tendenzen zu einer weiteren Homogenisierung. Für ein einheitliches Handeln eines Lagers auf europäischer Ebene ist dies von Vorteil. Zwischen den Blöcken scheint eine gewisse Unterschiedlichkeit wünschenswert. Nach Bartolini (1995) ist eine solche Unterscheidbarkeit eine der notwendigen (aber nicht hinreichenden)

Bedingungen zur Herstellung von Responsivität im demokratischen Parteienwettbewerb. Doch der Nutzen des Parteienwettbewerbs liegt nicht nur in der Herstellung von Responsivität, sondern auch in der Hervorbringung und Belohnung politischer Innovationen (Lowi 1963). Solche Innovationen können je eher entstehen, desto unterschiedlicher die Parteiprogrammatik grundsätzlich ist. Innovationen entstehen nicht aus sich selbst heraus. Sie knüpfen immer an historisch erworbenen besonderen Eigenschaften an. Die Unterschiedlichkeit der Parteiprogramme stellt somit eine Ressource für politische Innovationen dar (Franzmann, S. 2007). Solche Unterschiede oder Ähnlichkeiten sind bislang fast ausschließlich in dimensionalen Links-Rechts-Begriffen analysiert worden, wie dies auch noch in Abschnitt 5 untersucht werden wird. Doch nicht jeder programmatische Unterschied trägt zu einer ideologischen Polarisierung bei. Ideologisch polarisierend wirken diese Unterschiede, wenn sie erfolgreich an der gesellschaftlichen Spaltungsstruktur anknüpfen können. Programmatische Unterschiede sind somit lediglich eine hinreichende Bedingung für Polarisierung. Die gleichzeitige Anknüpfung dieser Unterschiede an gesellschaftliche Spaltungsstrukturen ist die notwendige Bedingung für Polarisierung. Es soll gezielt die Ähnlichkeit sozial- und christdemokratischer Wahlprogramme betrachtet werden. Hierfür bietet sich der unter 2. vorgestellte Ähnlichkeits- oder Übereinstimmungsindex an. Dieser Ähnlichkeitsindex wird in zweifacher Weise angewendet. Zum einen wird berechnet, wie ähnlich sich die Parteien ein und derselben Familie sind. Eine Homogenisierung der Programmatik ist Voraussetzung zur Kreierung eines europäischen Parteienwettbewerbs. Zum zweiten wird aber auch diskutiert, wie ähnlich sich Christ- und Sozialdemokraten innerhalb ihres eigenen, nationalen Parteiensystems werden. Dies ist wichtig, um die transnationale Entwicklung einordnen zu können. Sind sich die Parteienfamilien ähnlicher als der nationale Konkurrent? Die transnationalen Ähnlichkeiten wurden über den Unterschied zu einem Durchschnittswahlprogramm ermittelt. Die nationalen Ähnlichkeiten werden aus der direkten Gegenüberstellung christ- und sozialdemokratischer Wahlprogramme errechnet.<sup>10</sup> Mit dem

---

<sup>10</sup> Im Anhang sind in der A1 die Ergebnisse aufgeführt. Zu jedem Land ist die Übereinstimmung in den Salienzen zum Durchschnittsprogramm der jeweiligen Parteienfamilie in Prozent aufgeführt. Zusätzlich findet sich daneben die Angabe, wie ähnlich sich die Christ- und Sozialdemokraten innerhalb des nationalen Parteienwettbewerbs sind. Darüber hinaus wurde die Differenz der Ähnlichkeit zum Hauptkonkurrenten im nationalen System und der zum durchschnittlichen Programm der Parteienfamilie berechnet. Somit kann deutlich gemacht werden, ob nationale oder ideologische Besonderheiten die Parteien stärker prägen. Um die Entwicklungstrends im Zeitverlauf deutlicher zu machen, wurde zu jeder Zeitreihe eine Regression über die Zeit durchgeführt. Der Richtungszusammenhang und die Signifikanz des Modells sind angegeben. Diese Regressionen haben nur die Zeit als erklärende Variable für die Varianz in den Wahlprogrammen. Bei jeweils zehn Datenpunkten bleiben neun Freiheitsgrade übrig. Der Koeffizientenwert wird aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht berichtet, kann aber beim Autor angefragt werden. Aus Sicht des Autors ist aber der Richtungszusammenhang, also Konvergenz oder Divergenz entscheidend, sowie die Signifikanz dieser

Ähnlichkeitsindex lässt sich nun viel genauer als bei den Kernthemen bestimmen, inwieweit sich die Parteien eines Lagers einander angenähert haben. Zugleich kann die bestehende Ungleichheit zwischen den Lagern und das damit verbundene Potential für Innovationen und der Herstellung von Responsivität ermittelt werden.

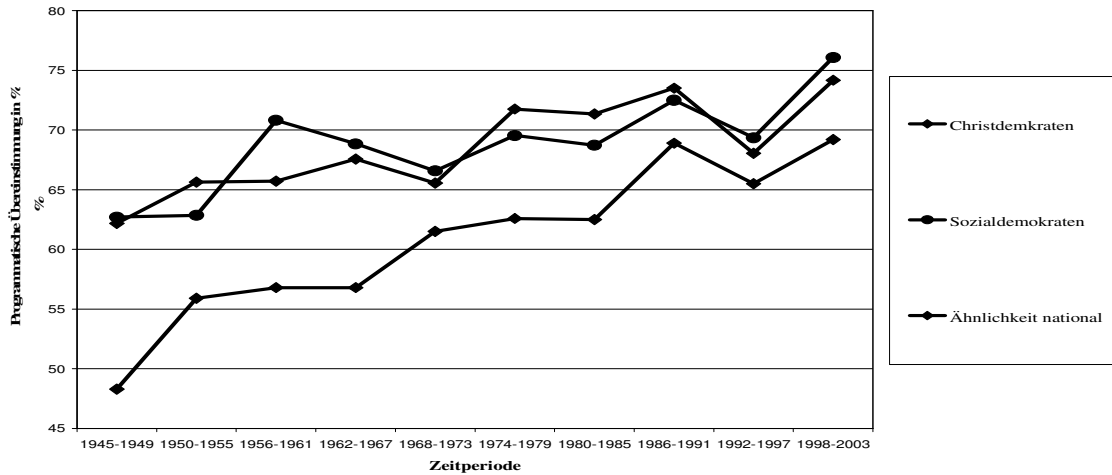


Diagramm 22a. Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindizes in den analysierten EU-Mitgliedsstaaten

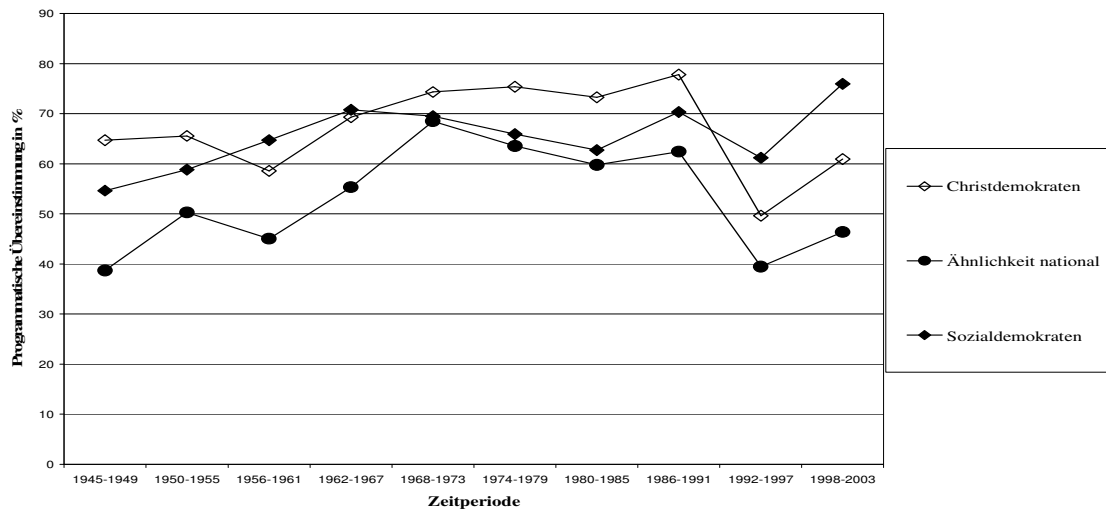


Abbildung 22b. Die Entwicklung des Ähnlichkeitsindizes in der Schweiz

Die generelle Entwicklungstendenz ist in Diagramm 1a schnell abzulesen. In diesem Diagramm sind die Übereinstimmungen im Vergleich zu den jeweiligen Parteienfamilien sowie zum Hauptgegner für den Durchschnitt der betrachteten EU-Länder aufgeführt. Diagramm 1b fasst dieses Ergebnis ausschließlich für die Schweiz zusammen, um ihre Rolle

Entwicklung. Das berichtete R2 korrespondiert ohnehin bei der univariaten Regression mit der Stärke des geschätzten Zusammenhangs.

als Ausreißer hervorzuheben. Für die EU-Staaten ist ein klarer Trend hin zu nationaler wie transnationaler Konvergenz erkennbar. Stimmen 1945-49 noch knapp 50% christ- und sozialdemokratischer Wahlprogramme überein, so waren es 1998-2003 knapp 70%. Zur Periode 1986-91 macht dieser Index einen klaren Sprung nach oben. Die Ähnlichkeiten der Parteienfamilien liegen im kompletten Zeitraum über den nationalen Ähnlichkeiten. Allerdings verringert sich dieser Abstand beträchtlich. Interessanterweise liegen die Parteienfamilien mit ihren jeweiligen Werten praktisch über den gesamten Zeitraum gleichauf. Lediglich im Zeitraum von 1956-61 geht diese Entwicklung etwas auseinander. Dort nähern sich die Christdemokraten weiter an, während bei den Sozialdemokraten das Gegenteil der Fall ist. In der Periode 1962-1967 überholen die Sozialdemokraten dann wieder die Christdemokraten, und nach einem gemeinsamen Absinken 1968-73 erfolgt ein weiterer kontinuierlicher Anstieg. Dieser Anstieg wird kurz in der Periode 1992-1997, also während der Zeit der Diskussionen über den Maastrichter Vertrag, gebremst, setzt sich aber zu einem neuen Höchstwert 1998-2003 fort. Die Schweizer Parteien entwickeln sich hingegen vollkommen anders. Zunächst liegen ihre Werte deutlich unter denen der analysierten EU-Staaten. Bis 1973 weisen die Sozialdemokraten sowie der nationale Index einen klaren Konvergenztrend hin zum europäischen Durchschnitt auf. Die CVP wiederum weist mit Ausnahme von 1956-61 bis einschließlich 1986-1991 außergewöhnlich hohe Werte auf. Wie schon bei den Kernthemen zeigt sich hier die Schweizer CVP als besonders typische christdemokratische Partei. Doch 1992-97 brechen die Werte aller drei Indices ein. 1998-2003 erholen sie sich leicht. Die Indexwerte der EU-Länder machen zwar eine ähnliche Bewegung mit, jedoch in einem viel schwächeren Ausmaß. Zeitlich koexistiert dieser Bruch mit der Einführung des Maastrichter Vertrages in den EU-Staaten. Der Bruch in der Schweiz 1992 geht zeitlich mit dem gescheiterten Referendum zum Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum einher. Als Ergebnis durchlief die CVP eine komplette personelle- und inhaltliche Erneuerung. Eine Berechnung des Ähnlichkeitsindices der CVP-Programme bis 1991 und danach ergibt, dass lediglich eine 30%-Übereinstimmung ermittelt werden kann. Ein solch niedriger Wert wird ansonsten noch nicht einmal zwischen Christ- und Sozialdemokraten gemessen.<sup>11</sup>

Die europaweiten Höchstwerte 1998-2003 wiederum korrespondieren mit der Etablierung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Schweizer Sozialdemokraten weisen in dieser letzten

---

<sup>11</sup> Als weiterer Vergleichsmaßstab sei hier erwähnt, dass der Wert des Übereinstimmungsindices zwischen „New Labour“ im Jahre 1997 und „Old Labour“ im Jahre 1983 in Großbritannien 50% beträgt.

gemessenen Periode ein im Europäischen Vergleich vollkommen typisches Wahlprogramm auf.

Zusammenfassend lässt sich für die hier untersuchten aktuellen EU-Mitgliedstaaten ein klarer programmatischer Konvergenzprozess sowohl innerhalb der sozial- und christdemokratischen Parteienfamilie als auch zwischen diesen beiden identifizieren. Bis auf geringe Schwankungen scheint dieser Prozess zeitlich nahezu linear abgelaufen zu sein. Die Schweiz weicht erheblich von diesem Muster ab.

### **5. Ideologische Positionierung auf der Links-Rechts-Skala**

Nachdem bis hierhin Kernthemen und programmatische Ähnlichkeiten betrachtet wurden, gilt es den Blick auf die ideologischen Unterschiede zu richten. Lässt sich der beobachtete Konvergenztrend auch ideologisch bestimmen?

Inhaltlich werden sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Politikwissenschaft die ideologischen Unterschiede mit dem Begriffspaar links und rechts beschrieben. Die Begriffe werden dabei selbst in der Wissenschaft recht unterschiedlich benutzt. In der Tradition von Downs (1957) und seiner „Ökonomischen Theorie der Demokratie“ werden sie in räumlichen Politikmodellen als gegensätzliche Pole einer einheitlichen Politikdimension aufgefasst. Links steht dabei schlicht für „mehr Staat“, rechts für „weniger Staat“. In der Politischen Soziologie wird nicht von einer einheitlichen Dimension, sondern von einem konstruierten Schema ausgegangen, dessen Bedeutung zeitlich wie räumlich stark variieren kann (Fuchs/Klingemann 1990).

Bobbio (1994, 76-80) hat für das Begriffspaar eine zeitlose Bedeutung herausgearbeitet, auf die sich der Autor hier auch beziehen will. Für Bobbio ist rechts mit „Hierarchie“ und links mit „Gleichheit“ verbunden. Er sieht die Frage von Freiheit und Autorität als eine sekundäre Frage an.<sup>12</sup> Sie entscheide nicht über links oder rechts, sondern über die Methode, wie Gleichheit oder Hierarchie zu erreichen sei. Die Befürworter der Freiheit sind dabei die jeweils gemäßigten Parteien. Im Sinne Bobbios haben christ- und sozialdemokratischen Parteien ihre mäßige, auf Freiheit befürwortende Methode gemeinsam, während sie sich in der Frage der Gleichheit unterscheiden. In ökonomischen Fragestellungen sind sozialdemokratische und sozialistische Parteien diejenigen, die für eine größere Gleichheit eintreten und somit als „links“ angesehen werden können. Bei christdemokratischen Parteien ist eine solche Verortung in ökonomischen Fragen auf Grund ihres klassenübergreifenden Charakters nicht so eindeutig zu erwarten. Hingegen favorisieren sie in gesellschaftlichen

---

<sup>12</sup> Das unterscheidet Bobbios Ansatz z.B. deutlich von dem von Kitschelt (1994), der eine eigenständige libertär-autoritäre Achse quer zur Links-Rechts-Achse identifiziert und ihre zunehmende Bedeutung betont.

Fragestellungen eher hierarchische Lösungen und sollten hier eindeutig „rechts“ zu verorten sein.

In der empirischen Analyse zeigt sich, dass sowohl in der allgemeinen als auch in den speziellen Links-Rechts-Skalen bis auf ganz wenige Ausnahmen die Sozialdemokraten immer links von den Christdemokraten platziert sind.<sup>13</sup>

Werden wie in Tabelle 2 die Durchschnittswerte aus allen betrachteten Parteiensystemen zu Grunde gelegt, so scheint sich auf dem ersten Blick die Konvergenzthese von Keman/Pennings (2006) zu bestätigen. Für alle drei Skalen zeigen sich hoch signifikante Konvergenztrends. Deutlich wird dies insbesondere in Diagramm 2, wo die ideologische Distanz zwischen Christ- und Sozialdemokraten dargestellt ist. Auffallend ist, dass sich die Unterschiede auf der Skala für gesellschaftliche Themen deutlich stärker reduziert haben als für ökonomische. Bei letzteren ist bei der letzten Zeitperiode sogar ein leichter Anstieg zu verzeichnen! Vergegenwärtigt man sich noch einmal die Ergebnisse aus Tabelle 2 und analysiert die Entwicklung der absoluten Werte, so fällt eine leichte Wellenbewegung auf. Zunächst kommt es zu einer allgemeinen Linksverschiebung sowohl bei Christ- als auch bei Sozialdemokraten, wobei sich die Christdemokraten etwas weiter nach links bewegen. Diese Bewegung kehrt sich ab 1974 in einen Rechtstrend um, der wiederum beide Parteienfamilien erfasst. Diesmal reagieren die Sozialdemokraten deutlich stärker als die Christdemokraten, insbesondere auf der gesellschaftlichen Skala. Die Bewegung „hin zur Mitte“ ist immer stärker ist als die an den Rand, also die ohnehin schon vergleichsweise linken Sozialdemokraten weniger stark nach links gehen bis Anfang der 1970er, und die vergleichsweise rechten Christdemokraten ab 1974 weniger stark nach rechts. Luxemburg und Italien weisen sogar für alle Skalen positive Zusammenhänge auf, d.h. hier neigten die Parteiensysteme dazu, sich eher zwischen Christ- und Sozialdemokraten weiter zu polarisieren. In Deutschland ist ein zunehmender Abstand auf der gesellschaftlichen, nicht jedoch auf der ökonomischen Achse zu beobachten. Diese doch deutliche Unterschiede zu den Befunden von Keman/Pennings (2006) können damit erklärt werden, dass dort ein

---

<sup>13</sup> Auf der allgemeinen Skala gibt es sogar keine einzige Ausnahme. Auf der ökonomischen Skala sind die Ausnahmen Wallonien 1986-1991, Frankreich 1998-2003 und Italien 1945-1949. Auf der gesellschaftlichen Skala sind die Ausnahmen Italien 1950-1955 und Österreich 1974-1979. Für Flandern und Wallonien wurden für den gesamten Untersuchungszeitraum zwei getrennte Schemata zur Erhebung der Issue-Charaktere erhoben. Dieses Schema wurde auch auf die Wahlen in den ersten Wahlen mit noch über die Sprachgrenzen hinweg einheitlichen Parteien angewandt. Somit ergeben sich dort unterschiedliche Werte für Flandern und Wallonien. Die zugrunde liegenden Links-Rechts-Werte nach der Franzmann-Kaiser-Methode sind für alle Länder im Internet unter <http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypoositions.html> abrufbar. Dort ist auch detailliert beschrieben, welche Kategorien zu welcher Skala zusammengefasst wurden. Im Anhang befindet sich Tabelle A2 mit den ideologischen Distanzen zwischen Christ- und Sozialdemokraten für jedes Land und für den Durchschnitt aller analysierten Länder. Die Tabelle A2 ist analog zu der für die Ähnlichkeitswerte aufgebaut (siehe Fußnote 10).

statisches Links-Rechts-Schema mit zeitinvarianten Links-Rechts-Definitionen angewandt wurde. Nur muss davon ausgegangen werden, dass sich im Zeitverlauf die Bedeutung einzelner Issues gewandelt hat.

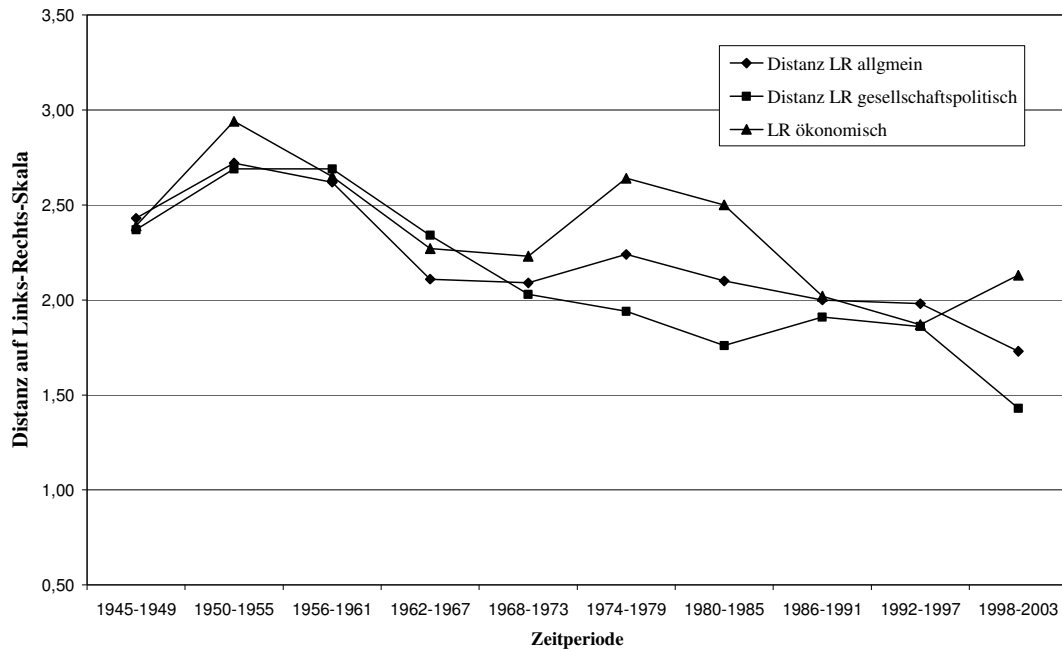


Abbildung 23: Distanzen zwischen Christ- und Sozialdemokraten

<u>Christdemokraten</u>			
Zeit	LR allgemein	LR gesellschaftspolitisch	LR ökonomisch
1945-1949	6.26	6.37	6.03
1950-1955	6.29	6.27	6.45
1956-1961	6.09	5.96	6.19
1962-1967	5.51	5.61	5.56
1968-1973	5.23	5.27	5.15
1974-1979	5.50	5.16	5.77
1980-1985	5.77	5.25	6.02
1986-1991	5.84	5.53	6.00
1992-1997	5.85	5.82	5.75
1998-2003	5.73	5.84	5.58

<u>Sozialdemokraten</u>			
Zeit	LR allgemein	LR gesellschaftspolitisch	LR ökonomisch
1945-1949	3.62	3.75	3.58
1950-1955	3.61	3.61	3.55
1956-1961	3.60	3.42	3.64
1962-1967	3.40	3.33	3.43
1968-1973	3.21	3.24	3.13
1974-1979	3.25	3.15	3.21
1980-1985	3.51	3.41	3.49
1986-1991	3.76	3.51	3.95
1992-1997	3.95	3.90	3.98
1998-2003	4.11	4.47	3.72

Quelle: Franzmann, S./Kaiser (2006), [www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html](http://www.politik.uni-koeln.de/kaiser/partypositions.html)  
 Sämtliche im Artikel dargestellten Ergebnisse beruhen auf den CMP-Datensatz aus Budge et al. (2001) bzw. Klingemann et al. (2006).

**Tabelle 27: Die Entwicklung der Links-Rechts-Positionen für die christ- und sozialdemokratische Parteienfamilie**

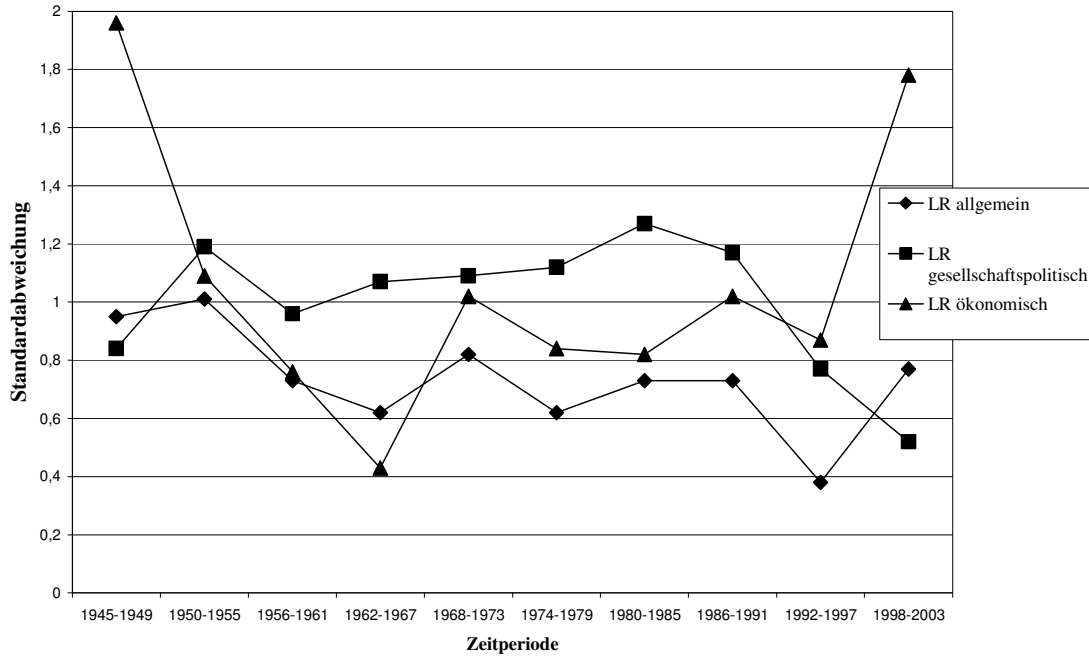
Die Franzmann-Kaiser-Methode berücksichtigt diesen Wandel. Was Keman/Pennings (2006) messen, ist, wie sich Christ- und Sozialdemokraten zu den traditionellen Links-Rechts-Fragen stellen. Hier könnte es eine ideologische Konvergenz geben. Dies scheint aber nicht für die neuen Themen zu gelten.

Unterstützt werden die Ergebnisse von Volkens (2004), dass es bis in die 1960er Jahre hinein eine parallele Linkerschiebung der Sozialdemokraten und ihrer Hauptkontrahenten gab und ab den 1980er Jahren eine entsprechende Rechtverschiebung. Allerdings erlaubt die Aufspaltung in eine gesellschaftliche und eine ökonomische Dimension eine detaillierte Betrachtung dieses Phänomens. Tatsächlich erfolgt bis Ende der 1960er Jahre eine parallele Linkerschiebung in allen drei erhobenen Skalen. Bis zu Beginn der 1990er Jahre bleibt der allgemeine Links-Rechts-Unterschied allerdings bis auf kleinere Schwankungen recht stabil.

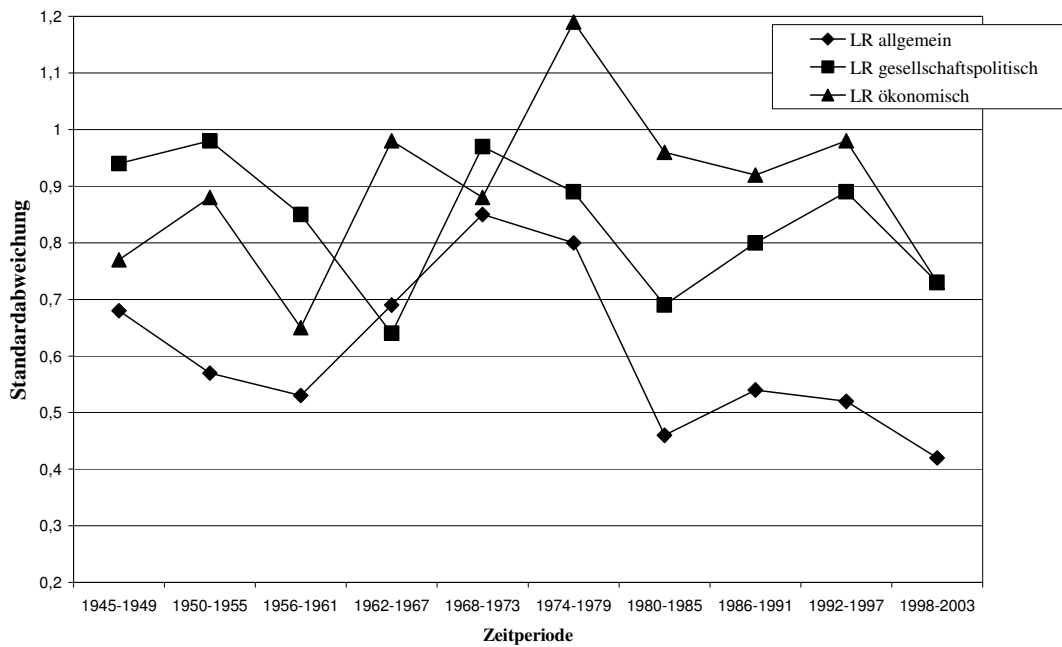


Auf der gesellschaftlichen Skala nähern sich die beiden Parteienfamilien weiter an, während sie auf der ökonomischen Skala zunächst weiter auseinanderrücken und erst ab der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sich wieder annähern. In der letzten Untersuchungsperiode vergrößerte sich wieder die ökonomische Distanz, während sich die gesellschaftliche verkleinert. Diese Ergebnisse legen nahe, dass der Rechtstrend der sozialdemokratischen Parteien in ökonomischen Fragen ein eher vorübergehendes Phänomen war. In gesellschaftlichen Fragen scheint aber eine Verstetigung stattzufinden. Dies könnte auf die Etablierung grüner Parteien zurückgeführt werden, die in der gesellschaftlichen Dimension eindeutig linke Positionen besetzen und den alten Platz der Sozialdemokraten einnehmen konnten. In ihren ökonomischen Kernfragen scheinen die Sozialdemokraten wieder zu ihrer alten relativen Positionierung zurückzukehren. Die Kernthemen der Christdemokraten liegen fast ausschließlich auf der gesellschaftlichen Achse. Und auch dort scheinen sich die Christdemokraten wieder auf ihren alten Platz zurückzubewegen. Dieses Ergebnis korrespondiert mit dem erheblichen Beharrungsvermögen der unter 3. identifizierten Kernthemen der Parteien. Die Erhaltung der Kernthemen scheint somit die ideologische Wandlungsfähigkeit der Parteien erheblich einzuschränken und verdeutlicht noch einmal die Notwendigkeit, vor dem Übereinstimmungsindex und der Links-Rechts-Skala die Kernthemen eindeutig zu identifizieren.

Abschließend soll untersucht werden, wie sich Christ- und Sozialdemokraten grenzübergreifend entwickelt haben. Die Diagramm 3a und 3b gibt einen Überblick, wie sich die Standardabweichung der ideologischen Positionen für jede Parteienfamilie entwickelt hat. Der Ausreißer Schweiz ist hier nicht enthalten. Die durchgezogene Linie beschreibt dabei jeweils die Entwicklung der allgemeinen, die gepunktete der gesellschaftlichen, die gestrichelte der ökonomischen Links-Rechts-Skala.



**Diagramm 24a. Standardabweichung der ideologischen Positionen innerhalb der christdemokratischen Parteifamilie in den EU-Ländern**



**Diagramm 24b. Standardabweichung der ideologischen Positionen innerhalb der sozialdemokratischen Parteifamilie in den EU-Ländern**

Sowohl in der ersten als auch letzten analysierten Zeitperiode fällt die extrem hohe Standardabweichung auf der ökonomischen Skala bei den Christdemokraten auf. Dazwischen sind die Werte eher moderat und erreichen 1962-1967 ein Minimum. Während sich der Ausreißer für 1945-49 leicht durch die Programmfindung in der Nachkriegszeit erklären lässt, scheint für 1998-2003 kein intuitiver Grund erkennbar. In Folge der Globalisierung und Tertiarisierung unterscheiden sich christdemokratische Parteien verstärkt in ökonomischen Fragen. In gesellschaftspolitischen Fragen sind sie hingegen so harmonisch wie nie. In den Jahrzehnten zuvor hatten aber gerade in diesen Fragen christdemokratische Parteien variiert. Für die allgemeine Skala zeigt sich bis 1992-97 eine klare Konvergenz für die Christdemokraten, die sich aber auf Grund des Ausreißers auf der ökonomischen Skala 1998-2003 wieder zurückentwickelt. Auch dies unterstützt die Interpretation, dass die Parteien auf der Dimension ideologisch flexibel sind, auf der nicht ihre Kernthemen liegen, und umgekehrt.

Innerhalb der sozialdemokratischen Parteienfamilie zeigt sich wie bei den anderen beiden zuvor untersuchten Kriterien auch eine deutlich höhere Homogenität. Die höchsten Standardabweichungen weisen sie in den 1970er Jahren auf. Die allgemeine Skala erreicht 1968-73 ihren höchsten Wert, verharrt dann seit 1980 auf relativ niedrigen Werten. Dieser Wert liegt unter den der beiden Teilskalen. D.h. sozialdemokratische Parteien unterscheiden sich transnational in einer der beiden konstruierten Dimensionen, aber so gut wie nie in beiden zugleich. Gesellschaftlich zeigt sich eine Wellenbewegung, die sich kontinuierlich bei Werten zwischen 0,6 und 1 befindet. Auf der ökonomischen Skala bewegen sich die Standardabweichungen zunächst hin zu einem Maximum 1974-79, um von dort wieder kontinuierlich zu fallen.

Verglichen mit den Werten des Übereinstimmungsindices, der einen klaren Konvergenztrend zeigt, kann dies bei den ideologischen Positionierungen nur bei den Sozialdemokraten festgestellt werden. Bei den Christdemokraten sowie dem Distanzvergleich der beiden Parteienfamilien zeigt sich dieser Trend ausschließlich in der gesellschaftspolitischen, nicht aber in der ökonomischen Dimension. Die zeitweilig erfolgte Annäherung in ökonomischen Fragen scheint auf Seiten sozialdemokratischer Parteien auf Grund einer Rückbesinnung auf linke Positionen nicht von Dauer zu sein.

## **6. Zusammenfassung und Diskussion**

Im vorliegenden Beitrag wurde eine empirische Bestandsaufnahme gemacht, inwieweit sich die christ- und sozialdemokratische Parteienfamilie programmatisch einander angenähert

haben und wie sich transnational die Programmatik innerhalb der jeweiligen Parteienfamilie entwickelt hat. Eine vereinheitlichte Programmatik innerhalb der jeweiligen Parteienfamilien ließe ein gemeinschaftliches Handeln auf EU-Ebene wahrscheinlicher werden. Tatsächlich kann auf der Basis übereinstimmender Kernthemen ein im Untersuchungszeitraum relativ konstanter Trend hin zu einer Homogenisierung der nationalen Wahlprogramme konstatiert werden. Für ideologische Links-Rechts-Betrachtungen gilt dies auch, allerdings weniger stark und in den einzelnen Dimensionen unterschiedlich stark ausgeprägt. Bei den Unterschieden zwischen den Parteienfamilien ist die Konvergenz auf der Links-Rechts-Skala ebenfalls geringer ausgeprägt als bei den Werten des Ähnlichkeitsindices.

Als Ergebnisse der empirischen Untersuchung lassen sich im Einzelnen festhalten:

- (1) In ihren jeweiligen Kernthemen unterscheiden sich die beiden Parteienfamilien weiterhin deutlich. Die Parteienfamilien erscheinen relativ homogen, wobei die Sozialdemokraten ein deutlich homogeneres Portfolio an Kernthemen aufweisen. Dies lässt sich leicht auf das gemeinsame Erbe aus der Arbeiterbewegung zurückführen. Das programmatische Profil christdemokratischer Parteien scheint stärker von den historischen Besonderheiten des jeweiligen Staatswesens beeinflusst zu sein.
- (2) Über Zeit ist das Portfolio an Kernthemen einer Partei äußerst stabil und unflexibel. Den etablierten Parteien ist es im Untersuchungszeitraum nicht gelungen, neue Themenführerschaften zu erlangen. Änderungen bei den etablierten Parteienfamilien sind fast ausschließlich auf Parteienfusionen, Parteium- oder Parteineugründungen zurückzuführen.
- (3) Die Werte des Ähnlichkeitsindices weisen sowohl innerhalb als auch zwischen den Parteienfamilien im Zeitverlauf einen klaren, fast linear verlaufenden Anstieg der programmatischen Übereinstimmung auf. Dies gilt insbesondere für die untersuchten EU-Mitgliedstaaten.
- (4) Die Entwicklung der programmatischen Übereinstimmung von Christ- und Sozialdemokraten verläuft fast parallel und auf ähnlichem Niveau.
- (5) Die Schweiz ist insofern ein Ausreißer aus dieser Bewegung, als dass sie bis 1992 die Programme mit der höchsten Übereinstimmung mit dem europäischen Durchschnitt aufwies. Zeitnah zum gescheiterten Referendum zum EWG-Beitritt brechen alle drei Ähnlichkeitsindices in ihren Werten ein. Besonders ausgeprägt ist dieses Phänomen bei der CVP.

- (6) Grundsätzlich kann über den gesamten Untersuchungszeitraum gesehen zwischen den beiden Parteienfamilien von einer Abnahme der ideologischen Distanz in allen drei erhobenen Dimensionen gesprochen werden. Dabei gilt diese Konvergenz insbesondere für die gesellschaftspolitische Dimension. Für die ökonomische Dimension zeigt sich in der letzten Untersuchungsperiode ein gegenläufiger Trend. Für die allgemeine Links-Rechts-Dimension kann eine stetige, leichte Abnahme der Distanz festgestellt werden. Sie ist aber längst nicht so ausgeprägt wie bei Keman und Pennings (2006).
- (7) In der Betrachtung der absoluten Parteieinzelwerte fällt auf, dass sozialdemokratische Parteien in allen drei Skalen so gut wie nie Werte rechts von den Christdemokraten aufweisen und umgekehrt. Das ist eine starke empirische Bestätigung des von Downs (1957, 109-10) vermuteten „ideologischen Überholverbots“. Demnach seien trotz aller strategischen Ausrichtung die Parteieliten auf Grund institutioneller Rahmenbedingungen und nicht zuletzt ihrer eigenen Wahlversprechen an ihre Grundideologie gebunden.
- (8) Hierzu passt auch die Beobachtung, dass die Links-Rechts-Werte sich in einer Art Wellenbewegung parallel bewegen. Ähnlich wie bei Volkens (2004) kann bis Ende der 1960er Jahre ein paralleler Linkstrend beobachtet werden, der sich ab den 1980er Jahren in einen parallelen Rechtstrend umkehrt. Allerdings kehren die Parteienfamilien auf der ideologischen Dimension, in der sie ihre Kernthemen besitzen, wieder in Richtung ihrer ursprünglichen Ausgangswerte zurück. Die Christdemokraten rücken auf der gesellschaftspolitischen Skala wieder nach rechts und die Sozialdemokraten auf der ökonomischen Skala wieder nach links. Hervorzuheben ist, dass programmatische Übereinstimmung und ideologische Polarisierung statistisch voneinander unabhängig sind.
- (9) Beim transnationalen Vergleich der Entwicklung innerhalb der Parteienfamilien zeigt sich anhand der Standardabweichung für die Links-Rechts-Werte ein uneinheitliches Bild. Die Christdemokratischen Parteien weisen auf der gesellschaftlichen Skala eine seit 1990 stark zunehmende Harmonisierung auf. Auf der ökonomischen Skala zeigen sie hingegen sowohl in der ersten als auch in der letzten Untersuchungsperiode vergleichsweise hohe Standardabweichungswerte. Bei den sozialdemokratischen Parteien zeigt sich vor allem auf der allgemeinen Links-Rechts-Skala ein Konvergenztrend. Für die einzelnen Dimensionen zeigt sich das jedoch nicht so deutlich. Offenkundig unterscheiden sich sozialdemokratische Parteien lediglich in

einer der beiden Dimensionen vom europäischen Durchschnitt. Auffallend ist, dass in der Phase der Ölkrise die sozialdemokratischen Parteien die höchste Standardabweichung auf der ökonomischen Dimension aufweisen.

Die hier berichteten Ergebnisse sind zum Teil gut mit den auf Zeitungsauswertungen basierenden Ergebnissen bei Kriesi et al. (2006) vereinbar. Dort wird auch die verringerte Distanz auf der gesellschaftlich-kulturellen Dimension auf die Etablierung grüner Parteien und eine moderatere Position der Sozialdemokraten zurückgeführt. Die gestiegene Salienz gesellschaftlicher Themen im Vergleich zu ökonomischen Themen kann indirekt für die letzte Periode bestätigt werden. Der Konvergenztrend der gesellschaftlichen Skala fällt hier stärker ins Gewicht als der divergierende auf der ökonomischen Skala, wie an der verringerten Distanz der allgemeinen Skala abgelesen werden kann. Die dort formulierte Kritik an der Verwendung des CMP-Datensatz greift hier jedoch nicht, da hier auf andere Auswertungsmethoden zurückgegriffen wurde.

Es bleibt weiterhin offen, inwieweit Europäisierung als eigenständiger Faktor neben der Globalisierung und der Tertiarisierung Konvergenztrend in den untersuchten Staaten verursacht hat. Insbesondere die Ergebnisse der Ähnlichkeitsindices lassen aber vermuten, dass die Europäische Integration sowohl transnational innerhalb der Parteienfamilien als auch national zwischen Sozial- und Christdemokraten einen stark harmonisierenden Einfluss auf die Programmatik hat. Für die künftige Forschung wird es weiterhin interessant sein, die Wechselwirkung zwischen der Transformation der europäischen Sozialstaaten und Parteiprogrammatik in Hinblick auf die gestiegene Relevanz des Themas Bildung (Busemeyer 2009) einerseits und die demographische Alterung der europäischen Gesellschaften andererseits zu untersuchen (Schulz-Nieswandt 2006; Görres 2008; Busemeyer, Görres, Weschle 2009).

## Kapitel 8: Schluss: Die Grenzen der Analyse von Ideologie

### **Inhaltsverzeichnis**

1. Die Grenzen der Analyse von Ideologie	246
2. Perspektiven künftiger Forschung	249
3- Epilog	252

### **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 25. Stadthalle Bad Godesberg, Eingang Kurpark (Foto)	253
--	-----

## **1. Die Grenzen der Analyse von Ideologie**

Eingangs dieser Arbeit wurde die Frage aufgeworfen, ob es zu einem Ende der Ideologien gekommen sei. Mit Hilfe von Wahlprogrammdateien und auf der Basis theoretischer Überlegungen wurde diese Frage in Hinblick auf Parteiensysteme untersucht. Die Ergebnisse in dieser Arbeit liefern einen klaren Befund: Es ist nicht zu einem Ende der Ideologien gekommen. Allerdings gelangen wir immer mehr an die Grenzen dessen, wie Ideologie allein mit den Richtungsbegriffen links und rechts analysiert werden kann. Diese Grenzen bestehen in zweifacher Form.

Zum einen besteht diese Grenze ganz konkret geographisch. Die jungen Demokratien in Mitteleuropa pflegen ein ähnliches, doch im Detail anderes Verständnis von links und rechts, als dies in Westeuropa der Fall ist. Marks et al (2006) haben gezeigt, dass in Westeuropa libertäre Themen meist von sozio-ökonomisch linken Parteien, in Mitteleuropa hingegen umgekehrt von den rechten Parteien und autoritäre Themen von den sozio-ökonomisch linken vertreten werden. Insbesondere in den Kapiteln drei und vier des ersten Teils dieser Arbeit konnte bestätigt werden, dass das auf marxistischen Überlegungen beruhende RILE-Schema zur Analyse von Links-Rechts-Parteipositionen für die mitteleuropäischen Staaten besonders schlechte Ergebnisse erzielt. Ein Vergleich mit der länderspezifischen Dummy-Regressions-Methode offenbart, warum das so ist. Als übereinstimmend rechts gelten die Themen traditionelle Moralvorstellungen, freies Unternehmertum und ökonomische Orthodoxie, während dies auf der linken Seite in dieser Eindeutigkeit nur für positive Erwähnungen der Gewerkschaften gilt. Während in den westlichen Industriestaaten Regierungs- und Verwaltungseffizienz ein eindeutig „rechtes“ Thema ist, ist es in Mitteleuropa ebenso wie der Ausbau des Sozialstaates ein nicht-konfrontatives Issue. Zwei weitere bemerkenswerte Unterschiede ließen sich identifizieren: Anders als in den westlichen Industriestaaten sind die Forderung, die Bildungsausgaben zu begrenzen, sowie negative Äußerungen zum Multikulturalismus eher auf der linken als auf der rechten Seite des politischen Spektrums zu finden. Somit wird der Befund der Experteneinstufungen bestätigt, dass die politische Linke in vielen mitteleuropäischen Staaten nicht zugleich libertäre Themen vertritt (vgl. hierzu die Tabellen 6 und 7 in Kapitel 4). In Kapitel drei konnte gezeigt werden, dass auch in einigen der westlichen Industrienationen das RILE-Schema keine guten Dienste erweist, so z.B. in Deutschland, Luxemburg und den USA. Jedoch sind in diesen Staaten zugleich die politischen Richtungsbegriffe links und rechts sehr wohl bekannt.



Das führt uns zur zweiten Grenze des klassischen ideologischen Denkens. Die Vorstellung, dass Ideologie zwangsläufig mit einem festen, möglichst auch noch ökonomischen Bedeutungsinhalt über alle Länder und Zeitgrenzen hinweg verknüpft ist, ist empirisch nicht haltbar. Die zeit- und länderspezifische Bestimmung von Links-Rechts-Parteipositionen erzielt bessere Validitätsergebnisse im Vergleich zu Methoden, die ein starres Links-Rechts-Schema unterstellen. Diese Validitätsergebnisse verbessern sich, wenn eine zweidimensionale Skala anstelle einer eindimensionalen Skala unterstellt wird (vgl. Kapitel 4).

Die Untersuchung erfolgreicher Parteistrategien in Kapitel 6 offenbart weiterhin, dass mit dem Konzept des Issue-Ownerships mindestens genauso gute oder sogar eine bessere Varianzaufklärung der Wahlergebnisse erreicht wird, als dies mit dem (eindimensionalen) Medianwählertheorem der Fall ist. Die in diesem Kapitel getroffenen Annahmen in Anlehnung an das ökonomische Gutenberg-Modell (Franzmann 2006) sind in verschiedenen kürzlich erschienenen Publikationen bestätigt worden. So wurde unabhängig voneinander nachgewiesen, dass die Parteien relativ stabile Kernthemen aufweisen (Walgrave und Nuytemans 2009) und in diesen Kernthemen sehr hohe Salienzen aufweisen, die nicht direkt als positional interpretiert werden können (Valen und Narud 2007). Ferner bestätigt eine wachsende Anzahl an Studien die Bedeutung des Issue-Ownerships für erfolgreiche Parteistrategien (Green-Pedersen 2007; Green 2007; Green and Hobolt 2008; Tavits 2008; van der Brug 2009). Als ein Erklärungsfaktor für die zunehmende Bedeutung von einzelnen Issues anstelle kohärenter Programme wurde die veränderte Medienumwelt identifiziert (Jun 2009: 283). Die Ergebnisse aller dieser Publikationen zeigen, dass Parteiprogrammatik und Ideologie weiterhin relevant sind, sich aber je nach Forschungsgegenstand mit größerem Erfolg analysieren lassen, wenn nicht von einheitlichen Dimensionen wie im klassischen Downsianischen Modell ausgegangen wird. Dimensionale Analysen werden damit nicht überflüssig werden. Sie sind starke Vereinfachungen zur Komplexitätsreduktion, die häufig erst die Analyse formaler Modelle ermöglichen. Sie stellen einen großen Gewinn zur Analyse von Mechanismen auf der Mikroebene von Politik dar, z.B. auf der parlamentarischen oder governementalen Ebene<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Im Grunde lautet die Botschaft für solche Studien, dass die in diesen Modellen veranlagte *ceteris paribus*-Klausel wirklich ernst genommen werden muss. Modelle erklären immer nur einen Ausschnitt aus der Wirklichkeit. Die Annahme eines eindimensionalen Politikraumes mag vor allem zur Modellierung von Regierungsbildungsprozessen oder von Verhandlungsprozessen zwischen zwei Parlamentskammern angemessen sein und die Realität gut abbilden. Je stärker jedoch die empirischen Ergebnisse darauf hinweisen, dass in einem Land die Links-Rechts-Skala ein nicht hinreichender Faktor zur Erklärung von Parteipositionen darstellt, desto stärker müssten weitergehende Schlussfolgerungen, die über das Modell hinausgehen, vermieden werden. Ob das tatsächlich in der Publikationspraxis der Fall ist, sei hier offen gelassen.

Die Erkenntnisse beider Forschungsrichtungen – der an einheitlichen Dimensionen festhaltenden Konfrontationstheorie einerseits und der Salienztheorie andererseits – müssen sich nicht zwangsläufig ausschließen, sondern können sich gegenseitig befruchten. Dies wurde im zweiten Kapitel nachgewiesen (Franzmann und Kaiser 2006). Dort wurde ein neues Verfahren zur Bestimmung von Parteipositionen auf der Basis von Wahlprogrammdateien bestimmt, das die Annahmen der Salienztheorie sich in der Art und Weise zunutze macht, dass die Daten von allem bereinigt werden, was als nicht positional angesehen werden kann. Somit führt gerade die konsequente Umsetzung salienztheoretischer Annahmen zu einem validen Messinstrument dimensionaler Politikpositionen.

Eine Alternative zur dimensional Links-Rechts-Messung wurde im siebten Kapitel präsentiert (Franzmann 2008a). Ergänzend zu den klassischen Links-Rechts-Positionsbestimmungen wurde dort ein Salienzmaß zur Erhebung der Ähnlichkeit der Programmatik vorgestellt. Der Ähnlichkeitsindex misst, wie hoch die prozentuale Übereinstimmung zweier Parteien auf der Basis aller Kategorien des CMP-Datensatzes ist. Angewendet wurde dieser Index auf Sozial- und christdemokratische Parteien in Mitteleuropa. Es zeigte sich hierbei, dass es verglichen von der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer wellenförmig verlaufenden Konvergenz der Links-Rechts-Positionen auf einer allgemeinen, ökonomischen sowie gesellschaftlichen Skala gekommen ist. Diese Konvergenz ist vor allem auf der gesellschaftlichen Skala stark ausgeprägt. Der Blick auf den Ähnlichkeitsindex offenbarte, dass sich eine sehr starke Konvergenz ereignet hat. Christ- und sozialdemokratische Parteien weisen mittlerweile eine Übereinstimmung von über 75% in ihrer Programmatik auf. Ist es also doch zu einem Ende der Ideologien gekommen, zumindest was die Konfrontation dieser beiden Parteifamilien angeht? Dagegen spricht, dass beide Parteifamilien „ihre“ Themen weiterhin besetzt halten und auf der ökonomischen Skala in den letzten Jahren eher wieder auseinandergerückt sind. Ausgerechnet auf der *New-Politics*-Dimension haben sie sich angenähert, also in dem Bereich, der zunehmend zur Generierung von ideologischer Polarisierung beiträgt. Berücksichtigt man ferner den Befund von Flangan und Lee (2003), dass ökonomische Themen als Folge des etablierten Sozialstaats zunehmend zu Valenz-Issues werden, ergibt sich folgendes Bild: Christ- und sozialdemokratische Parteien nähern sich in den Themen an, die zunehmend zur Polarisierung und Ideologisierung der Wählerschaft beitragen, während gleichzeitig die Themen, in denen sie sich weiterhin unterscheiden, diesen polarisierenden Effekt verlieren. In der Konsequenz erscheint die Programmatik beider Parteifamilien nur noch geringfügig verschieden. Das ist jedoch kein Zeichen für ein Ende der

Ideologie. Es ist eher zu vermuten, dass es jetzt andere politische Parteien sind, die als Träger von Ideologien fungieren, die die Wählerschaft polarisieren – also die „neuen“ links-libertären sowie die „neuen“ rechten Parteien (Bale 2003).

## **2. Perspektiven künftiger Forschung**

Mit dem Ähnlichkeitsindex wurde in dieser Arbeit ein salienztheoretisches Maß zur Messung programmatischer Ähnlichkeit zwischen zwei spezifischen Parteien oder Parteigruppen vorgestellt. Angewendet wurde es bislang lediglich auf christ- und sozialdemokratische Parteien, aber es ist selbstverständlich möglich, alle anderen Parteifamilien, wie z.B. liberale oder ökologische Parteien zu analysieren (vgl. Franzmann 2010). Was bislang fehlt, ist ein Indikator, der die Ähnlichkeit oder Unterschiedlichkeit auf der Ebene des Parteiensystems misst. Ein solches in der Salienztheorie fundiertes Maß wäre das Gegenstück zur ideologischen Polarisierung. Im fünften Kapitel wurde in Anlehnung an Bartolini (1999; 2000) herausgestellt, dass eine zentrale Bedingung für die Funktionsfähigkeit des Parteienwettbewerbs ein hinreichendes Ausmaß an programmatischer Unterschiedlichkeit zwischen den Parteien ist. Zugleich ist die Angebotsheterogenität dafür entscheidend, dass Innovationen in einem politischen System entstehen können. Je homogener das programmatische Angebot ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass im Kampf um Wählerstimmen neue Problemlösungsmöglichkeiten von den Parteien in den politischen Prozess eingespeist werden. Einen Prototyp für eine solche Maßzahl für die ‚programmatische Heterogenität‘ habe ich an anderer Stelle schon vorgestellt (Franzmann 2005; Franzmann 2008b). Dort konnte nachgewiesen werden, dass die programmatische Heterogenität und die ideologische Polarisierung zwei weitgehend unabhängig voneinander auftretende Phänomene sind. Interpretiert werden kann das so, dass die Erschließung neuer Politikfelder als ein Besetzen von Issues häufig zum Ziel hat, den bestehenden Politikdimensionen auszuweichen oder neue Politikdimensionen zu generieren. Erkenntnisse der *Social-Choice*-Theorie suggerieren, dass solche Veränderungen der politischen Agenda ein probates Mittel sind, um bestehende Mehrheitsverhältnisse aufzubrechen (Riker 1982). In einer aktuellen Replikation eines Modells zur Erklärung der Etablierung neuer Parteien von Tavits (2006) konnte jüngst nachgewiesen werden, dass die programmatische Heterogenität einen deutlich höhere Varianzaufklärung liefert als die ideologische Polarisierung (Zons 2010). Bei weiterer Bewährung dieser Heterogenitätsmaßzahl ergeben sich eine Reihe weiterer Forschungsperspektiven, die in Kapitel 5 (Franzmann 2007) aufgezeigt wurden. Da die programmatische Heterogenität annahmegemäß desto höher ausfallen sollte, je mehr Anreize in einem politischen System zur Programmverwirklichung (*policy-seeking*) bestehen, können

die in Kapitel fünf aufgestellten Hypothesen bezüglich der Wirkung institutioneller Veto-Punkte auf die Strategieentscheidungen der Parteien empirisch getestet werden. Ebenfalls lässt sich Bartolinis Hypothese bezüglich der (mangelnden) Demokratiequalität bei eingeschränkter Unterscheidbarkeit des programmatischen Angebots überprüfen. Viel versprechend erscheint auch eine Verknüpfung dieser theoretischen Überlegungen mit der in Kapitel drei vorgestellten Parteiensystemtypologie. Dort wurden in Bezug auf die Wettbewerbsmechanik vier Typen unterschieden: (1) ein Typ mit zentripetaler Wettbewerbsmechanik, (2) ein Typ mit zentrifugaler Wettbewerbsmechanik, (3) ein depolitizierter Typ sowie (4) ein Typ des moderaten Pluralismus, bei dem die Begrenzung des Pluralismus auf einen Elitenkonsens und nicht auf die Wettbewerbsmechanik zurückzuführen ist. Dieser Elitenkonsens birgt die Gefahr einer Kartellisierung des Parteiensystems in sich. Je geringer die institutionellen Anreize zum Policy-Seeking sind, desto wahrscheinlicher ist die Existenz eines Elitenkonsens bezüglich des programmatischen Angebots, und desto wahrscheinlicher ist die Zugehörigkeit eines Parteiensystem zum depolitizierten Typus oder das Auftreten von Kartellisierung.

Neben der Generierung neuer Hypothesen und Maßzahlen zur ihrer Analyse wurden im Rahmen dieser Dissertation umfangreiche Datensätze erstellt. Diese Datensätze werden auf der Homepage des Lehrstuhls für Vergleichende Politikwissenschaft in Köln publiziert und für Drittstudien zur Verfügung gestellt. Sie umfassen derzeit die Links-Rechts-Werte für die eindimensionale Skala sowie Werte für die ökonomische und die nicht-ökonomische Skala für insgesamt 36 verschiedene Parteiensysteme.<sup>2</sup> Darüber hinaus ist geplant, die länderspezifischen Issue-Charakterisierungen für diese Länder zu veröffentlichen und frei zugänglich zu machen.

Die in Kapitel 4 vorgenommenen Validitätsprüfungen belegen bislang eine gute Qualität der Messungen. Jedoch bietet es sich an, insbesondere in Hinblick auf zwei Aspekte die Validitätsprüfung zu vertiefen: (1) Zum einen fehlt bislang ein Vergleich der ökonomischen wie der nicht-ökonomischen Teilskala mit anderen Datensätzen, (2) zum anderen dürfte sich eine weiterführende Studie zu den Issue-Charakterisierungen in den mittelosteuropäischen Staaten lohnen, um genauer bestimmen zu können, inwiefern dort ein die politischen Richtungsbegriffe für andere Politiken stehen. Darüber hinaus steht noch ein umfassender Vergleich aller Alternativvorschläge zur etablierten RILE-Skala für die Ermittlung von Parteipositionsdaten auf Basis der CMP-Daten noch aus (vgl. Volkens/Bara/Budge 2009).

---

<sup>2</sup> Die 36 Parteiensysteme stammen aus 35 Ländern: Belgien weist für Flandern und Wallonien separate Parteiensysteme auf.

Grundsätzlich bietet der zweidimensionale Datensatz die Möglichkeit, bei längeren Zeitreihen nicht wie bislang ausschließlich auf die eindimensionale, meist ökonomisch interpretierte Links-Rechts-Skala zurückgreifen zu müssen. Entsprechend können Verschiebungen der Wichtigkeit der ökonomischen im Vergleich zur nicht-ökonomischen Achse im Zeitverlauf auch für Zeitpunkte analysiert werden, die von den Expertendatensätzen bezüglich mehrdimensionaler Positionierungen nicht abgedeckt werden. Solche Datensätze existieren nämlich erst seit den 1990er Jahren.<sup>3</sup>

Ein lange Zeit vernachlässigtes Feld ist es, die Rolle von Konsens-Issues in verschiedenen Demokratien zu untersuchen. Welche Rolle spielen sie und wie tragen sie zum Funktionieren von Demokratien bei? Die hier erzeugten Übersichten über die Issue-Eigenschaften in den einzelnen Ländern bieten erstmals die Gelegenheit, den Konsens auf der Angebotsseite mit den schon bestehenden Daten aus Wählerumfragen zusammenzuführen. Ist der Elitenkonsens in bestimmten Issues tatsächlich von den Wählern gewollt? Oder verweigern sich die Eliten hier gegenüber den Forderungen der Wählerschaft? Ähnliche Analysen wurden für die Haltung der Parteien zur Europäischen Integration untersucht mit dem Ergebnis, dass die Parteien sich gegenüber den Wählerforderungen nicht als responsiv erweisen (Hellström 2008b). Auf einer breiteren Datenbasis könnten nun vertiefende Erkenntnisse für die empirische Demokratieforschung generiert werden. Zu vermuten ist, dass es sich bei der Auseinandersetzung über die Europäische Integration um einen Sonderfall handelt. Umso interessanter könnte es sein, diesen Sonderfall in einem allgemeinen demokratietheoretischen Rahmen einzuordnen. ##Untersuchungen zum Policy-Wandel, demographische Faktoren (Görres) oder Bildungspolitik (Busemeyer); Parteidifferenz (Schmidt 1980)

Weitere Forschungsperspektiven bieten sich dort, wo eine rein auf die Programmatik fixierte Forschungsarbeit zum Parteienwettbewerb zwangsläufig an ihre Grenzen stößt, jedoch befruchtend wirken kann. Zunächst ist hier an die massenmediale Vermittlung von Politik zu denken. Schmitt-Beck und Mackenrodt (2009) weisen z.B. für Deutschland den hohen Einfluss der BILD-Zeitung bei der Beurteilung der verschiedenen politischen Parteien auf ihre Leserschaft nach. Interessant wäre hier, den medialen Einfluss auf die Programmwahrnehmung durch die Wähler, aber auch Programmformulierung durch die Parteien zu untersuchen. Ein solch hoher Einfluss auf die Programmformulierung oder gar

---

<sup>3</sup> Der älteste mir bekannte Expertendatensatz, der die nicht nur auf einer eindimensionalen Links-Rechts-Skala verortet, ist der von Laver und Hunt (1992). Dort werden sieben pro und contra Dimensionen erhoben. Die zweidimensionalen Skalen müssten aus diesen sieben erzeugt werden. Ähnlich verhält es sich mit dem Datensatz von Inglehart und Huber (1995), so dass meines Wissens der 1999 erstmals erhobene Chapell-Hill Datensatz von Marks und Steenbergen (2002) die früheste verfügbare Quelle für nicht eindimensionale Links-Rechts-Messungen darstellt.

dem konkreten politischen Handeln wird häufig Parteispenden zugesprochen (Vgl. Naßmacher 2001; Naßmacher 2003; Höpner 2006; van Biezen/Kopecký 2007; Koß 2010). Hier bieten sich – ergänzend zum bisherigen Forschungsstand - Untersuchungen darüber an, ob eine programmatische Schwerpunktsetzung nach dem Eingang bestimmter Großspenden vollzogen wurde oder – umgekehrt - zunächst eine Partei ein Thema für sich entdeckte und dann entsprechende Spenden von Unterstützern einwerben konnte. Schließlich kann von einem komplexen Geflecht von Wechselwirkungen zwischen dem jeweiligen Wahlsystem und der Gestaltung des programmatischen Parteienwettbewerbs ausgegangen werden. Für die Makroebene wurden in dieser Arbeit verschiedene Hypothesen aufgestellt. Für gemischte Wahlsysteme wie der personalisierten Verhältniswahl in Deutschland (vgl. Kaiser 2002b) ergibt sich jedoch die Besonderheit, dass Einzelkandidaten in Wahlkreisen individuell um Stimmen kämpfen, während zugleich die Partei um Stimmen für ihre Liste Stimmen wirbt (vgl. Zittel/Gschwend 2007; Hennl/Kaiser 2008; Zittel 2009). In diesem Feld könnten in Zukunft Untersuchungen lohnend sein, wie bestimmte, auf nationaler Ebene verankerte programmatische Schwerpunkte einer Partei den Handlungsspielraum der Einzelkandidaten auf der Wahlkreisebene positiv oder negativ beeinflussen. Zu vermuten ist, dass schon bei der Programmformulierung auf Parteiebene solche Wahlkreiskandidaten, deren Wiederwahl als unsicher gelten muss, verstärkt versuchen, die für ihren Wahlkreis relevanten Themen auf die Agenda zu setzen. Sollte die Wahlprogrammatische einer Partei den spezifischen Wahlkreisinteressen entgegenstehen, so wird vermutlich ein Wahlkreiskandidat sofern möglich sich von der Programmatik der eigenen Partei distanzieren.

### **3. Epilog**

Ein halbes Jahrhundert nach Bells These des Endes der Ideologien und des berühmten Godesberger Parteitages der SPD ist der Ort dieses Parteitages ebenfalls einem Bedeutungswandel unterworfen. Die Godesberger Stadthalle, Sinnbild für den Abschied der SPD von ihrem Dasein als marxistische Weltanschauungspartei und zugleich ehemaliges Festlokal der Grünen zum erstmaligen Parlamentseinzug, ist nach dem Regierungsumzug von Bonn nach Berlin nicht mehr der Ort für die ganz große Politik. Gerne werden die kleineren Räume der Stadthalle noch von den kommunalen Parteien zu Versammlungen genutzt. In dieser Eigenschaft ist die Stadthalle an kein politisches Lager gebunden und fungiert als *Catch-All*-Veranstaltungsort. Neben kleineren Messen ist die Godesberger Stadthalle heutzutage bei Seniorenklubs, Frauentreffen und insbesondere für die Veranstaltungen türkischer Hochzeitsfeiern sehr beliebt. Ferner hält eine protestantische Freikirche dort regelmäßig ihre Gottesdienste ab. Schließlich – darauf hat mich Frau Dr. Strohmeyer schon

vor einiger Zeit hingewiesen – dient ein Nebengebäude der Stadthalle heute als ständiger Sitz des Bad Godesberger Bridgeklubs.

Das alles könnte man im Licht der früheren Bedeutung als Sinnbild für die Depolitisierung und Entideologisierung der Gesellschaft interpretieren. Möglicherweise repräsentiert das aber nur im Kleinen, auf welcher gesellschaftlichen Basis die künftigen politischen Auseinandersetzungen im Großen geführt werden. Denn auch die Teilnehmer dieser Veranstaltungen repräsentieren gesellschaftliche Milieus und damit verbunden Werte und Weltanschauungen, die sich je nach politischer und gesellschaftlicher Situation zu Ideologien verdichten lassen. Die Analyse von Parteiprogrammatik und politischen Ideologien kann keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden, denn es ist nicht zu einem Ende, sondern zu einem Wandel der Ideologien gekommen.



**Abbildung 25: Die Stadthalle in Bad Godesberg, Eingang Kurpark  
Quelle: eigenes Foto**

## **References - Literaturverzeichnis**

- Aalberg, Toril and Tove Brekken (2006) 'Norway', *European Journal of Political Research* 45(7-8): 1221-1230.
- Achterberg, Peter (2006) 'Class Voting and the New Political Culture. Economic, Cultural and Environmental voting in late modern countries', *International Sociology* 21(2): 237-61.
- Achterberg, Peter and Dick Houtman (2006) 'Why Do So Many People Vote “Unnaturally”? A Cultural Explanation of Voting Behaviour', *European Journal for Political Research* 45(1): 75-92.
- Adams, James (2001) 'A Theory of Spatial Competition with Biased Voters: Party Policies Viewed Temporally and Comparatively', *British Journal of Political Science* 31(1): 121-58.
- Adams, James, Michael Clark, Lawrence Ezrow and Garrett Glasgow (2004) 'Understanding Change and Stability in Party Ideologies: Do Parties Respond to Public Opinion or to Past Election Results?', *British Journal of Political Science* 34(4): 589-610.
- Agh, Attila (2001) 'Early consolidation and performance crisis: The Majoritarian-consensus democracy debate in Hungary', *West European Politics* 24(3): 89-112.
- Amorim, Octavio Neto and Gary W. Cox (1997) 'Electoral Institutions, Cleavage Structures, and the Number of Parties', *American Journal of Political Science* 41(1): 149-74.
- Arian, Asher and Michal Shamir (2008) 'Decade Later, the World Had Changed, the Cleavage Structure Remained', *Party Politics* 14(6): 685-705.
- Backhaus, Klaus, Bernd Erichson, Wulff Plinke and Rolf Weiber (2003) *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin et al.: Springer.
- Bale, Tim (2003) 'Cinderella and her ugly sisters: the mainstream and extreme right in Europe's bipolarising party systems', *West European Politics* 26(3): 67-90.
- Bardi, Luciano and Peter Mair (2008) 'The Parameters of Party Systems', *Party Politics* 14(2): 147-66.
- Bartolini, Stefano (1995) 'Parteienkonkurrenz. Analytische Dimensionen und empirische Probleme', in Brigitta Nedelmann (eds.) *Politische Institutionen im Wandel. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, pp. 57-82, Opladen: Leske + Budrich.
- Bartolini, Stefano (1999) 'Collusion, competition and democracy - Part I', *Journal of Theoretical Politics* 11(4): 435-70.
- Bartolini, Stefano (2000a) 'Collusion, competition and democracy - Part II', *Journal of Theoretical Politics* 12(1): 33-65.
- Bartolini, Stefano (2000b) *The Political Mobilization of the European Left, 1860-1990. The Class Cleavage*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.



- Bartolini, Stefano and Peter Mair (1990) *Identity, Competition, and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Beck, Nathaniel and Jonathan N. Katz (1995) 'What to do (and not to do) with time-series cross-section data', *American Political Science Review* 89(3): 634-47.
- Bélanger, Éric (2003) 'Issue ownership by Canadian political parties 1953-2001', *Canadian Journal of Political Science* 36(3): 539-58.
- Bell, Daniel (1960) *The end of ideology: On the exhaustion of political ideas in the fifties*. New York: The Free Press.
- Bell, Daniel (1973) *The coming of post-industrial society. A venture of social forecasting*. New York: Basic Books.
- Benoit, Kenneth and Michael Laver (2006) *Party Politics in Modern Democracies*. London: Routledge.
- Benoit, Kenneth and Michael Laver (2007a) 'Estimating party policy positions: Comparing expert surveys and hand-coded content analysis', *Electoral Studies* 26(1): 90-107.
- Benoit, Kenneth and Michael Laver (2007b) 'Benchmarks for text analysis: A response to Budge and Pennings', *Electoral Studies* 26(1): 130-35.
- Benoit, Kenneth, Michael Laver and Slava Mikhaylov (2008) 'Treating Words as Data with Error: Uncertainty in Text Statements of Policy Positions', *American Journal of Political Science* 53(2): 495-513.
- Bielasiak, Jack (2002) 'The Institutionalization of Electoral and Party Systems in Postcommunist States', *Comparative Politics* 34(2): 189-210.
- Bischoff, Ivo (2005) 'Party competition in a heterogeneous electorate: The role of dominant-issue voters', *Public Choice* 122(1-2): 221-43.
- Black, Duncan (1958). *The Theory of Committees and Elections*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Blomqvist, Paula and Christoffer Green-Pedersen (2004) 'Defeat at Home? Issue-Ownership and Social Democratic Support in Scandinavia', *Government and Opposition* 39(4): 587-613.
- Bobbio, Norberto (1994) *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung*. Berlin: Wagenbach.
- Budge, Ian (2001) 'Manifesto-based research: Theory and measurement of party policy positions', in Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara and Eric Tanenbaum (eds.) *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, pp. 75-92, Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian (2001) 'Theory and measurement of party policy positions', in Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara and Eric Tanenbaum (eds.) *Mapping*

- Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998, pp. 75-92, Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian (2006) 'Identifying Dimensions and Locating Parties: Methodological and Conceptual Problems'. In: Richard S. Katz and William Crotty: *The Handbook of Party Politics*, pp. 422-34, London: Sage Publications.
- Budge, Ian and David Robertson (1987) 'Comparative Analyses of Post-War Electoral Programmes', in Ian Budge, David Robertson and Derek Hearl (eds.) *Ideology, Strategy and Party Change: Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*, pp. 387-416. Cambridge: Cambridge University Press.
- Budge, Ian and David Robertson (1987) 'Do Parties Differ and How? Comparative Discriminant and Factor Analyses', in Ian Budge, David Robertson and Derek Hearl (eds.) *Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*, pp. 387-416. Cambridge: Cambridge University Press.
- Budge, Ian and Dennis Farlie (1983) *Explaining and Predicting Elections. Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies*. Winchester: Allan & Unwin.
- Budge, Ian and Hans-Dieter Klingemann (2001) 'Finally! Comparative Over-Time Mapping of Party Policy Movement', in Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judtih Bara and Eric Tannenbaum (eds.) *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945 – 1998*, pp. 19-50. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian and Judith Bara (2001) 'Introduction: Content Analysis and Political Texts', in Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judtih Bara and Eric Tannenbaum (eds.) *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, pp. 1-6. Oxford: Oxford University Press.
- Budge, Ian and Paul Pennings (2007) 'Do they work? Validating computerised word frequency estimates against policy series', *Electoral Studies* Volume 26(1): 121-29.
- Budge, Ian, David Robertson and Derek Hearl (eds.) (1987) *Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara and Eric Tannenbaum (2001) *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945 – 1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Busemeyer, Marius R. (2009) 'Social democrats and the new partisan politics of public investment in education', *Journal of European Public Policy* 16 (1), 107-126.
- Busemeyer Marius R., Achim Görres and Simon Weschle (2009) 'Attitudes towards redistributive spending in an era of demographic ageing: the rival pressures from age and income in 14 OECD countries', *Journal of European Social Policy* 19 (3) 195-212.
- Capoccia, Giovanni (2002) 'Anti-System Parties: A Conceptual Reassessment', *Journal of Theoretical Politics* 14(1): 9-35.

- Caramani, Daniele (2003) 'The End of Silent Elections: The Birth of Electoral Competition 1832-1915', *Party Politics* 9(4): 411-43.
- Castles, Francis and Peter Mair (1984) 'Left-Right Political Scales: Some Expert Judgements', *European Journal of Political Research* 12(1): 73-88.
- Chhibber, Pradeep K. and Ken Kollman (2004) *The Formation of National Party Systems. Federalism and Party Competition in Canada, Great Britain, India, and the United States*. Princeton: Princeton University Press.
- Chhibber, Pradeep K. and Mariano Torcal (1997) 'Elite Strategy, Social Cleavages, and Party Systems in a New Democracy: Spain', *Comparative Political Studies* 30(1): 27-54.
- Clark, William R. and Matt Golder (2006) 'Rehabilitating Duverger's Theory. Testing the Mechanical and Strategic Modifying Effects of Electoral Laws', *Comparative Political Studies* 39(6): 679-708.
- Coleman, James S. (1990) *Foundations of Social Theory*. Cambridge, Massachusetts, and London: Harvard University Press.
- Dalton, Russel J. (2006) 'Social Modernization and the End of Ideology Debate: Patterns of Ideological Polarization', *Japanese Journal of Political Science* 7(1): 1-22.
- Dalton, Russel J. (2008) 'The Quantity and the Quality of Party Systems Party System Polarization, Its Measurement, and Its Consequences', *Comparative Political Studies* 41(7): 899-920.
- Dalton, Russel J. (2009) 'Economics, Environmentalism and Party Alignments: A Research Note on Partisan Change in Advanced Industrial Democracies', *European Journal of Political Research* 48(2): 161-75.
- Damore, David F. (2004) 'The Dynamics of Issue Ownership in Presidential Campaigns', *Political Research Quarterly* 57(3): 391-7.
- Deegan-Krause, Kevin (2007) 'New Dimension of Political Cleavage', in: Russel J. Dalton and Hans-Dieter Klingemann (eds.) *The Oxford Handbook of Political Behaviour*, pp. 538-56. Oxford: Oxford University Press.
- Dinas, Elias/Gemenis, Kostas (2009) 'Measuring parties' ideological positions with manifesto data: a critical evaluation of the competing methods', *Party Politics* (forthcoming).
- Dodd, Lawrence C. (1976) *Coalitions in Parliamentary Government*. Princeton: Princeton University Press.
- Dolezal, Martin (2005) 'Globalisierung und die Transformation des Parteienwettbewerbs in Österreich. Eine Analyse der Angebotsseite', *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 34(2): 163-76.
- Donovan, Mark and David Broughton (1999) 'Party System Change in Western Europe: Positively Political', in Mark Donovan and David Broughton (eds.) *Changing Party Systems in Western Europe*, pp. 255-74. London and New York: Pinter.
- Downs, Anthony (1957) *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row.

- Duch, Raymond M. And Kaare Strøm (2004) 'Liberty, Authority, and the New Politics: A Reconsideration', *Journal of Theoretical Politics* 16(3): 233-62.
- Duncan, Otis Dudley and Beverly Duncan (1955) 'A Methodological Analysis of Segregation Indexes', *American Sociological Review* 20(2): 210-17.
- Elff, Martin (2006) *Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten: Die Bedeutung politischer Angebote der Parteien für den Zusammenhang zwischen sozialen Merkmalen und Parteipräferenzen in zehn westeuropäischen Demokratien*. Baden-Baden: Nomos.
- Elff, Martin (2008) 'A Spatial Model of Electoral Platforms', Paper Presented at the 2009 APSA Annual Meeting in Toronto, Ontario, Canada.
- Elster, Jon (1986) 'The market and the forum: three varieties of political theory', in Jon Elster and Aanund Hylland (eds.) *Foundations of Social Choice Theory*, pp. 103-32. Cambridge: Cambridge University Press.
- Enelow, James M. and Melvin J. Hinich (1984) *The Spatial Theory of Voting*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999) 'Politics without Class: Postindustrial Cleavages in Europe and America', in Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks and John D. Stephens (eds.), *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, pp. 293-316. Cambridge: Cambridge University Press.
- Evans, Jocelyn A. J. (2002) 'In Defence of Sartori. Party System Change, Voter Preference Distributions and Other Competitive Incentives', *Party Politics* 8(2): 155-74.
- Fiorina, Morris P. (1977) 'An Outline for a Model of Party Choice', *American Journal of Political Science* 21(3): 601-25.
- Fiorina, Morris P. (1981) *Retrospective Voting in American National Elections*. New Haven: Yale University Press.
- Flanagan, Scott and Lee Aie-Ree (2003) 'The New Politics, Culture Wars, and The Authoritarian-Libertarian Value Change in Advanced Industrial Democracies', *Comparative Political Studies* 36(3): 235-70.
- Flanagan, Scott C. and Ronald Inglehart (1987) 'Value Change in Industrial-Societies', *American Political Science Review* 81(4): 1289-319.
- Franzmann, Gabriele and Michael Wagner (1999) 'Heterogenitätsindizes zur Messung der Pluralität von Lebensformen und ihre Berechnung in SPSS6', *ZA Information* 44.
- Franzmann, Simon (2005) 'Convergence, Divergence, or Depolitization? European Integration and its impact on the dynamics of party competition in Western Europe.' Paper to be presented at PhD Summer School on European Parties and Party Systems, Vrije Universiteit Amsterdam, The Netherlands, 13-24 September 2005.
- Franzmann, Simon (2006) 'Parteistrategien auf oligopolistischen Issue-Märkten. Eine empirische Analyse der Wahlprogrammatik in Deutschland, Dänemark, Österreich und

- den Niederlanden mit Hilfe des Gutenberg-Modells', *Politische Vierteljahresschrift* 47(4): 571-94.
- Franzmann, Simon (2007) 'Competition, Contest, and Cooperation. The Analytical Framework of the Issue-Market'. Cologne (under review).
- Franzmann, Simon (2008a) 'Programmatische Konvergenz innerhalb der westeuropäischen Parteienfamilien? Ein Vergleich von christ- und sozialdemokratischen Parteien in Europa', *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37(1): 79-98.
- Franzmann, Simon (2008b) 'Programmatische Heterogenität und ideologische Polarisierung in den europäischen Parteiensystemen', paper prepared for the Joint Conference of DVPW, ÖGPW and SVPW, Osnabrück.
- Franzmann, Simon (2009) 'Position, Consensus and Valence Issues and the Mechanics of Party Competition. A Proposal for New Party System Typology' Cologne.
- Franzmann, Simon (2010) 'Die liberale Parteifamilie', in Uwe Jun (ed.) *Parteienfamilien- Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?* Opladen: Verlag Barbara Budrich. In Preparation.
- Franzmann, Simon and André Kaiser (2006) 'Locating Political Parties in Policy Space. A Reanalysis of Manifesto Data', *Party Politics* 12(2): 163-88.
- Freire, André (2006) 'The Party System of Portugal', in Oskar Niedermayer, Richard Stöss and Melanie Haas (eds.) *Die Parteiensysteme Westeuropas*, pp. 373-96. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Freire, André (2008) 'Party Polarization and Citizens' Left—Right Orientations', *Party Politics* 14(2): 189-209.
- Frey, Timotheus (2009) *Die Christdemokratie in Westeuropa. Der schmale Grat zum Erfolg.* Zürich: Nomos.
- Fuchs, Dieter and Hans-Dieter Klingemann (1990) 'The Left-Right Schema', in M. Kent Jennings and Jan W. Van Deth (eds.) *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*, pp. 203-34. Berlin and New York: Walter de Gruyter.
- Gabel, Matthew and John Huber (2000) 'Putting Parties in their Place', *American Journal of Political Science* 44(1): 94-103.
- Gallagher, Michael, Michael Laver and Peter Mair (2001) *Representative Government in Modern Europe. Institutions, Parties, and Governments.* New York: McGraw-Hill, 3<sup>rd</sup> edition.
- Ganghof, Steffen (2005) 'Normative Modelle, institutionelle Typen und beobachtbare Verhaltensmuster: Ein Vorschlag zum Vergleich parlamentarischer Demokratien', *Politische Vierteljahresschrift* 46(3): 406-31.
- Garrizmann, Julian L. (2009) 'Linking welfare analysis and party competition - Education and Social Policies: Substitutes or Complementarities?' Mimeo.

- Görres, Achim (2008) 'The Grey Vote: Determinants of Older Voters' Party Choice in Britain and West Germany', *Electoral Studies* 27 (2):285-304.
- Golder, Sona Nadenichek (2006) 'Pre-Electoral Coalition Formation in Parliamentary Democracies', *British Journal of Political Science* 36(2): 193-212.
- Hix, Simon and Klaus H. Götz (2000) with S. Hix Introduction: European Integration and National Political Systems, in: *West European Politics*, 23 (4): 1-26.
- Green, Jane (2007) 'When Voters and Parties Agree: Valence Issues and Party Competition', *Political Studies* 55(3): 629-55.
- Green, Jane and Sarah B. Hobolt (2008) 'Owning the Issue Agenda: Party Strategies and Vote Choices in British Elections', *Electoral Studies* 27(3): 460-76.
- Green-Pedersen, Christoffer (2004) 'Center Parties, Party Competition, and the Implosion of Party Systems: A Study of Centripetal Tendencies in Multiparty Systems', *Political Studies* 52(2): 324-41.
- Grofman, Bernhard (1985) 'The Neglected Role of the Status Quo in the Models of Issue Voting', *The Journal of Politics* 47(1): 230-7.
- Gutenberg, Erich (1984) *Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre. Band 2: Der Absatz*. 13. Auflage. Berlin: Springer.
- Hamilton, Lawrence C. (2006) *Statistics with Stata*. London: Thomson Learning.
- Hans, Silke and Christoph Hönnige (2008) 'Noughts and Crosses. Challenges in Generating Political Positions from CMP-Data', *Society for Political Methodology Working Paper*.
- Hansen, Martin E. (2008) 'Back to the Archives? A Critique of the Danish Part of the Manifesto Dataset', *Scandinavian Political Studies* 31(2): 201-16.
- Hayek, Frierich A. von (1946) *Individualism and Economic Order*. Dublin, Oxford: Hodges, Figgis & Co, Blackwell.
- Hayek, Frierich A. von (1968) *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*. Kiel: Universitätsverlag Kiel, Institut für Weltwirtschaft.
- Hazan, Reuven Y. (1997) *Centre Parties. Polarization and Competition in European Parliamentary Democracies*. London, Washington: Pinter.
- Hellström, Johan. (2008a) 'Who leads, who follows? Re-examining the party-electorate linkages on European integration', *Journal of European Public Policy* 15(8): 1127-44.
- Hellström, Johann (2008b) 'Partisan responses to Europe: the role of ideology for national political parties' positions on European integration', *Journal of European Public Policy* 15(2): 189-207.
- Hellwig, Timothy (2008) 'Explaining the salience of left–right ideology in postindustrial democracies: The role of structural economic change', *European Journal of Political Research* 47(6): 687-709.

- Hennl, Annika/Kaiser, André (2008) 'Ticket-balancing in Mixed-Member Proportional Systems. Comparing Subnational Elections in Germany.' *Electoral Studies* 27 (2): 321-336.
- Heuß, Ernst (1980) 'Wettbewerb', in: W. Albers et. al. (eds.) *Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaften*, Band 8, pp. 679-697. Stuttgart, New York, Tübingen, Göttingen, Zürich: Gustav Fischer, Mohr, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Hinich, Melvin J. and Michael C. Munger (1997) *Analytical Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hix, Simon, Abdul Noury and Gerard Roland (2006) 'Dimensions of Politics in the European Parliament', *American Journal of Political Science* 50(2): 494-511.
- Hofferbert, Richard I. and Hans-Dieter Klingemann (1990) 'The Policy Impact of Party Programmes and Government Declarations in the Federal Republic of Germany', *European Journal of Political Research* 18(3): 277-304.
- Holian, David B. (2004) 'He's stealing my issues. Clinton's Crime Rhetoric and the Dynamics of Issue Ownership', *Political Behavior* 26(2): 95-124.
- Hönnige, Christoph (2007) *Verfassungsgericht, Regierung und Opposition. Die vergleichende Analyse eines Spannungsdreiecks, Reihe Studien zur Neuen Politischen Ökonomie*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Hooghe, Lisbeth and Gary Marks (1999) 'The Making of a Polity: The Struggle over European Integration', in Herbert Kitschelt, Peter Lange, Gary Marks and John D. Stephens (eds.) *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, pp. 70-110. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Höpner, Martin (2006) 'Beiträge der Unternehmen zur Parteienfinanzierung: Wer spendet an wen? Und warum?' *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2): 293-311.
- Hotelling, Harold (1929) 'Stability in Competition', *Economic Journal* 39(153): 41-57.
- Huber, John (1989) 'Values and Partisanship in Left-right Orientations: Measuring Ideology', *European Journal of Political Research* 17(5): 599-621.
- Huber, John and Ronald Inglehart (1995) 'Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies', *Party Politics* 1(1): 73-111.
- Ignazi, Piero (2003) *Extreme Right Parties in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press.
- Inglehart, Ronald (1971) 'The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies', *American Political Science Review* 65(4): 991-1017.
- Inglehart, Ronald (1977) *The Silent Revolution*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald (1984) 'The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society', in Russel J. Dalton, Scott C. Flanagan and Paul Allen Beck (eds.) *Electoral Change. Realignment and Dealignment in Advanced Industrial Democracies*, pp. 25-69. Princeton: Princeton University Press.

- Inglehart, Ronald and Hans-Dieter Klingemann (1976) 'Party Identification, Ideological Preference and the Left-Right Dimension among Western Mass Publics', in Ian Budge, Ivor Crewe and Dennis Farlie (eds.) *Party Identification and Beyond: Representations of Voting and Party Competition*. London: John Wiley and Sons.
- Jasiewicz, Krzysztof and Agnieszka Jasiewicz-Betkiewicz (2006) 'Poland', *European Journal of Political Research* 46(7-8): 1063-74.
- Jun, Uwe (2009) 'Parteien, Politik und Medien. Wandel der Politikvermittlung unter den Bedingungen der Mediendemokratie', in Frank Marcinkowski and Barbara Pfetsch (eds) *Politik in der Mediendemokratie*, pp. 270-295. Sonderheft 42/2009, *Politische Vierteljahresschrift*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Kaiser, André (1997) 'Types of Democracy. From Classical to New Institutionalism', *Journal of Theoretical Politics* 9(4): 419-44.
- Kaiser, André (2002a) 'Mehrheitsdemokratie und Institutionenreform. Verfassungspolitischer Wandel in Australien, Großbritannien, Kanada und Neuseeland im Vergleich.' Frankfurt/Main, New York: Campus.
- Kaiser, André (2002b) 'Gemischte Wahlsysteme. Ein Vorschlag zur typologischen Einordnung', *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12 (4): 1545-1571.
- Kaiser, André (2006) 'Anthony Downs. Ökonomische Theorie der Demokratie', in Manfred Brocker (ed.) *Geschichte des politischen Denkens*, pp. 619-34. Frankfurt: Suhrkamp.
- Kam, Cindy D. and Robert J. Franzese Jr (2005) 'Modelling and Interpreting Interactive Hypotheses in Regression Analysis: A Refresher and some Practical Advice', submitted to Michigan University Press.
- Katz, Richard S. (2002) 'Are Cleavages Frozen in the English Speaking Democracies?', in: Lauri Karvonen and Stein Kuhnle (eds.) *Party Systems and Voter Alignments Revisited*, pp. 61-89. London, New York: Routledge.
- Katz, Richard S. and Peter Mair (1995) 'Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party', *Party Politics* 1(1): 5-28.
- Katz, Richard S. and William J. Crotty (eds.) (2006) *Handbook of Party Politics*. London: Sage.
- Kaufmann, Karen M. (2004) 'Disaggregating and Reexamining Issue Ownership and Voter Choice', *Polity* 36(2): 283-99.
- Keman, Hans (1997) *Centre-Space Politics: Party Behaviour in Multi-Party Systems*, in Keman, Hans (ed.) *The Politics of Problem-Solving in Postwar Democracies*, pp. 85-112. London and Basingstoke: Macmillan.
- Keman, Hans (2007) 'Experts and manifestos: Different sources – Same results for comparative research? ', *Electoral Studies* 26(1): 176-89.
- Keman, Hans and Paul Pennings (2006) 'Competition and Coalescence in European Party Systems: Social Democracy and Christian Democracy Moving into 21st Century', *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12(2): 95-126.



- Kim, Hee-Min and Richard C. Fording (2001) 'Extending party estimates to governments and electors', in Ian Budge, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara and Eric Tanenbaum (eds.) *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, pp.157-78. Oxford: Oxford University Press.
- Kirchheimer, Otto (1965) 'Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems', *Politische Vierteljahresschrift* 6(1): 20-41.
- Kirchheimer, Otto (1966) 'The Transformation of Western European Party Systems', in Joseph Lapolombara and Myron Weiner (eds.) *Political Parties and Political Development*, pp. 177-200. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Kitschelt, Herbert (1988) 'Left-libertarian parties in Western democracies: Explaining Innovation in Competitive Party Systems', *World Politics* 40(2), 104-34.
- Kitschelt, Herbert (1994) *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (1995) 'The Formation of Party Cleavages in Post-Communist Democracies: Theoretical Propositions', *Party Politics* 1(4), 447-72.
- Kitschelt, Herbert (1999) *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (1999) *Post-Communist Party Systems: Competition, Representation, and Inner-Party Cooperation*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert (2000) 'State Failure, Political Party, and Electorate, Changing Relations of Representation in West European Politics', *European Journal of Political Research* 37(2), 149-79.
- Kitschelt, Herbert (2001) 'Politische Konfliktlinien in Westlichen Demokratien. Ethnisch-kulturelle und wirtschaftliche Verteilungskonflikte', in Wilhelm Heidtmeyer (ed.) *Autoritäre Entwicklungen im Zeitalter der Globalisierung*, pp. 418-41. Frankfurt, Main: Suhrkamp.
- Kitschelt, Herbert and Staf Hellemans(1990) 'The Left-Right Semantics and the New Politics Cleavage', *Comparative Political Studies* 23(2), 210-38.
- Kittel, Bernhard (2005) 'Pooled Analysis in der ländervergleichenden Forschung: Probleme und Potenziale', in Sabine Kropp and Michael Minkenberg (eds.) *Vergleichen in der Politikwissenschaft*, pp. 96-115. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kittel, Bernhard and Hannes Winner (2005) 'How reliable is pooled analysis in political economy? The globalization-welfare state nexus revisited', *European Journal of Political Research* 44(2): 269-93.
- Klingemann, Hans-Dieter (1987) 'Electoral Programmes in West Germany 1949-1980: Explorations in the Nature of Political Controversy', in Ian Budge et al. (eds.) *Ideology, Strategy and Party Change. Spatial Analyses of Post-War Election Programmes in 19 Democracies*, pp. 294-323. Cambridge: Cambridge University Press.

- Klingemann, Hans-Dieter and Andrea Volkens (2001) 'Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998', in Oscar W. Gabriel et al. (eds.) *Parteiendemokratie in Deutschland*. Schriftenreihe Band 372, pp. 507-27. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2<sup>nd</sup> edition.
- Klingemann, Hans-Dieter et al. (2006) *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990-2003*. Oxford: Oxford University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter, Richard I. Hofferbert, Ian Budge et al. (1994). *Parties, Policies and Democracy*. Boulder: Westview Press.
- Knutsen, Oddbjorn (1995) 'Value Orientations, Political Conflicts and Left-Right Identification: a Comparative Study', *European Journal of Political Research* 28(1): 63-93.
- Knutsen, Oddbjorn (1997) 'The Partisan and the Value-based Components of Left-Right Self-placement: A Comparative Study', *International Political Science Review* 18(2): 191-225.
- Knutsen, Oddbjorn (1998) 'Expert Judgements of the Left-Right Location of Political Parties: A Comparative Longitudinal Study', *West European Politics* 21(2): 63-94.
- Koß, Michael (2008) 'Die Konvergenz von Parteienfinanzierungsregimes in Westeuropa: Ein Erklärungsversuch', *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 37(1): 63-78.
- Koß, Michael (2010) *The Politics of Party Funding: State Funding to Political Parties and Party Competition in Western Europe*. Oxford: Oxford University Press, (forthcoming).
- Kriesi, Hanspeter (2001) 'Nationaler politischer Wandel in einer sich denationalisierenden Welt', in Ansgar Klein, Ruud Koopmans and Heiko Geinling (eds.) *Globalisierung, Partizipation, Protest*, pp. 23-44. Opladen: Leske und Budrich.
- Kriesi, Hanspeter (2008) *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Kriesi, Hanspeter et al. (2006) 'Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared', *European Journal of Political Research* 45(6): 921-56.
- Krippendorff, Klaus (2004a) *Content Analysis: An Introduction to Its Methodology*. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.
- Krippendorff, Klaus (2004b) 'Reliability in Content Analysis. Some Common Misconceptions and Recommendations.' *Human Communication Research* 30 (3): 411-433.
- Ladrech, Robert (2002) 'Europeanization and Political Parties: Towards a Framework for Analysis', *Party Politics* 8(4): 389-404.
- Laponce, Jean (1981) *Left and Right: The Topography of Political Perceptions*. Toronto: University of Toronto Press.

- Laver, Michael (1989) 'Party Competition and Party System Change. The Interaction of Coalition Bargaining and Electoral Competition', *Journal of Theoretical Politics* 1(3): 301-24.
- Laver, Michael and Ian Budge (1992) 'Measuring Policy Distances and Modelling Coalition Formation', in Michael Laver and Ian Budge (eds.) *Party Policy and Government Coalitions*, pp. 15-40. New York: St. Martins Press.
- Laver, Michael and John Garry (2000) 'Estimating Policy Positions from Political Texts', *American Journal of Political Science* 44(3): 619-34.
- Laver, Michael and John Garry (2000) 'Estimating Policy Positions from Political Texts', *American Journal of Political Science* 44(3): 619-34.
- Laver, Michael and Kenneth A. Shepsle (1996) *Making and Breaking Governments. Cabinets and Legislatures in Parliamentary Democracies*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Laver, Michael, Kenneth Benoit and John Garry (2003) 'Estimating the policy positions of political actors using words as data', *American Political Science Review* 97(2): 311-31.
- Leduc, Lawrence (1984) 'Canada: The Politics of Stable Dealignment', in Russel J. Dalton, Scott C. Flanagan and Paul Allen Beck (eds.) *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment?*, pp. 402-24. Princeton: Princeton University Press.
- Lehmbruch, Gerhard (1976) *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lehnert, Matthias (2007) 'Typologies in Social Inquiry', in Thomas Gschwend and Frank Schimmelfennig (eds.) *Research Design in Political Science: How to practice what they preach?*, pp. 62-79. Houndmills: Palgrave Macmillan.
- Lewis-Beck, Michael (1984) 'France: The Stalled Electorate', in Russel J. Dalton, Scott C. Flanagan and Paul Allen Beck (eds.) *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*, pp. 425-50. Princeton: Princeton University Press,
- Lijphart, Arend (1977) *Democracy in Plural Societies. A Comparative Exploration*. New Haven and London: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1999) *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven and London: Yale University Press.
- Linder, Wolf (1997) *Swiss Democracy: Possible Solutions to Conflict in Multicultural Societies*. Basingstoke, London: Palgrave Macmillan.
- Linhart, Eric and Susumo Shikano (2007) 'Die Generierung von Parteipositionen aus vorverschlüsselten Wahlprogrammen für die Bundesrepublik Deutschland (1949-2002)', *Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung / Nr 98*. Mannheim 2007.

- Linz, Juan C. (1967) 'Cleavage and Consensus in West German Politics: The Early Fifties', in Seymour M. Lipset and Stein Rokkan (eds.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, pp. 283-321. New York: The Free Press.
- Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan (1967). *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Lipset, Seymour M. (1960) *Political Man. The Social Basis of Politics*. London, Melbourne, Toronto: Heinemann.
- Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan (1967) 'Cleavages Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction', in Seymour M. Lipset and Stein Rokkan (eds.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, pp. 1-67. New York: The Free Press.
- Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan (1990) 'Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignment', in Peter Mair (ed.) *The West European Party System*, pp. 91-138. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Lipset, Seymour M. and Stein Rokkan (eds.) 1967: *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*. New York: The Free Press.
- Lowi, Theodore (1963) 'Toward Functionalism in Political Science: The Case of Innovation in Party Systems', *American Political Science Review* 57(3): 570-83.
- Lupia, Arthur and Mathew McCubbins (2001) 'The Institutional Foundations of Political Competence. How Citizens Learn What They Need to Know', in Arthur Lupia et al. (eds.) *Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality*, pp. 47-66. Cambridge: Cambridge University Press.
- Macdonald, Stuart E. et al. (1991) 'Issues and Party Support in Multiparty Systems', *American Political Science Review* 85(4): 1107-32.
- Mainwaring, Scott and Timothy R. Scully (1995) 'Introduction: Party Systems in Latin America', in Scott Mainwaring and Timothy R. Scully (eds.) *Building Democratic Institutions: Party Systems in Latin America*, pp. 1-34. Stanford, CA: Stanford University Press.
- Mair, Peter (1997) *Party System Change. Approaches and Interpretations*. Oxford: Clarendon Press.
- Mair, Peter (2000) 'The limited impact of Europe on national party systems', *West European Politics* 23 (4), 27-51.
- Mair, Peter (2001) 'Searching for the Positions of Political Actors. A Review of Approaches and a Critical Evaluation of Expert Surveys', in Michael Laver (ed.) *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, pp. 11-30. London: Routledge.
- Mair, Peter (2006) 'Political Parties and Party Systems', in Paolo Graziano and Maarten Vink (eds.) *Europeanization: New Research Agendas*. Houndmills et al.: Palgrave Macmillan.

- Mair, Peter (2007) 'Left-Right Orientations', in Russel J. Dalton and Hans-Dieter Klingemann (eds.) *The Oxford Handbook of Political Behaviour*, pp. 206-22. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Mair, Peter and Stefano Bartolini (1990) 'Policy Competition, Spatial Distance and Electoral Instability', *West European Politics* 13(4): 1-16.
- Manow, Philip and Holger Döring (2008) 'Electoral and Mechanical Causes of Divided Government in the European Union', *Comparative Political Studies* 41 (10): 1349-1370.
- Manow, Philip, Armin Schäfer and Hendrik Zorn (2008) 'Europe's Party-Political Centre of Gravity, 1957-2003.' *Journal of European Public Policy* 15 (1): 20-39.
- Marks, Gary (2007) 'Triangulation and the Square Root Law', *Electoral Studies* 26(1): 1-10.
- Marks, Gary and Marco Steenbergen (2002) 'Understanding Political Contestation in the European Union', *Comparative Political Studies* 35(8): 879-92.
- Marks, Gary, Lisbeth Hooghe, Moira Nelsen and Erica Edwards (2006) 'Party Competition and European Integration in the East and West – Different structure, same causality', *Comparative Political Studies* 39(2): 155-75.
- Martin, Christian W. and Thomas Plümper (2004) 'Stammwähler und die opportunistische Wahl parteipolitischer Programme', *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 10(2): 1-31.
- McDonald, Michael and Ian Budge (2005) *Elections, Parties, Democracy: Conferring the Median Mandate*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- McDonald, Michael D. et al. (2004) 'Choice versus Sensitivity: Party Reactions to Public Concerns', *European Journal of Political Research* 43(6): 845-68.
- McLean, Ian (2006) 'The dimensionality of party ideologies', in Judith Bara and Albert Weale (eds.) *Democratic Politics and Party Competition*, pp. 125-42. New York: Routledge.
- Mikhaylov, Slava, Michael Laver and Kenneth Benoit (2008) 'Coder Reliability and Misclassification in Comparative Manifesto Project Codings', mimeo.
- Müller, Jan Werner (2007) *Ein gefährlicher Geist. Carl Schmitts Wirkung auf Europa*. Darmstadt: WBG.
- Müller, Wolfgang C. and Kaare Strom (eds.) (1999) *Policy, Office, Votes? How Political Parties make hard choices*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Müller, Wolfgang C. and Franz Fallend (2004) 'Changing Patterns of Party Competition in Austria: From Multipolar to Bipolar System', *West European Politics* 27(5): 801-35.
- Myrdal, Gunnar (1944) *An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy*. New York: Harper & Bros.

- Narud, Hanne Marthe and Henry Valen (2001) 'Issue Ownership in a Multidimensional Policy Space: Voters' Evaluation of Party Performance', Paper presented at the Annual Meeting of the APSA, San Francisco.
- Naßmacher, Karl-Heinz (2001) 'Comparative Political Finance in Established Democracies (Introduction)', in Karl-Heinz Naßmacher (ed.) *Foundations for Democracy, Approaches to Comparative Political Finance. Essays in Honor of Herbert E. Alexander*, Baden Baden: Nomos.
- Naßmacher, Karl-Heinz (2003) 'The Funding of Political Parties in the Anglo-Saxon Orbit, in Reginald Austin and Maja Tjernström (eds.) *Funding of Political Parties and Election Campaigns*, pp. 33-54, Stockholm: International IDEA.
- Niedermayer, Oskar (2007) 'Die Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems', in Frank Decker and Viola Neu (eds.) *Handbuch der deutschen Parteien*, pp. 114-38. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nohlen, Dieter (2007) *Wahlrecht und Parteiensystem: zur Theorie und Empirie der Wahlsysteme*. Opladen: Budrich.
- Norpoth, Helmut and Thomas Gschwend (2003) 'Against all Odds? The Red-Green Victory', in *German Politics and Society* 21(1): 15-33.
- Ordeshook, Peter C. and Olga V. Shvetsova (1994) 'Ethnic Heterogeneity, District Magnitude, and the Number of Parties', *American Journal of Political Science* 38(1): 100–23.
- Pappalardo, Adriano (2007) 'Electoral Systems, Party Systems – Lijphart and beyond', *Party Politics* 13(6), 721-40.
- Pappi, Franz Urban (1977) 'Bewegungstendenz des politisch-sozialen Systems in der Bundesrepublik Deutschland', *Politische Vierteljahresschrift* 18: 195-229.
- Pappi, Franz Urban (1980) 'Die Links-Rechts-Dimension des deutschen Parteiensystems und die Parteipräferenzprofile der Wählerschaft' in Max Kaase and Hans-Dieter Klingemann (eds.) *Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1980*, pp. 422-41. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban (2000) 'Zur Theorie des Parteienwettbewerbs', in Markus Klein et. al. (eds.) *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*, pp. 85-105. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Pappi, Franz Urban and Nicole Seher (2009) 'Party Election Programs Signalling Policies and Salience of Specific Policy Domains. The German Parties from 1990 to 2005', *German Politics* (forthcoming).
- Pappi, Franz Urban and Susumu Shikano (2004) *Ideologische Signale in den Wahlprogrammen der deutschen Bundestagsparteien 1980 bis 2002*. MZES Working Paper 76. Mannheim: MZES.
- Pelizzo, Ricardo (2003) 'Party Positions or Party Direction? An Analysis of Party Manifesto Data', *West European Politics* 26(2): 67-89.

- Pelizzo, Ricardo (2010) 'Party Direction: The Italian Case in Comparative Perspective' *Party Politics* 16 (1): 51-67
- Pennings, Paul and Jan-Erik Lane (eds.) (1998) *Comparing Party System Change*. London, New York: Routledge.
- Petrocik, John R. (1996) 'Issue Ownership in Presidential Election, with a 1980 Case Study', *American Journal of Political Science* 40(3): 825-50.
- Pierson, Paul (1996) 'The New Politics of the Welfare State', *World Politics* 48(2): 143-79.
- Plümper, Thomas, Vera E. Troeger and Philip Manow (2005) 'Panel data analysis in comparative politics: Linking method to theory', *European Journal of Political Research* 44(2): 327-54.
- Pomper, Gerald M. (1972) 'From Confusion to Clarity: Issues and American Voters, 1956-1968', *American Political Science Review* 66(2): 415-28.
- Pothoff, Heinrich and Susanne Miller (2002): *Kleine Geschichte der SPD 1848-2002*. Bonn: Dietz.
- Powell, G. Bingham (2000) *Elections as Instruments of Democracy. Majoritarian and Proportional Visions*. New Haven and London: Yale University Press.
- Prisching, Manfred (1995) 'The Limited Rationality of Democracy: Schumpeter as the Founder of Irrational Choice Theory', *Critical Review* 9(3): 300-24.
- Rabinowitz, George and Stuart E. MacDonald (1989) 'A Directional Theory of Issue Voting', *American Political Science Review* 83(1): 93-121.
- Robertson, David (1976) *A Theory of Party Competition*. London et al.: John Wiley & Sons.
- Rohlfing, Ingo (2009) 'Are opposition parties ideological opportunists or purists? An analysis of campaign manifestos', *Conference of the European Consortium for Political Research, Potsdam, 10-12 Sep, 2009*.
- Rohlfing, Ingo (2010) 'The responsiveness of party ideology to changes in party membership.' *Mimeo*.
- Rohrschneider, Robert and Stephen Whitefield (2009) 'Understanding Cleavages in Party Systems. Issue Position and Issue Salience in 13 Post-Communist Democracies', *Comparative Political Studies* 42(2): 280-313.
- Rokkan, Stein and Flora Peter (2000). *Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rölle, Daniel (2002) 'Nicht genaues weiß man nicht!?' Über die Perzeption von Wahlprogrammen in der Öffentlichkeit', in *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(2): 264-80.
- Ross, Fiona (2000) 'Beyond Left and Right': The New Partisan Politics of Welfare', *Governance* 13(2): 155-83.

- Ruth, Saskia Pauline (2009) Linkage Strategies of Political Parties in Latin America, Paper prepared for the ECPR Joint Sessions, Lisbon 2009.
- Sani, Giacomo and Giovanni Sartori (1983) 'Polarization, Fragmentation, and Competition in Western Democracies', in Hans Daalder and Peter Mair (eds.) *Western European Party Systems*, pp. 307-40. London: Sage.
- Sartori, Giovanni (1976) *Parties and party systems. A framework for analysis. Volume 1.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Scharpf, Fritz W. (1970) *Demokratiethorie zwischen Utopie und Anpassung. Konstanzer Universitätsreden 25.* Konstanz: Universitätsverlag.
- Schmitt, Carl (1932) *Der Begriff des politischen.* Berlin: Duncker & Humblot.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Christian Mackenrodt (2009) 'Politikvermittlung durch Massenmedien bei der Bundestagswahl 2005: Nutzungsintensität und Einflüsse auf Einstellungen und Wahlverhalten', in Frank Marcinkowski and Barbara Pfetsch (eds) *Politik in der Mediendemokratie*, pp. 415-446. Sonderheft 42/2009, *Politische Vierteljahresschrift*, Wiesbaden: VS Verlag.
- Schofield, Norman (2003) 'Valence Competition in the Spatial Stochastic Model', in *Journal of Theoretical Politics* 15(4): 371-83.
- Schulz-Nieswandt, Frank (2006) *Sozialpolitik und Alter. Grundriss Gerontologie, Band 5.* Stuttgart: Kohlhammer Verlag.
- Schumpeter, Joseph A. (1942) *Capitalism, Socialism and Democracy.* London: Allen and Unwin.
- Schumpeter, Joseph A. (1950) *Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie.* München: Lehnen.
- Seils, Eric (2007) 'Die deutsche Krise: Interessen und Strategien von Produzentengruppen im Reformprozess', in Klaus Dieter Wolf (ed.) *Staat und Gesellschaft – Fähig zur Reform?*, pp. 193-209. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Sigelman, Lee and Emmett, H. Buell Jr. (2004) 'Avoidance or Enlargement? Issue Convergence in U.S. Presidential Campaigns, 1960-2000', *American Journal of Political Science* 48(4): 650-61.
- Sigelman, Lee and Syng Nam Yough (1978) 'Left-Right Polarization in National Party Systems', *Comparative Political Studies* 11(3): 355-79.
- Simmel, Georg (1908) *Soziologie: Untersuchung über die Formen der Vergesellschaftung.* Berlin: Duncker & Humblot.
- Simmel, Georg (1955) *Conflict and the web of group affiliation.* Translated by K. H. Wolff and R. Bendix. New York: Free Press.
- Slapin, Jonathan and Sven-Oliver Proksch (2008) 'A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts', *American Journal of Political Science* 52(3): 705-22.



- Smirnov, Oleg and James H. Fowler (2007) 'Policy-Motivated Parties in Dynamic Political Competition', *Journal of Theoretical Politics* 19(1): 9-31.
- Smith, Gordon (1989) 'A System Perspective on Party System Change', *Journal of Theoretical Politics* 1(3): 349-63.
- Spies, Dennis and Simon Franzmann (2009) 'The Political Opportunity Structure of Extreme Right Parties in Western Europe 1980-2003.' Paper presented at ECPR General Conference in Potsdam 10-12 September 2009.
- Spirling, Arthur and Ian McLean (2006) 'The rights and wrongs of roll calls', *Government and Opposition* 41(4): 581-88.
- Stokes, Donald E. (1963) 'Spatial Models of Party Competition', *American Political Science Review* 57(1): 368-77.
- Stokes, Donald E. (1992) 'Valence Politics', in Dennis Kavanagh (ed.) *Electoral Politics*, pp. 141-64. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Stöss, Richard (2006) 'Rechtsextreme Parteien in Westeuropa', in Oskar Niemayer, Richard Stöss and Melanie Haas, Melanie (eds.) *Die Parteiensysteme Westeuropas im Vergleich*, pp. 521-64. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.
- Strøm, Kaare (1989) 'Inter-Party Competition in Advanced Democracies', *Journal of Theoretical Politics* 1(3): 277-300.
- Strøm, Kaare (1990) 'A Behavioral Theory of Competitive Political Parties', *American Political Science Review* 34(2): 565-98.
- Strøm, Kaare (1992) 'Democracy as Political Competition, American Behavioural Scientist', 35(4-5): 375-396.
- Strøm, Kaare and Jørn Y. Leipart (1989) 'Ideology, Strategy and Party Competitions in Post-War Norway', *European Journal of Political Research* 17(3): 263-88.
- Strøm, Kaare and Jørn Y. Leipart (1993) 'Policy, Institutions, and Coalition Avoidance: Norwegian Governments 1945-1990.' *American Political Science Review* 87(4): 870-87.
- Taagepera, Rein (1998) 'The Number of Parties As a Function of Heterogeneity and Electoral System', *Comparative Political Studies* 32(5), 531-48.
- Taagepera, Rein (1999) 'Nationwide inclusion and exclusion thresholds of representation', *Electoral Studies* 17(4): 405-17.
- Taagepera, Rein and Bernhard Grofman (1985) 'Rethinking Duverger's Law: Predicting the Effective Number of Parties in Plurality and PR Systems – Parties Minus Issues Equals One', *European Journal of Political Research* 13(4): 341-52.
- Tavits, Margit (2006) 'Party System Change: Testing a Model of New Party Entry.' *Party Politics*, 12(1): 99-119.

- Tavits, Margit (2008) 'Policy Positions, Issue Importance and Party Competition in New Democracies.' *Comparative Political Studies*, 41(3): 48-72.
- Taylor, Michael and V.M. Herman (1971) 'Party Systems and Government Stability', *American Political Science Review* 65(1): 28-37.
- Tsebelis, George (2002) *Veto Players. How Political Institutions Work*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Valen, Henry and Hanne Marthe Narud (2007) 'The Conditional Party Mandate. A Modell for the Study of Mass and Elite Opinion Patterns', *European Journal of Political Research* 46(3): 293-318.
- van Biezen, Ingrid and Petr Kopecký (2007) 'Public Funding, Public Regulation and Rent-Seeking in Contemporary Democracies, *Party Politics* Vol. 13 (2), 235-254.
- van den Brug, Wouter (2001) 'Analysing party dynamics by taking partially overlapping snapshots', in Michael Laver (ed.) *Estimating the Policy Positions of Political Actors*, pp. 115-32 London, New York: Routledge.
- van den Brug, Wouter (2004) 'Issue Ownership and Party Choice', *Electoral Studies* 23(2): 209-233.
- van den Brug, Wouter and Joost van Spanje (2009) 'Immigration, Europe and the 'New' Cultural Cleavage', *European Journal of Political Research* 48(3): 308-334.
- van der Eijk, Cees, Hermann Schmitt and Tanja Binder (2005) 'Left-Right Orientations and Party Choice', in Jacques Thomassen (ed.) *The European Voter. A Comparative Study of Modern Democracies*, pp. 167-91. New York: Oxford University Press.
- van Kersbergen, Kees (1997) 'Between Collectivism and Individualism', in Hans Keman (ed.) *The Politics of Problem-Solving in Postwar Democracies*, pp. 113-40. New York: St. Martin's Press.
- van Kersbergen, Kees (1999) 'Contemporary Christian Democracy and the Demise of the Politics of Mediation', in Herbert Kitschelt et al. (eds.) *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*, pp. 346-70. Cambridge: Cambridge University Press.
- Volkens, Andrea (2001) 'Quantifying the Election Programmes: Coding Procedures and Controls' in Ian Budge et al. (eds.) *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*, pp. 93-109. Oxford: Oxford University Press.
- Volkens, Andrea (2004) 'Policy Changes of European Social Democrats 1945-98', in Giuliano Bonoli and Martin Powell (eds.) *Social Democratic Party Policies in Contemporary Europe*, pp. 21-42. London, New York: Routledge.
- Volkens, Andrea (2006) 'Policy changes of parties in European Parliament party groups', in Judt Bara and Albert Weale (eds.): *Democratic Politics and Party Competition. Essay in Honour of Ian Budge*, pp. 65-81. New York: Routledge.
- Volkens, Andrea, Judith Bara and Ian Budge (2009) 'Data Quality in Content Analysis. The Case of the Comparative Manifestos Project', in Nina Baur (ed.) *Linking Theory and*

- Data. Process-Generated and Longitudinal Data for Analysing Long-Term Social Processes, *Special Issue Historical Social Research* 34: 234-251
- von Beyme, Klaus (1984) *Parteien in westlichen Demokratien*. München: Piper.
- von Beyme, Klaus (2000) *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Walgrave, Stefaan and Michiel Nuytemans (2009) 'Friction and Party Manifesto Change in 25 Countries', *American Journal of Political Science* 53(1): 190-206.
- Walgrave, Stefaan Knut De Swert (2004) 'The Making of the (Issues of the) Vlaams Blok', *Political Communication*, Vol. 21(4): 479-500.
- Ware, Alan (1996) *Political Parties and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Warwick, Paul V. (2000) 'Policy horizons in West European parliamentary systems.' *European Journal of Political Research* 38 (1): 37 -61.
- Warwick, Paul V. (2010) 'Bilateralism or the median mandate? An examination of rival perspectives on democratic governance', *European Journal of Political Research* 49 (1): 1 - 24.
- Weber, Max (1992) [1919] *Politik als Beruf*. Stuttgart: Reclam
- Wied-Nebbeling, Susanne (1983) 'Zur Preis-Absatz-Funktion beim Oligopol auf dem unvollkommenen Markt', *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 198:123-44.
- Wied-Nebbeling, Susanne (1997) *Markt- und Preistheorie*. 3. Auflage. Berlin et al.: Springer.
- Wied-Nebbeling, Susanne (2004) *Preistheorie und Industrieökonomik*. 4. Auflage. Berlin et al.: Springer.
- Wiseman, Hector V. (1966) *Political Systems. Some Sociological Approaches*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Wittman, Donald (1990) 'Spatial Strategies When Candidates Have Policy Preferences', in James Enelow and Melvin J. Hinich (eds.) *Advances in Spatial Theory of Voting*, pp. 66-98. Cambridge, New York: Cambridge University Press.
- Woldendorp, Jaap, Hans Keman and Ian Budge (2000) *Party Government in 48 Democracies (1945-1998). Composition-Duration-Personnel*. Dordrecht, Boston: Kluwer Academic Publishers.
- Wollinetz, Steven B. (2006) 'Party Systems and Party System Types' in Richard Katz and William Crotty (eds.) *Handbook of Party Politics*, pp. 51-62. London: Sage Publications.
- Wooldridge, Jeffrey M. (2002) *Econometric Analysis of Cross Section and Panel Data*. Cambridge: MIT Press.
- Zittel, Thomas (2009) 'Entmedialisierung durch Neue Digitale Medien? Direkte Wählerkommunikation im WWW aus der Sicht der Abgeordneten im Deutschen

Bundestag', in Frank Marcinkowski and Barbara Pfetsch (eds) Politik in der Mediendemokratie, pp. 366-392. Sonderheft 42/2009, Politische Vierteljahresschrift, Wiesbaden: VS Verlag.

Zittel, Thomas/Gschwend, Thomas (2007) 'Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis. Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes von 2005', Politische Vierteljahresschrift 48, 293-321.

Zons, Gregor (2010) 'Warum entstehen neue Parteien? Der Einfluss von programmatischer Heterogenität, gesellschaftlicher Heterogenität und Polarisierung', Diplomarbeit am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft, Universität zu Köln.

Appendix  
Position, Consensus and Valence Issues in Thirty Five Democracies.  
An Overall View of the Issue Structures.

The following pages contain tables with the issue structures of the analyzed polities. As described in the article position and non-confrontational issues are distinguished by single dummy regressions. This method was originally proposed by Franzmann and Kaiser (2006).

In the head of each table there is the country name. The number in brackets is the country code that the Comparative Manifestos Project (CMP) has used. The “per” on the left side represent categories of the CMP data set. For a detailed description please refer to Budge et al (2001: 222 – 28). For the CEE countries the categories were summarized as described in Klingemann et al (2006: 186-193) in order to make the data comparable with those of the OECD countries.

The four-digit numbers are the years the issue structure occurs first. ‘Left’ means that this category represents a left issue, ‘right’ that this category represents a ‘right’ issues and c/v means that this category represents a non-confrontational issue that is either a consensus or a valence issue.

Australia (63)								
Category	1946	1969	1975	1977	1983	1984	1990	1993
Per101	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per102	Left	Left	Left	C/V	C/V	Left	Left	Left
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per104	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per106	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per107	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per108	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per109	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per110	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per201	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per202	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per203	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per204	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Left	Left
Per301	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per302	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per303	Left	Left	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per304	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per305	Right	Left	Left	Left	Right	Right	Right	C/V
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per402	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per403	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per406	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per407	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per408	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per409	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per410	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per415	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per501	C/V	C/V	Right	Right	Right	Right	Right	Left
Per502	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per505	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per506	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per507	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per601	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per604	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per605	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Right
Per606	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per607	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per702	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per703	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per704	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per705	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per706	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Right
Left Issues	24	25	24	23	22	23	24	24
Right Issues	15	14	16	16	17	17	17	17
Non-Confrontational Issues	17	17	16	16	16	16	15	15

Austria (42)							
Category	1949	1986	1994	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Right	C/V	C/V				
Per102	Left	C/V	C/V				
Per103	C/V	C/V	C/V				
Per104	C/V	Right	Right				
Per105	Left	Left	Left				
Per106	C/V	Left	Left				
Per107	C/V	Left	Left				
Per108	C/V	C/V	C/V				
Per109	C/V	C/V	C/V				
Per110	C/V	C/V	C/V				
Per201	C/V	C/V	C/V				
Per202	C/V	C/V	C/V				
Per203	C/V	Right	Right				
Per204	C/V	Right	Right				
Per301	C/V	Right	Right				
Per302	C/V	C/V	C/V				
Per303	Right	C/V	C/V				
Per304	Left	Right	Right				
Per305	C/V	C/V	C/V				
Per401	Right	Right	Right				
Per402	Right	Right	Right				
Per403	Left	C/V	C/V				
Per404	Left	C/V	C/V				
Per405	C/V	Left	Left				
Per406	C/V	C/V	C/V				
Per407	Right	C/V	C/V				
Per408	Left	C/V	C/V				
Per409	Left	Left	Left				
Per410	C/V	C/V	C/V				
Per411	Left	C/V	C/V				
Per412	Left	C/V	C/V				
Per413	Left	Left	Left				
Per414	Right	Right	Right				
Per415	C/V	Left	Left				
Per416	C/V	Left	Left				
Per501	C/V	Left	Left				
Per502	C/V	Left	Left				
Per503	C/V	Left	Left				
Per504	C/V	Left	Left				
Per505	Right	Right	Right				
Per506	Left	C/V	C/V				
Per507	Right	C/V	C/V				
Per601	Right	Right	Right				
Per602	C/V	Left	Left				
Per603	Right	Right	Right				
Per604	Left	C/V	C/V				
Per605	C/V	C/V	Right				
Per606	Right	C/V	C/V				
Per607	C/V	C/V	C/V				
Per608	C/V	Right	Right				
Per701	C/V	C/V	C/V				
Per702	C/V	C/V	C/V				
Per703	C/V	C/V	C/V				
Per704	Right	Left	Left				
Per705	Left	Left	Left				
Per706	Left	C/V	C/V				
Left Issues	14	15	15				
Right Issues	12	12	13				
Non-Confrontational Issues	30	29	28				

Bulgaria (80)						
Category	Charakter		Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V					
Per102	Right					
Per103	Left					
Per104	C/V					
Per105	C/V					
Per106	Right					
Per107	Left					
Per108	C/V					
Per109	C/V					
Per110	C/V					
Per201	Left					
Per202	Left					
Per203	C/V					
Per204	C/V					
Per301	C/V					
Per302	C/V					
Per303	C/V					
Per304	C/V					
Per305	C/V					
Per401	Right					
Per402	Right					
Per403	C/V					
Per404	C/V					
Per405	C/V					
Per406	Right					
Per407	C/V					
Per408	C/V					
Per409	Left					
Per410	Right					
Per411	Right					
Per412	Right					
Per413	Left					
Per414	Right					
Per415	C/V					
Per416	C/V					
Per501	C/V					
Per502	Left					
Per503	Left					
Per504	C/V					
Per505	C/V					
Per506	C/V					
Per507	C/V					
Per601	C/V					
Per602	Left					
Per603	Right					
Per604	Left					
Per605	Right					
Per606	Left					
Per607	Left					
Per608	C/V					
Per701	Left					
Per702	C/V					
Per703	C/V					
Per704	C/V					
Per705	C/V					
Per706	Right					
Left Issues	13					
Right Issues	12					
Non-Confrontational Issues	31					



Canada (62)							
Category	1945	1984	Date III	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Right	Right					
Per102	C/V	C/V					
Per103	Left	Left					
Per104	Right	Right					
Per105	Left	Left					
Per106	Left	Left					
Per107	Left	Left					
Per108	C/V	C/V					
Per109	C/V	C/V					
Per110	C/V	C/V					
Per201	Right	Right					
Per202	Right	Right					
Per203	C/V	C/V					
Per204	Right	Right					
Per301	Right	Right					
Per302	C/V	C/V					
Per303	Right	Right					
Per304	Right	Right					
Per305	Right	Right					
Per401	Right	Right					
Per402	Right	Right					
Per403	Left	Left					
Per404	Left	Left					
Per405	C/V	C/V					
Per406	C/V	C/V					
Per407	C/V	C/V					
Per408	Right	Right					
Per409	C/V	C/V					
Per410	Right	Right					
Per411	Right	Right					
Per412	Left	Left					
Per413	Left	Left					
Per414	Right	Right					
Per415	C/V	C/V					
Per416	C/V	C/V					
Per501	Left	Left					
Per502	Left	Left					
Per503	Left	Left					
Per504	Left	Left					
Per505	Right	Right					
Per506	C/V	Right					
Per507	C/V	C/V					
Per601	Right	Right					
Per602	Left	Left					
Per603	Right	Right					
Per604	C/V	C/V					
Per605	Right	Right					
Per606	Right	Right					
Per607	Left	Left					
Per608	Right	Right					
Per701	C/V	C/V					
Per702	C/V	C/V					
Per703	C/V	C/V					
Per704	C/V	C/V					
Per705	Left	Left					
Per706	Left	Left					
Left Issues	16	16					
Right Issues	21	22					
Non-Confrontational Issues	19	18					

Czech Republic (82)								
Category	Charakter							
Per101	Left							
Per102	C/V							
Per103	C/V							
Per104	Right							
Per105	Right							
Per106	Left							
Per107	C/V							
Per108	Left							
Per109	Right							
Per110	C/V							
Per201	C/V							
Per202	Left							
Per203	C/V							
Per204	C/V							
Per301	C/V							
Per302	C/V							
Per303	Right							
Per304	Right							
Per305	C/V							
Per401	Right							
Per402	C/V							
Per403	C/V							
Per404	Left							
Per405	Left							
Per406	Left							
Per407	Right							
Per408	C/V							
Per409	C/V							
Per410	C/V							
Per411	Right							
Per412	Left							
Per413	Left							
Per414	Right							
Per415	Left							
Per416	Left							
Per501	C/V							
Per502	C/V							
Per503	Left							
Per504	C/V							
Per505	Right							
Per506	C/V							
Per507	Right							
Per601	C/V							
Per602	Left							
Per603	Right							
Per604	Left							
Per605	Right							
Per606	C/V							
Per607	C/V							
Per608	Right							
Per701	Left							
Per702	C/V							
Per703	C/V							
Per704	Left							
Per705	C/V							
Per706	Left							
Left Issues	17							
Right Issues	14							
Non-Confrontational Issues	25							

Denmark (13)								
Category	1945	1957	1968	1971	1973	1987	1990	1998
Per101	Right	Right	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per102	Right	Left	Left	Left	Left	Left	C/V	C/V
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per104	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per106	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per107	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per108	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per109	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per110	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	C/V
Per201	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per202	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per203	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per204	Right	Right	Right	Left	Left	C/V	C/V	C/V
Per301	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per302	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per303	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per304	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per305	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per402	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per403	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per406	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per408	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per409	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per410	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per411	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per412	C/V	C/V	C/V	C/V	Left	Left	Left	Left
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per415	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per502	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per505	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per506	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per507	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per601	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per602	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per604	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per605	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per606	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per607	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per608	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per702	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per703	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per704	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per705	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per706	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Left Issues	27	28	28	29	30	29	28	27
Right Issues	26	25	24	23	23	23	23	23
Non-Confrontational Issues	3	3	4	4	3	4	5	6

Estonia (83)							
Category	Charakter						
Per101	C/N						
Per102	C/N						
Per103	C/N						
Per104	Right						
Per105	Left						
Per106	C/N						
Per107	C/N						
Per108	C/N						
Per109	C/N						
Per110	C/N						
Per201	C/N						
Per202	Left						
Per203	C/N						
Per204	C/N						
Per301	C/N						
Per302	C/N						
Per303	Right						
Per304	C/N						
Per305	C/N						
Per401	C/N						
Per402	C/N						
Per403	Left						
Per404	Left						
Per405	C/N						
Per406	C/N						
Per407	Right						
Per408	Right						
Per409	Right						
Per410	C/N						
Per411	C/N						
Per412	Left						
Per413	Left						
Per414	Right						
Per415	C/N						
Per416	C/N						
Per501	C/N						
Per502	Left						
Per503	Left						
Per504	C/N						
Per505	C/N						
Per506	C/N						
Per507	C/N						
Per601	Right						
Per602	C/N						
Per603	Right						
Per604	C/N						
Per605	Right						
Per606	C/N						
Per607	Left						
Per608	Left						
Per701	Left						
Per702	C/N						
Per703	C/N						
Per704	C/N						
Per705	Left						
Per706	C/N						
Left Issues	12						
Right Issues	9						
Non-Confrontational Issues	35						

Finland (14)							
Category	1945	1958	1970	1979	1991	1995	Date VII
Per101	Left	Left	Left	Left	Right	Right	
Per102	Left	Left	Left	Left	C/V	C/V	
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per104	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per106	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per107	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per108	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per109	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per110	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per201	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per202	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per203	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per204	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per301	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per303	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per304	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per305	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per402	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per403	Right	C/V	C/V	Left	Left	Left	
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per405	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per406	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per408	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per409	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per410	Right	Right	Right	Right	Right	C/V	
Per411	Right	Right	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per415	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per502	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per505	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per506	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per507	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per601	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per604	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per605	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per607	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per702	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per703	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per704	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per705	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per706	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Left Issues	23	23	23	24	22	22	
Right Issues	23	22	21	21	22	21	
Non-Confrontational Issues	10	11	12	11	12	13	

Flanders (21)							
Category	1946			Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Right						
Per102	Right						
Per103	C/V						
Per104	Left						
Per105	C/V						
Per106	C/V						
Per107	Left						
Per108	Right						
Per109	C/V						
Per110	Left						
Per201	Left						
Per202	Left						
Per203	Right						
Per204	C/V						
Per301	Right						
Per302	Right						
Per303	Right						
Per304	Right						
Per305	Right						
Per401	Right						
Per402	C/V						
Per403	Left						
Per404	Right						
Per405	C/V						
Per406	C/V						
Per407	Right						
Per408	C/V						
Per409	C/V						
Per410	Left						
Per411	Left						
Per412	Left						
Per413	Left						
Per414	Right						
Per415	C/V						
Per416	Left						
Per501	Left						
Per502	C/V						
Per503	Left						
Per504	Right						
Per505	Right						
Per506	Left						
Per507	C/V						
Per601	Right						
Per602	Right						
Per603	Right						
Per604	C/V						
Per605	Left						
Per606	Right						
Per607	Right						
Per608	Right						
Per701	Left						
Per702	C/V						
Per703	C/V						
Per704	Right						
Per705	Left						
Per706	Right						
Left Issues	17						
Right Issues	23						
Non-Confrontational Issues	16						

France (31)							
Category	1946	1993	Date III	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Right	Right					
Per102	Left	Left					
Per103	Left	Left					
Per104	Right	Right					
Per105	Left	Left					
Per106	Left	Left					
Per107	Left	Left					
Per108	Left	Left					
Per109	Right	Right					
Per110	Left	Left					
Per201	Right	Right					
Per202	Left	Left					
Per203	Right	Right					
Per204	Left	Left					
Per301	Right	Right					
Per302	Left	Left					
Per303	Right	Right					
Per304	Left	Left					
Per305	Left	Left					
Per401	Right	Right					
Per402	Right	Right					
Per403	Left	Left					
Per404	Left	Left					
Per405	Left	Left					
Per406	Right	Right					
Per407	C/V	C/V					
Per408	Right	C/V					
Per409	Right	Right					
Per410	Right	Right					
Per411	Left	Left					
Per412	Left	Left					
Per413	Left	Left					
Per414	Right	Right					
Per415	C/V	C/V					
Per416	Right	Right					
Per501	Left	Left					
Per502	Right	Right					
Per503	Left	Left					
Per504	Left	Left					
Per505	Right	Right					
Per506	Right	Right					
Per507	Right	Right					
Per601	Right	Right					
Per602	Left	Left					
Per603	Right	Right					
Per604	C/V	C/V					
Per605	Right	Right					
Per606	Right	Right					
Per607	Left	Left					
Per608	Right	Right					
Per701	Left	Left					
Per702	Right	Right					
Per703	Right	Right					
Per704	Left	Left					
Per705	Left	Left					
Per706	Left	Left					
Left Issues	27	27					
Right Issues	26	25					
Non-Confrontational Issues	3	4					

Germany (41)							
Category	1949	1983	Date III	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V	C/V					
Per102	C/V	C/V					
Per103	C/V	C/V					
Per104	C/V	C/V					
Per105	Left	Left					
Per106	C/V	C/V					
Per107	Left	Left					
Per108	C/V	C/V					
Per109	C/V	C/V					
Per110	Left	Left					
Per201	Left	Left					
Per202	Left	Left					
Per203	C/V	C/V					
Per204	Left	Left					
Per301	C/V	C/V					
Per302	C/V	C/V					
Per303	Right	Right					
Per304	C/V	C/V					
Per305	C/V	C/V					
Per401	Right	Right					
Per402	C/V	C/V					
Per403	C/V	C/V					
Per404	Left	Left					
Per405	Left	Left					
Per406	C/V	C/V					
Per407	C/V	C/V					
Per408	C/V	C/V					
Per409	C/V	C/V					
Per410	C/V	C/V					
Per411	C/V	C/V					
Per412	Left	Left					
Per413	C/V	C/V					
Per414	Right	Right					
Per415	Left	Left					
Per416	Left	Left					
Per501	C/V	Left					
Per502	C/V	C/V					
Per503	Left	Left					
Per504	Left	Left					
Per505	Right	Right					
Per506	C/V	C/V					
Per507	C/V	C/V					
Per601	Right	Right					
Per602	Left	Left					
Per603	Right	Right					
Per604	Left	Left					
Per605	C/V	C/V					
Per606	Right	Right					
Per607	Left	Left					
Per608	C/V	C/V					
Per701	Left	Left					
Per702	C/V	C/V					
Per703	C/V	C/V					
Per704	C/V	C/V					
Per705	Left	Left					
Per706	C/V	C/V					
Left Issues	18	19					
Right Issues	7	7					
Non-Confrontational Issues	31	30					



Great Britain (51)							
Category	1945	1992	Date III	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V	C/V					
Per102	C/V	C/V					
Per103	C/V	C/V					
Per104	Right	Right					
Per105	Left	Left					
Per106	Left	Left					
Per107	Left	Left					
Per108	Left	Left					
Per109	C/V	C/V					
Per110	C/V	C/V					
Per201	Right	Right					
Per202	Left	Left					
Per203	C/V	C/V					
Per204	C/V	C/V					
Per301	C/V	C/V					
Per302	C/V	C/V					
Per303	Right	Right					
Per304	C/V	C/V					
Per305	C/V	C/V					
Per401	Right	Right					
Per402	Right	Right					
Per403	Left	Left					
Per404	Left	Left					
Per405	C/V	C/V					
Per406	C/V	C/V					
Per407	Right	Right					
Per408	C/V	C/V					
Per409	C/V	C/V					
Per410	Right	Right					
Per411	C/V	C/V					
Per412	Left	Left					
Per413	Left	Left					
Per414	Right	Right					
Per415	C/V	C/V					
Per416	Left	Left					
Per501	C/V	Left					
Per502	C/V	Left					
Per503	C/V	C/V					
Per504	Left	Left					
Per505	C/V	C/V					
Per506	C/V	Left					
Per507	C/V	C/V					
Per601	Right	Right					
Per602	C/V	C/V					
Per603	Right	Right					
Per604	C/V	C/V					
Per605	Right	Right					
Per606	C/V	C/V					
Per607	C/V	C/V					
Per608	C/V	C/V					
Per701	Left	Left					
Per702	Right	Right					
Per703	Right	Right					
Per704	C/V	C/V					
Per705	Right	Right					
Per706	C/V	C/V					
Left Issues	12	15					
Right Issues	14	14					
Non-Confrontational Issues	30	27					

Greece (34)							
Category	1974	1985	1996	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V	C/V	C/V				
Per102	C/V	C/V	C/V				
Per103	Left	Left	Left				
Per104	Right	Right	Right				
Per105	Left	Left	Left				
Per106	C/V	C/V	C/V				
Per107	C/V	C/V	C/V				
Per108	C/V	C/V	C/V				
Per109	Left	Left	Left				
Per110	Left	Left	Left				
Per201	Left	Left	Left				
Per202	C/V	C/V	C/V				
Per203	C/V	C/V	C/V				
Per204	C/V	C/V	C/V				
Per301	Left	Left	Left				
Per302	C/V	C/V	C/V				
Per303	Left	Left	Right				
Per304	C/V	C/V	C/V				
Per305	Right	Right	Right				
Per401	Right	Right	Right				
Per402	Left	Left	Right				
Per403	Left	C/V	C/V				
Per404	Left	Left	Left				
Per405	Left	Left	Left				
Per406	Left	Left	Left				
Per407	Left	Left	Left				
Per408	Right	Right	Right				
Per409	C/V	C/V	C/V				
Per410	Left	Left	Left				
Per411	Left	Left	Left				
Per412	C/V	C/V	C/V				
Per413	Left	Left	Left				
Per414	Right	Right	Right				
Per415	C/V	C/V	C/V				
Per416	Left	Left	Left				
Per501	Left	Left	Left				
Per502	Left	Left	C/V				
Per503	Left	Left	Left				
Per504	Left	Left	Left				
Per505	C/V	C/V	C/V				
Per506	Left	Left	C/V				
Per507	C/V	C/V	C/V				
Per601	Right	Right	Right				
Per602	Left	Left	Left				
Per603	C/V	C/V	C/V				
Per604	C/V	C/V	C/V				
Per605	Right	Right	Right				
Per606	C/V	C/V	C/V				
Per607	C/V	C/V	C/V				
Per608	C/V	C/V	C/V				
Per701	Left	Left	Left				
Per702	C/V	C/V	C/V				
Per703	Left	Left	Left				
Per704	C/V	C/V	C/V				
Per705	C/V	C/V	C/V				
Per706	Left	Left	Left				
Left Issues	26	25	21				
Right Issues	7	7	9				
Non-Confrontational Issues	23	24	26				

Hungary (86)						
Category	Charakter					
Per101	Left					
Per102	C/V					
Per103	Right					
Per104	C/V					
Per105	C/V					
Per106	C/V					
Per107	Left					
Per108	Left					
Per109	Right					
Per110	Right					
Per201	Left					
Per202	Left					
Per203	Left					
Per204	Right					
Per301	C/V					
Per302	C/V					
Per303	Right					
Per304	Right					
Per305	Left					
Per401	Right					
Per402	Right					
Per403	Right					
Per404	Right					
Per405	Left					
Per406	C/V					
Per407	Right					
Per408	C/V					
Per409	Right					
Per410	C/V					
Per411	C/V					
Per412	C/V					
Per413	Right					
Per414	Right					
Per415	C/V					
Per416	C/V					
Per501	Right					
Per502	Right					
Per503	Left					
Per504	Left					
Per505	Right					
Per506	C/V					
Per507	C/V					
Per601	Right					
Per602	Left					
Per603	Right					
Per604	Left					
Per605	Right					
Per606	Left					
Per607	Left					
Per608	C/V					
Per701	Left					
Per702	Right					
Per703	C/V					
Per704	Left					
Per705	Right					
Per706	C/V					
Left Issues	16					
Right Issues	22					
Non-Confrontational Issues	18					

Iceland (15)							
Category	1946	1967	1974	1983	1987	1995	1999
Per101	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per104	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per106	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per107	Left	Left	C/V	C/V	C/V	C/V	Left
Per108	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per109	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per110	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Left
Per201	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Left
Per202	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per203	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per204	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per301	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per302	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per303	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per304	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per305	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per402	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Right	Right
Per403	Left	Left	Left	Left	C/V	C/V	C/V
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per406	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Right
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per408	Left	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per409	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per410	C/V	C/V	C/V	Right	Right	Right	Right
Per411	C/V	C/V	C/V	Right	Right	Right	Right
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per415	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	C/V
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per505	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per506	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per507	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per601	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per604	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per605	Right	Right	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per606	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per607	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per702	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per703	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per704	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Right
Per705	C/V	C/V	C/V	Left	Left	Left	Left
Per706	C/V	C/V	C/V	Left	Left	Left	Left
Left Issues	23	22	21	23	22	22	23
Right Issues	13	13	12	14	14	15	16
Non-Confrontational Issues	20	21	23	19	20	19	17

Ireland (53)							
Category	1948	1969	1973	1981	1989	1992	Date VII
Per101	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per104	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per106	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per107	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per108	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per109	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per110	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per201	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per202	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per203	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per204	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per301	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per303	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per304	Right	C/V	C/V	C/V	Left	Left	
Per305	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per402	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per403	Left	Left	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per406	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per408	Right	C/V	C/V	Left	Left	Left	
Per409	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per410	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per411	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per415	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per502	Right	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per505	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per506	Right	C/V	C/V	Left	Left	Left	
Per507	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per601	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per604	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per605	Right	Right	Right	C/V	C/V	C/V	
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per607	Right	Left	Left	Left	Left	C/V	
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per702	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per703	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per704	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per705	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per706	1	1	1	1	1	C/V	
Left Issues	21	22	21	23	24	22	
Right Issues	23	18	18	17	17	17	
Non- Confrontational Issues	12	16	17	16	15	17	

Israel (72)							
Category	1945			Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Left						
Per102	Left						
Per103	Left						
Per104	Right						
Per105	Left						
Per106	Left						
Per107	Left						
Per108	Left						
Per109	Right						
Per110	C/V						
Per201	Left						
Per202	Left						
Per203	Left						
Per204	Right						
Per301	Right						
Per302	C/V						
Per303	Right						
Per304	C/V						
Per305	Right						
Per401	Right						
Per402	Right						
Per403	Right						
Per404	Left						
Per405	Left						
Per406	Left						
Per407	Right						
Per408	Right						
Per409	Left						
Per410	Left						
Per411	C/V						
Per412	Left						
Per413	Left						
Per414	Right						
Per415	Left						
Per416	Right						
Per501	C/V						
Per502	C/V						
Per503	Left						
Per504	Left						
Per505	Left						
Per506	Left						
Per507	Left						
Per601	Right						
Per602	Left						
Per603	Right						
Per604	Left						
Per605	Right						
Per606	Right						
Per607	C/V						
Per608	Right						
Per701	Left						
Per702	Right						
Per703	C/V						
Per704	Right						
Per705	C/V						
Per706	C/V						
Left Issues	26						
Right Issues	20						
Non-Confrontational Issues	10						

Italy (32)							
Category	1945	1976	1979	1983	1992	1994	Date VII
Per101	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per104	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per106	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per107	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per108	Right	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per109	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per110	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per201	C/V	Left	Left	Left	Left	Left	
Per202	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per203	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per204	Right	Left	Left	Left	Left	Left	
Per301	C/V	C/V	C/V	Right	C/V	C/V	
Per302	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per303	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per304	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per305	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per402	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per403	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per405	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per406	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per408	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per409	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per410	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	Right	C/V	
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per414	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per415	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	Left	C/V	
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per504	C/V	C/V	C/V	C/V	Left	C/V	
Per505	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per506	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per507	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per601	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per602	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per604	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Per605	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Right	
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Right	
Per607	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	Right	C/V	
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per702	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per703	C/V	C/V	Left	Left	Left	Left	
Per704	Right	Right	Right	Right	Right	Right	
Per705	Left	Left	Left	Left	Left	Left	
Per706	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	
Left Issues	20	22	23	23	25	23	
Right Issues	11	9	9	10	11	11	
Non-Confrontational Issues	25	25	24	23	20	22	

Japan (71)							
Category	1960	1976	1996	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Right	Right	Right				
Per102	Left	Left	Left				
Per103	Left	Left	Left				
Per104	Right	Right	Right				
Per105	Left	Left	Left				
Per106	Left	Left	Left				
Per107	Right	Right	Right				
Per108	C/V	C/V	C/V				
Per109	Left	Left	Left				
Per110	C/V	C/V	C/V				
Per201	Left	Left	Left				
Per202	Left	Left	Left				
Per203	Right	Right	Right				
Per204	Right	Right	Right				
Per301	Left	C/V	C/V				
Per302	Left	Left	Left				
Per303	Right	Right	Right				
Per304	C/V	C/V	C/V				
Per305	Right	Right	Right				
Per401	Right	Right	Right				
Per402	C/V	C/V	C/V				
Per403	Left	Left	Left				
Per404	Left	Left	Left				
Per405	Left	Left	Left				
Per406	C/V	C/V	C/V				
Per407	C/V	C/V	C/V				
Per408	Right	Right	Right				
Per409	C/V	C/V	C/V				
Per410	C/V	C/V	Right				
Per411	Right	Right	Right				
Per412	Left	Left	Left				
Per413	Left	Left	Left				
Per414	C/V	C/V	C/V				
Per415	C/V	C/V	C/V				
Per416	C/V	C/V	C/V				
Per501	Right	Right	Right				
Per502	C/V	C/V	C/V				
Per503	C/V	C/V	C/V				
Per504	Left	Left	Left				
Per505	Right	Right	Right				
Per506	Right	Right	Right				
Per507	C/V	C/V	C/V				
Per601	Right	Right	Right				
Per602	Left	Left	Left				
Per603	Right	Right	Right				
Per604	Left	Left	Left				
Per605	Right	Right	Right				
Per606	Right	Right	Right				
Per607	C/V	C/V	C/V				
Per608	C/V	C/V	C/V				
Per701	C/V	C/V	C/V				
Per702	C/V	C/V	C/V				
Per703	C/V	C/V	C/V				
Per704	C/V	C/V	C/V				
Per705	Left	Left	Left				
Per706	C/V	C/V	C/V				
Left Issues	18	17	17				
Right Issues	17	17	18				
Non-Confrontational Issues	21	22	21				



Latvia (87)							
Category	Charakter			Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V						
Per102	Right						
Per103	Left						
Per104	Right						
Per105	Left						
Per106	C/V						
Per107	C/V						
Per108	Left						
Per109	C/V						
Per110	C/V						
Per201	Left						
Per202	Left						
Per203	C/V						
Per204	C/V						
Per301	C/V						
Per302	C/V						
Per303	Right						
Per304	C/V						
Per305	Right						
Per401	Right						
Per402	Right						
Per403	C/V						
Per404	C/V						
Per405	Left						
Per406	C/V						
Per407	Right						
Per408	Left						
Per409	C/V						
Per410	Right						
Per411	Right						
Per412	C/V						
Per413	Left						
Per414	Right						
Per415	C/V						
Per416	C/V						
Per501	C/V						
Per502	Right						
Per503	Left						
Per504	C/V						
Per505	Left						
Per506	C/V						
Per507	Right						
Per601	C/V						
Per602	C/V						
Per603	Right						
Per604	C/V						
Per605	C/V						
Per606	Left						
Per607	C/V						
Per608	C/V						
Per701	C/V						
Per702	C/V						
Per703	C/V						
Per704	C/V						
Per705	C/V						
Per706	C/V						
Left Issues	11						
Right Issues	13						
Non-Confrontational Issues	32						

Lithuania (88)							
Category	Charakter						Date VII
Per101	Left						
Per102	Left						
Per103	Right						
Per104	Right						
Per105	Left						
Per106	C/V						
Per107	Left						
Per108	Right						
Per109	C/V						
Per110	C/V						
Per201	Left						
Per202	Left						
Per203	C/V						
Per204	C/V						
Per301	Left						
Per302	C/V						
Per303	C/V						
Per304	C/V						
Per305	C/V						
Per401	Right						
Per402	Right						
Per403	C/V						
Per404	C/V						
Per405	Left						
Per406	C/V						
Per407	C/V						
Per408	C/V						
Per409	C/V						
Per410	C/V						
Per411	Right						
Per412	C/V						
Per413	C/V						
Per414	Right						
Per415	C/V						
Per416	C/V						
Per501	C/V						
Per502	C/V						
Per503	Left						
Per504	Left						
Per505	C/V						
Per506	C/V						
Per507	C/V						
Per601	Right						
Per602	C/V						
Per603	Right						
Per604	C/V						
Per605	Right						
Per606	C/V						
Per607	C/V						
Per608	C/V						
Per701	Left						
Per702	C/V						
Per703	C/V						
Per704	C/V						
Per705	C/V						
Per706	Left						
Left Issues	12						
Right Issues	10						
Non-Confrontational Issues	34						

Luxembourg (23)							
Category	1945	1979	1984	1989	1994	Date VI	Date VII
Per101	Left	Left	Left	Left	Left		
Per102	Left	Left	Left	Left	Left		
Per103	Left	Left	Left	Left	Left		
Per104	Right	Right	Right	C/V	C/V		
Per105	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per106	Left	Left	Left	Left	Left		
Per107	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per108	Right	Right	Right	Right	Right		
Per109	Left	Left	Left	Left	Left		
Per110	Left	Left	Left	Left	Left		
Per201	Left	Left	Left	Left	Left		
Per202	Right	Right	Right	Right	Right		
Per203	Left	Left	Left	Left	C/V		
Per204	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per301	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per303	Right	Right	Right	Right	Right		
Per304	Left	Left	Left	Left	Left		
Per305	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per401	Right	Right	Right	Right	Right		
Per402	Right	Right	Right	Right	Right		
Per403	Left	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per404	Left	Left	Left	Left	Left		
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per406	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per407	Left	Left	Left	Left	Left		
Per408	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per409	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per410	Left	Left	Left	Left	Left		
Per411	Left	Left	Left	Left	Left		
Per412	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per413	Left	Left	Left	Left	Left		
Per414	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per415	Left	Left	Left	Left	Left		
Per416	Left	Left	Left	Left	Left		
Per501	Left	Left	Left	Left	Left		
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per503	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per504	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per505	Right	Right	Right	Right	Right		
Per506	Left	Left	Left	Left	Left		
Per507	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per601	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per602	Left	Left	Left	Left	Left		
Per603	Right	Right	Right	Right	Right		
Per604	Left	Left	Left	Left	Left		
Per605	C/V	C/V	Right	Right	Right		
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per607	Right	Right	Right	Right	Right		
Per608	Right	Right	Right	Right	Right		
Per701	Left	Left	Left	Left	Left		
Per702	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per703	Right	Right	Right	Right	Right		
Per704	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per705	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per706	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Left Issues	22	21	22	22	21		
Right Issues	11	11	12	11	11		
Non-Confrontational Issues							
	23	24	22	23	24		

Netherlands (22)							
Category	1946	1971	1977	1989	2002	Date VI	Date VII
Per101	Right	Right	Right	Right	Right		
Per102	Left	Left	Left	Left	Left		
Per103	Right	Right	Right	Right	Right		
Per104	Right	Right	Right	Right	Right		
Per105	Left	Left	Left	Left	Left		
Per106	Left	Left	Left	Left	Left		
Per107	Left	Left	Left	Left	Left		
Per108	C/V	C/V	Right	Right	Right		
Per109	Left	Left	Left	Left	Left		
Per110	C/V	C/V	C/V	Left	Left		
Per201	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per202	Left	Left	Left	Left	Left		
Per203	Right	Right	Right	Right	Right		
Per204	Left	Left	Left	Left	Left		
Per301	C/V	C/V	Right	Right	Right		
Per302	Right	Right	C/V	C/V	C/V		
Per303	Right	Right	Right	Right	Right		
Per304	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per305	Left	Left	Left	Left	C/V		
Per401	Right	Right	Right	Right	Right		
Per402	Right	Right	Right	Right	Right		
Per403	Left	Left	Left	Left	Left		
Per404	Left	Left	Left	Left	Left		
Per405	Right	Right	Right	Right	Right		
Per406	Left	Left	Left	Left	Left		
Per407	Right	Right	Right	Right	Right		
Per408	Left	Left	Left	Left	Left		
Per409	Right	Right	Right	Right	Right		
Per410	Right	Right	Right	Right	Right		
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per412	Left	Left	Left	Left	Left		
Per413	Left	Left	Left	Left	Left		
Per414	Right	Right	Right	Right	Right		
Per415	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per416	Left	Left	Left	Left	Left		
Per501	Left	Left	Left	Left	Left		
Per502	Left	Left	Left	Left	Left		
Per503	Left	Left	Left	Left	Left		
Per504	Left	Left	Left	Left	Left		
Per505	Right	Right	Right	Right	Right		
Per506	Left	Left	C/V	C/V	C/V		
Per507	Right	Right	C/V	C/V	C/V		
Per601	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per602	Left	Left	Left	Left	Left		
Per603	Right	Right	Right	Right	Right		
Per604	C/V	Left	C/V	C/V	C/V		
Per605	Right	Right	Right	Right	Right		
Per606	Right	Right	Right	Right	Right		
Per607	Right	Right	C/V	C/V	C/V		
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	Right		
Per701	Left	Left	Left	Left	Left		
Per702	Right	Right	Right	Right	Right		
Per703	Right	Right	Right	Right	Right		
Per704	Right	Right	Right	Right	Right		
Per705	Left	Left	Left	Left	Left		
Per706	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Left Issues	23	24	22	23	22		
Right Issues	22	22	21	21	22		
Non- Confrontational Issues	11	10	13	12	12		

New Zealand (64)							
Category	1946	1951	1963	1990	1993	1996	1999
Per101	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per103	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per104	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per105	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per106	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per107	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per108	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per109	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per110	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per201	Left	Left	Left	Left	Left	Right	Right
Per202	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per203	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per204	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per301	Right	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per302	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per303	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per304	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per305	Right	Right	Right	Right	Right	Right	C/V
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per402	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	Right	Right
Per403	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per405	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per406	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per408	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per409	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per410	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per411	C/V	C/V	C/V	Left	Left	Left	Left
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per415	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per503	C/V	C/V	C/V	C/V	Left	Left	Left
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per505	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per506	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per507	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per601	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per602	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per604	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per605	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per607	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per608	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per701	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per702	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per703	Left	Left	C/V	Right	Right	Right	Right
Per704	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per705	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per706	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Left Issues	18	19	18	19	20	19	19
Right Issues	20	19	19	20	20	22	21
Non-Confrontational Issues	18	18	19	17	16	15	16

Norway (12)							
Category	1945	1961	1973	1977	1993	Date VI	Date VII
Per101	Left	Left	Left	Left	Left		
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per103	Left	Left	Left	Left	Left		
Per104	Right	Right	Right	Right	Right		
Per105	Left	Left	Left	Left	Left		
Per106	Left	Left	Left	Left	Left		
Per107	Left	Left	Left	Left	Left		
Per108	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per109	Left	C/V	Right	Right	Right		
Per110	Left	Left	Left	Left	Left		
Per201	Right	Right	Right	Right	Right		
Per202	Left	Left	Left	Left	Left		
Per203	Right	Right	Right	Right	Right		
Per204	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per301	Right	Right	Right	Right	Right		
Per302	C/V	C/V	Right	Right	Right		
Per303	C/V	C/V	C/V	Right	Right		
Per304	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per305	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per401	Right	Right	Right	Right	Right		
Per402	Right	Right	Right	Right	Right		
Per403	Left	Left	Left	Left	Left		
Per404	Left	Left	Left	Left	Left		
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per406	Left	Left	Left	Left	Left		
Per407	Right	Right	Right	Right	Right		
Per408	Left	Left	Left	Left	Left		
Per409	Left	Left	Left	Left	Left		
Per410	Left	Left	Left	Left	Left		
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per412	Left	Left	Left	Left	Left		
Per413	Left	Left	Left	Left	Left		
Per414	Right	Right	Right	Right	Right		
Per415	Left	Left	Left	Left	Left		
Per416	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per501	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per503	Left	Left	Left	Left	Left		
Per504	Left	Left	Left	Left	Left		
Per505	Right	Right	Right	Right	Right		
Per506	Right	Right	Right	Right	Right		
Per507	Right	Right	Right	Right	Right		
Per601	Left	Right	Right	Right	Right		
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per603	Right	Right	Right	Right	Right		
Per604	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per605	Right	Right	Right	Right	Right		
Per606	Left	Left	Left	Left	Left		
Per607	Right	Right	Right	C/V	Left		
Per608	Right	Right	Right	Right	Right		
Per701	Left	Left	Left	Left	Left		
Per702	Right	Right	Right	Right	Right		
Per703	Right	Right	Right	Right	Right		
Per704	Right	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per705	Right	Right	Right	Right	Right		
Per706	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Left Issues	22	20	20	20	21		
Right Issues	19	19	21	21	21		
Non-Confrontational Issues	15	17	15	15	14		

Poland (92)						
Category	1990	2001				
Per101	Left	Left				
Per102	C/V	C/V				
Per103	Left	Left				
Per104	C/V	C/V				
Per105	C/V	C/V				
Per106	C/V	C/V				
Per107	C/V	C/V				
Per108	Left	Left				
Per109	C/V	C/V				
Per110	Right	Right				
Per201	Left	Left				
Per202	Left	Left				
Per203	C/V	C/V				
Per204	Left	Right				
Per301	C/V	C/V				
Per302	C/V	Right				
Per303	Right	Right				
Per304	C/V	C/V				
Per305	Right	Right				
Per401	Right	Right				
Per402	C/V	C/V				
Per403	C/V	C/V				
Per404	C/V	C/V				
Per405	C/V	C/V				
Per406	Right	Right				
Per407	C/V	C/V				
Per408	C/V	C/V				
Per409	C/V	C/V				
Per410	C/V	C/V				
Per411	C/V	C/V				
Per412	Left	Left				
Per413	Left	Left				
Per414	Right	Right				
Per415	C/V	C/V				
Per416	Left	Left				
Per501	C/V	C/V				
Per502	C/V	C/V				
Per503	C/V	C/V				
Per504	C/V	C/V				
Per505	C/V	C/V				
Per506	C/V	C/V				
Per507	C/V	C/V				
Per601	Right	Right				
Per602	C/V	C/V				
Per603	Right	Right				
Per604	Left	Left				
Per605	Right	Right				
Per606	Right	Right				
Per607	Left	Left				
Per608	C/V	C/V				
Per701	Left	Left				
Per702	C/V	C/V				
Per703	Right	Right				
Per704	C/V	C/V				
Per705	C/V	C/V				
Per706	Left	Left				
Left Issues	13	12				
Right Issues	11	13				
Non-Confrontational Issues	32	31				

Portugal (35)							
Category	1975	1980	1983	1991	1999	Date VI	Date VII
Per101	Right	Right	Right	Right	Right		
Per102	Right	Right	Right	Right	Right		
Per103	Left	Left	Left	Left	Left		
Per104	Right	Right	Right	Right	Right		
Per105	Left	Left	Left	C/V	C/V		
Per106	Left	Left	Left	C/V	C/V		
Per107	Left	Left	Left	Left	Left		
Per108	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per109	Right	Left	Left	Left	Left		
Per110	Left	Left	Left	Left	Left		
Per201	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per202	Left	Left	Left	Left	Left		
Per203	Left	Left	Left	Left	Left		
Per204	Right	Right	Right	Right	Right		
Per301	Right	Right	Right	Left	Left		
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per303	Right	Right	Right	Right	Right		
Per304	Left	Left	Left	Left	Left		
Per305	Left	Left	Left	Left	Right		
Per401	Right	Right	Right	Right	Right		
Per402	Left	Left	Left	Right	Right		
Per403	Left	Left	Left	Left	Left		
Per404	Left	Left	Left	Left	Left		
Per405	Right	Right	Right	Right	Right		
Per406	Left	Left	Left	Left	Left		
Per407	Right	Right	Right	Right	Right		
Per408	Left	Left	C/V	C/V	C/V		
Per409	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per410	Right	Right	Right	Right	Right		
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per412	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per413	Left	Left	Left	Left	Left		
Per414	Right	Right	Right	Right	Right		
Per415	Left	Left	Left	Left	Left		
Per416	Right	Right	Right	Right	Right		
Per501	Right	Right	Left	Left	Left		
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per503	Right	Right	C/V	Left	Left		
Per504	Left	Left	Left	Left	Left		
Per505	Right	Right	Right	Right	Right		
Per506	Left	Left	Left	C/V	C/V		
Per507	Right	Right	Right	Right	Right		
Per601	Right	Right	Right	Right	Right		
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per603	Right	Right	Right	Right	Right		
Per604	Left	Left	Left	Left	Left		
Per605	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per606	Right	Right	C/V	C/V	C/V		
Per607	Left	Left	Left	Left	Left		
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per701	Left	Left	Left	Left	Left		
Per702	Right	Right	Right	Right	Right		
Per703	Left	Left	Left	Right	Right		
Per704	Left	Left	Left	Left	Left		
Per705	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per706	Right	Right	Right	Left	Left		
Left Issues	23	24	25	23	22		
Right Issues	22	21	18	18	19		
Non-Confrontational Issues	11	11	13	15	15		



Romania (93)						
Category	Charakter					
Per101	C/V					
Per102	C/V					
Per103	C/V					
Per104	Right					
Per105	Left					
Per106	Left					
Per107	Right					
Per108	Left					
Per109	Right					
Per110	C/V					
Per201	C/V					
Per202	C/V					
Per203	Right					
Per204	C/V					
Per301	Left					
Per302	C/V					
Per303	Left					
Per304	C/V					
Per305	Left					
Per401	Right					
Per402	Right					
Per403	C/V					
Per404	C/V					
Per405	C/V					
Per406	Left					
Per407	C/V					
Per408	C/V					
Per409	C/V					
Per410	C/V					
Per411	Right					
Per412	C/V					
Per413	Right					
Per414	C/V					
Per415	Left					
Per416	Left					
Per501	Left					
Per502	C/V					
Per503	Left					
Per504	C/V					
Per505	Right					
Per506	Left					
Per507	C/V					
Per601	Right					
Per602	C/V					
Per603	Right					
Per604	C/V					
Per605	Right					
Per606	Left					
Per607	Left					
Per608	Right					
Per701	Left					
Per702	C/V					
Per703	Right					
Per704	Right					
Per705	Left					
Per706	Left					
Left Issues	17					
Right Issues	15					
Non-Confrontational Issues	24					

Slovakia (96)							
Category	Charakter						
Per101	C/V						
Per102	C/V						
Per103	Left						
Per104	Right						
Per105	Left						
Per106	Left						
Per107	C/V						
Per108	C/V						
Per109	Right						
Per110	Left						
Per201	Left						
Per202	C/V						
Per203	Left						
Per204	C/V						
Per301	Right						
Per302	Left						
Per303	C/V						
Per304	Left						
Per305	Left						
Per401	Right						
Per402	C/V						
Per403	C/V						
Per404	Right						
Per405	Left						
Per406	Left						
Per407	Right						
Per408	C/V						
Per409	C/V						
Per410	C/V						
Per411	C/V						
Per412	Left						
Per413	Left						
Per414	Right						
Per415	Left						
Per416	Left						
Per501	Left						
Per502	Right						
Per503	Left						
Per504	C/V						
Per505	Right						
Per506	C/V						
Per507	C/V						
Per601	Right						
Per602	Left						
Per603	Right						
Per604	Left						
Per605	Right						
Per606	C/V						
Per607	Left						
Per608	Right						
Per701	Left						
Per702	C/V						
Per703	C/V						
Per704	Left						
Per705	Left						
Per706	Left						
Left Issues	24						
Right Issues	13						
Non-Confrontational Issues	19						

Slovenia (97)						
Category	Charakter					
Per101	C/V					
Per102	Right					
Per103	C/V					
Per104	Right					
Per105	Left					
Per106	Left					
Per107	Left					
Per108	Left					
Per109	C/V					
Per110	Right					
Per201	C/V					
Per202	Right					
Per203	Left					
Per204	Left					
Per301	Left					
Per302	Left					
Per303	C/V					
Per304	Right					
Per305	C/V					
Per401	Right					
Per402	Right					
Per403	C/V					
Per404	Left					
Per405	Left					
Per406	Right					
Per407	Right					
Per408	C/V					
Per409	C/V					
Per410	Left					
Per411	Left					
Per412	C/V					
Per413	Right					
Per414	Right					
Per415	C/V					
Per416	Left					
Per501	Left					
Per502	Left					
Per503	C/V					
Per504	C/V					
Per505	Right					
Per506	Right					
Per507	C/V					
Per601	Right					
Per602	C/V					
Per603	Right					
Per604	Right					
Per605	Left					
Per606	C/V					
Per607	Right					
Per608	Right					
Per701	Left					
Per702	Right					
Per703	Left					
Per704	Left					
Per705	Left					
Per706	Left					
Left Issues	21					
Right Issues	19					
Non-Confrontational Issues	16					

Spain (33)							
Category	1977	1982	1986	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	Right	Right	Right				
Per102	C/V	C/V	C/V				
Per103	Left	Left	Left				
Per104	Left	Right	Right				
Per105	Left	Left	Left				
Per106	Left	Left	C/V				
Per107	Left	Left	Left				
Per108	C/V	C/V	C/V				
Per109	Right	Right	Right				
Per110	Left	Left	Left				
Per201	Left	Left	Left				
Per202	Left	Left	Left				
Per203	C/V	C/V	C/V				
Per204	C/V	C/V	C/V				
Per301	C/V	C/V	C/V				
Per302	Right	Right	Right				
Per303	Right	Right	Right				
Per304	C/V	C/V	C/V				
Per305	Left	Left	Left				
Per401	Right	Right	Right				
Per402	Right	Right	Right				
Per403	Right	Right	Right				
Per404	C/V	C/V	C/V				
Per405	C/V	C/V	C/V				
Per406	Right	Right	Right				
Per407	C/V	C/V	C/V				
Per408	C/V	C/V	C/V				
Per409	C/V	C/V	C/V				
Per410	C/V	C/V	C/V				
Per411	Right	Right	Right				
Per412	Left	Left	Left				
Per413	Left	Left	Left				
Per414	Right	Right	Right				
Per415	Left	Left	Left				
Per416	Left	Left	Left				
Per501	Left	Left	Left				
Per502	C/V	C/V	C/V				
Per503	Left	Left	Left				
Per504	C/V	C/V	C/V				
Per505	Right	Right	Right				
Per506	Left	Left	Left				
Per507	C/V	C/V	C/V				
Per601	Right	Right	Right				
Per602	C/V	C/V	C/V				
Per603	Right	Right	Right				
Per604	Left	Left	Left				
Per605	Right	Right	Right				
Per606	Left	Left	Left				
Per607	C/V	C/V	C/V				
Per608	Right	Right	Right				
Per701	Left	Left	Left				
Per702	C/V	C/V	C/V				
Per703	Right	Right	Right				
Per704	Right	Right	Right				
Per705	Left	Left	Left				
Per706	Left	Left	Left				
Left Issues	21	20	19				
Right Issues	17	18	18				
Non-Confrontational Issues	18	18	19				

Sweden (11)							
Category	1948		Date III	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V						
Per102	C/V						
Per103	Left						
Per104	Right						
Per105	Left						
Per106	Left						
Per107	Left						
Per108	Right						
Per109	C/V						
Per110	Left						
Per201	Right						
Per202	Left						
Per203	C/V						
Per204	C/V						
Per301	Right						
Per302	Right						
Per303	Right						
Per304	C/V						
Per305	C/V						
Per401	Right						
Per402	Right						
Per403	Left						
Per404	Left						
Per405	C/V						
Per406	C/V						
Per407	Left						
Per408	Left						
Per409	C/V						
Per410	Left						
Per411	C/V						
Per412	Left						
Per413	Left						
Per414	Right						
Per415	C/V						
Per416	C/V						
Per501	Left						
Per502	C/V						
Per503	C/V						
Per504	Left						
Per505	Right						
Per506	Left						
Per507	C/V						
Per601	C/V						
Per602	C/V						
Per603	Right						
Per604	C/V						
Per605	Right						
Per606	Left						
Per607	Left						
Per608	C/V						
Per701	Left						
Per702	Right						
Per703	Right						
Per704	C/V						
Per705	Right						
Per706	C/V						
Left Issues	19						
Right Issues	15						
Non-Confrontational Issues	22						

Switzerland (43)							
Category	1947	1991	1999	Date IV	Date V	Date VI	Date VII
Per101	C/V	C/V	C/V				
Per102	Left	Left	Left				
Per103	Left	Left	Left				
Per104	Right	Right	Right				
Per105	Left	Left	Left				
Per106	Left	Left	Left				
Per107	Left	Left	Left				
Per108	Left	Left	Left				
Per109	Right	C/V	C/V				
Per110	Right	Right	Right				
Per201	Left	Left	Left				
Per202	Left	Left	Left				
Per203	Left	Left	Left				
Per204	Right	Right	Right				
Per301	Right	Right	Right				
Per302	C/V	C/V	C/V				
Per303	Right	Right	Right				
Per304	Left	Left	Left				
Per305	Right	Right	Right				
Per401	Right	Right	Right				
Per402	Right	Right	Right				
Per403	Right	Right	Right				
Per404	Left	Left	Left				
Per405	C/V	C/V	C/V				
Per406	Right	Right	Right				
Per407	C/V	C/V	C/V				
Per408	C/V	C/V	Right				
Per409	Left	Left	Left				
Per410	Right	Right	Right				
Per411	Right	Right	Right				
Per412	Left	Left	Left				
Per413	Left	Left	Left				
Per414	Right	Right	Right				
Per415	Left	Left	Left				
Per416	Left	Left	Left				
Per501	C/V	C/V	C/V				
Per502	Left	Left	Left				
Per503	Left	Left	Left				
Per504	Left	Left	Left				
Per505	Right	Right	Right				
Per506	C/V	Left	Left				
Per507	Right	Right	Right				
Per601	Right	Right	Right				
Per602	Left	Left	Left				
Per603	Right	Right	Right				
Per604	Left	Left	Left				
Per605	Right	Right	Right				
Per606	Left	Left	Left				
Per607	Left	Left	Left				
Per608	C/V	C/V	C/V				
Per701	Left	Left	Left				
Per702	Right	Right	Right				
Per703	Right	Right	Right				
Per704	Right	Right	Right				
Per705	Left	Left	Left				
Per706	Left	Left	Left				
Left Issues	26	27	27				
Right Issues	22	21	22				
Non-Confrontational Issues	8	8	7				

Turkey (74)							
Category	1945	1983	1991	1995	1999	Date VI	Date VII
Per101	Right	Left	Left	Left	Left		
Per102	Right	Right	Right	Right	Right		
Per103	Right	Right	Right	Right	Right		
Per104	Right	Right	Right	Right	Right		
Per105	Left	Left	Left	Left	Left		
Per106	Left	Left	Left	Left	Left		
Per107	Left	Left	Left	Left	Left		
Per108	Left	Left	Left	Left	Left		
Per109	Right	Right	Right	Right	Right		
Per110	Right	Right	Right	Right	Right		
Per201	Left	Left	Right	Right	Right		
Per202	Left	Left	Left	Left	Left		
Per203	Left	Right	Right	Right	Left		
Per204	Right	Left	Left	Left	Left		
Per301	Left	Left	Right	Right	Right		
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per303	Right	Right	Right	Right	Right		
Per304	Right	Right	Right	Right	Right		
Per305	Right	Right	Right	Right	Right		
Per401	Right	Right	Right	Right	Right		
Per402	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per403	Left	Left	Left	Left	Left		
Per404	Left	Left	Left	Left	Left		
Per405	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per406	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per407	Right	Right	Right	Right	Right		
Per408	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per409	Right	Right	Right	Right	Right		
Per410	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per411	Left	Left	Left	Left	Left		
Per412	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per413	Right	Left	Left	Left	Left		
Per414	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per415	Left	Left	Left	Left	Left		
Per416	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per501	Left	Left	Left	Left	Left		
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per503	Left	Left	Left	Left	Left		
Per504	Left	Left	Left	Left	Left		
Per505	Right	Right	Right	Right	Right		
Per506	Left	Left	Left	Left	Right		
Per507	Right	Right	Right	Right	Right		
Per601	Right	Right	Right	Right	Right		
Per602	Left	Left	Left	Left	Left		
Per603	Right	Right	Right	Right	Right		
Per604	Left	Left	Left	Left	Left		
Per605	Right	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per606	Right	Right	Right	Right	Right		
Per607	Left	Left	Left	Left	Left		
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per701	Left	Left	Left	Left	Left		
Per702	Right	Right	Right	Right	Right		
Per703	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per704	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per705	Left	Left	Left	Left	Left		
Per706	Left	Left	Left	Left	Left		
Left Issues	22	24	26	26	26		
Right Issues	21	18	20	20	20		
Non-Confrontational Issues	13	14	10	10	10		

USA (61)							
Category	1948	1972	1976	1980	1996	Date VI	Date VII
Per101	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per103	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per104	Right	Right	Right	Right	Right		
Per105	Left	Left	Left	Left	Left		
Per106	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per107	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per108	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per109	Right	Right	Right	Right	Right		
Per110	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per201	C/V	Left	Left	Left	Right		
Per202	Left	Left	Left	Left	Left		
Per203	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per204	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per301	Right	Right	Right	Right	Right		
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per303	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per304	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per305	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per401	Right	Right	Right	Right	Right		
Per402	C/V	C/V	C/V	Right	Right		
Per403	Left	Left	Left	Left	Left		
Per404	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per405	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per406	Right	Right	Right	Right	Right		
Per407	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per408	Left	Left	Left	Left	Left		
Per409	Left	Left	Left	Left	Left		
Per410	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per412	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per413	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per414	Right	Right	Right	Right	Right		
Per415	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per416	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per501	Left	Left	Left	Left	Left		
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per503	Left	Left	Left	Left	Left		
Per504	Left	Left	Left	Left	Left		
Per505	Right	Right	Right	Right	Right		
Per506	Left	Left	Left	Left	Left		
Per507	Right	Right	Right	Right	Right		
Per601	Right	Right	Right	Right	Right		
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per603	Right	Right	Right	Right	Right		
Per604	Left	Left	Left	Left	Left		
Per605	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per607	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per608	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per701	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per702	Right	Right	Right	Right	Right		
Per703	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per704	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Per705	C/V	C/V	Left	Left	Left		
Per706	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V		
Left Issues	10	11	12	12	11		
Right Issues	11	11	11	12	13		
Non-Confrontational Issues	35	34	33	32	32		



Wallonia (21)							
Category	1946	1954	1958	1981	1985	1987	1991
Per101	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per102	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per103	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per104	Right	Left	Left	Left	Left	Left	Right
Per105	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per106	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per107	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per108	Left	Left	Right	Right	Right	Left	Left
Per109	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per110	Left	Left	Left	Left	Left	Left	C/V
Per201	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per202	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per203	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per204	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per301	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per302	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per303	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per304	Right	Right	Right	Left	Left	Left	Left
Per305	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per401	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per402	Right	Right	Right	Right	Right	Right	C/V
Per403	Right	Right	Right	C/V	C/V	C/V	C/V
Per404	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per405	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per406	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per407	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per408	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per409	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per410	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per411	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per412	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per413	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per414	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per415	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per416	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per501	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per502	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per503	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per504	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per505	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per506	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per507	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per601	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per602	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per603	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per604	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per605	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per606	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per607	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per608	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per701	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per702	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Per703	Right	Right	Right	Right	C/V	C/V	C/V
Per704	Right	Right	Right	Right	Right	Right	Right
Per705	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V	C/V
Per706	Left	Left	Left	Left	Left	Left	Left
Left Issues	20	21	20	21	21	22	20
Right Issues	17	16	17	15	14	13	13
Non-Confrontational Issues	19	19	19	20	21	21	23